

**nr-Werkstatt:**

# Nutzwert-Journalismus für die Demokratie

Dokumentation

Jahreskonferenz netzwerk recherche, 15. und 16. Juni, Hamburg 2007



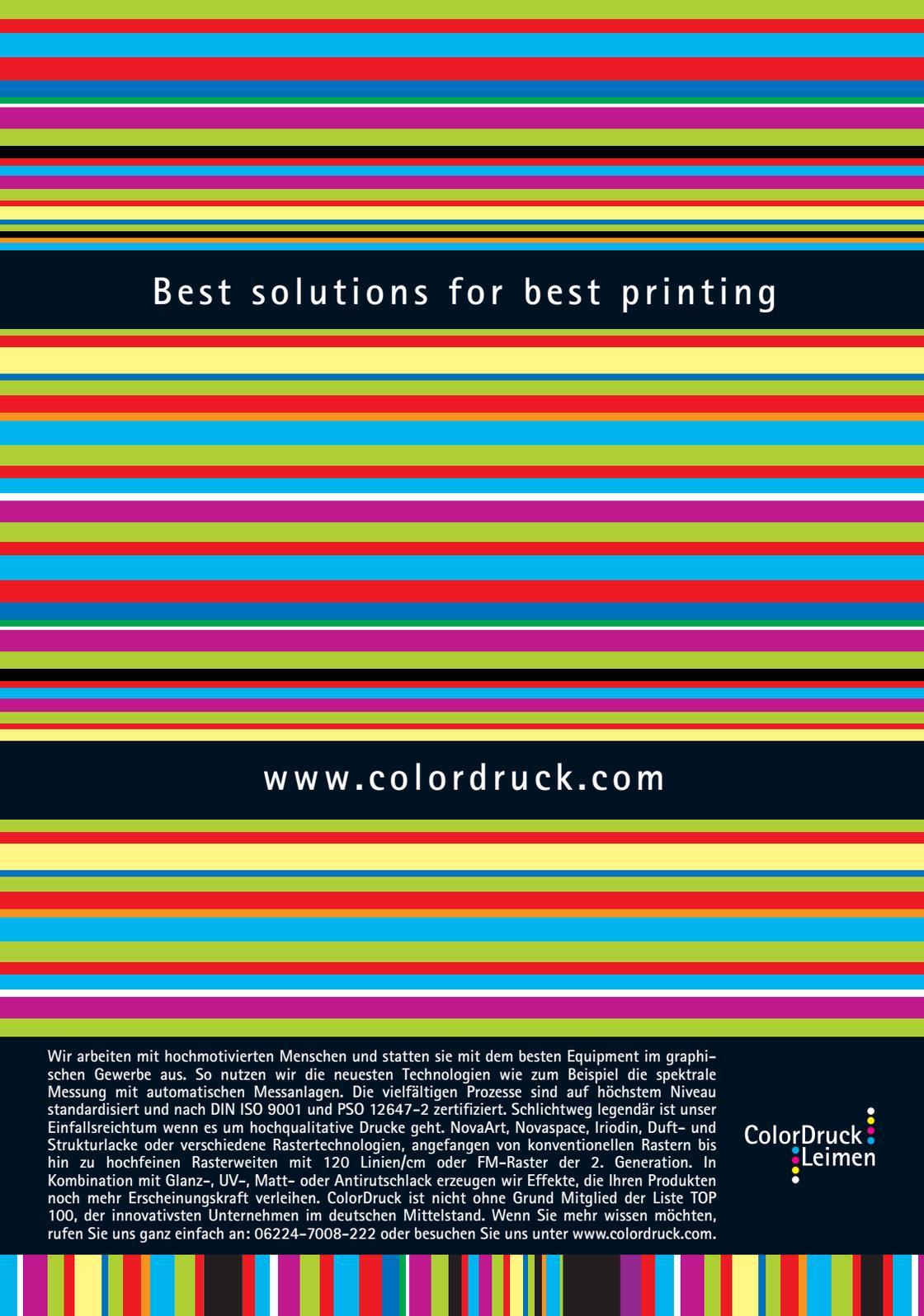
Jahreskonferenz 2007



## Anstoß Recherche

Nutzwert-Journalismus für die Demokratie





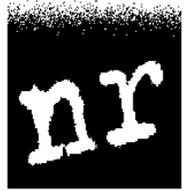
Best solutions for best printing

[www.colordruck.com](http://www.colordruck.com)

Wir arbeiten mit hochmotivierten Menschen und statten sie mit dem besten Equipment im graphischen Gewerbe aus. So nutzen wir die neuesten Technologien wie zum Beispiel die spektrale Messung mit automatischen Messanlagen. Die vielfältigen Prozesse sind auf höchstem Niveau standardisiert und nach DIN ISO 9001 und PSO 12647-2 zertifiziert. Schlichtweg legendär ist unser Einfallsreichtum wenn es um hochqualitative Drucke geht. NovaArt, Novospace, Iriodin, Duft- und Strukturlacke oder verschiedene Rastertechnologien, angefangen von konventionellen Rastern bis hin zu hochfeinen Rasterweiten mit 120 Linien/cm oder FM-Raster der 2. Generation. In Kombination mit Glanz-, UV-, Matt- oder Antirutschlack erzeugen wir Effekte, die Ihren Produkten noch mehr Erscheinungskraft verleihen. ColorDruck ist nicht ohne Grund Mitglied der Liste TOP 100, der innovativsten Unternehmen im deutschen Mittelstand. Wenn Sie mehr wissen möchten, rufen Sie uns ganz einfach an: 06224-7008-222 oder besuchen Sie uns unter [www.colordruck.com](http://www.colordruck.com).

ColorDruck  
Leimen





netzwerk  
recherche

**nr-Werkstatt:**

**Nutzwert-Journalismus für die Demokratie**

Dokumentation

Jahreskonferenz netzwerk recherche, 15. und 16. Juni, Hamburg 2007

# medienkodeX

## PRÄAMBEL

Neue Technologien und zunehmender ökonomischer Druck gefährden den Journalismus. Um seine Qualität und Unabhängigkeit zu sichern, setzt sich das Netzwerk recherche für dieses Leitbild ein.

1. JOURNALISTEN\* BERICHTEN UNABHÄNGIG, SORGFÄLTIG, UMFASSEND UND WAHRHAFTIG. SIE ACHTEN DIE MENSCHENWÜRDE UND PERSÖNLICHKEITSRECHTE.
2. JOURNALISTEN RECHERCHIEREN, GEWICHTEN UND VERÖFFENTLICHEN NACH DEM GRUNDSATZ „SICHERHEIT VOR SCHNELLIGKEIT“.
3. JOURNALISTEN GARANTIEREN UNEINGESCHRÄNKTEN INFORMANTENSCHUTZ ALS VORAUSSETZUNG FÜR EINE SERIÖSE BERICHTERSTATTUNG.
4. JOURNALISTEN GARANTIEREN HANDWERKLICH SAUBERE UND AUSFÜHRLICHE RECHERCHE ALLER ZUR VERFÜGUNG STEHENDEN QUELLEN.
5. JOURNALISTEN MACHEN KEINE PR.
6. JOURNALISTEN VERZICHTEN AUF JEGLICHE VORTEILSNAHME UND VERGÜNSTIGUNG.
7. JOURNALISTEN UNTERSCHIEDEN ERKENNBAR ZWISCHEN FAKTEN UND MEINUNGEN.
8. JOURNALISTEN VERPFLICHTEN SICH ZUR SORGFÄLTIGEN KONTROLLE IHRER ARBEIT UND, WENN NÖTIG, UMGEHEND ZUR KORREKTUR.
9. JOURNALISTEN ERMÖGLICHEN UND NUTZEN FORTBILDUNG ZUR QUALITÄTSVERBESSERUNG IHRER ARBEIT.
10. JOURNALISTEN ERWARTEN BEI DER UMSETZUNG DIESES LEITBILDES DIE UNTERSTÜTZUNG DER IN DEN MEDIENUNTERNEHMEN VERANTWORTLICHEN. WICHTIGE FUNKTIONEN HABEN DABEI REDAKTIONS- UND BESCHWERDEAUSSCHÜSSE SOWIE OMBUDSSTELLEN UND EINE KRITISCHE MEDIENBERICHTERSTATTUNG.

\* ES SIND STETS BEIDE GESCHLECHTER GEMEINT.

## Inhaltsverzeichnis

3	<b>Inhalt</b>	
4	<b>Vorwort</b> Dr. Thomas Leif, netzwerk recherche	
6	<b>Resümee</b> n-ost	
10	<b>Haltungen, Popper und Moneten</b> Rede Tom Schimmeck	
24	<b>Gefahren für die Gesellschaft</b> Rede Prof. Dr. Gesine Schwan	
37	<b>Pressefreiheit und Menschenrechte</b> Rede Barbara Lochbihler	
48	<b>Pressespiegel</b>	
137	<b>Hamburger Signal zur Presse- und Meinungsfreiheit im östlichen Europa</b>	
140	- englische Fassung	
143	- russische Fassung	
152	<b>Berichte aus den Panels und Workshops</b>	
191	<b>Qualitäts-Katalysator Recherche: Leitlinien für einen wirksamen Recherche-Journalismus</b>	

## Lichtblicke und Gedankenblitze

### Die nr-Jahreskonferenz hat Maßstäbe für die journalistische Debattenkultur in Deutschland gesetzt

*von Thomas Leif*

„Die Konferenz in Hamburg war ein Lichtblick in der düsteren Medienlandschaft“ – solche persönliche Bilanzen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern sind nicht nur in diesem Jahr durchaus repräsentativ. Die ausführlichen Bewertungen in den zahlreichen Fragebögen, E-Mails, Briefen und anderem „Feedback“ hatten fast ausnahmslos den gleichen Tenor: die Jahreskonferenz von netzwerk recherche Mitte Juni im NDR-Konferenzzentrum in Hamburg hat die rund 800 Journalistinnen und Journalisten inspiriert, motiviert und auf hohem Niveau informiert.

In das überaus positive Stimmungsbild mischt sich gelegentlich eine Klage: der Entscheidungs-Stress zwischen den parallel angebotenen Panels und Foren hat offenbar einige Teilnehmer überfordert. Wie man diese Kritik konstruktiv aufgreifen kann, wird die Vorbereitungsgruppe im kommenden Jahr beschäftigen.

Mit dem international erstklassig besetzten ersten Konferenztage zum Thema „Pressefreiheit unter Druck“ ist der nr-Vorstand in diesem Jahr durchaus ein Risiko eingegangen. Die überwältigende Resonanz, die dichten und anregenden Debatten und der Erfahrungsaustausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus Osteuropa haben unsere Programm-Planung eindrucksvoll bestätigt.

Auch im Juni 2008 werden wir – auf der Basis der positiven Auswertung der Konferenz – ein anspruchsvolles Programm für Freitag *und* Samstag vorbereiten.

Das Niveau der Konferenz 2007 – das zeigt auch die vorliegende Dokumentation – hat die Meßlatte für künftige Medienkonferenzen ziemlich hoch gelegt. Auch deshalb müssen wir auch in den kommenden Jahren am Erfolgskonzept der netzwerk-recherche-Konferenzen festhalten. Das Erfolgs-Sample beruht auf drei wesentlichen Elementen.

Erstens: Die Programm-Ideen werden von möglichst vielen Engagierten eingebracht und begründet; diese Expertise wird dann in einer offenen Planungskon-

ferenz am letzten Januar-Wochenende 2008 von möglichst vielen Aktiven aus dem Netzwerk Recherche gemustert, geprüft, ergänzt und erweitert. In einer offenen Debatte, in Rede und Gegenrede, wird das Programm '08 gefiltert und konfektioniert.

Zweitens: In einer offenen Projektgruppe übernehmen dann Einzelne oder kleine Gruppen die vollständige Verantwortung für die Realisierung einzelner Vorträge, Streitgespräche, Panels, Foren, Lessons oder Erzählcafés. Überschaubare Aufgaben werden verbindlich von einzelnen Projektverantwortlichen gesteuert und vorangetrieben.

Und Drittens: die Jahreskonferenz lebt vom Erfahrungswissen und der praktischen Intelligenz eines Teams. Es gilt der einfache aber effiziente Kernsatz: das Bessere ist der Feind des Guten.

Diese Trilogie hat die „Konferenz von Journalisten für Journalisten“ über ein halbes Jahrzehnt nach vorne gebracht. Aber ohne die vielen Unterstützer und Förderer wäre dies nicht gelungen. Danken möchten wir vor allem dem NDR als Gastgeber der Konferenz, aber auch der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Auswärtigen Amt, dem WAZ-Verlag, der ZEIT-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Otto-Brenner-Stiftung und vielen Medienverantwortlichen, die sich unserer Idee verpflichtet fühlen. Ohne diese praktische Hilfe wären die Hamburger Konferenzen nicht möglich.

Grosse Konferenzen leiden meist unter einem „Nachhaltigkeits-Defizit“, wie professionelle Veranstaltungs-Agenturen predigen. Thesen, Argumente und Analysen verpuffen. Damit dieser Effekt ausbleibt, haben wir die wichtigen Reden, die Zusammenfassungen der Panels und die Medienberichte in dieser Dokumentation in der Reihe „nr-Werkstatt“ gebündelt.

Viele Lichtblicke und produktive Gedankenblitze wünschen wir bei Reflexion der vorliegenden Texte und Analysen.

Dr. Thomas Leif  
Vorsitzender Netzwerk Recherche  
Wiesbaden, Oktober 2007

## Resümee der nr-Jahreskonferenz am 15. und 16. Juni 2007

### Gespräch auf Augenhöhe

*Peter Burdack/Andreas Metz (n-ost)*

Zum Thema „Pressefreiheit unter Druck“ trafen sich am ersten Tag der Netzwerk-Recherche-Konferenz 60 Journalisten aus dem östlichen Europa mit deutschen Kollegen

Durch den Mord an Anna Politkowskaja ist das Thema Medienfreiheit in Osteuropa, insbesondere in Russland im Herbst 2006 urplötzlich auf die Tagesordnung geraten. Doch im schnelllebigen Mediengeschäft mit kurzen Aufmerksamkeitssequenzen droht schon bald der Übergang zu einer neuen Tagesordnung, ohne dass der Fall geklärt, die Lage tiefgreifend und breit diskutiert und echte Konsequenzen gezogen wären. Um dieser Gefahr zu begegnen, fanden sich die Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche und das Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung n-ost e. V. zusammen und widmeten der Lage der Medien im östlichen Europa einen ganzen Veranstaltungstag im Rahmen der zweitägigen Jahreskonferenz des Netzwerk-Recherche im Juni 2007 in Hamburg. Ziel war es nicht den Westen über den Osten diskutieren zu lassen, sondern mit möglichst vielen mittel- und osteuropäischen Journalisten Erfahrungen aus erster Hand auszutauschen. Rund 60 von Ihnen reisten aus allen Teilen des östlichen Europa nach Hamburg, darunter prominente Persönlichkeiten wie Oleg Panfilow vom Moskauer Zentrum für Journalisten in Extremsituationen, Irina Scherbakowa von Memorial Russland, Natalja Rostowa – Bürokollegin von Anna Politkowskaja bei der Nowaja Gazeta – und Bronislaw Wildstein – einer der provokativsten polnischen Journalisten.

Wie ist es um die Medienfreiheit im östlichen Europa bestellt? Lässt sich die Lage in Russland und Belarus mit der in den neuen EU-Ländern Bulgarien und Rumänien vergleichen? Welchen Weg hat Polen in den vergangenen Jahrzehnten und insbesondere unter der Regentschaft der Kaczynski-Zwillinge genommen? Welche Rolle spielen deutsche Verlage im östlichen Europa? Und warum kommt trotz der ungemein spannenden und differenzierten Entwicklung im Osten so wenig in deutschen Redaktionen an?

Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Panel-Diskussionen, die am Vormittag mit einem Vortrag von Oleg Panfilow über die Gefährdung der Pressefreiheit in Osteuropa eingeleitet wurden. Panfilow bat gleich zu Beginn, von drei Begriffen in Bezug auf Russland Abstand zu nehmen: von der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit und der Zivilgesellschaft. Alle drei habe es im Lande faktisch nie gegeben. Fast schon resigniert beschrieb Panfilow die Wiederherstellung des staatlichen Meinungsmonopols unter Präsident Putin und die Rolle journalistischer Einzelkämpfer wie Anna Politkowskaja oder Olga Kitowa, die meist auf verlorenem Posten stehen. „Das staatliche Fernsehen ist in Russland gebührenfrei, und die Lebensverhältnisse in der russischen Provinz sind so, dass die Bevölkerung bei der Wahl zwischen politischen Zeitungen oder Brot (der Preis ist der gleiche) sich meist für das Brot entscheidet“, so Panfilow. Olga Kitowa schilderte, wie sie nach einem Bericht über Korruption in der Provinzstadt Belgorod körperlich attackiert wurde und quasi bei Nacht und Nebel ins sicherere Moskau flüchtete.

„Wir können über alles schreiben, solange dabei private Angelegenheiten des Präsidenten unberührt bleiben“, erzählte in einem anderen Panel Wiktor Martynowitsch, stellvertretender Chefredakteur der belarussischen Wochenzeitung Belgazeta. Das mag verwundern – betiteln doch die meisten westlichen Medien Lukaschenkos Staat als letzte Diktatur Europas. In Belarus werden indes subtilere Wege staatlicher Zensur gewählt. Zum einen werden kritischen Journalisten wichtige Informationskanäle blockiert, zum anderen ist eine effektive Form der Zensur, das Verbreitungsgebiet einer Zeitung einzuschränken. In Belarus legen staatliche Stellen sowohl die Auflage als auch den Preis fest – am Beispiel der Belgazeta ist erstere klein und zweiterer hoch. Martinowitsch stimmte der Vermutung zu, dass seine Zeitung als ein *enfant terrible* vom Regime akzeptiert werde. Das, so der Journalist, tue Lukaschenko nicht weh, denn die Zahl der politisch gebildeten Systemkritiker beschränke sich auf einige tausend, vornehmlich in Minsk lebende Bürger. Das Gros der Bevölkerung, vor allem in der Provinz, sei politisch völlig uninteressiert.

ARD-Russland-Korrespondent Stephan Stuchlik, der bei Dreharbeiten in St. Petersburg am Rande einer Demonstration von einem Polizisten geschlagen worden war (und der neben Dirk Sager, Arnim Stauth, Gesine Schwan und Bodo Hombach in Hamburg zur deutschen Prominenz auf den Podien zählt) betonte die großen Privilegien, die westliche Berichterstatter immer noch im Vergleich

zu ihren einheimischen Kollegen hätten. Und vielen Teilnehmern im behaglichen Hamburg wurde klar: Wer einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, ein Wohlfahrts-system mit sicherem Rentenanspruch und ein funktionierendes Rechtssystem in der Hinterhand hat, dem fällt es leicht, sich für Medienfreiheit einzusetzen. Für viele Kollegen im östlichen Europa geht es dagegen mitunter um die Existenz, da werden journalistische Ideale, so sie überhaupt Teil der Ausbildung waren, schon mal über Bord geworfen oder an einflussreiche Oligarchen verkauft.

Deutlich wurde in den Diskussionen aber auch, dass die Situation in den neu der EU beigetretenen Ländern sich von ihren slawischen Nachbarn Russland, Weißrussland und Ukraine unterscheidet. Es gibt eine kulturell bedingte Grenze zwischen den historisch im Einflussgebiet der westlichen Monarchien Preußens und Österreichs auf der einen und dem bekrönten romanow'schen Doppeladler auf der anderen Seite liegenden Staaten. Die „ostslawischen“ Länder standen seit jeher im Einflussgebiet eines vormals zaristischen, später kommunistisch-zentralistischen Autoritarismus, während Länder wie Polen und Tschechien mit Macht an ihre historische Lage in der Mitte Europas anknüpfen und sich mit Vehemenz vom Sowjeterbe zu befreien versuchen.

Dies zeigt beispielsweise die aktuelle Diskussion um die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Polen, die durch den polnischen Journalisten Bronislaw Wildstein ins Rollen gebracht wurde. Dieser hatte Ende Januar 2005 aus dem Institut für Nationales Gedenken eine unter Verschluss gehaltene Liste mit Namen des polnischen Staatssicherheitsdienstes SB an sich gebracht und diese veröffentlicht. „Mein Handeln war halb bürgerlich, halb journalistisch“, schilderte der stark polarisierende Journalist im Erzählcafé zu Polen die Recherchen zur sogenannten Wildstein-Liste.

Im Erzählcafé Tschechien beschäftigte sich die Diskussion in nahezu westeuropäischer Manier mit der Qualität journalistischer Standards im Land. Ludmilla Rakusanova, Leiterin des zur Verlagsgruppe Passau gehörigen Instituts für regionale Journalistik in Prag, machte deutlich, dass Journalisten in Tschechien dank der vielen regionalen Zeitungen zwar ohne weiteres eine Anstellung fänden, auf der anderen Seite dieses System aber dazu führe, dass oft schlecht ausgebildete Redakteure mindere Qualität lieferten.

Viele Journalisten des östlichen Europas sind nach der Befreiung vom kommunistischen Diktat in neue Abhängigkeitsverhältnisse gestürzt. Sie befinden sich heute – um den Titel der im Vorfeld der Konferenz von Netzwerk Recherche und n-ost herausgegebenen Studie zur Lage des Journalismus im östlichen Europa zu zitieren – „Zwischen Propaganda und Kommerz“ – zwischen staatlicher Bevormundung auf der einen und wirtschaftlicher Instrumentalisierung auf der anderen Seite.

Dass dieser Spagat durchaus auch in Deutschland immer mehr von Journalisten abverlangt wird, wird manchem westeuropäischen Kollegen in den Diskussionsrunden gedämmt haben. Wenn von kümmerlichen Zeilenhonoraren und dem Siegeszug des PR- und Auftragsjournalismus die Rede war, unterschied sich Deutschland plötzlich nicht mehr wesentlich von seinen östlichen Nachbarn. Der „Osteuropa-Tag“ in Hamburg hielt so auch der westlichen Journaille einen Spiegel vor und gewährte Blicke in eine vielleicht nicht gar so ferne Zukunft.

Vieles was die Kollegen aus dem östlichen Europa zu erzählen hatten, klang verblüffend und entsprach manchmal nicht dem Bild, das man sich von diesen Ländern gemacht hatte. Der Appell zur stärkeren Differenzierung in den westlichen Medien und zum An-die-eigene-Nase-Fassen erklang immer wieder. Die russische Verlagsleiterin und Präsidentin des Verbands unabhängiger russischer Regionalzeitungsverleger (AIRP) Irina Samokhina warnte beispielsweise davor, dass man „Kritik nicht um der Kritik Willen“ üben dürfe. „Habe Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“, diese Kant'sche Formel sei im Osten wie im Westen gleichermaßen gültig. Guter Journalismus ist kein Privileg des Westens, schlechter kein Stigma des Ostens. Vernetzung und Austausch über Standards und journalistische Methoden hilft beiden Seiten das Niveau zu heben und sich gegen negative Entwicklungen zu stemmen.

Der Ausklang des Tages fiel mit einer Lesung zu Ehren von Anna Politkowskaja, die von der Schauspielerin Iris Berben, Sonia Mikich und Dirk Sager bestritten wurde, zwar sehr nachdenklich aus, aber die meisten Teilnehmer nahmen aus Hamburg das gute Gefühl mit, an einem echten Dialog teilgenommen zu haben.



## Haltungen, Popper und Moneten

Was Journalisten noch lernen können, wenn sie nicht unten rum mitspielen wollen

*von Tom Schimmeck*

Als mich der gefürchtete Enthüllungsjournalist Dr. Thomas Leif anrief, um zu fragen, ob ich hier heute das erste große Fass anzapfen, die Auftaktrede halten würde, war ich sehr verblüfft. Genauer gesagt, ich habe gedacht: Die spinnen.

Ich bin wahrlich kein "Alphajournalist", wie das neuerdings heißt, bestenfalls ein Gamma-Tierchen. Ein Studienabbrecher, der den Beruf nie formell korrekt gelernt hat. Der nie einen Preis bekommen hat – nicht einmal die „Verschlossene Auster“. Der nie im Fernsehen war.

Vielleicht liegt schlicht eine Verwechslung vor. Man habe sich entschlossen, hieß es in einem der Ankündigungstexte zu dieser hochwohlmögenden Versammlung, mit der schon traditionellen Medienschelte am Samstagmorgen diesmal keinen „alten Hasen“, sondern mal einem „jungen Kollegen“ zu betrauen. Das geht einem nach 28 Berufsjahren wirklich runter wie Butter. Aber man muss doch erkennen: Auch beim Netzwerk Recherche wird das Geburtsdatum nicht immer nachgecheckt.

Die freundlichste Deutung ist, dass einigen Obernetzwerkern womöglich die

Texte gefallen haben, die ich in letzter Zeit über den Zustand unseres Metiers verfasst habe. Der erste, ein langgezogener Schmerzensschrei mit dem wenig ausgewogenen Titel „Arschlochalarm“, befasste sich mit jenem verschmökten, völlig inhaltsleeren, dafür umso aufgeblaseneren Zirkus, der sich selbst gerne „Hauptstadtjournalismus“ nennt. Vermutlich in Abgrenzung zur ordinären Dorfschreiberei.

Ein Akt purer Seelenhygiene meinerseits. Entstanden in jenem Wahlkampf, an dessen Ende ein verkorkster Abgang des Kanzlerdarstellers Schröder, ein lausiges Ergebnis seiner inzwischen quartalsweise umjubelten Nachfolgerin und vor allem der Bankrott dessen stand, was in besseren Zeiten politischer Journalismus hieß. Ich erinnere, wie ich eines tristen Tages der Kandidatin Merkel und ihrem neuen Star Kirchhoff lauschte – just auf Mutter Erde herabgepurzelt, um den Menschen Heil und Erlösung zu bringen.

Es war ein Riesenschmarren, da vorne auf der Bühne der CDU-Parteizentrale. Der eigentlich schockierende Moment aber kam, als ich mich umdrehte. Und in die Gesichter einer gewaltigen Zahl von Menschen schaute, die wild entschlossen schienen, den ungelinken Firlefanz auf der Bühne mit ihren Blöcken, Mikrofonen und Kameras zum politischen Großereignis zu verdichten, mit Terabytes von Wörtern, Tönen und Bildern zu zelebrieren. Und sie taten es. Unerschrocken. Wochenlang. Bis einer wie im Märchen rief: Der hat ja gar nichts an! Da war plötzlich „die Geschichte durch“, wie man in Berlin sagt. Nun schrieb man mit gleichem Elan das Gegenteil.

Was haben wir uns früher über das „Raumschiff Bonn“ lustig gemacht. Dieses provinzmiefige Provisorium, diesen absurden Quadratkilometer voller Schauspieler, Saufnasen und Seilschaften. In Berlin, das war die Hoffnung, würde ein großstädtischer Wind den Kleingeist wegpusten. Würde endlich wahre, wertige, wuchtige Politik gemacht, geistvoll, gehaltvoll, gut für die Menschen. In Berlin, hurra, würde auch deren Betrachtung und Analyse neue Tiefenschärfe finden. Würde endlich ein Journalismus wachsen, wie er uns kaum je vergönnt war: Genau, galant, scharf, human, humorvoll. Die Weimarer Zeit war zu kurz, die Hitlerei lochte die Talente ein, trieb sie ins Exil oder ermordete sie. Das piefige Bonn bot wohl nie recht den Humus dafür. Von Berlin Ost mal ganz zu schweigen.

Pustekuchen! Was wir bekamen, war die „Berliner Republik“. Viele Scheinwerfer, wenig Schatten. Verglichen mit den Meinungs-Nusschalen, die heute über die

Spree tänzeln, hatte manch Bonner Haudegen den Tiefgang eines Tankers. Das klingt wohl ein wenig nach „früher war alles besser“. Was einem „jungen Kollegen“ natürlich gar nicht zusteht. Vielleicht sage ich es mit einem Ausruf des großen, just verstorbenen Stinktiers Lothar Günther Buchheim, der einmal, sich über einen Kollegen echauffierend, rief: „Der nennt sich Publizist – und ich höre immer nur Pups.“ In Berlin passt der Satz gelegentlich sehr gut...

Vieles ist an dieser Stelle schon gesagt worden. Frank A. Meyer hat hier im vergangenen Jahr die Hybris der gleichgeschalteten Meinungsmacher beleuchtet, die totale Geschwätzigkeit und die Galageile Selbstweihräucherungslust unserer sich immer hermetischer abriegelnden Kaste. Er kam dabei übrigens zu einem ganz ähnlichen Schluss wie ich in meinem ersten Wutausbruch: Dass sich viele Medienleute nicht mehr als Mittler zu den Menschen, sondern als Mitinhaber von Macht begreifen. Ihre Währung heißt Wichtigkeit. Sie suchen die Nähe anderer „Wichtiger“, möglichst im Fernsehen. Denn sie haben verstanden: Wer notorisch auf der Mattscheibe herumfuhrwerkt, wird quasi automatisch groß. Die Perpetuierung der eigenen Visage generiert Bedeutung.

Jürgen Leinemann sprach hier vor zwei Jahren sehr aufrichtig über seinen eigenen Schmerz mit unserer Profession, über die Allüren und Lebenslügen der Medienfuzzis, dieses eitle Schaulaufen der journalistischen Selbstvermarkter, das man jetzt häufig bestaunen kann, wenn unsereins zusammenkommt. Seine Rede gipfelte in der Schlussfolgerung, die journalistische Freiheit unserer Republik sei heute – Zitat – “viel weniger durch obrigkeitsstaatliche Pressionen bedroht als durch die weiche Knechtschaft einer eitlen Selbstverliebtheit.” Leinemann ist viel zu loyal, um dies explizit auf seinen “Spiegel” zu beziehen. Wir wissen auch so, wen er meint.

Ich gebe zu: Ich bin kein klassischer Tagungsteilnehmer. Beim letzten Journalistenkongress, den ich freiwillig besucht habe, war ich 16 und Schülerzeitungsredakteur. Ich erinnere, dass er in Frankfurt stattfand, dass er sich gegen “Zensur und Repressalien” richtete. Und dass an der Eingangstür kräftig gebaute Ordner einer DKP-nahen Jugendorganisation standen, die keinen durchließen, der ihnen politisch nicht in den Kram passte. Wir sind gleich alle empört abgereist. Was bedeutet: Ich war eigentlich noch nie freiwillig auf einem Journalistenkongress.

Ich bin lieber unterwegs. In der weiten Welt. Am besten da, wo möglichst wenig andere Journalisten sind. Nicht weil ich ein Snob wäre, sondern weil alle Reporter-

erfahrung lehrt: Je weniger Medienmenschen an einem Ort anwesend sind, desto besser kann sich dort Wirklichkeit entfalten, normalmenschliche Realität. Am schlimmsten ist es, wenn das Fernsehen kommt. Dann bricht alles authentische Leben jäh zusammen. Dann kann man eigentlich nach Hause gehen. Weil im Scheinwerferlicht alle nur noch Huhu und Haha machen, irgendwie wirken wollen und dabei komplett ballaballa werden. Ist einfach so. "Kann man nicht gegenan", sagt der Hamburger.

Die Reden von Leinemann und Meyer habe ich also nachgelesen. Und mich gefragt: Wie kann man das weiterspinnen? In eine Richtung, die nicht alle schon hundertmal gehört haben. In Leinemanns Rede kam viermal eine Vokabel vor, die ich in letzter Zeit, wenn ich über den Zustand des Gewerbes jammere, auch gerne verwende: Haltung. Nicht im Sinne von Körperhaltung, oder gar Habacht-Stellung. Sondern im guten Duden-Sinne von "Grundeinstellung, die jemandes Denken und Handeln prägt".

Haltung. Ich glaube, dass viele in unserem Metier mit diesem Wort rein gar nichts mehr anfangen können. Dass es ihnen fremder klingt als Desoxyribonukleinsäure. Aus einer Reihe von Gründen.

1. Die Ausbildung. Da gedeiht ein Dschungel neuer Medienstudiengänge – für junge Menschen, die, wie das heute so schön heißt, "irgendwas mit Medien" machen wollen – TV, PR, Werbung, am besten alles zusammen. Die Zahl der Studenten, meldet der Wissenschaftsrat, habe sich binnen zehn Jahren auf rund 55 000 verdoppelt. Hinzu kommt eine Fülle von Journalistenschulen, über die ich wenig sagen kann, da ich sie höchstens mal als Gelegenheitsdozent von innen gesehen habe. Manche haben große Talente hervorgebracht. Doch der Verdacht bleibt: Dass Geschmeidigkeit hier oft mehr zählt als Charakter.

2. Die Hackordnung. Wer ewig am unteren Ende der Leiter steht, durch einen nie endenden Tunnel von Praktika gezwungen wird, lernt bald, dass Überzeugungen und Prinzipien im Zweifel stören. „Ach, die Jungen“, seufzte neulich die kampferprobte Redakteurin eines öffentlich-rechtlichen Senders, als ich nach dem geistig-moralischen Zustand des Nachwuchses fragte. Dann rührte sie in ihrem Kantinenkaffee und sprach: „Die gucken immer gleich nach, ob noch Platz im Darm ist.“

3. Die Berufsverhältnisse. Der aktuell arbeitende Journalist schuftet, zumal in der Hauptstadt, unter mehrfach durchrationalisierten Stressbedingungen. Jeder einzelne ist von – gefühlt – drei Dutzend PR-Akrobaten, Spindoktoren, Verbandslautsprechern und Pressebeschwörern umstellt, deren bloße Kakophonie ihn schon am Denken hindern könnte. Sofern er überhaupt Zeit dafür hätte.

4. Der Zeitgeist. Da bin ich Experte. Schon weil ich vor 20 Jahren einmal kurzfristig Redakteur eines damals neuen „Zeitgeist-Magazins“ mit dem flotten Namen „Tempo“ war. Seither verfolge ich die Wirrungen des so genannten „Popjournalismus“ mit einer gewissen Faszination. Betrieben wird er meist von Söhnen und Töchtern aus gutem Hause, die viel Freude an Markenprodukten und der narzisstischen Umkreisung des eigenen Bauchnabels haben. Sie unterscheiden streng zwischen „in“ und „out“. Ersteres sind in der Regel sie selber, letzteres alle anderen, insbesondere „Prolls“, „Alt-68er“ und alle dieses irgendwie albern engagierte Volk. Politisch endet der Popjournalist nach allerlei Pirouetten verlässlich und sehr pragmatisch irgendwo zwischen Guido Westerwelle und Roland Koch. Sein Feind ist der „Gutmensch“ im schlecht sitzenden Anzug.

„Gutmensch“ ist überhaupt eines seiner liebsten Schimpfwörter. Weil er nämlich jede Art von Haltung zutiefst verachtet.

Die Stärke dieser Subspezies Journalist ist ihr üppiges, zuweilen ins Großkotzige changierende Selbstvertrauen. In panischer Angst, einen Trend zu verpassen, am Ende gar die Jugend zu verlieren, haben viele deutsche Chefredakteure solche nassforschende Popper eingekauft. Warum auch nicht? Die sind in der Regel emsig und stören nicht, und deshalb heute in allen Zeitungen und Zeitschriften von Rang vertreten. Manch fruchtbaren Textacker haben sie komplett umgepflügt. Freien Autoren, wie ich einer bin, fällt das regelmäßig auf, wenn sie sich mal wieder fragen: Wo nur bringe ich diese große Reportage noch unter? Oder gar einen richtig analytischen Text? Das ist sehr, sehr schwierig geworden.

Das Magazin der „Zeit“, für das ich einst schrieb, ist schon lange tot. Neuerdings findet sich hier ein buntes „Leben“, in dem Helmut Schmidt raucht. Der Herausgeber. Interviewt vom Chefredakteur. Das ist von großer, wenn auch unfreiwilliger, Komik. Das Magazin der FAZ ist auch längst weg, das der „Süddeutschen“ stürzte vor Jahren schon ins kunterbunte Nichts. Auf dem Höhepunkt seiner Pop-Karriere, wir erinnern uns, gab es den hübschen kleinen Skandal um Tom Kummer, diesen

tollen Interviewer, der seine schrillen Gespräche mit den Stars leider frei erfunden hatte. Als er erwischt wurde, taufte er den Betrug „Borderline-Journalismus“.

Die beiden SZ-Verantwortlichen, Ulf Poschardt und Christian Kämmerling, wurden furchtbar bestraft. Poschardt durfte bei der „Welt am Sonntag“ als cooler Rechtsaußen antreten, Kämmerling beim Radikalumbau der einst seriösen Schweizer „Weltwoche“ unter Roger Köppel mithelfen, der nach vollbrachter Tat bekanntlich Chef der deutschen „Welt“ wurde. Nun hört man, Kämmerling beschäftige sich mit einem möglichen Neustart des FAZ-Magazins und einer Zeitschrift namens „Heroes“. Ulf Poschardt lenkt derweil das deutsche „Vanity Fair“. Noch so ein Blatt, wo wir alle noch viele kluge Texte unterbringen werden. Auch der Verlag Gruner und Jahr, eine andere bewährte Bastion des Qualitätsjournalismus, schenkt uns ja ständig neue Sturmgeschütze der Aufklärung. „Park Avenue“ zum Beispiel.

Ich bin eine Spur zu jung, um ein echter 68er zu sein. Aber ich frage mich immer öfter, warum die Generation der geschmeidigen Macher direkt nach mir, diese „Generation Mini-Golf“, wie ein Kollege mal spottete, die 68er derart hasst. Gewiss: Das ganze Generationengerede taugt nur bedingt. Und trotzdem hat jede Zeit ihre Stimmen und Stimmungen, ihren Geschmack, ihre Helden – ihre Haltung. Sie kennen das vielleicht: Wenn man Musik aus der Zeit hört, die einen geprägt hat, kommt das Lebensgefühl wieder. Meine 70er etwa waren eine schrille, oft absurde Zeit voller Widersprüche, Zweifel, Experimente, auch voller Unfug. Aber sehr lebendig, sehr suchend und intensiv. Immerhin haben wir damals die „taz“ geschaffen.

Neulich dachte ich: Die armen Popper haben nichts eigenes, die kennen nur „hip“ und „retro“, nur Zitate, kein Empfinden. Vielleicht sind sie einfach unendlich neidisch, langweilen sich schrecklich, müssen gähnen beim Anblick ihrer eigenen, ereignislosen Biographie. Immer nur cool gewesen und gut angezogen. Nichts erlebt, nichts ersehnt, nie enttäuscht worden. Wo soll da bitte Haltung herkommen?

„Medienalarm“ lautet die lärmende Überschrift, die Leif & Co dieser Rede gegeben haben. Also treten wir kurz einmal zurück und betrachten die Lage unserer Medien. Gehen wir zu einem gut sortierten Bahnhofskiosk. Wir sehen: Endlose Meter Zeitungen und Zeitschriften. Sagenhaft. Und dann suchen wir mal jene

Publikationen zusammen, in denen wir den feinen Journalismus zu finden hoffen, den wir vom noblen Netzwerk Recherche gerne hoch halten. Welch ein elendes Häuflein.

Ein ähnliches Erlebnis haben Sie alle schon an jenen scheußlichen Abenden gehabt, an denen die Finger auf der Fernbedienung vor lauter vermeintlicher Vielfalt nicht zur Ruhe kommen. Zapp zapp, durch alle Kanäle. Blut, Kitsch und Paris Hilton. Da entsteht oberhalb von Co schnell echter Unterdruck. Ich, als typischer Tatort-und-Tagesthemen-Konsument, bin fassungslos, wenn ich die Statistiken sehe: 202 Minuten guckt angeblich jeder Durchschnittsdeutsche tagtäglich in die Röhre, zusätzlich hört er 186 Minuten Radio. Zeitungen und Zeitschriften liest er auch noch. Wenn er das nicht alles gleichzeitig macht, kommen dabei rund sieben Stunden Medienkonsum pro Tag heraus. Wann schlafen die Leute eigentlich? Wahrscheinlich vor dem Fernseher.

Als Fernsehenschon würde ich in die Kirche gehen und göttlichen Beistand erleben. Stellen sie sich einmal diese Verantwortung vor: 82,459 Millionen Einwohner, und ein jeder glotzt 1229 Stunden pro Jahr. Das macht 100 Milliarden Stunden per annum allein in Deutschland. Welch ein geradezu astronomischer Zeitdiebstahl. In Japan – 251 Minuten Tagesdosis – und den USA – 271 Minuten – sind die Verhältnisse noch krasser.

Die wichtigere Frage bleibt die inhaltliche: Was wird gedruckt? Und was quillt aus Deutschlands 43 Millionen angemeldeten Radios und den 37 Millionen angemeldeten Fernsehgeräten? Wenn ich einen masochistischen Tag habe, schalte ich morgens um 5:35 Uhr im Deutschlandfunk die Presseschau aus deutschen Zeitungen ein. Da tröten die hohlen Phrasen der deutschen Meinungs-Armada, die ganze Blechbüchsenarmee der Platitüden scheppert einem durch den noch wehrlosen Kopf. Und weckt diese späte Sehnsucht, endlich doch noch einen anständigen Beruf zu ergreifen. Der Kommentar ist wahrlich nicht die Königsdisziplin in diesem Land. Der "Spiegel" etwa drückt sich hier seit dem Tod Rudolf Augsteins komplett. Die Ideologie quillt wohl zwischen den Zeilen hervor. Eine klar formulierte Meinung aber ist wahrscheinlich Chefsache. Und der Chef hat keine. Können wir da nicht mal etwas tun? Meinung hat ja idealerweise auch etwas mit Haltung zu tun.

Wenn wir weiter an der Radioskala drehen, kommen viele Sender, auf denen "echte Hits" mit aufdringlich fröhlichen Worten verrührt werden. Besonders

perfade: Die Sprüche sind immer gleich, werden aber alle paar Sekunden als "echte Abwechslung" angepriesen. Wir müssen hier gar nicht groß auf "die Privaten" schimpfen. Etliche öffentlichrechtliche Programme gehorchen heute der gleichen Dumm-dumm-Rezeptur. Zum Beispiel bei der heute gastgebenden Anstalt NDR, die so bescheiden von sich behauptet, „das Beste am Norden“ zu sein. Auf NDR 2 etwa, dem Sender meiner Jugend, der früher Informationen und Debatten satt lieferte und abends den "Club", ist Dudeln heute Pflicht. Längst ist der Kanal zum, ich zitiere „attraktiven Begleitprogramm für die jüngere und mittlere Generation“ umgemodelt worden. Komplett durchformatiert, harmlos, zahnlos, nur noch gut, um Zeit tot zu schlagen. Kein Journalismus mehr, der beim Netzwerk Recherche Gefallen fände.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine wirklich großartige Erfindung. Doch viele seiner Oberen und die sie umgebenden politischen Kräfte, lieber Herr Wulff, scheinen seit vielen Jahren danach zu streben, das zahlende Publikum von jeder tiefer gehenden Einsicht fernzuhalten. Die gründlich ausgeforschte und typisierte Kundschaft wird aufgespalten. Hier die kleine Schar der Unverbesslichen, die Futter für ihr Hirn verlangen, der „modernen Kulturorientierten“, wie das im Fachjargon heißt. Die bekommen ein paar Info- und Kulturkanäle. Dort die große Restmasse, denen nur mehr sedierende Zerstreung eingeträufelt wird. Frohsinn und Musik, zwei, drei, dazu ein bisschen Wetter und Verkehr.

Ich war zufällig dabei, als man hier, im ehemaligen „Rotfunk“, Anfang der 80er begann aufzuräumen. Ein Herr Räuher war Intendant. Wer als studentische Hilfskraft auch nur auf den Knopf des Kopierers drücken wollte, musste mindestens im RCDS sein. Ich habe diese Hinrichtung journalistischen Esprits damals in Artikeln so liebevoll beschrieben, dass der Intendant vor versammelter Belegschaft einen Tobsuchtsanfall hinlegte. Den ich, dreist wie ich damals wohl war, hinter der letzten Sitzreihe kauern, still genoss. Wenig später war ich "Freier" beim NDR. Die Ära fiel sehr kurz aus. Falsche Haltung.

Kommen wir zum Kern. Reden wir über's Geld. Da ist ein „Freier“ Experte. Ahnt irgendjemand hier, wie viel von ihren rund 7,3 Milliarden Euro die öffentlich-rechtlichen Anstalten für guten Journalismus ausgeben? Ein Fernsehautor erzählte mir diese Woche, seine Honorare würden sich auf dem Niveau von vor 20 Jahren bewegen. Bei den Zeitungen, das kann ich halbwegs überblicken, ist nach den Sparrunden der vergangenen Jahre kaum mehr Geld da. Die honorieren

in aller Regel dürftig und nach Zeile, was Recherchen geradezu bestraft. Reise-spesen sind Glückssache. Selbst ein Hochglanzmagazin wie Geo hat Tagespauschalen längst gestrichen.

Für viele freie Autoren ist die Lage bedrückend. Ihnen bleibt kaum Raum für anständigen Journalismus. Manchmal ist es auch eine Frage der Würde. Ein persönliches Beispiel: Nachdem vor fünf Jahren mein Stammbblatt „Die Woche“ pleite ging, arbeitete ich unter anderem für die „Süddeutsche Zeitung“. Drei Jahre lang lieferte ich jede Woche zwei Texte, egal, ob ich Fieber hatte oder auf Reisen war. Das machte sogar Spaß. Obendrein war es ein festes Einkommen.

Eines Tages klingelte das Telefon. Der Ressortleiter war dran. „Du, hier läuft ein Typ von Roland Berger rum“, raunte er, „Ende 20, mit Fliege, hochmotiviert.“ „Ja und?“, fragte ich. „Wir müssen Dein Honorar um 25 Prozent kürzen.“ Spontan schlug ich vor, es gleich um 100 Prozent zu kürzen. Ich würde dann einfach aufhören, sagte ich. Weil das kein Umgang mit guter, stets gelobter Arbeit sei. „Das kannst Du doch nicht machen“, brummte er. Wir verabschiedeten uns hastig.

Am nächsten Tag rief er wieder an. „Ich hab mir das noch mal überlegt“, sagte er, „wir kürzen das Honorar nur um 12,5 Prozent.“ Das fände ich eigentlich noch schlimmer, antwortete ich. „Warum denn das?“, fragte er. „Weil das keine echte Einsparung mehr ist, sondern nur noch der symbolische Akt, mich über das Roland-Berger-Stöckchen springen zu lassen.“ Dann sehe er keinen Spielraum mehr, sprach der Ressortleiter und legte auf. Die Mitarbeit endete sofort. Monate später schrieb der Chefredakteur eine Email, dass das ja irgendwie blöd gelaufen sei. Seither nichts mehr aus München. So läuft freier Journalismus heute. Vogel-freier Journalismus.

Man schlägt sich so durch. Und ich will nicht larmoyant werden. Mir geht es gut. Ich mache, was ich will. Und das mit Wonne. Welcher Journalist kann das von sich sagen? Ich habe viel zu tun. Nächste Woche fliege ich in die USA, für ein Radio-feature über Kriegsveteranen in der amerikanischen Gesellschaft – „Die Narben des Uncle Sam“. Der Deutschlandfunk, mein Lieblingssender, will das senden, und nicht um 0.45 Uhr, sondern um 19.15 Uhr. Nur die vollen Reisekosten kann auch er nicht tragen. Ich habe versucht, dafür eine Koproduktion einzufädeln. Aber glauben Sie nicht, man könne auf eine Antwort zählen, wenn man einer ARD-Redaktion ein ausführliches Exposé samt persönlichem Anschreiben

schickt. In diesem Fall: Kein Ton. Funkstille beim WDR, beim SWR, beim NDR. Ich vermute, jeder Freie kennt das. Manchmal fehlt es eben nicht nur an Mitteln, sondern auch an Manieren.

Wie also rettet man sein Feature-Projekt? In diesem Fall durch einen Bruch mit den hehren Prinzipien des Netzwerks Recherche. „Journalisten machen keine PR“, sagen wir. Ich habe das heftig verteidigt, mit flammendem Wort und erigiertem Zeigefinger. Doch dann meldete sich neulich ein alter Bekannter an und fragte, ob ich für seine Firmenzeitschrift eine USA-Reportage schreiben würde. Kurz durchdacht: Das würde die Reisekosten decken. Mein Feature wäre gerettet. Ich müsste eine nette kleine Rundum-Reportage schreiben, eigentlich nichts ehrenrühriges. Trotzdem ist es natürlich PR; für eine Firmenzeitung; in einem Werbefeld. Steinigt mich dafür, wenn Euch danach ist. Oder verrätet mir eine Alternative.

### **Ich fasse zusammen:**

1. Im heiklen Wechselspiel der „Leitmedien“ und Gleitmedien, der politischen Akteure und der sie umkreisenden Journalisten hat vor allem der politische Journalismus gelitten. Selbst in einst seriösen Zeitungen geht es oft nur mehr um die Frage, welcher Akteur gerade wie dasteht und wie gut sein Sakko sitzt. Die distanzierte Demut des Beobachters weicht dabei der Geltungssucht des Mitmischers, der Menschen und Themen nach Gusto herauf- und herunterschreibt. Reale politische Konflikte werden zunehmend als hässliches Gezänk gespiegelt, die vermeintlichen Sieger und Verlierer täglich neu und oft willkürlich festgelegt. Die Macht professioneller Einflüsterer ist deutlich gestiegen.
2. Mit dem Niedergang ihrer Urteilskraft sinkt auch das Image der medialen Mittler. Am deutschen Film, besonders am deutschen Fernsehkrimi, kann man das gut ablesen. Dort hat sich der Journalist als verlässlich mieser Antityp etabliert, stets schmierig und penetrant. Ein Widerling, der meist im Rudel auftritt.
3. Je unsicherer man ist, desto stärker wird das Bedürfnis nach Selbstvergewisserung. Die Binnenwelt der Medien gibt sich gerne glamourös, gebiert aus dem Nichts Stars, die sich bei Galas über rote Teppiche schieben. Man zeigt, interviewt, feiert und lobt sich gegenseitig, hängt sich allerlei Medaillen um. So entsteht ein klebriges Miteinander. Dabeisein ist die Währung. Könige sind jene Fernsehgesichter, die durch Dauerpräsenz einen Extra-Marktwert zu schaffen

verstehen, oft mit Hilfe öffentlich-rechtlicher Anstalten und ihrer Gebührenzahler. Um solche Prominenz alsdann in klingende Münze umzuwandeln – schon weil sie ab einem bestimmten Wiedererkennungswert als Werbeträger taugen. Journalisten verwandeln sich hier in käufliche Kaufleute. Während das Publikum in Billigformaten zunehmend kannibalisiert, sich selbst zum Fraße vorgeworfen wird.

4. Mut und Eigensinn der Journalisten müssen gestärkt, ihre Arbeitsmöglichkeiten dürfen nicht durch immer knapper werdende Ressourcen eingeschränkt werden. Qualitätsjournalismus braucht guten Raum: Einfallsreiche Programme und Publikationen. Mit jedem Girlie-Blättchen, jedem Shoppingkanal, jedem Dudelsender hingegen verabschieden sich wieder Millionen unterforderte Gehirnzellen in den Vorruhestand.

5. Alljährlich produziert unser Bildungssystem tausende Nachwuchskräfte für unser Metier. Sie landen in einem grellen Medienmarkt, der für analytischen, investigativen, kritischen Journalismus nur noch in Ausnahmefällen Platz und Mittel hat. Denkbar wäre ein Ausbildungsmoratorium für Journalisten. Gekoppelt mit dem Neustart einer Verlegerausbildung. Denn mutige Verleger sind Mangelware. In den Stamm-Verlagen sitzen nur noch Marketingleute, die auf Charts starren und Schickimicki-Ballaballa machen. Keiner, der sich etwas trauen, der sagen würde: Wir schaffen etwas richtig Gutes, das Neugier und Geist und Haltung zeigt. Wir nehmen Geld in die Hand und schicken Talente los, die sich unser Land und die Welt wieder gründlich und von allen Seiten angucken.

Zum Schluss: Wir wollen hier nicht zu düster malen. Es gibt eine Menge Leute, die in der Dunkelheit ein Licht anzünden. Nicht nur die arrivierten Damen und Herren vom Netzwerk Recherche, die die Fackel der Wahrheit bekanntlich ja nie aus der Hand legen. Sondern auch viele Journalisten, die etwa in ihrem Lokalblatt einfach aufrichtig über Menschen und Sachverhalte schreiben. Abseits der medialen Büffelherden, die Wucht nur durch bewegte Masse erzeugen. Jeder Tag bringt gute Artikel und Sendungen.

Wir leben in einem stabilen, demokratischen Land. Manchmal scheint unser Missmut drückender als die realen Probleme. Deutschland, schrieb Timothy Garton Ash dieser Tage, sei „eines der freisten und zivilisiertesten Länder dieser Erde“. Die Bürgerrechte würden hier besser geschützt als in den USA oder seiner

Heimat Großbritannien. Und rühmte dann die „paradoxe“ deutsche Großleistung: „In diesem guten Land haben die Professionalität seiner Historiker, die investigativen Fähigkeiten seiner Journalisten, die Ernsthaftigkeit seiner Parlamentarier, die Großzügigkeit seiner Geldgeber, der Idealismus seiner Priester und Moralisten, das schöpferische Genie seiner Schriftsteller und, ja, die Brillanz seiner Filmemacher sich verbunden, um in der Vorstellungskraft der Welt die unauslöschlichste Verbindung Deutschlands mit dem Bösen zu zementieren.“

Ich finde, trotz etlicher Abstriche im Detail: Das stimmt. Lassen wir uns also unsere Medien nicht versauen. Wie sagte neulich unsere Kanzlerin, bei der Feier zum 80. von Alfred Neven DuMont? „Kaum ein anderer Bereich unserer Gesellschaft prägt Haltungen und Lebensentwürfe ganzer Generationen so stark, wie die Medien dies vermögen.“

Haltungen! Sie sehen: Auch Frau Merkel hat verstanden.







## Gefahren für die Gesellschaft

### Medienfreiheit als eine Voraussetzung für eine lebendige Demokratieentwicklung

*von Gesine Schwan*

Vor einigen Wochen teilte ich mit einigen Journalisten eine Taxi-Fahrt vom Flughafen zu einer Konferenz. Ihr lebhaftes Gespräch – sie waren alle in sog. kritischen Medien tätig – drehte sich durchweg um Quoten und Aufmacher. Dabei ging es durchaus differenziert um ästhetische Fragen und um den Zusammenhang zwischen Aufmacher und Quote – und je höher sie war, desto mehr leuchteten die Augen und desto mehr wuchs der kollegiale Respekt. Das Gespräch wirkte sehr professionell, und man bezog sich auf einen breiten Fächer empirischer Veranschaulichungen. Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Priorität der Quote und der demokratischen Verantwortung der Medien stellten sich die Journalisten nicht, sie hätte auch in diesem Zusammenhang ziemlich deplatziert gewirkt – zu grundsätzlich, abstrakt, theoretisch abgehoben. Die Diskrepanz zwischen dem, was diese ganz und gar sympathischen Journalisten offensichtlich vorrangig bewegte und was mich selbst umtrieb, die Diskrepanz nämlich zwischen den Bedingungen des täglichen Erfolgs, der zum individuell-professionellen wie zum institutionellen Überleben der Medien notwendig ist, und dem, was ich als die zentrale und überaus wichtige Verantwortung der Medien in der Demokratie halte, beschäftigt mich nicht erst seit dieser Flughafenfahrt.

Denn kein Mensch würde bestreiten, dass die Medien in der Demokratie eine überaus wichtige Rolle spielen. Aber können sie sich darum angesichts der harten Konkurrenz auf dem Markt überhaupt noch kümmern? Müssen sie nicht in erster Linie eben auf jene Quoten und Absatzzahlen achten, um sich zu behaupten? Sind dazu nicht alle Mittel, die wir im Kampf der Medien beobachten, erforderlich? Kann man infolgedessen die Kluft zwischen der allgemein akzeptierten Grundannahme ihrer demokratischen Verantwortung und den Bedingungen des Geschäfts überhaupt noch überwinden? Oder sollten wir das schöne demokratische Postulat einfach beiseite legen und uns statt dessen auf die insbesondere ökonomisch erfolgreiche Bewältigung des Medienalltags konzentrieren?

Jedenfalls geht das nicht, wenn man danach fragt, ob Medienfreiheit als Voraussetzung von Demokratieentwicklung zu begreifen ist – und dies im Kontext der Erfahrungen in den sog. Transformationsländern Mittelosteuropas. Diese Frage aber habe ich als thematische Aufgabe aufgetragen bekommen. Ich will versuchen, sie zu beantworten, indem ich zunächst den normativen demokratiethoretischen Maßstab zeichne, anhand dessen ich argumentieren möchte. In einem nächsten Schritt skizziere ich die wesentlichen Gefahren, gegen die sich Demokratie fördernde Medien behaupten müssen, um schließlich mit einigen Schlussfolgerungen zu enden.

### **Demokratiethoretische Überlegungen**

Die moderne Demokratie entstand – auf der Grundlage eines vorher entwickelten Rechtsstaates – nicht als direkte Demokratie, sondern bedurfte seit dem 19. und erst recht im 20. Jahrhundert der Vermittlung durch Medien, die für eine breitere Öffentlichkeit Informationen und Diskussionen von politischen Vorstellungen und Parteien aufbereiteten und verbreiteten. Das hat einen technisch-erkenntnistheoretischen und einen demokratiethoretischen Aspekt.

Der technische liegt in der Notwendigkeit, Kommunikation auch zwischen den Bürgern herzustellen, die sich nicht direkt miteinander austauschen können. Vermittlung ist also aus rein praktisch-empirischen Gründen notwendig. Solche Vermittlung ist aber nicht als neutral-transparente Übergabe denkbar, sondern wirkt notwendig auf den Inhalt und die Art der Kommunikation ein. Denn genauso wie es keine Erkenntnis als sog. objektive Wiedergabe einer sog. objektiven Wirklichkeit gibt – die Lenin'sche Widerspiegelungstheorie, die verbal immer

noch in manchen Köpfen spukt, gehörte zu den erkenntnistheoretisch vielleicht naiven, aber jedenfalls philosophisch unhaltbaren Elementen eines totalitären Kommunismus –, genauso gibt es keine „objektive“ Kommunikation, Mitteilung, Weitergabe von Nachrichten oder Meinungen. Eine Auswahl aus der prinzipiell unendlichen Zahl von Nachrichten und eine damit einhergehende Perspektivität mit wertenden Implikationen über ihre Wichtigkeit bzw. Bedeutung ist unvermeidbar.

Dieses Dilemma kann in einer modernen pluralistischen Demokratie, die nicht nur faktisch eine Vielfalt von Interessen enthält, sondern sie auch als legitim akzeptiert, nicht prinzipiell überwunden, sondern nur demokratiekonform gestaltet werden. Die Grundmaxime dafür liegt in der Forderung, das Spektrum der Interessen breit zu halten, ihr Gewicht vor Einseitigkeit zu schützen und den Raum für eine kontroverse Diskussion zu sichern. Sie bietet die Chance, die einzelnen Interessen und Prioritäten mit Kriterien des Gemeinwohls zu vergleichen, etwa gemäß dem Habermas'schen Kriterium der Verallgemeinerbarkeit der Interessen, und damit zugleich argumentativ die Vielfalt der Lösungsmöglichkeiten und gewollten bzw. ungewollten Folgen und Implikation möglicher Entscheidungen auszuloten, was der Solidität und der Gemeinwohlorientierung der Entscheidung zugute kommen soll. Damit führt bereits der technische Aspekt der Vermittlungsaufgabe von Medien zum zweiten demokratietheoretischen, d.h. zur demokratischen Verantwortung der Medien.

Denn wenn Demokratie die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger an der Politik bedeutet und Politik im wesentlichen die Vorbereitung und Durchführung von Entscheidungen – oder auch Nicht-Entscheidungen bzw. Blockaden – in Bezug auf Angelegenheiten meint, die kontrovers beurteilt werden und alle Bürger betreffen und binden, dann haben gemeinwohlorientierte Ziele nur eine Chance, wenn sich die Bürger darüber verständigen, wenn sie möglichst erschöpfend darüber argumentieren und die Implikationen von Entscheidungen offen legen können. Öffentlichkeit wurde so Jahrzehnte lang demokratietheoretisch als eine Art Filter angesehen, der partikularistische oder willkürliche Politik herauszufinden hilft und das demokratische Gemeinwohl befördert. Immanuel Kant hat es ganz im gleichen Sinne als eine Art Test für die Gerechtigkeit von Entscheidungen bezeichnet, wenn sie zu ihrer Verwirklichung der Öffentlichkeit bedürfen, wozu gehört, dass die Öffentlichkeit dem zustimmen und eine gerechte Interessenabwägung durchführen kann. Wenn man dagegen im Dunkeln munkelt, bleibt die Gerechtigkeit leicht auf der Strecke.

Damit ist zugleich gesagt, dass Demokratie, wie ich sie hier verstehe, nicht einfach ein wertmäßig neutrales Entscheidungsverfahren meint. Vielmehr begreife ich sie als eine normativ gestaltete politische Verfassung und Lebensform. Entsprechend ihrer ideengeschichtlichen wie grundgesetzlichen Bestimmung dient sie dem Ziel, die gleiche Würde aller Menschen im Sinne ihres gleichen Rechts und ihrer gleichen Pflicht zur Freiheit, d. h. zur selbstbestimmten und verantworteten Lebensführung und solidarischen Teilhabe am Gemeinwesen, zu verwirklichen. Zu ihrer Realisierung und Festigung braucht es nicht nur Gesetze und organisierte Institutionen, sondern auch eine politische Kultur, die die angemessene Handhabung der Institutionen unterstützt. Wir kennen die Maxime, dass Gesetze ihrem Geiste und Buchstaben gemäß angewendet werden sollen. Wir wissen auch, dass man sie immer missbrauchen oder pervertieren kann, weil sich die Wirklichkeit, auf die sie angewendet werden sollen, in kein Gesetz ganz einfangen lässt. In Bezug auf die Gerechtigkeit hat Aristoteles deswegen in seiner berühmten Nikomachischen Ethik am Ende seiner Ausführungen zur Gerechtigkeit das „Gütige“ als ihren Gipfel gerühmt. Es besteht darin, auf ein eigenes Recht zu verzichten, wenn seine Einforderung eine größere Ungerechtigkeit nach sich ziehen würde. Das Gütige als Grundhaltung brauchen wir, so Aristoteles, in einem freiheitlichen Gemeinwesen, weil sich die Gerechtigkeit nie ganz in eine Gesetzesregelung umsetzen lässt.

Wenn Demokratie also auf kulturelle Unterstützung angewiesen ist, dann betrifft das einerseits die Grundhaltung der Bürger. Autoritäre Persönlichkeiten, die ihr individuelles Urteilsvermögen unbefragten Autoritäten unterordnen, die ihren Mitbürgern eher misstrauisch begegnen und nicht leicht mit ihnen kooperieren, die also – das gehört ins Bild – weder Fremd- noch Selbstvertrauen und infolgedessen auch keine Zukunftszuversicht aufbringen, Bürger, die ungeniert ihre partikularen Interessen verfechten, ihre Macht ausnutzen und sich um Fairness nicht scheren, Menschen, die sich abgewöhnt haben, zwischen Wahrheit und Lüge zu unterscheiden oder die die Lüge für ein vertretbares Mittel halten, Gegner auszuschalten – können eine Demokratie nicht aufbauen oder bewahren. Sie zerstören das Grundvertrauen, das Menschen sowohl für die mutige Gestaltung ihres privaten Lebens als auch für das Gelingen eines freiheitlichen Gemeinwesens, das eben grundsätzlich auf freiwilligen Gehorsam und freiwillige Kooperation baut, brauchen. Vertrauen ist die kulturelle Nahrung, ohne die eine Demokratie verkümmert, ohne die sich die Bürger und Interessengruppen gegenseitig im Wege stehen und blockieren, anstatt die Kraft zur Gemeinsamkeit aufzubringen und etwas zu ihrem gemeinsamen Wohl aufzubauen.

Diese Grundhaltung ihrerseits wird aber – und dies ist das zweite – nicht gedeihen, wenn die Medien ihr zuwiderhandeln, anstatt sie ihrerseits zu fördern. Wenn Bürger einseitig informiert werden, dann fördert dies Misstrauen, weil es der Komplexität der Wirklichkeit und der gesellschaftlichen Wahrnehmungen, Ansprüche und Interessen nicht gerecht wird. Wenn Medien jenseits der oben kurz skizzierten grundsätzlich-philosophischen Schwierigkeit, angemessen, d. h. in pluralistischer Breite zu kommunizieren, einer ganz anderen Logik folgen, wenn sie um ihres Überleben willen vor allem auf Gewinn aus sein müssen und deswegen verzerrende Kampagnen betreiben, anstatt aufzuklären, dann werden sie ihrer demokratischen Grundverantwortung, an einer gemeinwohlorientierten Öffentlichkeit mitzuarbeiten und damit das gesellschaftliche Vertrauen, das die Demokratie braucht, mitzuschaffen, nicht gerecht.

Den zentralen Begriff „Medienfreiheit“ in meinem Thema verstehe ich also nicht als individuell beliebige Willkür, als unbegrenzte „Freiheit von“, sondern als konstitutionell demokratisch geordneten Raum, der Medien vor Willkür und Machtmissbrauch schützt und sie zugleich ihrerseits in ihrer „Freiheit für“ angemessenes Handeln zu dessen Schutz verpflichtet. Welchen Gefahren ist die Medienfreiheit, insbesondere in den Transformationsländern ausgesetzt und wie kann sie zur Demokratieentwicklung beitragen?

### **Gefahren für die Medienfreiheit**

Als erstes liegt die Gefahr jeglicher politischer Machtkonzentration auf der Hand. Die traditionell bekannte in Diktaturen – gar totalitären Diktaturen – muss ich wahrscheinlich nicht näher beschreiben. Es ist klar, dass das ursprünglich marxistische Argument, die Macht des „Kapitals“ durch die geballte politische Macht des Volkes bzw. seiner Avantgarde zugunsten der wahren Volksherrschaft zu ersetzen, nicht diese letztere, sondern selbsternannte Eliten gegen das Volk privilegiert hat. Diese Gefahr institutionell, auf dem Wege von Verfassungs- und Gesetzesänderungen zu überwinden, gehörte in allen Transformationsländern zu den vorrangigen Aufgaben.

Freilich stand sie vor einer besonders komplexen Herausforderung: die alten Institutionen mit ihren Kadern und kulturellen Gewohnheiten zu überwinden und zugleich den neuen Gefahren wirtschaftlicher Machtkonzentration und der Verabsolutierung kapitalistischer Profitlogik zu wehren. Das Ganze unter Bedingungen eines neuen heftigen Schubs ökonomischer Globalisierung, die durch nationalstaatliche Gesetze kaum zu beeinflussen ist und die den Transforma-

tionsländern mehrheitlich ausländische Medieneigentümer beschert hat, mit komplizierten Folgen für das gerade gewonnene Selbstbestimmungsrecht der vom Kommunismus befreiten Gesellschaften. Dabei zeigt sich, dass „Freiheit von“ leichter zu bewerkstelligen ist als „Freiheit für“.

Wo liegen die gefährlichen Folgen der wirtschaftlichen Machtkonzentration und der Verabsolutierung kapitalistischer Gewinnlogik? Aus den öffentlichen Diskussionen der etablierten Demokratien sind sie bekannt, wenn auch in der letzten Zeit m.E. nicht genügend prägnant erörtert. Das Problem liegt wohl weniger im Einfluss der Eigentümer auf die Journalisten als im Zwang des Wettbewerbs, so preisgünstig wie möglich zu produzieren und so erfolgreich wie möglich die Medienprodukte abzusetzen. Die Einsparung von Personal, von fest angestellten Journalisten hat schon seit längerem zu einem klar erkennbaren Qualitätsverlust in Recherche und Analyse geführt. Wenn nicht genügend Zeit und kompetente Personen zur Verfügung stehen, solide informiert und analytisch reflektiert über Sachverhalte und Zusammenhänge zu berichten und sie zu kommentieren, wenn darüber hinaus – auch aus Gründen der Kostenersparnis – die inhaltlich selben Produkte in verschiedener Aufmachung erscheinen, dann leiden darunter die Gründlichkeit der Recherche und die Vielfalt der Aspekte und Argumente, die eine demokratische Öffentlichkeit und mit ihr die handelnden Politikerinnen und Politiker brauchen, um solide und vertrauenerweckende Entscheidungen zu fällen bzw. kritisch zu rezipieren.

Darüber hinaus wächst die Versuchung zur Skandalisierung, um die Auflagenhöhe zu steigern, und zur Banalisierung, um den Stoff mundgerecht zu servieren. Hier glaube ich übrigens, dass die Gesellschaft auch in ihren sehr unterschiedlichen Schichten bereiter ist als generell angenommen wird, komplizierte Sachverhalte zu verstehen, wenn sie Vertrauen in Personen und Institutionen gefasst hat, die dies zu vermitteln suchen.

Mit Skandalisierung und Banalisierung entsteht eine Verzerrung von Wirklichkeit, die über die unausweichliche Perspektivität weit hinaus geht, eine Unterscheidung zwischen Wahrheit und Lüge scheinbar (nicht wirklich!) überflüssig macht und das Vertrauen nicht nur zwischen Politik und Gesellschaft, sondern auch innerhalb der Gesellschaft beschädigt, ja zerstört, weil mit dem Verlust der Wahrheitsbindung auch die Gerechtigkeit auf der Strecke bleibt.

Die Verabsolutierung der Markt- und Wettbewerbslogik unterminiert auch die

zur Demokratie erforderliche Verantwortung der Menschen als politischer Bürger, als „Citoyens“ im Unterschied zum „Bourgeois“, weil sie als Konsumenten, nicht als mitverantwortliche Akteure angesprochen werden. Sie können dann bequem im Sessel sitzen und sich den Mund über all die Torheit, die Gewinn-sucht, die Lächerlichkeit der handelnden Politik zerfetzen, ohne sich der Verpflichtung zu unterziehen, sich an deren Stelle zu setzen, was heißt: unter Bedingungen der unvermeidlichen Ungewissheit in der Sache und des vielfachen Interessendrucks zu entscheiden, und ohne die Verpflichtung, sich für konstruktive Alternativen verantwortlich zu fühlen.

Damit sind wir schon bei den kulturellen Folgen der institutionellen Markt- und Gewinnlogik. Hier sind Hindernisse auf Seiten der Journalisten zu nennen. Ein völlig verständlicher Ehrgeiz, in dieser Logik zu bestehen, bekräftigt den Wunsch, im Wettbewerb aufzufallen, Punkte zu machen, von anderen zitiert zu werden, auch wenn dies zu Unsachlichkeit und einer Verzerrung führt, die an Lüge grenzt. Denn der Zusammenhang, in den Fakten gebracht werden (die ihrerseits natürlich stimmen müssen), konstituiert deren jeweilige Wahrheit, die nicht absolut zu erreichen, aber durchaus absolut zu verfehlen ist, wenn man z. B. erkennbare Gegenargumente oder widersprechende andere Fakten verschweigt. Und wenn man sich, z. B. unter Zeitdruck, nicht an die Verpflichtung hält, Behauptungen anhand unabhängiger alternativer Quellen zu prüfen.

Angesichts eines Wettbewerbs, der einen Kampf aller gegen alle nahe legt und damit aus wirtschaftlichen Gründen eine Situation wie in Hobbes' politischer Welt der Wölfe herauf führt, reagieren viele Journalisten ausgesprochen allergisch, wenn man sie ihrerseits kritisiert, begreifen sie sich doch als Wächter der Öffentlichkeit, deren Autorität und Unparteilichkeit außer Frage steht. Die Medien dürfen, sollen, müssen die Politik nicht nur kritisieren – was ja im genauen Wort-sinn „sondern“ heißt, also unterscheiden, zwischen gut und schlecht, falsch und richtig etc. und was der Demokratie völlig angemessen wäre. Sie dürfen sie auch vielfach höhnend oder ironisch-überlegen attackieren, aber wehe, die Politik zahlt mit gleicher Münze heim! Dagegen hält die Zunft dann oft wie Pech und Schwefel zusammen, ohne zu begreifen, dass sie der Wahrheit und den ethischen Geboten der Demokratie genauso zu dienen hat wie die Politik. Blind machender Ehrgeiz, Korrumpierbarkeit, Trägheit und mangelnde Moral sind kein Privileg der Politik, sondern Verführungen, denen wir alle ausgesetzt sind und gegen die nur gegenseitige Korrektur und Kritikoffenheit hilft.

## **Die besondere Situation der Transformationsländer**

Dies alles gilt bereits für etablierte Demokratien. In Transformationsländern kommt hinzu, dass weder die neuen politischen Institutionen noch erst recht eine demokratische politische Kultur Zeit hatten, sich zu festigen, so dass die Gefahren des kapitalistischen Marktes sich leicht und oft schwer durchdringbar mit denen der überkommenen undemokratischen Traditionen und Eliten der überwundenen Diktaturen verknüpfen und sich dadurch verstärken. Wenn ein vermachteter Medienmarkt mit einer autoritär-diktatorischen Tradition politischer Kultur und unzureichenden Mediengesetzen zusammen kommen, hat es die Demokratieentwicklung schwer. Überdies machen wir immer wieder die Erfahrung, dass die überkommenen Eliten von ihren sozialen Netzen profitieren und von ausländischen Investoren gern wegen ihrer Gewinn bringenden Effektivität gehalten werden.

Wir haben bisher auf die innere Situation der Transformationsländer geblickt. Aber wie in Westeuropa nach 1945 hängt das Gelingen der Demokratisierung vom europäischen Kontext ab. Die demokratiepolitische Chance der westdeutschen Bundesrepublik lag – neben der Tradition demokratisch-politischer Parteitraktionen von CDU/CSU, SPD und den nicht deutsch-nationalen Liberalen in ihrer Einbettung in die westeuropäische Integration und in die NATO. Mit denselben Argumenten ist für die rasche Aufnahme der postkommunistischen Länder in die Europäische Union plädiert worden. Die Stabilisierung ihrer Demokratien durch die europäische Integration und die Einsparung einer nationalen Verteidigung, die kostspieliger geworden wäre als die Eingliederung in die NATO, waren wichtige politische Gesichtspunkte in der politischen Diskussion.

Umfragen etwa in Polen haben auch gezeigt, dass die mittelosteuropäischen Gesellschaften von der Integration in die Europäischen Union durchaus eine überzeugendere Qualität ihrer Demokratien erwartet haben und erwarten. In Bezug auf die Medien zeigt sich allerdings hier ein besonderes Problem. Denn die Berichterstattung westeuropäischer Journalisten in deren Heimatländern ist nicht immer hilfreich, wenn sie denn überhaupt in nennenswertem Maße stattfindet. Angesichts des historischen Informations- und Interessengefälles von Ost nach West und tief verwurzelter negativer Vorurteile gegenüber dem Osten, war und ist es auch unter demokratiepolitischem Aspekt wichtig, die Befestigung dieser Vorurteile zu vermeiden. Sie geschieht aber leicht, wenn man die neuen Demokratien paternalistisch als defiziente Nachzügler in Sachen Demokratie





beschreibt, ohne ihre jeweiligen historischen und kulturellen Voraussetzungen und Besonderheiten zu erläutern und ohne die generellen Probleme einer rasanten Modernisierung unter den besonderen Bedingungen der ökonomischen Globalisierung mit ihren – auch im Westen – gravierenden sozialen Umbrüchen und Verwerfungen zureichend in Rechnung zu stellen.

In Bezug auf Polen z.B. entsteht dann leicht ein Eindruck sozialer Rückständigkeit, religiöser Borniertheit und politischer Sturheit, der sich mit den traditionellen Vorurteilen (sie sind ja fast immer negativ!) verbindet und sie bekräftigt. Wenn die Berichterstattung sich dann zusätzlich auf die Hauptstadt konzentriert und das Land de facto mit seiner jeweiligen Regierung identifiziert und die gesellschaftliche Vielfalt auf einige Skurrilitäten zusammen schnurren lässt, dann weckt und stärkt das negative Einstellungen auf beiden Seiten und dient weder der Entwicklung der nationalen Demokratien noch der demokratischen europäischen Einigung, die ihrerseits die Demokratien stabilisieren könnte.

### **Chancen der Demokratieentwicklung durch Medien**

Aus den bisherigen Überlegungen lassen sich 10 zusammenfassende Forderungen ableiten. Wie immer, wenn es um Demokratisierung geht, müssen wir an institutionelle und an kulturelle Wege denken.

Zu den wichtigsten institutionellen gehört die kluge Verankerung der Medienfreiheit in den neuen demokratischen Verfassungen. Dies ist in der Regel der Fall.

Dazu gehören allerdings auch Mediengesetze, die die Erfahrungen der westlichen Länder ebenso berücksichtigen wie die neue Mischung von diktatorisch-politischen und kapitalistisch-ökonomischen Gefahren. Diese dürfen nicht durch andere Vorschriften (z.B. im Strafrecht oder in Sicherheitsgesetzen oder staatliche Intervention ausgehebelt werden.)

Zentral bedeutend ist dabei die Einschränkung von wirtschaftlicher und politischer Machtkonzentration und eine reflektierte Verbindung von öffentlichen und privaten Medien, wobei die öffentlichen sowohl den parteipolitischen Missbrauch als auch die Blockade einer übertriebenen gesellschaftlichen „Ausgewogenheit“ von Aufsichtsräten vermeiden müssen, weil sonst originelle und unabhängige Kritik „weg-nivelliert“ wird.

Für die Öffentlichen muss genug Raum bleiben, weil die privaten Medien erfahrungsgemäß Information, Analyse und Kultur zu kurz kommen lassen, auf die eine lebendige Demokratie aber angewiesen ist.

Und das ist an dieser Stelle und an Ihre Adresse gerichtet vielleicht die wichtigste Anregung: Etablieren Sie medieninterne Jurys, die Missbrauch verfolgen und professionelle Kritik mit wirksamen Sanktionen anwenden. Das wichtigste Konstruktionsprinzip der Institutionen ist die Transparenz. Denn es gibt keine Interessenneutralität und auch keine Objektivität der Medien. Transparenz aber hilft am besten, Interessen zu verfolgen und deren möglichen negativen Konsequenzen entgegenzuwirken.

### **Zu den kulturellen Elementen**

Die institutionellen Regelungen müssen sich mit der Festlegung und immer erneuten öffentlichen Reflexion demokratischer kultureller Standards verbinden, die bis in die Journalistenausbildung reichen sollten.

Auch dies möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich hervorheben: Debatten zwischen unterschiedlichen medialen Positionen halte ich für überaus wichtig, eine Wagenburg-Mentalität unter Kollegen nach dem Motto „right or wrong my colleague“ für dysfunktional. Die Diskreditierung von solchen Debatten als „Zerstrittenheit“ dient der Demokratie nicht, die auf den Austrag der Pluralität von Aspekten zugunsten des Gemeinwohls angewiesen ist. Auch Politikerbeschimpfung, ebenso wie die simple Moralisierung von Konflikten anstelle ihrer sorgfältigen Analyse macht es sich zu leicht und geht an den Notwendigkeiten der Demokratie vorbei.

Ganz entscheidend ist m. E. zur Stärkung der Demokratieentwicklung in den Transformationsländern die Europäisierung der öffentlichen Debatten. Dass Polen in Deutschland kritisch über Politik und Gesellschaft ihres Landes urteilen ebenso wie Deutsche in Polen hilft der europäischen Verständigung und Integration und darf nicht zugunsten einer nationalen Regression verunglimpft werden. Wir Deutsche oder: Wir Journalisten oder: Wir Politiker müssen zusammenhalten! – das ist die falsche Devise. Wir müssen alle miteinander fair umgehen, aber zugleich eigenständig und zivilcouragiert. Demokratieentwicklung gelingt nicht mehr rein national, sondern nur noch mindestens europäisch, eigentlich nur noch global.

Die letzte und beste Instanz für das Gelingen von Demokratieentwicklung in unserer ökonomisch und kulturell globalisierten geschichtlichen Situation ist eine wache, kritische in eigener politischer Aktivität (auch etwa der organisierten Zivilgesellschaft) erfahrene Öffentlichkeit, so wie schon die berühmten „Federalist Papers“ in der Diskussion um die amerikanische Verfassung darauf hingewiesen haben, dass gegen allen Missbrauch institutioneller Regelungen allein der „manly spirit“ der Amerikaner eine Garantie zu bieten vermag. Heute gehören allerdings auch, vielleicht ganz besonders die Frauen dazu. Und das ist gut so!



## Pressefreiheit und Menschenrechte

Wie die Medien in unserem Zeitalter beschränkt werden und was sie brauchen

*von Barbara Lochbihler*

Sie alle sind Frauen und Männer der journalistischen Praxis, und es wird in den nächsten zwei Tagen auch darum gehen, wie ganz praktisch die Pressefreiheit verletzt wird, namentlich in Osteuropa. Das mir gestellte Thema „Keine Pressefreiheit ohne Menschenrechte“ verlangt hingegen nach Grundsätzlichkeit, und ich will auch gleich ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen. Doch auch wir von amnesty international sind Frauen und Männer der Praxis, uns interessiert zunächst und vor allem die konkrete Menschenrechtsverletzung und das davon betroffene Opfer, und auch davon soll in den nächsten 15 Minuten die Rede sein.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellte erst kürzlich in einer Entscheidung fest: „Die Meinungsfreiheit ist eine der wesentlichen Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft und eine der Grundvoraussetzungen für ihren Fortschritt und für die Selbstbestimmung eines jeden Individuums ... Die Freiheit gilt nicht nur der ‚Information‘ und den ‚Ideen‘, die als vorteilhaft, genehm oder problemlos empfunden werden; sondern auch jenen Informationen und Ideen, die beleidigen, schockieren und stören. Dies verlangen die Gebote des Pluralismus, der Toleranz und der Offenheit, ohne die es eine demokratische Gesellschaft nicht geben kann.“

Der Gerichtshof hätte hier auch sagen können: Das verlangt der Gedanke der Menschenrechte. Ich habe dieses Zitat aus zwei Gründen an den Anfang gestellt. Erstens, weil es von der überragenden Bedeutung der Meinungsfreiheit für freiheitliche und demokratische Gesellschaften spricht. Und zweitens, weil es den Grundgedanken der Menschenrechtsidee benennt: Die Rechte kommen einem jeden Menschen unveräußerlich zu, egal, ob jemand anderem das nun passt oder nicht, egal, ob sich Herrschende geschockt oder gestört fühlen, und auch weitgehend unabhängig davon, ob sich der Betreffende selbst an die gesellschaftlichen Normen und Regeln hält oder nicht. Und ich will gleich zu Beginn daran erinnern, dass dieser Gedanke noch immer keineswegs selbstverständlich ist. Er hat, schaut man auf die alltägliche weltweite Praxis, noch immer viel im besten Sinne revolutionäres Potential.

Die Pressefreiheit als Menschenrecht: Überspringen wir die gesamte ideengeschichtliche und kämpferische Geschichte der Menschenrechte vor 1945 und betrachten wir die für uns wesentlichen Basisdokumente, die nach der Barbareierfahrung des Zweiten Weltkriegs entstanden. Man stellt zunächst erstaunt fest: Von Pressefreiheit ist da gar nicht so sehr die Rede. Noch im ganzen 19. Jahrhundert war die „Pressfreiheit“ ein umkämpfter und zentraler Begriff emanzipatorischer Anstrengungen. Doch weder in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 (AEMR) noch in der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 (EMRK) noch im Internationalen Pakt über die bürgerlichen und zivilen Rechte von 1966 (Zivilpakt) kommt der Begriff direkt vor – und dies, obwohl nun individuelle Abwehr- und Anspruchsrechte erstmals völkerrechtlichen Rang und Verbindlichkeit erfuhren, d.h. das Individuum als Rechtsträger im supranationalen Kontext anerkannt wurde.

Ganz anders im deutschen Grundgesetz. Artikel 5 schützt mindestens fünf Freiheitsrechte ganz ausdrücklich, nämlich die Meinungsäußerungs- und verbreitungsfreiheit, die Informationsfreiheit (aus allgemein zugänglichen Quellen), die Pressefreiheit, die Rundfunkfreiheit, die Film- bzw. Fernsehfreiheit. Und er verfügt, ebenfalls ganz ausdrücklich, ein Zensurverbot.

Dass die menschenrechtlichen Texte hier zurückhaltender sind, mag auch mit unterschiedlichen Rechtsstraditionen zu tun haben, worauf vereinzelt verwiesen wird. Doch der Grund scheint mir ein anderer zu sein, sozusagen ein menschenrechtlicher. Pressefreiheit ist ohne einen größeren menschenrechtlichen Kontext gar nicht zu denken, und auf diesen kommt es an. Sie wird nämlich aus einem

umfassenden Menschenrecht auf freie Kommunikation abgeleitet. Artikel 19 der AEMR lautet: „Jedermann hat das Recht auf Freiheit der Meinung und der Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die unbehinderte Meinungsfreiheit und die Freiheit, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut durch Mittel jeder Art sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.“ Die EMRK, Art. 10, behandelt das Recht auf freie Meinungsäußerung – das, als Grundlage, das Recht auf freie Meinung („Geistesfreiheit“) einschließt. Medien werden eher implizit bzw. negativ behandelt: Absatz 1 stellt fest, dass Staaten die Rundfunk- oder Fernsehunternehmen einem Genehmigungsverfahren unterwerfen können. Die Printmedien sind nicht genannt. Der völkerrechtlich verbindliche Zivilpakt greift die Meinungsfreiheit ebenfalls in seinem Artikel 19 auf und spezifiziert sie als „die Freiheit, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck, durch Kunstwerke oder andere Mittel eigener Wahl sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.“ Hier immerhin ist das gedruckte Wort genannt. Aber auch hier ist deutlich: Es geht um einen größeren Gesamtzusammenhang.

Pressefreiheit ist also als Teil der Meinungsfreiheit ein Menschenrecht. Das Bundesverfassungsgericht bewertet die Meinungsfreiheit in seiner ersten grundlegenden Entscheidung zum Artikel 5 GG in kaum zu überbietender Weise: „Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist als unmittelbarer Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt.... Für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstituierend (...) Es ist in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt.“ (BverfGE 7, 198 (208), v. 15.1.1958).

Die Meinungsfreiheit – oder auch Meinungsäußerungsfreiheit – wiederum steht im Kontext und in Beziehung zu anderen Menschenrechten. Schaut man auf die unmittelbare Nachbarschaft des Artikel 19 der AEMR und des Zivilpakts, so finden wir in Art. 18 die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, in Artikel 20 (bzw. 21 und 22 im Zivilpakt) die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Der Zivilpakt schiebt übrigens als Artikel 20 das Verbot jeder Kriegspropaganda sowie von Hassreden dazwischen, genau jene Einschränkung, die amnesty international im Zweifelsfall an die Meinungsfreiheit anlegt.

Beide „Nachbarrechte“ – die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit wie die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit zählen sowohl im privat-persönlichen

wie im öffentlichkeitsbezogenen Verständnis zu den fundamentalen Menschenrechten.

Ich will noch kurz auf einen anderen Kontext verweisen. Ab Artikel 22 benennt die AEMR eine ganze Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Rechten: Das Recht auf soziale Sicherheit (Art. 22); Das Recht auf Arbeit und gerechte Entlohnung (Art. 23); Das Recht auf Gesundheit (25), auf Bildung (Art. 26). Diese „Wirtschaftlichen, Sozialen und Kulturellen Rechte“ bezeichnen Juristen gerne als Anspruchsrechte, im Unterschied zu den Abwehrrechten, zu denen die vorgenannten, darunter die Meinungsfreiheit gehören. Die AEMR stellt bis heute den umfassendsten Katalog freiheitlich-politischer und wirtschaftlich-sozial-kultureller Rechte dar. Und dieses Zusammengehen verweist auch darauf, dass die einen ohne die anderen nicht funktionieren können. Wer sein Recht auf Bildung nicht wahrnehmen kann, also nicht lesen kann, zudem so arm ist, dass Zeitungen zu einem Luxus zählen, der für ihn finanziell unerreichbar ist, für den ist die Pressefreiheit materiell wertlos, solange nicht seine anderen Menschenrechte verwirklicht sind.

Wie steht es um die Pressefreiheit in der Welt? Nicht gut, das wissen Sie aus Ihrer Arbeit. Es würde meine Zeit und Ihre Geduld überfordern, wollte ich hier umfassend Auskunft geben. Mit Osteuropa vor allem werden Sie sich ohnehin ausführlich befassen. Ich greife mal eine Region heraus, die wir im kürzlich vorgestellten Jahresbericht 2007 unter dem Stichwort Meinungs- und Pressefreiheit im Fokus hatten: Den Nahen Osten.

Die meisten Regierungen im Nahen Osten waren im Jahr 2006 darauf bedacht, die Kontrolle über die öffentliche Meinung zu behalten, und setzten der Äußerung abweichender Meinungen enge Grenzen. Medien riskierten strafrechtliche Verfolgung, wenn sie Vertreter der Regierung oder anderer staatlicher Stellen kritisierten. In Algerien, Ägypten und Marokko wurden Journalisten auf der Grundlage von Gesetzen über Verleumdung strafrechtlich verfolgt, während im Iran nach wie vor Zeitungen ihr Erscheinen einstellen mussten oder Journalisten inhaftiert oder misshandelt wurden. Die staatlichen Kontrollen erstreckten sich auch auf das Internet. Die Regierung von Bahrain verbot mehrere Webseiten, und die syrischen Behörden blockierten den Zugang zu Homepages, auf denen Nachrichten und Kommentare über Syrien angeboten wurden. In Ägypten und im Iran wurden Blogger, die die Behörden kritisiert hatten, in Haft genommen.

Menschen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung einforderten, riskierten ihre Festnahme und Inhaftierung sowie Schikanen und Einschüchterungsmaßnahmen. Besonders groß war diese Gefahr im Iran, in Syrien, Tunesien und der Westsahara.

Der Rückschlag, den die Menschenrechte seit 9/11 erfahren haben, hat auch die Pressefreiheit berührt. Konnte man vor 2001 von einem zumindestens theoretischen und zumindest unter Rechtsstaaten vorfindlichen Konsens sprechen, dass internationale Politik den Leitsätzen der Menschenrechte zu folgen habe, so ist dieser Konsens verloren gegangen. Im Gegenteil, es scheint so, als sei heute derjenige begründungspflichtig, der genau darauf pocht – auch im Kampf gegen Terrorismus. Der Primat einer militärisch verstandenen Sicherheitspolitik hat zu Gesetzen geführt, die auch in westlichen Demokratien die Pressefreiheit einschränken – und zu Forderungen, die Pressefreiheit müsse hinter dem Erfordernis der Terrorbekämpfung zurückstehen. In vielen Ländern nehmen Regierungen den Antiterrorkampf als willkommene Legitimierung, die ohnehin betriebene Unterdrückung politischer Opposition und Meinungsfreiheit zu intensivieren. In Usbekistan hat sich das Klima für unabhängigen Journalismus derart verschlechtert, dass die BBC im November ihr Büro in Taschkent schließen musste. In Pakistan sind auch Journalisten unter den Hunderten, die in den letzten Jahren im Zuge des Antiterrorkampfes „verschwunden“ sind. Andere sind noch da, werden aber immer wieder schikaniert und willkürlich verhaftet.

Die Zahl getöteter Journalisten in Kriegsgebieten ist in den letzten Jahren stark gestiegen; allein im Irak kamen seit Beginn des Krieges 2003 mindestens 139 Journalisten gewaltsam ums Leben. Immer öfter sterben Journalisten nicht nur im Kreuzfeuer oder durch Unfälle, sondern durch gezielte Angriffe bewaffneter Gruppen. Stellvertretend für alle erinnere ich an die Korrespondentin des arabischen Nachrichtensenders Al-Arabiya, Atwar Bahjat, ihren Kameramann Adnan Khairallah und den Tontechniker Khaled Mohsen. Sie wurden im Februar 2006 in Samarra nördlich von Bagdad entführt und umgebracht. Ständig steigt auch die Zahl entführter Journalisten, was unterstreicht, dass Journalisten zunehmend Opfer gezielter Maßnahmen werden. amnesty international unterstützt die Forderung, dass internationale Schutzmaßnahmen ergriffen werden müssen. amnesty international hat den UN-Sicherheitsrat aufgerufen, solche Maßnahmen zu ergreifen. Der Sicherheitsrat hat am 23.12.2006 die Angriffe auf Journalisten verurteilt und alle Konfliktparteien aufgerufen, solche Angriffe zu beenden.

amnesty international hat mit anderen Organisationen eine Kampagne für ein Protective Press Emblem (PEMBLEM) für Medienvertreter in Konfliktgebieten begonnen. Das alles reicht natürlich nicht. Wie alle Zivilisten müssen Journalisten im Krieg geschützt werden, so sieht es das Völkerrecht vor, und wie bei allen völker- und menschenrechtlichen Bestimmungen müssen wir unablässig daran arbeiten, dass die Bestimmungen in substantiellen Schutz umgesetzt werden.

In vielen Ländern erlauben nationale Bestimmungen, dass Journalisten eingeschüchtert und verfolgt werden. In der Türkei gibt es ungeachtet zahlreicher substantieller Reformen weiterhin den Strafbestand der „Verunglimpfung des Türkentums“, nunmehr Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches. Diese Bestimmung dient seit Jahrzehnten dazu, kritische Journalisten zu verfolgen. Im Iran sind es Bestimmungen zur „Beleidigung“ der Religion wie Artikel 513 des iranischen Strafgesetzbuches, die denselben Effekt haben. Dieser Artikel sieht sogar die Möglichkeit vor, die Todesstrafe zu verhängen. amnesty international fordert seit langem die ersatzlose Streichung des Artikels 301 in der Türkei und anderer vergleichbarer Bestimmungen.

Die Nachrichtentechnik verändert sich, die Verletzungen der Pressefreiheit auch. Wir haben es heute zunehmend mit dem Phänomen der Internetrepression zu tun. Derzeit hoch im Kurs ist das „Chinesische Modell“: ein regierungskontrolliertes Internet, das wirtschaftlichem Wachstum alle Freiheiten, der freien Meinung hingegen keine Chance einräumt. 25 Staaten sind es mindestens, die derzeit im Staatsauftrag inhaltliche Filter für das Internet einsetzen. In China selbst sind Hunderte von Webseiten gesperrt. Angeblich überwachen mehr als 30.000 Polizisten das Internet rund um die Uhr. Wer in China „Demokratie“, „Menschenrechte“ oder „amnesty international“ in eine Suchmaschine eingibt, erhält praktisch keine Treffer. Die Technologie für das Filtern von Suchbegriffen oder das Blocken von websites kommt von ausländischen Unternehmen wie Yahoo, Google, Microsoft oder Cisco. In der deutschen amnesty-Sektion läuft zur Zeit eine erfolgreiche Kampagne, die die Schicksale einiger verfolgter Journalisten herausstellt. Shi Tao ist einer von ihnen, ein 38-jähriger chinesischer Journalist und Dichter. Er bekam eine Redaktionssitzung mit, in der kurz vor dem Jahrestag des Massakers auf dem Tiananmen-Platz ein Richtlinie der Partei zur Kenntnis gegeben wurde. Sie sah strikte Verhaltensvorschriften für die Berichterstattung rund um den Jahrestag vor. Shi Tao mailte die Inhalte dieser Richtlinie unter Pseudonym an die Stiftung „Asia Democracy“ in New York. Monate

später stand die Polizei vor seiner Tür. Yahoo hatte die IP-Adresse von Shi Taos Rechner weitergegeben und ihn damit an die Behörden ausgeliefert. Shi Tao erhielt 10 Jahre Haft. Man habe eine Selbstverpflichtung unterschreiben müssen, um in China tätig sein zu können, heißt es bei Yahoo. amnesty international hat im letzten Jahr die Kampagne „irrepressible dot info“ gestartet, die sich gegen die wachsende Zensur im Internet richtet. Auf <http://irrepressible.info> können Sie online dagegen protestieren.

Erlauben Sie mir zum Schluss ein anlassgemäßes Wort zu meiner Organisation. Wollte man es etwas überspitzen, könnte man sagen: der Embryo von amnesty international ist ein Zeitungsartikel. Jedenfalls setzen wir unser Geburtsdatum auf den 28. Mai 1961, auf den Tag also, an dem in der britischen Zeitung „The Observer“ ein ganzseitiger Artikel des Rechtsanwalts Peter Benenson erschien. Darin rief Benenson dazu auf, sich der Initiative „Appeal for Amnesty“ anzuschließen. Bei der Schilderung der Schicksale stützte sich Benenson wiederum auf Zeitungsberichte. Binnen weniger Wochen wurde Benensons Artikel ganz oder in Auszügen von rund 30 Zeitungen in Europa und den USA übernommen. In diesem Kreis sei noch darauf hingewiesen, dass zu den 14 Gründern der deutschen amnesty-Sektion, die sich noch im selben Jahr 1961 konstituierte, sieben Journalisten und Publizisten gehörten, darunter Carola Stern und Gerd Ruge.

Menschenrechte sind eine öffentliche Angelegenheit. Menschenrechtsarbeit – auch zum Schutz der Pressefreiheit – kann nicht nur den Weg der stillen Diplomatie gehen. Menschenrechtsarbeit ist deshalb notwendig Öffentlichkeitsarbeit. Es liegt in der Idee der Menschenrechte selbst, dass sie Gegenstand einer weltöffentlichen Debatte sind. Öffentlichkeit ist aber auch für die konkrete Arbeit zum Schutz von und Gerechtigkeit für Opfer unverzichtbar. Es ist banal, aber immer wert, sich ins Gedächtnis zu rufen: Der schlimmste Feind der Menschenrechtsverletzung ist Öffentlichkeit. Öffentlichkeit ist Prävention. Öffentlicher Druck ist oft das wichtigste, zu oft das einzige Mittel im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen. Doch die Öffentlichkeitsarbeit von Organisationen wie amnesty international, von Anwälten oder anderen Menschenrechtsverteidigern allein reicht nicht aus. Die Unterstützung durch die Medien ist unabdingbar. Deswegen ist unabhängiger Journalismus aus Sicht der Menschenrechtsarbeit so unverzichtbar, und deshalb gehören Journalisten zu den gesellschaftlichen Gruppen, die Menschenrechtsverletzer besonders im Visier haben. Kritische Journalisten sind für sie nämlich gleichsam existenzbedrohend.

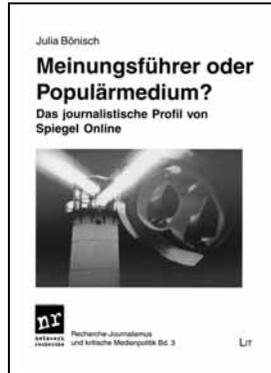


Sven Preger  
**Mangelware Recherche**  
176 S., 9,90 €, br.,  
ISBN 3-8258-8254-3

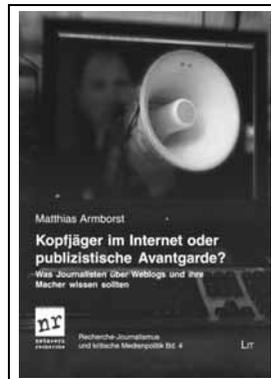


Ilona Wuschig  
**Anspruch ohne Wirklichkeit**  
15 Jahre Medien in Ostdeutschland  
Die deutsch-deutsche Medienwelt ist im Jahr 15 Jahr nach der Einheit geteilt: Der Westen liest „Spiegel“ und guckt „Tagesschau“; der Osten „Super-Illo“ und „blitz“. Die Chefredaktionen sitzen im Westen. Gesamtdeutschland nutzt die Erfahrungen von Ostdeutschen mit zwei Systemen, mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen nicht. Die Folge: Die Zufriedenheit mit der Staatsform Demokratie in Ostdeutschland nimmt ab! Wie muss politische Kommunikation aussehen, damit beide Deutschlands die anstehenden Probleme diskutieren und angehen? Was ist falsch gelaufen im me-

dialen Einigungsprozess? Und wie lässt sich eine funktionierende deutsch-deutsche Öffentlichkeit herstellen?  
304 S., 29,90 €, br.,  
ISBN 3-8258-9059-7



Julia Bönisch  
**Meinungsführer oder Populärmedium?**  
Das journalistische Profil von Spiegel Online  
192 S., 12,90 €, br.,  
ISBN 3-8258-9379-0



Matthias Armbrorst  
**Kopffäger im Internet oder publizistische Avantgarde?**  
Was Journalisten über Weblogs und ihre Macher wissen sollten  
264 S., 14,90 €, br.,  
ISBN 3-8258-9633-1



Ingmar Cario  
**Die Deutschland-Ermittler**  
Investigativer Journalismus und die Methoden der Macher  
Investigative Journalisten recherchierten in Deutschland bislang im Verborgenen. Dieses Buch gibt nun erstmals einen spannenden Einblick in die Methoden der Macher: Wie beschaffen sie sich interne Informationen und wie überprüfen sie diese? Wie schützen sie ihre Informanten und pflegen ihre Kontakte? Mit welcher Gegenwehr haben sie bei ihren Recherchen zu kämpfen? Befragt wurden investigative Journalisten unterschiedlicher Medien, die offen und ungeschminkt über ihre Arbeit berichten. Jeder kann nun von ihren Hinweisen und Erfahrungen lernen und diese auf die eigene Arbeit übertragen. Denn dieses Buch zeigt: Beim investigativen Journalismus kommt es weniger auf die berühmte Spürnase an als auf das richtige Handwerk, das erlernbar ist. Gleichzeitig macht es aber auch deutlich, wie schlecht die Bedingungen für investigative Recherchen in deutschen Redaktionen sind. Eine detaillierte Analyse auf der Grundlage der vorhandenen Literatur zeigt die Gründe für die Diskrepanz zwischen der großen Bedeutung des investigativen Journalismus und seinem geringen Stellenwert im deutschen Mediensystem. Dieses Buch ist mehr als nur eine wissenschaftliche Studie, es hat den Nutzwert eines Handbuchs: Ein Buch, das Einblicke in die Werkstatt von professionellen Recherche-Journalisten gibt. Ein Buch für alle, die wissen möchten, wie kritischer Journalismus funktioniert. Ein Buch, das zeigt, dass kritischer Journalismus die Voraussetzung für eine lebendige Demokratie ist.  
248 S., 14,90 €, br.,  
ISBN 3-8258-0080-6

Wir von amnesty international würden Sie nie auffordern, sich mit uns „gemein zu machen“, auch wenn es natürlich „eine gute Sache“ ist, für die wir eintreten. Sie merken, ich spiele auf Ihr Podium morgen Vormittag an. Im Gegenteil, wir wollen, dass Sie unser Material zum Anlass nehmen, selbst über Menschenrechtsverletzungen und Menschenrechtsthemen zu recherchieren um dann unabhängig darüber zu berichten. Wir sind bemüht, seriöse Informationen zu geben, die Ihre Arbeit unterstützen. Wir wünschen uns allerdings, dass Sie vielleicht ein bisschen öfter und prominenter die Themen aufgreifen, die wir „anzubieten“ haben. Denn in der Tat sind wir der Meinung, dass das Thema Menschenrechte nicht beliebig ist, sondern eines, das im Zentrum jeder Politik steht. Denn Menschenrechte sind, um noch einmal den Europäischen Gerichtshof aufzugreifen, „die wesentlichen Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft und eine der Grundvoraussetzungen für ihren Fortschritt und für die Selbstbestimmung eines jeden Individuums“. Menschenrechte sind also Voraussetzung und Leitlinie für all das, was Politik sinnvollerweise erreichen soll. Und insofern ein Muss für den Journalismus, den Sie hier vertreten.

<sup>1</sup> Albert Engelmann-Gesellschaft vs. Österreich, Entscheidung vom 19. Januar 2006, der Vorfall – der Generalvikar der Erzdiözese Salzburg war 1996 in einer katholischen Zeitschrift u.a. als „Rebell“ bezeichnet worden und hatte auf Verleumdung geklagt und in zwei Instanzen Recht erhalten; die beklagte Zeitschrift wertete die Urteile als Verletzung der Presse- und Informationsfreiheit nach Art. 10 EMRK und bekam beim EGMR Recht.

Barbara Lochbihler ist Generalsekretärin von amnesty international (ai)

Die Laudatio von Dr. Heribert Prantl auf den diesjährigen Preisträger der „Verschlossenen Auster“, Wladimir Putin, finden Sie auf Seite 63 ff. in dieser Dokumentation. Die wegweisende Rede wurde in der Süddeutschen Zeitung abgedruckt.





# Pressespiegel

## 1. Zeitungen Inland

**epd Medien (50) / 27.06.2007**

Offene Austern

Die Jahrestagung des Netzwerks Recherche

*Von Henrik Schmitz*

epd In dem Film „Familiensache“ schmückt Meryl Streep einen Weihnachtsbaum. Obwohl der bereits in allen erdenklichen Farben funkelt und vom grün des Baumes eigentlich nichts mehr zu sehen ist, hängt sie immer noch eine strahlende Kugel an den Baum, der dadurch am Ende nicht wirklich besser aussieht. „Dein Vater sagt immer: ‚Weniger ist mehr‘“ sagt Streep zu ihrer Filmtochter. „Aber ich finde, mehr ist mehr.“ Mehr ist mehr, haben sich offenbar auch die Organisatoren der Jahrestagung des Netzwerk Recherche (NR) am 15. und 16. Juni in Hamburg gedacht. Rund 100 verschiedene Diskussionsforen, Erzählcafés und kleine Fortbildungsveranstaltungen zeugten einerseits von dem hohen Engagement der ehrenamtlichen Organisatoren. Andererseits überforderten sie auch die meisten Tagungsteilnehmer, die sich nur schwer zwischen den verschiedenen Angeboten entscheiden konnten. Ein etwas übersichtlicheres Programm wäre für die Zukunft wünschenswert, zumal nicht alle Foren Neues brachten und – wie etwa eine Diskussion über Lobbyisten – im Vorjahr ähnlich schon einmal gelaufen sind. Gut war, dass sich die meisten Diskussionsteilnehmer in Hamburg nicht als verschlossene, sondern eher als offene Austern zeigten und die Teilnehmer nicht allein mit Worthülsen nach Hause gingen. Dennoch wäre weniger mehr, einige Foren könnten in Zukunft wegfallen, stattdessen gehören auch Erzählcafés etwa mit Günther Wallraff, Hans-Martin Tillack oder anderen starken Rechercheuren auf die große Bühne in einem der Hauptveranstaltungssäle im NDRKonferenzzentrum – auch auf die Gefahr hin, dass dadurch die Wohnzimmeratmosphäre etwas leidet. Eine stärkere Fokussierung auf einzelne Themenfelder würde vielleicht auch helfen, der Jahrestagung so etwas wie einen roten Faden zu geben. Ein Faden, den der erste Veranstaltungstag zur Pressefreiheit in Osteuropa in diesem Jahr aufwies, der am zweiten Tag aber ein wenig verloren ging. Da wurde aufgespießt, was im vergangenen Jahr im Journalismus eine Rolle gespielt hat: Politikmagazine der ARD, der „Mythos Bürgerjournalismus“ und – ganz

aktuell – das Thema Doping. Dazu noch Netzwerk-Dauerbrenner wie Lobbyismus und Medien und das Informationsfreiheitsgesetz.

### **Begegnungen mit Betroffenen**

Pressefreiheit in Osteuropa war also das Thema des ersten Tages in Hamburg, hier kooperierte das Netzwerk Recherche mit der Journalistenorganisation n-ost. Die Veranstalter gingen mit der Wahl des Themas durchaus ein Risiko ein. Zum einen, weil Osteuropa für viele Journalisten bildlich gesprochen weit weg ist und daher unklar war, ob dieses Thema ausreichend Teilnehmer anziehen würde. Zum anderen, weil die Auswahl der Protagonisten schwieriger ist – man kennt sich eben nicht. Gerade letzteres machte die Tagung aber spannend. Zwar wird viel geschrieben über die fehlende Pressefreiheit in Osteuropa, aber das Problem wird oft an Zahlen (ermordete Journalisten) festgemacht. Begegnungen mit Betroffenen sind eher selten, in Hamburg gab es sie. Dass die fehlende Pressefreiheit etwa in Russland eigentlich ein Dauerzustand ist, machte der Medienwissenschaftler Oleg Panfilov gleich zu Beginn seiner Eröffnungsrede klar. „Es gab eigentlich nie Pressefreiheit in Russland.“ Und somit handelt es sich nicht allein um ein Problem, dass mit Repressionen von Seiten staatlicher Stellen oder wirtschaftlich Mächtiger zusammenhängt. Es ist, so eine Erkenntnis aus Hamburg, ein tief verwurzelt kulturelles Problem auf Seiten der Sender und Empfänger. Die Zuschauer und Leser verlangen in ihrem Alltag offenbar nicht nach dem, was sie als Streit empfinden. Und Journalisten sind es letztlich nicht gewohnt, sich als vierte Gewalt zu verstehen. Nur so ist nachzuvollziehen, dass eine Journalistin wie Natalia Rostova, die bei der „Novaja Gazeta“ eine Kollegin der ermordeten Anna Politkowskaja war, ihren Redaktionsalltag als „meistens sehr lustig“ beschrieb und sich in ihrer Arbeit nicht behindert fühlte. Ebenso wie die Journalistin Julia Urakcheeva, die für die Wirtschaftszeitung „Gorod N“ arbeitet. Irritiert und beinahe ungläubig nahmen sie die Berichte Olga Kitovas zur Kenntnis, die im Rahmen ihrer Arbeit verhaftet und zusammengeschlagen worden war. Kitovas Bericht berührte die Zuhörer. Und auch die Äußerungen Rostovas, aus denen die Zuhörer folgern konnten, dass Anna Politkowskaja innerhalb ihrer Redaktion nicht gerade beliebt war und – so der Eindruck – neben den Repressalien des Staates auch unter fehlender Unterstützung der Kollegen, vielleicht auch Isolation, zu leiden hatte, stimmten eher traurig.

### **Keine Recherchekultur**

Gleichzeitig wurde klar, dass sich in Russland viele Journalisten frei fühlen, weil

die tägliche Arbeit überhaupt nicht dazu führt, dass sie an Grenzen stoßen, an denen Zensur greifen würde. Auch Recherche hat in Russland keine Kultur. Hier trifft sich das Land letztlich mit Deutschland. Der Schauspielerin Iris Berben, die am Abend des ersten Veranstaltungstages Passagen aus Politikowskajas „Russischem Tagebuch“ las, gelang es dann, einen weiteren berührenden, menschlichen Moment zu schaffen. „Ich schließe die Augen und sehe Anna vor mir und ich sehe Tschetschenien“, sagte Sonia Mikich, die Berbens Lesung moderierte. Mikich war damit nicht allein. Nach diesen Eindrücken war es nur folgerichtig, dass das Netzwerk Recherche die „Verschlossene Auster“ an den russischen Präsidenten Wladimir Putin vergab. Folgerichtig, aber auch irritierend. In einem Land wie Deutschland, in dem es Pressefreiheit gibt, wiegt der Vorwurf, nicht mit Medien zu kooperieren, schwer. Die „Verschlossene Auster“ bedeutet für einen Bahn-Chef Mehdorn oder einen Discounter Aldi einen – wenn auch kleinen – Imageschaden, die „Auster“ erzielt dadurch eine gewisse Wirkung. Putin berührt sie nicht, sein Image könnte in Deutschland schlechter gar nicht sein, sieht man mal von ein paar Putin-Fans wie Altkanzler Schröder ab. Soll die „Auster“ Wirkung entfalten, sind Unternehmen wie Google oder Behörden wie das Bundesfinanzministerium, das das Informationsfreiheitsgesetz weitgehend ignoriert, die besseren Preisträger.

### **Verzerrung der Wirklichkeit**

Wenn es neben dem Thema Pressefreiheit in Osteuropa noch einen weiteren roten Faden in Hamburg gab, so war es der der Kritik an dem Zustand der Medien in diesem Lande. Eine Kritik, die momentan Konjunktur hat. Der britische Noch-Premier Tony Blair übte sie kürzlich in einer Rede in der Reuters-Zentrale in London und beinahe hatte man das Gefühl, die Politologin Gesine Schwan, die in Frankfurt/Oder lehrt, nahm den Ball in Hamburg auf. Vom Zwang der Medien, im Wettbewerb so preisgünstig wie möglich zu produzieren und so erfolgreich wie möglich die Medienprodukte abzusetzen, redete sie. Es wachse die Versuchung zur Skandalisierung, um die Auflagenhöhe zu steigern, und zur Banalisierung, um „den Stoff mundgerecht zu servieren“, sagte Schwan. Dadurch entstehe eine Verzerrung von Wirklichkeit. Wahrheit sei nicht absolut zu erreichen, aber durchaus absolut zu verfehlen, wenn man zum Beispiel erkennbare Gegenargumente oder widersprechende andere Fakten verschweige. Das klang ganz wie Blair und auch ganz wie Christian Wulff, der am zweiten Tag des Jahrestreffens in dasselbe Horn bließ – wobei er aber anders als Schwan regelrecht resigniert wirkte. Vom „Regieren macht Spaß“ eines Gerhard Schröder war Wulff nicht viel

anzumerken und es entstand der Eindruck, es täte dem persönlichen Wohlbefinden des Ministerpräsidenten wesentlich besser, wenn auch er sich „dem“ – also der Politik und den Medien – nicht mehr aussetzen würde.

### **Wulffs Resignation**

Von einem gestörten Vertrauensverhältnis zwischen Politikern und Journalisten sprach der niedersächsische Ministerpräsident, der in Hamburg gnädigerweise keine Fragen zur Nachfolge von NDR-Intendant Jobst Plog beantworten musste. Ein zu negatives Bild zeichneten die Medien von den Politikern, was in der Folge zu einem Problem für die Demokratie werden könne, weil weniger junge – qualifizierte – Menschen bereit seien, sich dem auszusetzen. Wulff stellte auch die berühmte Kästnersche Frage: „Wo bleibt das Positive?“ Dass nicht alles so ist, wie Wulff es sieht, kritisierte in einer späteren Diskussionsrunde auf der NRJahrestagung der Redaktionsleiter des Magazins „Panorama“, Stefan Wels. Wulff hatte gesagt, er rede nicht mit „Panorama“, weil Zitate dort verkürzt wiedergegeben würden und er dort zudem in Zusammenhängen auftauche, die für ihn eher schädigend seien. Wels bezichtigte Wulff der Lüge: „Wie in der Presse werden Zitate vorher autorisiert und dann gesendet.“ Hätten Politiker Mut genug, kämen sie zum Live- Interview ins Studio der Politikmagazine. Ihre Antworten könnten dann nicht mehr zensiert werden. Befremdlich wirkte Wulffs Bedauern, es fänden inzwischen zu wenig Hintergrundgespräche statt, weil letztlich doch immer ein Journalist Details aus den Hinterzimmern der Politik preisgeben würde. Ein Bedauern, das auch Tissi Bruhns am Rande der Tagung teilte. Dabei hat man spätestens seit dem Film „Strippenzieher und Hinterzimmer – Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus“ von Thomas Leif, dem SWR Chefredakteur und Vorsitzenden von Netzwerk Recherche, den Eindruck, dass Bruhns – die sicherlich zu den positiven Beispielen der Zunft der Hauptstadtjournalisten zählt – ziemlich viel Zeit in Hintergrundgesprächen verbringt. Aber was bringen Hintergrundgespräche eigentlich? Vier-Augen-Gespräche sind oft hilfreicher.

### **Der „Platz im Darm“**

Eine Medienkritik der etwas anderen Art hatte der Autor Tom Schimmeck am Morgen des zweiten Veranstaltungstages gehalten. Er trat damit in die Fußstapfen von Jürgen Leinemann und Frank A. Meyer, die den Journalisten in den Vorjahren auf nr-Tagungen die Leviten gelesen hatten. Was Schimmeck vortrug, war trefend im wahrsten Sinne des Wortes und zugleich so unterhaltsam vorgetragen, dass seine Rede eine der Sternstunden der Jahrestagung war (vgl. Dokumen-

tation in epd 48/07). Wie allerdings schon bei Frank A. Meyer fand sich auch bei Schimmeck das – auch am Rande der Tagung immer wieder zu hörende – Jungjournalisten-Bashing. Jungen Journalisten fehle so etwas wie „Haltung“, sagte Schimmeck. Nun hat es Karrieristen zu allen Zeiten gegeben und wird es immer geben. Die vermeintlich fehlende Haltung kann aber auch mit zunehmender Professionalisierung junger Journalisten zusammenhängen. Junge Menschen, die sich eben darum bemühen, die Wahrheit nicht absolut zu verfehlen, sondern Gegenargumente und andere Fakten berücksichtigen. Dadurch entsteht vielleicht weniger Schwarz und Weiß, woran man sich reiben könnte – wie Ministerpräsident Wulff es ausgedrückt hatte –, doch das Grau entspricht vielmehr der Wirklichkeit und bildet den Kontrast der zu Recht kritisierten Skandalisierung. Viele, die heute in das Früher-war-ales-besser-Lamento einsteigen, verwechseln schlicht Haltung mit Ideologie. Im Übrigen muss Karrierestreben nicht unbedingt zur Anpassung führen.

Wer zum „Spiegel“ will oder zur „Süddeutschen“, weiß, dass dort Qualität verlangt wird. Investigative Leistungen und fundierte Recherche werden verlangt, eine Meinung hat jeder. Sollte es tatsächlich so sein, dass die jungen Journalisten, wie Schimmeck es in einem Zitat einer Kollegin ausdrückte, zunächst schauen, „ob noch Platz im Darm“, ist, dann liegt das vielleicht auch an alten Platzhirschen, die so etwas wie Haltung als äußerst störend empfinden. Einen kleineren Eklat gab es bei der Neuwahl des Vorstands zum Netzwerk Recherche. Einem Kandidaten wurde in der Sitzung vorgeworfen, die Firma, für die er arbeitet, mache auch PR für verschiedene Unternehmen, was mit den Grundsätzen des Netzwerkes nicht vereinbar sei. Es folgte eine längere Diskussion. Teilnehmer der Runde bemängelten, man hätte den Betreffenden schon vor der Wahl deutlich darauf hinweisen sollen, dass seine Kandidatur für den Vorstand einer als PR-kritisch bekannten Journalistenvereinigung wenig Aussicht auf Erfolg haben würde. Insgesamt brachte die Jahrestagung einige neue Erkenntnisse und viele Anregungen. Wer Wallraff, Leyendecker oder Tillack reden hörte, bekam regelrecht Lust auf Recherche – was allein schon ein positiver Effekt der Veranstaltung ist. Auch Kontroversen traten ans Licht, etwa zum von Heribert Prantl konstatierten Bedeutungsverlust der ARD-Magazine, den Redaktionsvertreter wie Stefan Wels so nicht gelten lassen wollten. Um Nachsicht hatten die Veranstalter während der Jahrestagung mehrfach gebeten. Es seien ehrenamtliche Laien am Werk, daher könne auch mal etwas nicht ganz so rund laufen, hatte etwa „Zapp“-Chef Kuno Haberbush gesagt. Nachsicht war allerdings überhaupt nicht nötig, die Jahrestagung lief abgesehen von einigen Tonstörungen und überfüllten Erzähl-

cafés rund und nicht laienhaft, sondern sehr professionell ab – trotz der vielen einzelnen Panels.

## **Frankfurter Rundschau 18. Juni 2007**

Von zwei Seiten verschlossen

**Netzwerk Recherche diskutiert über Einschränkungen der Pressefreiheit**

*Von Gemma Pörzgen*

Der Kritik-Preis „Verschlossene Auster“ der Journalistenorganisation Netzwerk-Recherche geht dieses Jahr an Russlands Präsidenten Wladimir Putin. Ob die Auszeichnung als „Informationsblockierer des Jahres“ allerdings jemals im Kreml ankommen wird, scheint ungewiss. Die Einladung an den russischen Botschafter, die Granit-Skulptur stellvertretend entgegenzunehmen, blieb unbeantwortet. „Putin ist ein lupenreiner Gegner der Presse- und Meinungsfreiheit; unbequeme Wahrheiten lässt er rigoros unterdrücken“, begründete Thomas Leif, Vorsitzender des Netzwerks Recherche, die Entscheidung für Russlands Staatschef auf der Jahrestagung am Wochenende in Hamburg: „Wenn es um Schutz und Garantie der Pressefreiheit geht, steht Putin den Mechanismen der Diktatur näher als den Prinzipien der Demokratie.“

Die Verschlossene Auster prangert mangelnde Offenheit und die Behinderung der Pressefreiheit durch Personen oder Organisationen an. Im vergangenen Jahr hatte die Organisation den Chef der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn, damit bedacht.

Die Gefährdung der Pressefreiheit in Osteuropa war dieses Jahr ein Schwerpunkt der Tagung, die erstmals vom Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung (n-ost) mitgestaltet wurde. Journalisten und Wissenschaftler aus Russland, Polen, Tschechien und vom Balkan berichteten über Einschränkungen ihrer Arbeitsmöglichkeiten und die Rolle der Medienfreiheit für die Demokratieentwicklung in ihrer Heimat.

Vom „offenen Krieg Putins gegen den freien Journalismus“ sprach der Moskauer Menschenrechtsaktivist Oleg Panfilow und machte deutlich, dass vor allem die völlige Kontrolle des Leitmediums Fernsehen durch den Kreml jede Meinungsp pluralität unterbinde. Die größte Freiheit herrsche noch im Internet, sagte Stephan Stuchlik, Moskau-Korrespondent der ARD. Aber auch da nähmen die Versuche zu, das freie Wort zu unterbinden. Zeit-Korrespondent Johannes Voswinkel gab

zu bedenken, dass russische Journalisten, die für unabhängige Medien arbeiteten, dazu neigten, eine „Wagenburgmentalität“ zu entwickeln. So erlügen sie leicht der Versuchung, journalistische Standards nicht mehr einzuhalten und wenig ausgewogen zu berichten.

Welche Rolle zur Stärkung von Medien in Südosteuropa deutsche Verlagshäuser spielen können, wurde in der Debatte mit WAZ-Geschäftsführer Bodo Hombach deutlich. „Wenn wir Partner sind, dann trauen sich die Regierungen nicht an die Medien heran“, ist Hombachs Erfahrung in Bulgarien, Rumänien, Mazedonien und anderen Ländern Südosteuropas, wo die WAZ in Zeitungen investiert hat.

Die Journalistin Brigitte Alfter machte deutlich, dass Reportern in der Region häufig schon eine „Miniförderung von nur 100 Euro“ bei investigativen Recherchen helfen könne. Die Kollegen seien oft hochqualifiziert, aber es fehle ihnen an Geld, Zeit und Ressourcen.

Aber auch in Deutschland ist der Journalismus in der Krise: „Viele Medienmacher sehen sich nicht mehr als Mittler, sondern als Mitinhaber von Macht“, holte taz-Gründer Tom Schimmeck in seiner Grundsatzrede zu einer scharfen Kollegenschelte aus. Vielen Journalisten seien in der „Berliner Republik“ längst nicht nur die Haltung, sondern auch die Manieren verloren gegangen. „Gute Verleger sind inzwischen Mangelware“, sagte Schimmeck, in den Medienhäusern hätten längst Marketing-Leute das Sagen.

Auch der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) klagte über die zunehmende Oberflächlichkeit der Berichterstattung. „Es fehlt an Geld und Hingabe, spannende Geschichten zu machen“, gab der Politiker seiner Sorge Ausdruck. Politik werde inzwischen fast ausschließlich als persönlicher Streit zwischen Akteuren dargestellt statt als Ringen um Konzepte. Umfragen zeigten, dass sowohl Politiker wie Journalisten in der Bevölkerung kaum noch Vertrauen genießen, was sich als demokratiegefährdend auswirken könne. Wenn Politik in den Medien zu einer „Ansammlung von Ganoven“ gemacht werde, „wird es traurig in unserem Land“, sagte der CDU-Politiker.

Dass es immer schwieriger werde, Menschen für die Politik zu gewinnen, so Wulff, sei deshalb auch den Medien anzulasten. Vielerorts in Deutschland fehle es bereits an flächendeckender Präsenz von Medien. In Hannover habe die Sparpolitik der Verlagshäuser dazu geführt, dass kein Korrespondent einer überregionalen Tageszeitung mehr kontinuierlich aus der Landeshauptstadt berichte.

Stattdessen schrieben Journalisten über Niedersachsen, die das Land gar nicht kennen. „Es ist eine Katastrophe, wenn wir uns das nicht mehr leisten können.“

## **Der Tagesspiegel 16.06.2007**

**Putin erhält „Verschlossene Auster“**

**„Er ist ein lupenreiner Gegner der Presse- und Meinungsfreiheit“**

Die „Verschlossene Auster“, der Kritik-Preis des Netzwerks Recherche für den „Informationsblockierer des Jahres“, ging gestern in Hamburg an den russischen Präsidenten Wladimir Putin. „Er ist ein lupenreiner Gegner der Presse- und Meinungsfreiheit“, sagte Thomas Leif, Vorsitzender des Netzwerks. In seiner Laudatio auf den nicht anwesenden Preisträger wies Heribert Prantl, Ressortleiter Innenpolitik der „Süddeutschen Zeitung“, darauf hin, dass von den 14 Journalisten, die seit 2000 in Russland auf mysteriöse Weise ums Leben kamen, kein einziger Fall aufgeklärt worden sei. Der im Oktober 2006 ermordeten Journalistin Anna Politkowskaja wurde am Freitag in einer Lesung gedacht.

Ansonsten sparten die Teilnehmer nicht mit Kritik am eigenen Berufsstand. „Taz“-Mitbegründer Tom Schimmeck sprach vom „eitlen Schaulaufen publizistischer Selbstvermarktung“ und von den „hohlen Phrasen der Meinungs-Armada“. Geschmeidigkeit zähle mehr als Haltung, beklagte er. Auch das Verhältnis von Spitzenpolitikern und Medien wurde beleuchtet. In diesem Jahr von Christian Wulff, dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen und stellvertretenden CDU-Vorsitzenden. Er habe den Eindruck, dass Politik eher als Streit zwischen den Agierenden dargestellt werde, statt als Ringen um tragfähige politische Konzepte. Wenn Medien Politik jedoch zu einer „Ansammlung von Ganoven“ mache, dann werde das Vertrauen in die Demokratie untergraben, sagte Wulff. Er warb angesichts der „visuellen Oberflächlichkeit“ für eine stärkere Nutzung von Tageszeitungen: „Wer schreibt, der bleibt. Wer sendet, der verendet.“ Simone Schellhammer

## **Hamburger Abendblatt, 15. Juni 2007**

**Pressefreiheit unter Druck**

*Von Peter Heinlein*

Hamburg – Mehr als 800 Teilnehmer haben sich zum diesjährigen Jahrestreffen

des Netzwerks Recherche am Wochenende angemeldet. Der zweitägige Kongress von Journalisten für Journalisten auf dem NDR-Gelände in Lokstedt steht im Zeichen von Pressefreiheit und Demokratie. Er beginnt am Freitag mit dem Schwerpunkt „Journalismus in Osteuropa – Pressefreiheit unter Druck“. Zu diesem Thema sind Vorträge und Diskussionen von osteuropäischen Journalisten und westdeutschen Korrespondenten in den betroffenen Ländern geplant. Der Tag endet mit einer Lesung für die am 10. Oktober 2006 in Moskau ermordete Journalistin Anna Politkowskaja.

Thomas Leif, der 1. Vorsitzende des Netzwerks Recherche, freut sich besonders über das große Interesse an diesem Thema: „Im Vorfeld gab es kritische Stimmen, die meinten, das könne doch kein Thema sein für einen Kongress, bei dem es um unser Zentralthema Recherche geht.“ Doch das Echo sei riesengroß. „Ich sehe es als eine Art Kopfwäsche für uns westdeutsche Journalisten, die wir auf doch sehr hohem Niveau klagen.“ Das könne aber nicht heißen, so Leif, dass man an den eigenen vergleichsweise „Luxusproblemen“ vorbeigehe. Denen ist der zweite Tag des Kongresses gewidmet. Denn auch die ungehinderte Recherche sei essenziell für die Demokratie.

Am Sonnabend sollen Bürgerjournalismus und Lobbyarbeit diskutiert werden, die Gefahren der PR, es geht um Wissensvermittlung und Erfahrungsaustausch. Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff berichtet über das Wechselverhältnis von Politikern und Journalisten und im Jahr des 80. Geburtstags des legendären „Mr. Tagesthemens“ Hanns Joachim Friedrichs (über-)prüfen Journalisten dessen Motto „Du sollst dich nicht gemein machen – auch nicht mit einer guten Sache“.

Auf ihrem Jahrestreffen will die Mitgliederversammlung einem Leitantrag für die Sicherung von Recherchequalität im Journalismus und Ausbildungsvorschlägen dazu verabschieden. Vom Plenum wird das „Hamburger Signal“ erwartet, eine Erklärung zur Bedrohung der Pressefreiheit in osteuropäischen Ländern. Fünfzehn Netzwerk-Mitglieder haben den Kongress ehrenamtlich organisiert. Bereits zum fünften Mal ist das Netzwerk Recherche Gast beim NDR, der Sender hat mit der Vereinigung jetzt eine längerfristige Zusammenarbeit verabredet.

## **Hamburger Abendblatt, 18. Juni 2007**

Verschlossene Auster für Putin

Journalisten diskutierten am Wochenende ihren Arbeitsalltag

Kuno Habermusch zieht Bilanz

*Von Peter Heinlein*

Hamburg –

Fast 800 Journalisten aus Deutschland und Osteuropa kamen zum Jahrestreffen des Netzwerks Recherche. Bei dem von Journalisten für Journalisten organisierten Treffen ging es um Pressefreiheit und Demokratie.

ABENDBLATT: Mit 104 Veranstaltungen an zwei Tagen haben Sie ein Marathon-Programm geboten. Hat alles geklappt?

HABERBUSCH: Ja. Es gab keine Panne, aber einzelne Veranstaltungen mussten wegen Überfüllung geschlossen werden.

ABENDBLATT: Erstmals wurde sich auch um anderes gekümmert als um Probleme aus dem Berufsalltag deutscher Journalisten. Wie ist das angekommen?

HABERBUSCH: Einen Tag hatten wir der Pressefreiheit und dem Journalismus in Osteuropa gewidmet. Der große Zuspruch hat uns überrascht.

ABENDBLATT: Was hat man gelernt an diesem Tag?

HABERBUSCH: Am Abend war Demut das meistgebrauchte Wort. Wir haben gemerkt, dass wir bei aller berechtigten Kritik an unserem beruflichen Alltag unsere Probleme doch relativieren müssten. Wir genießen Privilegien, von denen unsere Kollegen in Osteuropa nicht träumen können. Und was deren Arbeit betrifft, so geht es nicht nur darum, mehr Pressefreiheit einzuklagen. Allenthalben fehlen dort auch journalistische Standards.

ABENDBLATT: Von dem Treffen geht ein „Hamburger Signal“ aus.

HABERBUSCH: Dieser gemeinsame Appell lautet, die Freiheit der Presse zu respektieren. Und wir fordern die westlichen Länder auf, in bilateralen Gesprächen

darauf hinzuwirken.

ABENDBLATT: In diesem Zusammenhang hat auch der Preis, den das Netzwerk verleiht, einen neuen Charakter bekommen?

HABERBUSCH: Es gab kontroverse Diskussionen. Bisher war die „Verschlossene Auster“ an deutsche Institutionen und Personen als „Informationsblockierer des Jahres“ verliehen worden. Doch schließlich waren alle davon überzeugt, dass die Entscheidung, Wladimir Putin diesmal zum Preisträger zu machen, absolut richtig war.

ABENDBLATT: Wer hat den Preis entgegengenommen?

HABERBUSCH: Niemand. Da half auch die Kontaktaufnahme zur russischen Botschaft nicht. Jetzt könnte ein Korrespondent versuchen, den Preis zu übergeben. Auch Bahnchef Mehdorn wollte die Auster 2006 nicht annehmen. Heute steht sie in seinem Büro.

ABENDBLATT: Welche der 104 Veranstaltungen hat Ihnen persönlich am besten gefallen?

HABERBUSCH: Herausragend war die Abrechnung des „taz“-Mitbegründers Tom Schimmeck mit den eitlen Selbstdarstellern unserer Zunft. Und bewegt hat mich, wie Iris Berben den Texten der ermordeten Journalistin Anna Politkowskaja eine Stimme gab.

ABENDBLATT: Dient das Jahrestreffen der Außenwirkung oder eher interner Diskussion?

HABERBUSCH: In erster Linie ist es Begegnungsstätte, Kontaktbörse. Viele junge Kollegen kommen von kleinen Zeitungen und Medien aus der Provinz. Sie treffen hier in Augenhöhe auf prominente Kollegen. Uli Wickert etwa hat über Fragetechnik gesprochen. Eine Maybrit Illner muss nicht kommen, ist aber ebenso gesprächsbereit wie ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender. Wir lösen hier keine Probleme, aber wenn Kollegen motiviert abreisen und hoffen, dass sie in ihrem Alltag etwas verändern können, dann haben wir Großes erreicht.

ABENDBLATT: Thomas Leif, der wiedergewählte 1. Vorsitzende des Netzwerks, sagte, das Treffen habe seine höchste Kapazität erreicht. Wie geht's weiter?

**HABERBUSCH: Ehrenamtlich und nebenbei ist so etwas auf Dauer nicht mehr zu realisieren. Wir haben Anfragen von Verlagen, die es übernehmen wollen. Unsere Kooperation mit dem NDR ist hervorragend. Was auch immer wird, wir bleiben in Hamburg.**

## **Die Netzeitung, 16. Juni 2007** «Verschlossene Auster» für Putin

Die Journalistenvereinigung «Netzwerk Recherche» ehrte den russischen Präsidenten für die Behinderung von Pressefreiheit. Aber auch deutsche Journalisten mussten Kritik einstecken

Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) hat beim Journalistentreffen des Netzwerks Recherche (nr) die zunehmende Oberflächlichkeit in der politischen Berichterstattung kritisiert. «Es fehlt an Geld und Hingabe, spannende Geschichten zu machen», sagte Wulff am Samstag in Hamburg. Zu Lebzeiten von Publizisten wie Henri Nannen («Stern»), Gerd Bucerius und Marion Gräfin Dönhoff («Die Zeit») sowie Rudolf Augstein («Der Spiegel») sei politisch noch eindeutig Position bezogen worden. «Positionen, an denen wir uns gerieben haben. Heute fehlt der Stachel», ergänzte Wulff.

An der zweitägigen nr-Jahrestagung nahmen rund 600 Journalisten teil. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Verleihung des kritischen Medienpreises «Verschlossene Auster» für den «Informationsblockierer des Jahres». Der seit 2002 vergebene Negativpreis für «Auskunftsverweigerer in Politik und Wirtschaft» soll bei den Empfängern einen offeneren Umgang mit den Medien bewirken.

### **Lupenreiner Gegner**

Die Auszeichnung ging an den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Er erhalte den Preis wegen der anhaltenden Behinderung der freien Presse in Russland, sagte der Vorsitzende des Netzwerks, Thomas Leif. «Wenn es um Schutz und Garantie der Pressefreiheit geht, steht Putin den Mechanismen der Diktatur näher als den Prinzipien der Demokratie.» Seit Putins Amtsantritt im Jahr 2000

# Zielsetzung

## Zielsetzungen für das „netzwerk recherche“

1. Das „netzwerk recherche“ verfolgt das Ziel, die journalistische Recherche in der Medien-Praxis zu stärken, auf ihre Bedeutung aufmerksam zu machen und die intensive Recherche vor allem in der journalistischen Ausbildung zu fördern.
2. Zu diesem Zweck entwickelt das „netzwerk recherche“ Ausbildungskonzepte für die Recherche-Ausbildung, vermittelt Referenten und berät Institutionen der journalistischen Aus- und Weiterbildung in der Gestaltung und Umsetzung entsprechender Ausbildungskonzepte. Das „netzwerk recherche“ veranstaltet zudem eigene Recherche-Seminare sowie Modellseminare zu verschiedenen Themen.
3. Das „netzwerk recherche“ bietet ein Recherche-Mentoring für jüngere Kolleginnen und Kollegen an, um in einem intensiven Beratungs- und Austauschprozeß über jeweils ein Jahr einen entsprechenden Wissens-Transfer von erfahrenen Rechercheuren zu interessierten Kolleginnen und Kollegen zu organisieren.
4. Das „netzwerk recherche“ fördert den umfassenden Informationsaustausch zum Thema „Recherche“ und bietet seinen Mitgliedern entsprechende Foren an. Im Internet wird durch entsprechende newsletter die Kommunikation untereinander gefördert. Der Austausch über Projekte, konkrete Recherche-Erfahrungen etc., aber auch der Hinweis auf Weiterbildung und entsprechende Serviceangebote soll hier möglich sein.
5. Das „netzwerk recherche“ beteiligt sich am internationalen Austausch entsprechender Journalisten – Organisationen in Europa und in Übersee.
6. Das „netzwerk recherche“ vergibt einmal im Jahr einen Preis für eine aussergewöhnliche Recherche-Leistung, die Themen und Konflikte beleuchtet, die in der Öffentlichkeit bislang nicht oder nicht ausreichend wahrgenommen wurde. Der Leuchtturm – Preis für besondere publizistische Leistungen.
7. Die Mitglieder des Netzwerkes setzen sich dafür ein, dass die Möglichkeiten der Recherche nicht eingeschränkt werden. Das „netzwerk recherche“ äußert sich öffentlich zu Fragen der Recherche und der Bezüge zur journalistischen Qualität, wenn Begrenzungen oder Einschränkungen der Pressefreiheit festgestellt werden.
8. Das „netzwerk recherche“ arbeitet mit anderen Journalisten Organisationen und Gewerkschaften zusammen, die im Grundsatz ähnliche Ziele verfolgen und ebenfalls dazu beitragen, den Aspekt der Recherche im Journalismus stärken um so die Qualität der Medien insgesamt zu verbessern.
9. Das „netzwerk recherche“ trifft sich einmal im Jahr zu einem Jahres-kongress und erörtert jeweils aktuelle Tendenzen im Umfeld des „Recherche-Journalismus“ und setzt sich hier mit zentralen Themen im Zusammenhang mit der journalistischen Recherche und konkreten Fallbeispielen auseinander. Jedes Jahr wird ein „Infoblocker“ aus Politik oder Wirtschaft mit der „Verschlossenen Auster“ ausgezeichnet. Regionale Untergliederungen ermöglichen den Austausch in bestimmten Regionen.
10. Das „netzwerk recherche“ ist politisch unabhängig und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Der Zusammenschluß der Journalisten hat den Status der Gemeinnützigkeit erhalten. Die laufende Arbeit und die Projekte des „netzwerkes“ werden durch Spenden und Mitgliedsbeiträge (mindestens 60 Euro im Jahr) finanziert.

seien in Russland 14 Journalisten, die kritisch über Staat und Regierung recherchierten, ermordet worden oder auf mysteriöse Weise gestorben. Die schriftliche Einladung an den russischen Botschafter, den Preis stellvertretend für Putin entgegenzunehmen, sei unbeantwortet geblieben, so das «Netzwerk Recherche».

Putin sei ein «lupenreiner Gegner der Presse- und Meinungsfreiheit», ergänzte Leif. Er spielte damit auf den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) an, der Putin als «lupenreinen Demokraten» bezeichnet hatte. Am Freitag hatten Journalisten und Experten aus osteuropäischen Ländern über die Einschränkungen ihrer Arbeitsmöglichkeiten und von dem auf sie lastenden Druck berichtet.

### **Keine Recherchen mehr**

Den deutschen Journalisten schrieb Ministerpräsident Wulff eine Mittlerrolle zwischen Politik und Bürgern zu. Derzeit habe er aber den Eindruck, dass Politik eher als Streit zwischen den Agierenden dargestellt werde, statt als Ringen um tragfähige politische Konzepte. Wulff räumte gleichzeitig ein, dass politische Debatten früher mit einem Holger Börner (SPD), Heiner Geißler (CDU) oder Willy Brandt (SPD) «auf höherem Niveau» stattgefunden hätten. Wenn Politik in den Medien zu einer «Ansammlung von Ganoven» gemacht werde, «wird es traurig in unserem Land». Dann hätte kaum noch jemand Lust, diese Tätigkeit auszuüben.

Der CDU-Politiker bedauerte, dass politischen Berichterstatlern in den Medienhäusern kaum noch Zeit und Geld für intensive Recherchen gegeben werde. «Es gibt keinen Journalisten, der mich jüngst länger als einen Tag begleitet hat.» Wulff fragte, wie authentisch folglich über einen Politiker oder ein Bundesland berichtet werden könne. «Kaum ein Medium leistet sich noch einen Korrespondenten in Hannover – der zentralsten Stadt Deutschlands.»

Journalisten seien durch ihre Kontakte verführbar, meinte der Enthüllungsjournalist Günter Wallraff. Er mahnte seine Kollegen, aus «geschlossenen Gesellschaftskreisen» wie beispielsweise «Frühstückskartellen» auszubrechen. Der Autor schlug vor, dass unabhängige Stiftungen Recherchekosten für Journalisten übernehmen könnten, damit diese – losgelöst vom Verlag – brisante Themen mit genügend Zeit verfolgen könnten. (dpa/epd)

## **Frankfurter Neue Presse, 15. Juni 2007**

### Journalisten debattieren über bedrohte Pressefreiheit in Osteuropa

Hamburg (dpa) Die Gefährdung der Pressefreiheit in Osteuropa war am Freitag das beherrschende Thema auf der diesjährigen Konferenz der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche. Zahlreiche Medienvertreter und Wissenschaftler aus Russland, Tschetschenien oder Polen berichteten in Hamburg über Einschränkungen ihrer Arbeitsmöglichkeiten und die Rolle der Medienfreiheit für die Demokratieentwicklung in ihrer Heimat. So diskutierten russische Journalisten gemeinsam mit in Moskau tätigen deutschen Korrespondenten darüber, «was gegen Ende der Ära Putin von der Medienfreiheit in Russland noch übrig ist».

«Ich wurde verfolgt, mehrmals auf unwürdige Weise festgenommen und zu zwei Jahren Bewährungsstrafe verurteilt», berichtete etwa eine kritische Wirtschaftsredakteurin aus der russischen Provinz. «Natürlich habe ich Angst», sagte die Russin, aber das halte sie nicht davon ab, ihren Beruf weiter auszuüben. Immer wieder würden Kollegen bedroht und eingeschüchert, sagte auch eine Redakteurin der oppositionellen Zeitung «Nowaja Gaseta», zu deren Redaktion auch die ermordete Journalistin Anna Politkowskaja gehörte. Gleichzeitig distanzierte sie sich aber von der kritischen Tschetschenien-Berichterstattung ihrer im Oktober vergangenen Jahres erschossenen Kollegin.

Die klassischen Printmedien und die elektronischen Medien würden größtenteils staatlich kontrolliert, am meisten Freiheit herrsche noch im Internet, sagte der Moskauer ARD-Korrespondent Stephan Stuchlik. «Wirklich freie Meinungsäußerung existiert höchstens in kleinen Inseln im Medienmeer.» Seit der Machtübernahme von Präsident Wladimir Putin im Jahr 2000 habe sich die Situation enorm verändert, berichtet der langjährige Moskauer «Focus»-Korrespondent Boris Reitschuster. «Unter Boris Jelzin musste man keine Angst haben.» Vielleicht habe es keine Pressefreiheit im westlichen Sinne gegeben, «aber es existierte ein gewisser Pluralismus». In die Zukunft setzten die Medienvertreter wenig Hoffnung: Die Frage, ob sich die Situation nach der Ära Putin wieder verbessern werde, beantworteten alle mit einem klaren Nein.

In weiteren Foren debattierten beispielsweise Journalisten aus Ungarn und Tschetschenien mit deutschen Kollegen über die Chancen und Grenzen des investi-

gativen Journalismus in Osteuropa. Die Präsidentin der Viadrina Universität in Frankfurt (Oder), Gesine Schwan, diskutierte mit polnischen Medienvertretern über die mitunter schwierigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen.

Insgesamt nehmen mehr als 600 Journalisten an der zweitägigen Veranstaltung teil, bei der am Samstag traditionell die «Verschlossene Auster» vergeben werden soll. Der Preis geht an Institutionen und Menschen, die Journalisten – besonders zu heiklen Themen – nicht informieren wollen. Der Verein Netzwerk Recherche will nach eigenen Angaben eine Lobby für den in Deutschland vernachlässigten investigativen Journalismus sein. Vorsitzender ist Thomas Leif, Chefreporter des Südwestrundfunks in Mainz.

## **Süddeutsche Zeitung, 18. Juni 2007**

Der Gebrechlichkeitspfleger

**Wladimir Putin geht davon aus, dass er am besten weiß, was für sein Land gut ist. Deshalb ist Meinungsfreiheit in Russland auch die Freiheit, Putin zu lieben. Die meisten Russen machen davon Gebrauch.**

*Laudatio von Heribert Prantl*

Stellen wir uns einmal vor, Deutschland würde nicht von Angela Merkel, sondern von August Hanning, dem früheren Geheimdienstchef regiert. Und stellen wir uns vor, Hanning hätte um sich herum lauter ehemalige Geheimdienstler und Obskuranten versammelt: den ehemaligen Agenten Tiedge als Innenminister, Schalck-Golodkowski als Wirtschaftsminister, Bernd Schmidbauer als Außenminister, Holger Pfahls als Verteidigungsminister.

Stellen wir uns weiter vor, ehemalige Geheimdienstler besetzen die Chefposten der größten deutschen Unternehmen: Der frühere Leuna-Vermittler Dieter Holzer ist also Chef bei Siemens, Karlheinz Schreiber macht die Kohle für die RAG, und der Privatdetektiv Mauss kümmert sich um die Telekom.

### **Wer etwas werden will, geht zum Dienst**

Dieser Albtraum vermittelt eine kleine Ahnung davon, was in Russland los ist. Der große Unterschied zwischen Deutschland und Russland ist allerdings der: In Deutschland findet man in den Geheimdiensten nicht unbedingt die Hellsten des Landes; BND, Verfassungsschutz und MAD rekrutieren sich nicht gerade aus der jungen Elite.

Die strebt woanders hin. Die geht zu Mc Kinsey und Max Planck. In Russland ist das anders: Dort fühlt sich der Geheimdienst nicht nur als Elite, er ist es auch. Wer etwas werden will, geht zum Dienst. In einem Land, in dem wenig funktioniert, funktioniert der Geheimdienst.

Es ist ein Geheimdienst, der im Alltag nicht Furcht und Schrecken verbreitet, sondern Chancen verteilt – und ab und zu das kleine Quantum Angst, das man zum unangefochtenen Regieren auch benötigt.

Dieser Geheimdienst ist der alleinige Platzanweiser für die vorderen Reihen der Gesellschaft. Diese Geheimdienst-Aristokratie baut auch die Fassaden der Demokratie; es gibt in Russland alles, was man braucht, um Demokratie zu suggerieren. Potemkin ist also nicht nur historische Gestalt; er ist ein Russe im Machtapparat Putins; er baut nun auch Glasperlenspiele mit den Grundrechten.

### **Verschleierte Zensur in Russland**

Ein Geheimdienst, der sich den Staat zu eigen gemacht hat, will sich auch die Medien zu eigen machen. Wenn man sich die Medien zu eigen gemacht hat, dann gehören einem auch die Journalisten, dann muss man sie nicht mehr eigens anwerben – wie das in Deutschland der BND gemacht hat: Er hat Journalisten durch Journalisten ausspionieren lassen. Im System Putin wird gelegentlich süffisant darauf hingewiesen.

Natürlich existiert Pressefreiheit in Russland, wenn man darunter versteht, dass es keine staatlichen Zensurbehörden gibt, die Artikel aus den Zeitungen werfen und Druckerpressen versiegeln. 40 000 Zeitungen und Zeitschriften sind auf dem russischen Markt, und die Zahl der Rundfunk- und Fernsehsender wächst. Es gibt bereits über 3500.

Dementprechend sagte Wladimir Putin in einem ZDF-Interview vor einem Jahr: „Das ist unmöglich alles zu kontrollieren, und wir versuchen das auch nicht.“ Warum nicht? Weil es verschleierte Zensur gibt.

Wenn einer kritisch berichtet und dabei einem Machthaber auf die Füße tritt, wird er schnell zur Persona non grata und kriegt nie wieder einen Job beim Radio. Wer mit seinem privaten Radio Geld verdienen will, muss sich arrangieren mit den örtlichen Machthabern, schon um überhaupt eine Sendelizenz zu

bekommen. Das schafft ein Klima des vorausseilenden Gehorsams.

Natürlich herrscht Meinungsfreiheit in Russland. Problematisch wird die Freiheit erst dann, wenn man seine Meinung gesagt hat – wenn man sich eingemischt hat in die Dinge, die einen angeblich nichts angehen: in den Tschetschenienkrieg, in den Fall des inhaftierten Unternehmers Chodorkowski, den Mord an der Kollegin Politkowskaja.

### **Risiken der Berichterstattung**

Also informiert man im Zweifel die Leser und Hörer erst gar nicht über Ereignisse, die ein abträgliches Bild von Russland zeigen könnten. So hat die Geiselnahme von Beslan in den russischen Medien kaum stattgefunden.

Wenn gleichwohl darüber geschrieben und gesendet wird, dann gibt es ein Risiko. Zunächst ein finanzielles, dann ein juristisches und ein existentielles: Es gibt immer mehr Festnahmen und Strafverfahren wegen „Lüge“ und „Beleidigung der Vertreter der Macht“.

Die russische Opposition drängt auf die Straße, weil sie sonst keine Öffentlichkeit mehr findet. Das Parlament wurde gleichgeschaltet, die Medien sind fast alle gezähmt. Was im Jahr 2000 mit der Übernahme des Fernsehsenders NTW durch das staatliche Unternehmen Gasprom begann, endete damit, dass heute alle überregionalen Fernsehsender in Putins Russland dem Staat gehören oder Unternehmen, an denen der Staat die Aktienmehrheit besitzt.

Im Fernsehen ist es fast schon wieder so, wie es zu Sowjet-Zeiten war. „Die Sender könnten ihre Nachrichtenredaktionen genauso gut auch zusammenlegen“, hat der frühere Spiegel-Korrespondent Jörg R. Mettke berichtet. Und bei den Printmedien entwickelt sich die Sache ähnlich.

### **Journalismus der Courage**

Wenn in Deutschland Journalistenpreise verliehen werden, ist in der Preis-Begründung oft von „mutigem Journalismus“ die Rede. Es handelt sich bei diesem „mutigen Journalismus“ dann in Wahrheit schlicht und einfach um ordentlichen Journalismus: um einen Journalismus, der ausdauernd recherchiert, tiefgründig argumentiert, glänzend formuliert, der aber nicht überall, vielleicht auch nicht bei der Chefredaktion, Gefallen gefunden hat.

Journalismus gilt bei uns schon als mutig, wenn er heftige Reaktionen auslöst,





wenn der Journalist viele Leser- und Hörerbriefe beantworten und sich in der Redaktionskonferenz heftigen Diskussionen stellen muss.

Was mutiger Journalismus wirklich ist, das kann man in Russland studieren. Es ist der Journalismus von wenigen, es ist der Journalismus der Courage; der Journalismus des Entlassungsrisikos, ja manchmal des Lebensrisikos; es ist der Journalismus des Widerstands – des Widerstands gegen die eigene Angst und gegen Anpassung in einem Milieu, in dem die Wahrheit gern durch belanglosen Kram und durch Larifari ersetzt wird.

### **»Meinungsfreiheit in Russland ist die Freiheit, Putin zu lieben«**

Das System Putin, das dieses Milieu erzeugt, geht davon aus, dass es am besten weiß, was Russland braucht und dass keine andere Kraft da ist, die die Kraft hätte, die Zukunft zu sichern; dass deshalb alles schädlich ist, was diese einzige Kraft schwächen könnte. Putin weiß, was fürs Land gut ist – so, wie Atatürk es einst für die Türkei gewusst hat.

Deshalb ist Meinungsfreiheit in Russland die Freiheit, Putin zu lieben; die meisten Russen machen davon Gebrauch. Und Pressefreiheit in Russland ist die Freiheit, beispielsweise so zu schreiben, wie Putin es mag. Die meisten Medien machen davon Gebrauch.

### **System der fürsorglichen Entmündigung**

Nikolai Swanidse, ein Moderator des russischen Staatsfernsehens, sagt das so: „Unsere Gäste aus den USA und Europa verstehen das vielleicht nicht, aber der klassische sowjetische Zuschauer ist nicht an Alternativen gewöhnt.“ Die Wahl zu haben, sei ermüdend, „denn dann muss man nachdenken“. Putin geht davon aus, dass er für die Leute denkt.

Putins System ist ein System der fürsorglichen Entmündigung. Er betrachtet sich als den Gebrechlichkeitspfleger Russlands, dem man diese Aufgabe nicht auch noch durch eine widerborstige Presse und eine unabhängige Justiz erschweren soll.

Er will, um etwas zu dieser richterlichen Unabhängigkeit zu sagen, das russische Verfassungsgericht von Moskau nach Petersburg verpflanzen – und verweist zur Begründung, geschickt, auch auf das deutsche Beispiel: Das deutsche Bundes-

verfassungsgericht preist seinen Sitz – der weitab vom Schuss in Karlsruhe liegt – als Symbol für seine Unabhängigkeit von den anderen Staatsorganen.

Das russische Gericht dagegen kämpft verzweifelt darum, nicht in die „Provinz“ abgeschoben zu werden, weil die Richter zu Recht befürchten, dort überhaupt nicht mehr zur Kenntnis genommen zu werden. Putin kennt den westlichen Begriff von Unabhängigkeit, den westlichen Begriff von Freiheit recht genau – das zeigte sein schlitzohriger Vergleich der Demonstrationsfreiheit in Moskau und Heiligendamm.

### **Die Freiheit, Putin gut zu finden**

Pressefreiheit bedeutet: Schreiben was man weiß – und fragen, was man wissen will. Das System Putin führt dazu, dass es viele Journalisten gar nicht mehr wissen wollen. Eine selbstkritische Zwischenbemerkung: Wie ist das bei uns? Gibt es nicht auch hierzulande Journalisten, die es gar nicht mehr wissen wollen?

Putin ist populär. Und seine Popularität trägt nicht nur deswegen kultische Züge, weil Pressefreiheit in Russland vor allem die Freiheit ist, Putin gut zu finden. Putin versucht, einen gewaltigen Balanceakt zu bewältigen – zwischen der alten und der neuen Welt Russlands, zwischen der russischen Seele und der Globalisierung, dem nach wie vor reklamierten Führungsanspruch Russlands auf der Weltbühne und dem noch immer desaströsen heimischen Staatsapparat.

In dieser Situation ist für Putin Demokratie nicht die Herrschaft des Volkes, sondern die Herrschaft derer, die für das Volk gut sind und die darüber entscheiden, was für dieses Volk gut ist. Unter Jelzin gab es mehr Pressefreiheit, unter Jelzin war das Telefon wieder ein Recherche-Instrument.

Unter Putin weiß jeder Journalist wieder, dass man mit dem Telefon nicht mehr weit kommt ( Putin würde an dieser Stelle auf die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und auf die dortige Praxis der Telefonüberwachung verweisen).

Nicht Putin, sondern Jelzin hat sich allerdings per Verfassung eine fast diktatorische Machtposition gegeben, die Putin ausnutzt, aber nicht ausreizt – sonst hätte er längst mit der ihm gewissen Mehrheit die Verfassung geändert, um weiter im Amt bleiben zu können.

### **Eine trügerische Sicherheit**

Dass er die Pressefreiheit kastriert hat, schadet ihm in der Bevölkerung wenig. Er ist beliebt, weil er „führt“, weil er den unter Jelzin vagabundierenden Turbo-kapitalismus in staatlichen Griff genommen hat und weil er „Sicherheit“ verspricht.

Er versteht darunter auch Sicherheit vor „Verunsicherung“ durch die Presse. Die russische Bevölkerung nennt Putin „den Deutschen“, weil er nicht trinkt und pünktlich ist; vielleicht auch wegen seiner Vorliebe für Ordnung und Sicherheit.

Diese Sicherheit aber ist eine trügerische, eine falsche Sicherheit. Ein Staat, der Maulsperrn verordnet, versperrt sich selbst seine Zukunft. Deshalb verleiht das Netzwerk Recherche dem russischen Präsidenten Putin die Verschlossene Auster: Symbol für die anhaltende Behinderung der freien Presse.

### **Süddeutsche Zeitung, 18. Juni 2007**

„Verschlossene Auster“ für Putin

Das Netzwerk Recherche würdigt jedes Jahr den Informationsblockierer des Jahres. Dieses Mal hat Putin gewonnen.

Das Netzwerk Recherche wurde 2001 mit der Absicht gegründet, eine Interessenvertretung für investigativen Journalismus in Deutschland zu sein. Am vergangenen Wochenende wurde in Hamburg die sechste Jahreskonferenz des Netzwerkes auf dem Gelände des Norddeutschen Rundfunks (NDR) abgehalten.

An zwei Tagen fand in Foren, Lessons, Erzählcafés und Workshops eine kritische Reflexion unter Journalisten (650 Teilnehmer) zu den Themen „Nutzwert-Journalismus für die Demokratie“ und „Pressefreiheit unter Druck“ (mit Schwerpunkt Osteuropa und Russland) statt.

Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) geißelte im Panel „Spitzenpolitiker und Medien“ eine zunehmende Oberflächlichkeit in der politischen Berichterstattung.

Russlands Präsident Wladimir Putin wurde mit der „Verschlossenen Auster“ für

den Informationsblockierer des Jahres gewürdigt. Bisherige Preisträger waren u.a. die Aldi-Gruppe, Otto Schily und Deutsche-Bahn-Chef Hartmut Mehdorn. Die Laudatio auf Putin, die wir in Auszügen veröffentlichen, hielt SZ-Redakteur Heribert Prantl.

**taz Nord, 18.Juni 2007**  
**wulff und die medien**  
**Früher, da war alles besser**

Ausgerechnet Niedersachsens Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU) hatte sich das „Netzwerk Recherche“ für seine Jahrestagung am Wochenende eingeladen. Und der bemühte sich, den nach Hamburg gekommenen JournalistInnen die Leviten zu lesen. Hintergrundgespräche etwa gebe es deshalb kaum noch, weil die Medien regelmäßig Informationen aus solch vertraulichen Runden verbreiteten – entgegen aller Absprachen. Klar: Treffen sich Politiker doch stets deshalb mit handverlesenen Berichterstatern, damit danach auch ja nix in der Zeitung steht. „Es fehlt an Geld und Hingabe, spannende Geschichten zu machen“, mahnte Wulff. Zu Lebzeiten Henri Nannens, Gerd Bucerius' und Marion Gräfin Dönhoffs sowie Rudolf Augsteins, ja, da seien politisch noch eindeutig Positionen bezogen worden, „an denen wir uns gerieben haben“. Heute dagegen habe man ja in den Verlagen kaum noch Zeit und Geld für intensive Recherchen.

Was Wulff auch prompt zu belegen wusste: So gebe es doch tatsächlich „keinen Journalisten, der mich jüngst länger als einen Tag begleitet hat“. Noch schlimmer: „Kaum ein Medium leistet sich noch einen Korrespondenten in Hannover – der zentralsten Stadt Deutschlands.“

***STÖRZEILE VON STEFFEN GRIMBERG UND ALEXANDER DIEHL***

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Wulff, irgendwer musste es ja mal sagen. Und für die Zukunft treffen Sie sich doch einfach mal mit einem der beiden Korrespondenten, die sich die taz in Ihrer schönen Stadt leistet, sagen wir: auf ein Hintergrundgespräch. Wir sagen es auch nicht weiter.

# Wertvolle Tipps und Tricks zur professionellen Recherche



Informationsbeschaffung professionell

Die Recherche ist das Stiefkind in der Journalistenausbildung. Ein Hauptgrund für dieses Defizit scheint die komplizierte Vermittlung von Recherche-Techniken, praktikablen Recherche-Verfahren und wirksamen Motivations-Impulsen für vertiefte Nachfragen zu sein.

Diese "Wissens- und Vermittlungslücke" wird nun erstmals mit einem Trainingsbuch gefüllt. Erfahrene Recherche-Trainer haben ein Team gebildet und zahlreiche Modellkurse, Fallbeispiele, Übungen, Tipps und Tricks zur Optimierung der Recherche-Techniken zusammengestellt.

Eine Fundgrube für alle, die Recherche besser vermitteln wollen und all diejenigen, die sich beruflich der Informationsbeschaffung widmen.

Das Trainingsbuch wird von der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche in Kooperation mit der Evangelischen Medienakademie, der Zentralen Fortbildung von ARD und ZDF (zfp) und der Deutschen Journalisten Union (dju) herausgegeben.

*„Das Trainingsbuch ist mit seinen Lehrbeispielen und Übungen insbesondere für Ausbilder und Seminarleiter attraktiv.“*

Journalist, 01/2004

*„...ein nützliches Kompendium, das Journalisten ebenso hilft wie denjenigen, die Journalisten ausbilden.“*

WDR (Die Story), 23.05.2003

2003. 222 S. Br. EUR 17,90  
ISBN 3-531-14058-2



Skandal-Geschichten und Enthüllungsberichte. Ein Handbuch zu Recherche und Informationsbeschaffung

Nach dem Erfolg des Titels „Leidenschaft Recherche“ folgt nun die Zugabe.

Mehr Leidenschaft Recherche bietet eine Fülle spannender Recherche-Rekonstruktionen und tiefe Einblicke in die Werkstatt bekannter Rechercheure. Das Buch will zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Einerseits wird eine Skandalgeschichte oder ein Enthüllungs-Bericht hintergründig und unmittelbar von den recherchierenden Autoren präsentiert. Andererseits öffnen die Autoren ihre Werkstatt, vermitteln ihre Recher-

chewege, ihre Methoden, ihr Erfahrungswissen, das Erfolge und Scheitern einschließt.

Ein Ausnahme-Buch im Journalismus, das den zentralen Wert der Recherche als Qualitäts-Scharnier im Journalismus fördern will.

*„Lesenswerte Recherche-Perlen“*

Berliner Zeitung, 23.8.2003

*„Lesenswert, lehrreich und unterhaltsam. Ein ‚Thriller‘ der Medien-Didaktik!“*

WDR-Medienmagazin,

7.9.2003

*„Eine wichtige Mahnung, dieses Handwerk besser zu pflegen.“*

die tageszeitung, 29.8.2003

*„Journalisten beklagen Krise der Recherche.“*

dpa, 22.8.2003

*„Enthüllungs-Geschichten sind kein leichtes Geschäft.“*

ddp, 22.8.2003

2003. 274 S. Br. EUR 23,90  
ISBN 3-531-14126-0

VS Verlag für Sozialwissenschaften  
Abraham-Lincoln-Straße 46  
65189 Wiesbaden  
Telefon 0611.7878-722  
Telefax 0611.7878-420



+



=



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

www.vs-verlag.de

## **taz, 18. Juni 2007 (Überregional)** medienticker

Wladimir Putin, 54, „lupenreiner Demokrat“ (Gerhard Schröder) und russischer Staatspräsident, ist Träger der Verschlussenen Auster 2007. Mit dem Preis würdigt die Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche die größten Informationsverhinderer und Nachrichtenunterdrücker. Frühere Preisträger waren unter anderem Aldi und Bahn-Chef Hartmut Mehdorn. Putin erhält den Preis für die „anhaltende Behinderung der Pressefreiheit in Russland“. Der Putin-Staat sei in den Händen einer Geheimdienstaristokratie, sagte Laudator Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung. Der Ex-KGB-Mann Putin sei dabei „klug genug, nicht nur von Demokratie zu reden, sondern auch die Fassaden dafür aufzubauen“. Ein Geheimdienst, der sich den Staat zu eigen gemacht habe, „will sich auch automatisch die Medien zu eigen machen“, so Prantl:

„Pressefreiheit in Russland ist heute die Freiheit, positiv über Putin zu berichten – und die meisten russischen Medien machen davon Gebrauch.“

(taz)

## **taz, 18. Juni 2007 (Überregional)** Kritiker statt Kumpel

**Kurz vor der Tour de France stellt das ZDF die Übertragung wieder in Frage – und damit auch das bisherige Berufsverständnis vieler Sportjournalisten**  
*Aus Hamburg Steffen Grimberg*

In drei Wochen startet die Tour de France. Weil die Sportgewaltigen der Sender bis dahin mit einer Fülle weiterer Doping-Enthüllungen rechnen und die Effizienz der geplanten Kontrollen weiter unklar bleibt, stellt zumindest das ZDF die Live-Übertragung des Radspektakels wieder in Frage. „Ob wir übertragen und wie wir übertragen – diese Entscheidung ist noch nicht gefallen“, sagte ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender am Samstag bei der Jahreskonferenz des Netzwerk Recherche. Alles komme nun auf den Verlauf der Gespräche mit dem Tourveranstalter und den Radsportverbänden in den nächsten Wochen an.

Auch die ARD denkt immer lauter über Konsequenzen nach. „Die Doppelmoral muss aufhören. Wir haben als Sender, der die TV-Rechte bezahlt, auch einen wirtschaftlichen Hebel“, sagte der ARD-Doping-Experte Hajo Seppelt: „Wenn wir

den nutzen, würde ganz schnell etwas anders.“ Denn ein wirklicher Mentalitätswechsel, der „Wind of Change“ bei Fahrern, Betreuern und Team-Führungen sei, so Seppelt, „immer noch nicht da“.

Seppelt kommt eine Schlüsselrolle bei der Tour de France 2007 zu: Der ehemalige Schwimmreporter vom Rundfunk Berlin-Brandenburg, den ARD-Sportkoordinator Hagen Boßdorf 2006 noch vom Beckenrand verbannte, wird jetzt als freier Journalist von der Tour zum Thema Doping berichten. Er darf nun helfen, die durch die zu große Nähe Boßdorfs zum ehemaligen Team Telekom und dem gefallen Radhelden Jan Ullrich arg angekratzte Glaubwürdigkeit des Senderverbundes wiederherzustellen.

Angesichts der ersten tränenreich-verjährten Geständnisse von Radprofis wie Erich Zabel oder Rolf Aldag warnt Seppelt vor zu viel Zutrauen in die Selbstheilungskräfte des Radzirkus: „Wenn wir jetzt sagen, das wird schon wieder, passiert garantiert nichts.“

Doch mit dem Wind of Change tun sich selbst manche in der ARD noch schwer: Erst nach Intervention des ARD-Vorsitzenden stimmte die senderverbundseigene Werbetochter ARD Sales & Services der Auflösung eines Presenter-Vertrags mit Team-Telekom Nachfolger T-Online zu. Und in Hamburg stellte der Sportpublizistikprofessor Josef Hackforth noch eine ganz andere Gretchenfrage: „Ist der Sportjournalismus überhaupt in der Lage, mit dem Thema vernünftig umzugehen?“ Weil der Sportberichterstattung immer stärker die Funktion zu unterhalten auferlegt werde und bei den meisten Sportjournalisten die professionelle Distanz zu den Athleten und ihrem Umfeld völlig auf den Hund gekommen sei, sieht Hackforth bei den meisten Medien keinen Sturm der Veränderung heraufziehen, sondern „eher ein laues Lüftchen“. Denn die Tour wurde nicht nur im Fernsehen abgefeiert, auch die große Mehrheit der Presse habe in all den Jahren lieber Tourhelden überhört, anstatt bei den Doping-Kontrollen genau hinzugucken.

Wie der neue, kritische TV-Radzirkus ab Juli aussehen wird, bleibt abzuwarten: Es mache ja wenig Sinn, „bei einer packenden Bergetappe mal eben Doping dazwischen zu schalten“, allerdings sollten auch die Live-Kommentator auf Verdachtsfälle hinweisen, sagte Seppelt: „Dass wir dieses Jahr einen Spagat machen müssen“, sei bei ARD wie ZDF „ein offenes Geheimnis“.

Das ZDF will sich nun alle Optionen offen halten und auf Zeit spielen: „In den nächsten Tagen und Wochen wird noch einiges auf den Markt kommen – auch

Scheußliches“ sagte ZDF-Chefredakteur Brender. Und öffnete mit seiner nächsten Frage ganz en passant die Büchse der Pandora im Bermudadreieck von Sport, Journalismus und Medien: Wenn man nun bei der Tour harte Konsequenzen ziehe – wie dann umgehen mit Fußball und all den anderen Sportarten?

## **Mitteldeutsche Zeitung, 16. Juni 2007** **«Es fehlt an Geld und Hingabe»**

**Treffen des Netzwerks Recherche –  
Wulff kritisiert Oberflächlichkeit politischer Berichte**

Hamburg/dpa. Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) hat beim Journalistentreffen des Netzwerks Recherche (nr) die zunehmende Oberflächlichkeit in der politischen Berichterstattung kritisiert. «Es fehlt an Geld und Hingabe, spannende Geschichten zu machen», sagte Wulff am Samstag in Hamburg.

Zu Lebzeiten von Publizisten wie Henri Nannen («Stern»), Gerd Bucerius und Marion Gräfin Dönhoff («Die Zeit») sowie Rudolf Augstein («Der Spiegel») sei politisch noch eindeutig Position bezogen worden. «Positionen, an denen wir uns gerieben haben. Heute fehlt der Stachel», ergänzte Wulff. An der zweitägigen nr-Jahrestagung nahmen rund 600 Journalisten teil.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Verleihung des kritischen Medienpreises «Verschlossene Auster» für den «Informationsblockierer des Jahres». Die Auszeichnung ging an den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Er erhalte den Preis wegen der anhaltenden Behinderung der freien Presse in Russland, sagte der Vorsitzende des Netzwerks, Thomas Leif. »Wenn es um Schutz und Garantie der Pressefreiheit geht, steht Putin den Mechanismen der Diktatur näher als den Prinzipien der Demokratie.« Seit Putins Amtsantritt im Jahr 2000 seien in Russland 14 Journalisten, die kritisch über Staat und Regierung recherchierten, ermordet worden oder auf mysteriöse Weise gestorben. Am Freitag hatten Journalisten und Experten aus osteuropäischen Ländern über die Einschränkungen ihrer Arbeitsmöglichkeiten und von dem auf sie lastenden Druck berichtet.

Den deutschen Journalisten schrieb Ministerpräsident Wulff eine Mittlerrolle zwischen Politik und Bürgern zu. Derzeit habe er aber den Eindruck, dass Politik eher als Streit zwischen den Agierenden dargestellt werde, statt als Ringen um

tragfähige politische Konzepte. Wulff räumte gleichzeitig ein, dass politische Debatten früher mit einem Holger Börner (SPD), Heiner Geißler (CDU) oder Willy Brandt (SPD) «auf höherem Niveau» stattgefunden hätten. Wenn Politik in den Medien zu einer «Ansammlung von Ganoven» gemacht werde, «wird es traurig in unserem Land». Dann hätte kaum noch jemand Lust, diese Tätigkeit auszuüben.

Der CDU-Politiker bedauerte, dass politischen Berichterstatlern in den Medienhäusern kaum noch Zeit und Geld für intensive Recherchen gegeben werde. «Es gibt keinen Journalisten, der mich jüngst länger als einen Tag begleitet hat.» Wulff fragte, wie authentisch folglich über einen Politiker oder ein Bundesland berichtet werden könne. «Kaum ein Medium leistet sich noch einen Korrespondenten in Hannover – der zentralsten Stadt Deutschlands.

Journalisten seien durch ihre Kontakte verführbar, meinte der Enthüllungsjournalist Günter Wallraff. Er mahnte seine Kollegen, aus «geschlossenen Gesellschaftskreisen» wie beispielsweise «Frühstückskartellen» auszubrechen. Der Autor schlug vor, dass unabhängige Stiftungen Recherchekosten für Journalisten übernehmen könnten, damit diese – losgelöst vom Verlag – brisante Themen mit genügend Zeit verfolgen könnten.

## 2. Medienmagazine

### **Message – Internationale Zeitschrift für Journalismus 3/2007 Aus dem netzwerkrecherche**

Klares Profil unerwünscht

**Die Grundeinstellungen von Journalisten, ihr Rollenverständnis und der Bedeutungsverlust des politischen Journalismus – Medienkritik stand beim Jahrestreffen des Netzwerks Recherche im Zentrum.**

*Von Sebastian Heinisch*

»Haltung. Ich glaube, dass viele in unserem Metier mit diesem Wort rein gar nichts mehr anfangen können«, warf der Mitbegründer der taz Tom Schimmeck den Teilnehmern der Jahrestagung des Netzwerks Recherche in seiner Auftaktrede am zweiten Veranstaltungstag provokant entgegen. Zwar gestand er in seinem »Bericht zur Lage des Journalismus« ein, dass jeder Tag gute Artikel und Sendungen bringe. Dennoch skizzierte der freie Journalist mit spitzer Zunge einige

Probleme, mit denen der deutsche Journalismus zu kämpfen hat.

»Dass sich viele Medienleute nicht mehr als Mittler zu den Menschen, sondern als Mitinhaber von Macht begreifen«, sah er genauso wie der Vorjahresredner und Chefpublizist des schweizerischen Ringier-Verlags Frank A. Meyer (siehe Message 3/2006). Der Grund dafür könne möglicherweise in der falschen Haltung vieler Medienmacher liegen.

### **Haltungslosigkeit als Vorteil**

Diese falsche Grundeinstellung führte Schimmeck auf vier Ursachen zurück: Angesichts der wachsenden Zahl der Studenten, die »irgendwas mit Medien« machen, kann er sich nicht des Verdachts erwehren, »dass Geschmeidigkeit hier oft mehr zählt als Charakter.« Doch auch nach einem Studium gelte Haltungslosigkeit als Vorteil, denn: »Wer ewig am unteren Ende der Leiter steht, durch einen nie endenden Tunnel von Praktika gezwungen wird, lernt bald, dass Überzeugungen und Prinzipien im Zweifel stören.«

Stehe er dann einmal im Beruf, so schufte der aktuell arbeitende Journalist unter mehrfach durchrationalisierten Stressbedingungen – eingezwängt und eingengt zwischen einer immer professioneller agierenden PR-Maschinerie und den ökonomischen Vorgaben des eigenen Verlegers.

Darüber hinaus kritisierte Schimmeck den Popjournalismus als Form des heutigen Zeitgeists: »Betrieben wird er meist von Söhnen und Töchtern aus gutem Hause, die viel Freude an Markenprodukten und der narzistischen Umkreisung des eigenen Bauchnabels haben.« Folglich sei das Wort ›Gutmensch‹ eines der liebsten Schimpfwörter der »Generation Mini-Golf«, weil diese nämlich jede Art von Haltung verachte.

Indes scheute Schimmeck nicht die inhaltliche Kritik: Suche man in Bahnhofsbuchhandlungen angesichts endloser Meter Zeitungen und Zeitschriften nach »feinem Journalismus«, finde man nichts als »ein elendes Häuflein«. Ebenso im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wo das Ziel zu sein scheine, das »zahlende Publikum von jeder tiefer gehenden Einsicht fernzuhalten.«

### **Politmagazine der ARD wurden »kastriert«**

Dass wieder mehr tiefer gehende Einsichten in der ARD vermittelt werden sollten, dessen waren sich die Teilnehmer der Diskussion um die »Zukunft der ARD-Magazine« einig. Doch über das »Wie?« stritten sie mitunter heftig.

Mathias Werth, stellvertretender Redaktionsleiter des WDR-Magazins Monitor, unterstrich den Bedeutungsverlust des politischen Journalismus im Ersten mit Zahlen: Während vor der Kürzung der Politmagazine von einer dreiviertel Stunde auf eine halbe Stunde rund 600 bis 650 Beiträge pro Jahr gesendet wurden, seien es jetzt nur noch knapp 500. Umstritten sei aber nicht nur die kürzere Sendezeit, sondern auch das Sendeschema.

»Meine Archivare haben eine Stunde benötigt, um herauszubekommen, wer wann sendet«, bekräftigte Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung (SZ) die Kritik. Und obwohl gerade diese Magazine den Demokratiebeitrag des öffentlich-rechtlichen Fernsehens verkörpern würden, seien sie »kastriert« worden. Prantl wünschte sich eine klarere Struktur der ARD-Magazine – sowohl hinsichtlich der Sendezeiten als auch der Zahl der Marken und Moderatoren.

Stefan Wels, Leiter der Panorama-Redaktion, sah die Schwäche der ARD-Politmagazine vor allem in der Zersplitterung der Marken. »Es hat keinen Sinn, sechs Moderatoren und sechs Magazine zu haben.« Aufgrund der regionalen Struktur des Senderverbunds sei es aber schwierig zu entscheiden, welches Magazin schließlich »ins Gras beißt«. Zudem erinnerte Wels daran, dass die Kürzung der Politmagazine der Vorverlegung der Tagesthemen geschuldet war – mit dem Ziel einer Quotensteigerung für das Nachrichten-Flaggschiff. »Ich bitte insbesondere Medienjournalisten zu überprüfen, ob dieses Ziel erreicht ist.«

### **Genügend Geld in den deutschen Medien**

Über das Verhältnis von Spitzenpolitikern und Medien hatte bereits zuvor Christian Wulff (CDU), Ministerpräsident von Niedersachsen, berichtet. Er kritisierte in seiner Rede, dass entgegen dem üblichen Lamento genügend Geld in den deutschen Medienbetrieben vorhanden sei, es werde jedoch an falscher Stelle eingesetzt. Gerade mit Blick auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten blies Wulff ins selbe Horn wie Auftaktredner Tom Schimmeck. Der hatte gefragt, welcher Anteil der Gebühren noch für Recherche ausgegeben werde.

So konstatierte Wulff: »In vielen Redaktionsstuben fehlt es an Zeit, Personal und Interesse, guten Journalismus zu machen.« Als Beispiel führte er an, dass Zeitungen – auch die Qualitätspresse – kaum noch Korrespondenten nach Hannover entsenden würden. Eine flächendeckende Präsenz leiste sich keine Redaktion mehr, sondern beurteile die Politik in Niedersachsen nur aus der Ferne. Folglich würden sich viele Medien immer stärker ähneln. »Der Grund für den Konformismus in den Medien liegt in der Komplexität der politischen Themen«, sagte Wulff.

Weiter präsentierte der Politiker eine recht eigene Interpretation des Tagesmottos »Anstoß Recherche: Nutzwert-Journalismus für die Demokratie«: Er kritisierte, dass er kaum noch Hintergrundgespräche mit Journalisten führen könne, weil die Vertraulichkeit meist nicht gewährleistet werde. Wulff forderte: »Es muss ein Vertrauensverhältnis zwischen Politikern und Journalisten geben, das sicherstellt, dass bestimmte Informationen veröffentlicht werden oder nicht.«

Ob ein solches Vertrauensverhältnis mit der Rolle des Journalisten aus normativer Sicht vereinbar ist, wurde auf abstrakterer Ebene in der hochkarätig besetzten Diskussion anhand eines Mottos erörtert, das auf den früheren Tagesthemen-Moderator Hanns Joachim Friedrichs zurückgeht: »Du sollst Dich nicht gemein machen – auch nicht mit einer guten Sache.«

### **Journalist ist dabei, gehört aber nicht dazu**

»Ein guter Journalist ist dabei, gehört aber nicht dazu«, bekräftigte Hermann Schreiber, Journalist und Jury-Mitglied des Hanns-Joachim-Friedrichs-Preises, Friedrichs' Aussage. Auch wenn es nicht die eine Wahrheit gebe, müsse man alles möglichst distanziert auf einen Nenner bringen. »Gemein machen heißt, sich dienstbar zu machen. Darin besteht eine große Gefahr für Journalisten«, sagte Schreiber.

Dem hielt Investigativ-Journalist Günter Wallraff entgegen: »Das Sichgemeinmachen mit den Mächtigen ist etwas ganz anderes, als wenn man die Nicht-Repräsentierten begleitet. Wir sollten aufseiten der Opfer sein!« Journalisten müssten aus ihren Gesellschaftskreisen ausbrechen. Wallraff gestand ein, parteiisch zu sein. Er bemühe sich dennoch, Distanz zu wahren. Aber: »Man soll nicht so tun, als sei man der über allen stehende Journalist«, forderte er.

Dieses Rollenverständnis sei unüblich, hielt ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender entgegen. Die Rolle des Journalisten sei die des Beobachters. Auf die Forderung Thomas Roths, Leiter des Moskauer ARD-Studios, dass Qualitätsbegriffe wie Inhalte und Haltungen in den Redaktionen im Alltag viel stärker diskutiert werden müssten und dies auch von den Chefs mit Hilfe eines Kodex gefördert werden müsse, entgegnete Brender: „Jeder Journalist sollte fünf Begriffe beherrsigen: 1. Unabhängigkeit – gegenüber anderen und sich selbst. 2. Fairness – auch gegenüber anderen Meinungen. 3. Sorgfalt. 4. Den größeren Zusammenhang sehen. 5. Selbstehrlichkeit.“ Dafür sei ein eigener Kodex nicht zwingend nötig.

### **Putin ist Informationsblockierer des Jahres**

Am ersten Veranstaltungstag hatte der Schwerpunkt auf dem Thema „Pressefreiheit unter Druck“ gelegen. In Zusammenarbeit mit dem Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung (N-Ost) waren zahlreiche Journalisten aus Osteuropa nach Hamburg gereist und hatten über ihre Erfahrungen berichtet. So stellte Oleg Panfilow vom Moskauer »Zentrum für Journalismus in Extremsituationen« klar, dass in Russland von Pressefreiheit nicht die Rede sein könne. Vielmehr herrsche unter Putin ein »offener Krieg gegen den Journalismus«. Ein Krieg, bei dem Anna Politkowskaja nur ein Opfer unter vielen ist, wie in mehreren Veranstaltungen deutlich wurde.

So ging die Verschlussene Auster, der Kritik-Preis des Netzwerks Recherche für den Informationsblockierer des Jahres 2007, folgerichtig an den russischen Präsidenten Wladimir Putin. »Putin ist ein lupenreiner Gegner der Presse- und Meinungsfreiheit; unbequeme Wahrheiten lässt er rigoros unterdrücken«, begründete der Vorsitzende Thomas Leif. Der russische Botschafter in Berlin ließ die Einladung, den Preis entgegenzunehmen, unbeantwortet.

»Russland ist die verschlossene Auster«, sagte Heribert Prantl in seiner Laudatio. »Die Meinungsfreiheit in Russland ist die Freiheit, Putin zu lieben – die meisten Russen machen davon Gebrauch. Und die Pressefreiheit in Russland ist die Freiheit, so zu schreiben, wie Putin es mag – die meisten Medien machen davon Gebrauch«, sagte der SZ-Journalist.

Neben den großen Podiumsveranstaltungen konnten die Tagungsteilnehmer in vielen kleineren Runden wie den Zapp-Erzählcafés, den Workshops zu Computer Assisted Reporting (CAR) und Online-Recherche oder den »Wundertüten« praktische Erfahrungen sammeln, den Rechercheberichten der Profis lauschen und Kontakte knüpfen. Da das Programm erstmals auf zwei komplette Konferenztage ausgedehnt worden war, konnten die mehr als 600 Journalisten auf insgesamt rund 50 Veranstaltungen mit etwa 100 Referenten ins Gespräch kommen.

### **Medien als Teil der Dopingmaschine?**

Für den Abschluss der Jahreskonferenz hatten sich die Veranstalter noch ein heißes Eisen aufgehoben: »Gedopter Sport – Medien als Teil der Dopingmaschine«. Mit einer provokanten These startete der ARD-Doping-Experte Hans-Joachim Seppelt in die Diskussion: »Wir übertragen mit der Tour de France zumindest partiell Betrug.« Weshalb aber dieser Betrug in der Sportberichterstattung im

Fernsehen in den vergangenen Jahren ein Nischendasein fristete, erklärte der WDR-Sportchef Steffen Simon unter anderem mit der gestiegenen Konkurrenz durch das Privatfernsehen. So seien kritische Sportformate in den 90er Jahren aufgrund der geringen Einschaltquoten gestrichen worden.

Eine Sicht, die Josef Hackforth, Professor für Sport- und Medienwissenschaft an der TU München, indirekt bestätigte: Laut einer repräsentativen Studie unter sportinteressierten Menschen sei das Interesse an Dopingberichten aufseiten des Publikums eher gering. Weiter verwies Hackforth darauf, dass im Laufe der 90er Jahre unter den Sportjournalisten Werte wie Fairness immer unwichtiger geworden seien, während der Unterhaltungsaspekt an Bedeutung gewonnen habe. Als mögliche Ursache für die Vernachlässigung des Dopingthemas führte Seppelt zudem an, dass herkömmliche Sportjournalisten mit Doping schlicht überfordert seien – in medizinischer, ökonomischer und juristischer Hinsicht. Dass in der Diskussion die Personalie Hagen Boßdorf nicht einmal angeschnitten wurde, ist zumindest als merkwürdig einzustufen. Auch in die Richtung des ehemaligen Sportchefs der ARD zielte wohl die Bemerkung Steffen Simons: »Es war eine Auszeichnung, über die Tour de France berichten zu dürfen. Dadurch machte man sich auf subtile Weise gemein mit der Sache.«

## **«M» – MENSCHEN – MACHEN – MEDIEN, 6. Juli 2007**

### **Gefühlter Journalismus**

#### **Jahrestagung netzwerk recherche: Freiheit heißt auch Verantwortung**

*von Wulf Beleites*

netzwerk recherche, nach eigenen Angaben die „Lobby für den in Deutschland vernachlässigten investigativen Journalismus“, hat in Hamburg Mitte Juni zwei Tage lang ihre Jahrestagung abgehalten: Mehr als 600 Teilnehmer waren gekommen, ein Marathon-Programm mit 104 Veranstaltungen wurde geboten. Schwerpunkt des ersten Tages in Zusammenarbeit mit n-ost, dem Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung: Pressefreiheit unter Druck – Journalismus in Osteuropa.

Die gefühlte Stimmung ist ein wenig wie auf der Buchmesse: Viele Angebote, ein Hauptthema, viele Gesichter, noch mehr Bekannte. Alte Kollegen, mit denen man schon immer mal wieder reden wollte oder jene, die man nie wieder zu treffen hoffte: Erfahrungsaustausch und Small Talk. Oder wie Organisator und nr-

Vorstandsmitglied Kuno Haberbusch (zapp/NDR) es zusammenfasst: „In erster Linie ist es eine Begegnungsstätte, Kontaktbörse. Viele junge Kollegen kommen von kleinen Zeitungen und Medien aus der Provinz. Sie treffen hier in Augenhöhe auf prominente Kollegen.“ Und auf ein Hauptthema, das den ersten Tag bestimmt: Die Gefährdung der Pressefreiheit in Osteuropa. Journalisten und Wissenschaftler aus Russland, Polen, Tschechien, Tschetschenien, Kasachstan und der Ukraine berichten über Medienfreiheit und Einschränkung ihrer Arbeitsmöglichkeiten. Fazit im Russland Putins: 14 getötete Journalisten, pro Jahr 60-70 tätliche Angriffe auf Journalisten, jährlich etwa 50 Strafverfolgungen von Journalisten wegen Beleidigung, Verleumdung oder des Verstoßes gegen den Extremismus.

Folgerichtig, dass in diesem Jahr die „Verschlossene Auster“ für den „Informationsblockierer des Jahres“ an Wladimir Putin geht. Der Innenpolitik-Chef der Süddeutschen Zeitung, Heribert Prantl in seiner Laudatio: „Die Meinungsfreiheit in Russland ist die Freiheit, Putin zu lieben – die meisten Russen machen davon Gebrauch.“ Und die Pressefreiheit dort sei die Freiheit, „so zu schreiben, wie Putin es mag – die meisten Medien machen davon Gebrauch“.

Konsequenz des ersten Tages: Die Verabschiedung des „Hamburger Signals“, einem Aufruf „zur Presse- und Meinungsfreiheit im östlichen Europa“, der auf der Studie von n-ost „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa“ basiert. Der letzte Satz des Signals: „Freiheit heißt auch Verantwortung – Verantwortung sich gegen Beschränkungen der Freiheit einzumischen.“

### **Weg von der Anbiederei**

Eine gute Überleitung zum zweiten Tag, zu den deutschen Verhältnissen in der hiesigen „Journaille“. Schon die Auftaktrede von Tom Schimmeck ist eine gnadenlose Abrechnung mit der Zunft und „jenem verschmökten, völlig inhaltsleeren, dafür umso aufgeblaseneren Zirkus, der sich ‚Hauptstadtjournalismus‘ nennt“. Er kritisiert journalistische Ausbildung, redaktionelle Hackordnung, die Berufsverhältnisse im Allgemeinen und den medialen Zeitgeist im Besonderen. Er fordert Haltung in und für diesen Beruf mit der Aufforderung: „Lassen wir uns also unsere Medien nicht versauen.“ Ob und wie versaut die Medien schon oder doch noch nicht sind, wird anschließend in Foren, Erzählkaffees, Workshops, Wundertüten und Lessons diskutiert. Es ist schwierig, die Übersicht zu behalten, sich innerhalb dieses mannigfaltigen Angebots zu entscheiden. Der Buchmesse-Charakter eben.

Doch zwei Spielarten schälen sich heraus: Die wissenschaftlichen Foren, in denen mit viel Power-Point-Presentation wunderschöne Schaubilder, aber nichts wesentlich Neues anzuschauen ist, und praxisbezogenen Diskussionsrunden, in denen journalistische „Macher“ möglichst kontrovers ein Thema angehen.

Vier Beispiele: Im Forum „Gefühlter Journalismus“ gehen Wissenschaftler der Uni Münster der Frage nach, wer heute Journalist sei. Der Artikel 5 Grundgesetz wird strapaziert, eine Untersuchung präsentiert und nach 90 Minuten hat es auch der letzte begriffen, dass der Untertitel zu recht lautete: „Anatomie einer undefinierbaren Berufsgruppe“. Oder das Forum „News to amuse – die neuen Nachrichtenfaktoren“. Hier werfen sich Georg Ruhrmann und Roland Göbbel, beide von der Uni Jena, die Bälle zu: Drohende Boulevardisierung, Akzeptanzforschung, wissenschaftlich-messbare Qualität. Schön, dass Kai Gniffke, Chefredakteur von ARD Aktuell, feststellen kann: „Für uns ist der Weg klar, wir halten die Marke sauber.“

Spannender schon die Frage zur „Zukunft der ARD-Magazine“, denn hier sitzen Medienredakteure und Magazin-Macher an einem Tisch. Ihre Forderung ist zwar auch nicht neu, dafür aber um so schöner: Stärkung des jeweiligen Profils und zurück zu dem 45-Minuten-Format.

Richtig neu und spannend die lebhafteste Diskussion der Sportredakteure zum Thema „Doping“, die auf einen „Paradigmenwechsel“ in der Sportberichterstattung hoffen lässt. Weg von der Anbieterei, mehr Distanz zu dem Objekt der Berichterstattung, sich nicht gemein machen mit denen, über die man berichtet. ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender: „Wir waren alle Teil des Systems. Man hat sich mittragen lassen von einer Begeisterung.“

Das für wahr ist ein schönes Schlusswort, so dass es jetzt weiter gehen kann zu den anderen Ständen, dort wo die Kollegen sich unterhalten, inhaltsschwer oder oberflächlich, zumindest aber schon ein Bier trinken. Eine Messe eben.

## **edp Medien (46) / 13.06.2007**

### **Austausch zwischen Journalisten in Europa gefordert Netzwerk Recherche und n-ost stellen Studie zur Medienfreiheit in Osteuropa vor**

Berlin (epd). Der Vorsitzende des Netzwerks für Osteuropa-Berichterstattung (n-ost), Christian Mihr, hat gefordert, den Austausch zwischen west- und osteuropäischen Journalisten zu intensivieren. Journalisten und Bürgern aus osteuropäischen Ländern müssten unbürokratisch Einreisegenehmigungen erteilt werden, sagte Mihr am 6. Juni bei der Vorstellung der Studie „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa“ in Berlin. (Anm. download: [www.netzwerkrecherche.de](http://www.netzwerkrecherche.de))

Die Studie analysiert die Ursachen für die unterentwickelte Medienfreiheit in vielen Ländern Osteuropas. Die Kontrolle der Medien laufe heute nicht mehr über Anweisungen durch die Regierung, sondern über das Scheckbuch, so ein Ergebnis der Studie, die n-ost im Auftrag der Journalistenorganisation Netzwerk Recherche und in Kooperation mit der Friedrich-Ebert- Stiftung und der Freiburger Kantstiftung erstellt hatte. Die russische Journalistin Mainat Abdulajeva verwies darauf, in Russland seien in den vergangenen sieben Jahren 300 Journalisten getötet worden. Nur fünf der Morde seien aufgeklärt worden. Der Vorsitzende von Netzwerk Recherche (nr), Thomas Leif, warnte vor der „fahrlässigen Simplifizierung“ des Themas Pressefreiheit durch so genannte Rankings zum Stand der Medienfreiheit. Diese hätten nur einen fragwürdigen Erkenntniswert. Die Kategorien seien oft willkürlich, die Datenbasis dünn und die Beurteilung berücksichtige nicht national-kulturelle Eigenheiten, sagte Simone Schlindwein, Leiterin des Autorenteam und Mitglied von n-ost. Dagegen stütze sich die vorgelegte Studie zu Russland, Weißrussland, Ukraine, Georgien, Serbien, Kroatien, Rumänien, Bulgarien, Tschechien und Polen auf die Bewertung der medialen Transformation und deren Einordnung in die jeweiligen gesellschaftlichen Veränderungen. Kern seien Fragen nach Abhängigkeiten und Freiheiten für Journalismus, sagte Simone Schlindwein bei der Pressekonferenz im ARD-Hauptstadtstudio. Mihr mahnte weiter einen „selbstkritischen Blick Westeuropas auf Osteuropa“ an. Statt „alle Register von Vorurteilen“ zu ziehen, sollten deutsche Medien lieber die Ursachen für unterentwickelte Medienfreiheit analysieren und am konkreten Beispiel darstellen. Zweischneidig sei auch das Engagement deutscher und anderer Medienkonzerne in Osteuropa: Einerseits böten sie Schutz gegen staat-

liche Repression, andererseits beförderten sie mit ihren Investitionen die Kommerzialisierung. Leif betonte die Notwendigkeit für einen Dialog „jenseits von Oder und Donau“. Netzwerk Recherche und n-ost fordern, die „Visa-Mauer an der Ostgrenze“ für Journalisten einzureißen. Diese müssten unbürokratischer reisen könnten, etwa zu „Tandem- und Austauschprogrammen, Konferenzen, Dialogen, Diskursen“. Außerdem fordern nr und n-ost die „Einbindung von Kollegen aus Transformationsländern in internationale Journalistenvereinigungen“. Leif verwies auf das Jahrestreffen des Netzwerk Recherche am 15. und 16. Juni in Hamburg, das für 500 deutsche und 120 osteuropäische Journalisten eine Gesprächsplattform biete, der konkrete Fragen folgen sollten. Auf die Frage nach der Einbeziehung etablierter Journalistenorganisationen wie DJV und dju und der Vernetzung mit deren Osteuropa-Aktivitäten antwortete Leif, es gebe „keine Arbeitskontakte“. Auch die Autoren der Studie haben den Angaben zufolge nicht auf entsprechende Analysen von internationalen und europäischen Journalistenorganisationen wie EFJ (European Federation of Journalists) oder IFJ (International Federation of Journalists) zurückgegriffen. [how/dir](http://how/dir)

## **epd Medien (48) / 20.06.2007**

**Politische Magazine fordern wieder mehr Sendezeit**

**Prantl konstatiert „Bedeutungsverlust“ – Qualität der Beiträge kritisiert**

Hamburg (epd). Die Redaktionsleitungen der politischen Magazine der ARD setzen sich dafür ein, die Sendezeit wieder von 30 auf 45 Minuten zu verlängern. Er fordere dies bei jeder ARD-internen Debatte, sagte „Panorama“-Redaktionsleiter Stefan Wels (NDR) am 16. Juni im Hamburg beim Jahrestreffen des Netzwerk Recherche. Ähnlich äußerten sich der stellvertretende Leiter der Redaktion „Monitor“ (WDR), Mathias Werth, und der Redaktionsleiter des Magazins „Kontraste“ (RBB), Reinhard Borgmann. Die Politikmagazine der ARD müssen seit Anfang des Jahres mit 15 Minuten weniger auskommen, weil die „Tagesthemen“ vorverlegt wurden. „Report“ aus Mainz (SWR) und München (BR), „Panorama“ (NDR), „Fakt“ (MDR), „Kontraste“ (RBB) und Monitor wurden auf 30 Minuten gekürzt (epd 5/06). Wels und Werth verwiesen darauf, die Programmreform habe nicht die erwünschten Auswirkungen gehabt, die Marktanteile der „Tagesthemen“ seien nicht gestiegen. Zudem sei der einheitliche Beginn der Sendung um 22.15 Uhr höchstens noch von montags bis donnerstags gegeben. Auch dies werde sich mit dem Start der Sendung „Hart aber Fair“ im Ersten, die





künftig mittwochs ausgestrahlt werden soll, ändern. Unter dem jetzigen Programm-  
 direktor Günter Struve sei allerdings nicht mit einer Rücknahme der Reform zu  
 rechnen, sagte Werth. Er hoffe aber, dass sich bald etwas ändere. Der Medien-  
 kritiker Rainer Braun sowie der Innenpolitik- Chef der „Süddeutschen Zeitung“,  
 Heribert Prantl, stellten einen Bedeutungsverlust der politischen Magazine fest.  
 Er schalte die Magazine nicht mehr so gerne ein, sagte Prantl. Diese hätten früher  
 eine größere „Durchschlagskraft“ besessen. Früher seien die Magazine Pflicht-  
 programm politischer Redakteure gewesen, dies sei heute nicht mehr der Fall.  
 Prantl kritisierte die Unübersichtlichkeit, die aus den verschiedenen Sendeter-  
 minen und Marken der Magazine entstehe. Braun bemängelte die Qualität  
 verschiedener Beiträge der Magazine. Diese zeigten viel, was bereits in anderen  
 Sendungen zu sehen gewesen sei, sagte Braun. Zum Teil glichen die politischen  
 Magazine heute Verbrauchermagazinen. Den Grimme- Preis für einen Beitrag  
 des Magazins „Monitor“ zum Einfluss von Lobbyisten habe er als „Zeichen für  
 modernen Politikjournalismus“ verstanden, sagte Braun. Wels und Werth vertei-  
 digten die Qualität der Magazine, die weiterhin wichtige Themen behandelten  
 und Skandale aufdeckten. Die „Visa-Affäre“ etwa sei von „Monitor“ aufgedeckt  
 worden, lange bevor die Presse sich mit dem Thema beschäftigt habe, sagte  
 Wels. Ausweichend äußerten sich die Redakteure zur Zusammenlegung verschie-  
 dener Magazine, um einzelne Marken zu stärken. In der ARD sei es schwer,  
 entsprechende Mehrheiten zu erhalten, sagte Werth. hen

## **Wulff: Vertrauensverhältnis zwischen Medien und Politik gestört „Zurückhaltung nach Berlin zu gehen“ – Zu wenig Hintergrundgespräche**

Hamburg(epd). Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU)  
 hat ein gestörtes Vertrauensverhältnis zwischen Politikern und Journalisten  
 beklagt. Es würden kaum noch Hintergrundgespräche geführt, weil Journalisten  
 Informationen aus vertraulichen Runden entgegen den Absprachen verbreiteten,  
 sagte Wulff am 16. Juni beim Jahrestreffen des Netzwerk Recherche. Auch darin  
 sei seine „Zurückhaltung nach Berlin zu gehen“ begründet, sagte Wulff. Bis  
 heute sei keine Information aus inzwischen 180 Kabinettsitzungen der nieder-  
 sächsischen Landesregierung nach außen gedrungen. Er habe als Minister-  
 präsident die Möglichkeit, Debatten zu führen und dann die Ergebnisse zu verkün-  
 den. In Berlin hingegen lande jeder Zwischenstand einer Debatte in den Medien  
 und müsse von den Politikern kommentiert werden. Zum Teil seien es die Politi-

ker selbst, die Interna an Journalisten verrieten und sich dadurch eine günstige Berichterstattung erhofften. Als Beispiel nannte Wulff eine SMS aus dem CDU-Präsidium an einen Journalisten. Ein Politiker hatte darin mitgeteilt, Horst Köhler sei nicht mehr CDU-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten. „Ich wundere mich manchmal, wie falsch Kollegen die Dinge einschätzen“, sagte Wulff. Er kritisierte zudem den Glauben von Journalisten an Internetportale wie „Wikipedia“. Dort werde behauptet, er habe vor Jahren in einem Flugzeug über den Anden einen „Whiskey-Eid“ geschworen, sagte Wulff. Obwohl er nachweislich nie in Südamerika gewesen sei, werde dies immer wieder in den Medien behauptet. Wulff forderte, die Lesekompetenz zu steigern, da Tageszeitungen hintergründigere Informationen lieferten als elektronische Medien. Das Fernsehen sei oberflächlich. „Wer schreibt, bleibt, wer sendet, verendet“, sagte Wulff. Insgesamt fehle es aber in vielen Medien inzwischen an „Zeit und Tiefgang“. Anders als der ehemalige Kanzler Gerhard Schröder (SPD) setze er daher nicht auf „BamS‘, ‚Bild‘ und Glotze“, sondern auf den direkten Kontakt mit seinen Wählern, sagte Wulff. Der niedersächsische Ministerpräsident forderte eine gute finanzielle Ausstattung der Medien, um Qualitätsjournalismus zu sichern. Inzwischen leisteten sich viele Zeitungen keine Korrespondenten in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover mehr. Dies habe negativen Einfluss auf die Berichterstattung aus seinem Bundesland. Auch würden viele Redaktionen keine Journalisten mehr zur Begleitung von Politikern auf Auslandsreisen freistellen. Die Medien zeichneten ein zu negatives Bild von Politikern, so Wulff weiter. Wenn diese stets als „Bande von Ganoven“ dargestellt würden, führe dies dazu, dass immer weniger qualifizierte junge Menschen bereit seien, sich in der Politik zu engagieren. Die Folgen seien für Deutschland traurig, sagte Wulff. Auch der Popmusiker Herbert Grönemeyer, den er sehr schätze, vermittele ein falsches Bild, wenn er sage, sämtliche Politiker redeten die Unwahrheit. Es müssten auch die Leistungen der Politik hervorgehoben werden. Deutschland sei nicht der Gaza-Streifen und es entwickle sich auch in Sachen Pressefreiheit nicht wie Russland, sagte Wulff. hen

## Gesine Schwan fordert Journalisten zu Selbstkritik auf Medieninterne Jurys gefordert – „Verführbarkeit kein Privileg der Politiker“

Hamburg (epd). Die Politologin Gesine Schwan hat die Journalisten zu größerer Selbstkritik aufgefordert. Oft kritisierten Journalisten Politiker, seien aber umge-

kehrt zu wenig selbstkritisch und untereinander solidarisch, wenn die Politiker „mit selber Münze“ zurückschlagen würden, sagte Schwan am 15. Juni beim Jahrestreffen des Netzwerk Recherche in Hamburg. Es brauche medieninterne Jurys, die Missbrauch verfolgten und sanktionierten. Verführbarkeit sei kein Privileg der Politiker, sagte Schwan. Auch im Journalismus gebe es keine Interessenneutralität, dies müsse durch größtmögliche Transparenz ausgeglichen werden. Die Versuchung, Nachrichten zu skandalisieren, um im Wettbewerb aufzufallen, sei groß. Dies könne zu Verzerrungen führen. Dagegen helfe nur gegenseitige Korrektur und Kritikfähigkeit der Journalisten. Schwan ist Präsidentin der Viadrina Universität in Frankfurt an der Oder. Zudem ist sie Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen. hen

### **Brender: Journalisten müssen vor allem unabhängig sein Roth kritisiert Newsroom-Konzept – Wallraff empfiehlt „Außenkontakte“**

Hamburg (epd). Der Chefredakteur des ZDF, Nikolaus Brender, hat fünf wichtige Verhaltensregeln genannt, die Journalisten in der Berichterstattung beherzigen sollten. Das wichtigste sei Unabhängigkeit, sagte Brender am 16. Juni bei der Jahrestagung des Netzwerks Recherche in Hamburg. Wichtig seien außerdem Fairness, Sorgfalt, die Einordnung der Geschehnisse in einen größeren Zusammenhang und Ehrlichkeit auch gegenüber sich selbst. Wer diese Grundprinzipien nicht verinnerlicht habe, sei kein guter Journalist. Brender sagte, Journalisten müssten auch selbstkritisch sein. Es gebe keinen Bericht, der frei von Fehlern sei. Daher sei es wichtig, dass in Redaktionen diskutiert werde. Natürlich hätten auch Journalisten Emotionen, räumte Brender ein. Umso wichtiger sei die Selbstbeherrschung. Als Korrespondent in Südamerika habe er sich oft über die Diktaturen empört, aber dennoch habe er mit kühlem Kopf berichtet. Thomas Roth, Studioleiter der ARD in Moskau, kritisierte das „besinnungslose Produzieren von Nachrichten auch in den öffentlich-rechtlichen Anstalten“. Die stündlichen Nachrichtensendungen seien eine „problematische Entwicklung“. Die Newsroom-Strukturen, die sich in einigen Redaktionen herausgebildet hätten, ließen keine Zeit mehr für Diskussionen. Gute Verleger und Chefredakteure hingegen förderten Diskussionen. Die Leiterin der Wirtschaftsredaktion des NDR, Hanni Hüscher, sagte, politische Journalisten dürften nicht Parteimitglied sein. Nur so könnten sie die nötige Distanz wahren. Sie regte an, dass Journalisten öfter einmal das Berichterstattungsfeld wechseln sollten. Auslandskorrespondenten müssten in

der ARD spätestens nach sieben Jahren den Ort, an dem sie stationiert seien, verlassen. Sie frage sich, warum im Sportjournalismus nicht ähnlich verfahren werde: „Wie kann es sein, dass ein Sportjournalist 20 Jahre am selben Themenkomplex klebt?“ Journalisten bräuchten Mut „nach oben und unten“, sagte Hüsch. Dazu gehöre auch der Mut, zuzugeben, dass bestimmte Dinge nicht innerhalb von zehn Minuten kommentiert werden könnten. Der Journalist Günter Wallraff empfahl Journalisten, „Außenkontakte zu suchen“. Viele Journalisten bewegten sich nur unter Journalisten und verlören so den Bezug zur Realität. dir

## **ARD-Doping-Experte: Der Radsport ist „chronisch krank“ Brender: Ausstieg aus Übertragung weiterhin möglich – Kritische Berichte gefordert**

Hamburg (epd). Der Doping-Experte der ARD, Hajo Seppelt, hat den Radsport als „chronisch krank“ bezeichnet. Bei der Tour de France werde auch in diesem Jahr überwiegend Betrug übertragen, sagte Seppelt am 16. Juni bei der Jahrestagung des Netzwerks Recherche in Hamburg. Die Doping-Geständnisse einiger Radsportler hätten nachhaltige Wirkung auch für den Sportjournalismus, sagte Seppelt. Dieser habe das systematische Doping durch die Heroisierung der Sportler unterstützt. Der Sport sollte in der Berichterstattung nicht überhöht werden, empfahl er. Das Fernsehen habe es in der Hand, die Sportler, ihre Funktionäre und die Sponsoren an die Erfüllung ihrer Pflichten zu erinnern. Wenn das Fernsehen Ereignisse wie die Tour de France nicht mehr übertrüge, könnten sich die Sponsoren auch nicht mehr präsentieren. ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender räumte ein, die Sportberichterstattung sei jahrelang zu unkritisch gewesen. Man habe versäumt, „den Kollegen auf die Finger zu sehen“. Alle hätten gewusst, das gedopt werde, aber niemand habe kritisch darüber berichtet. Jetzt müsse gründlich recherchiert werden, forderte Brender. Er sagte weiter, die Entscheidung, ob das ZDF die Tour de France übertrage und wie, sei noch nicht gefallen. Es gebe allerdings einen bestehenden Vertrag für die Übertragung der Tour, der auch nicht mehr geändert werden könne. Alle Verträge zu Sportübertragungen, die seit August 2006 unterschrieben worden seien, enthielten auch eine Dopingklausel. In die Berichterstattung über die Tour de France müssten Berichte über Doping integriert werden, forderte Brender. Das Thema müsse dort platziert werden, wo die meisten zusähen. Dennoch sei Sport Unterhaltung und er müsse auch spannend sein. Er sei der Ansicht, dass die Fernsehsender mehr bewirken

# Die fünfte Gewalt

Thomas Leif  
Rudolf Speth (Hrsg.)

## Die fünfte Gewalt Lobbyismus in Deutschland



Leif, Thomas / Speth, Rudolf (Hrsg.)

### Die fünfte Gewalt

Lobbyismus in Deutschland

2006. 368 S. Br. EUR 19,90

ISBN 3-531-15033-2

„Lobbyisten in die Produktion.“

*Finanzminister Peer Steinbrück,  
FAZ 12.1.2006*

„Bis die Fusionen und die echte  
Kostendämpfung erfolgt sind, setzen  
die Lobbyisten bei uns keinen Fuß  
mehr vor die Tür.“

Wir müssen endlich einmal ohne die  
ganzen Lobbyisten unter uns diskutie-  
ren und planen können.“

*Gesundheitsministerin Ulla Schmidt,  
Leipziger Volkszeitung, 17.11.2005*

„Wenn ein Abgeordneter Geld  
bekommt für Nichtstun, ist das  
eindeutig bezahlter Lobbyismus, der  
in der Politik nichts zu suchen hat.“

*Saar-CDU-Fraktionschef Peter Hans,  
dpa 10.1.05*

**Hintergründe, Analysen und  
Argumente zum Lobbyismus  
lesen Sie in:**

**„Die fünfte Gewalt –  
Lobbyismus in Deutschland“**



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

VS Verlag für Sozialwissenschaften  
Abraham-Lincoln-Straße 46  
65189 Wiesbaden  
Telefon 0611.7878-245  
Telefax 0611.7878-420

[www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)

könnten, wenn sie kritisch berichteten, als wenn sie ganz ausstiegen. „Wir werden Konsequenzen ziehen, wenn der Sport die Chance zur Reinigung nicht wahrnimmt“, kündigte Brender an. Allerdings müssten sich die Sender überlegen, ob sie auch bei weiteren Sportarten Konsequenzen ziehen müssten. Unklar sei noch, wie man über die Olympischen Spiele in Peking berichte: „Wir werden uns fragen müssen, ob wir insgesamt aus dem Live-Sport aussteigen. „Wir waren alle Teil des Systems“, sagte Brender. Auch die Journalisten hätten sich in den Neunzigern mittragen lassen von der allgemeinen Begeisterung über den Radsport. Die Sportler, die Journalisten und die ganze Gesellschaft hätten das Thema gemeinsam verdrängt. WDR-Sportchef Steffen Simon sagte, die Pressekonferenz, bei der Rolf Aldag und Erik Zabel „gestanden“ hätten, dass sie in den Neunzigern Dopingmittel benutzt hatten, sei „erschreckend“ gewesen. Die entscheidenden Fragen, etwa wie sich Radsportler heute dopten, seien nicht gestellt worden. Er frage sich, ob die Zuschauer begriffen hätten, was Doping sei. Die Doping-Geständnisse hätten auch eine interne Diskussion unter Sportjournalisten ausgelöst, sagte Simon: „Wir haben alle unsere Naivität verloren.“ Josef Hackforth, Professor für Sportjournalismus an der TU München, sagte, eine repräsentative Umfrage habe ergeben, dass drei Fünftel der Sportinteressierten sich wünschten, dass ARD und ZDF die Tour de France weiter übertragen. Auf der Agenda der Sportinteressierten sei „Doping nicht vertreten“, sagte Hackforth. Eine Befragung unter Sportjournalisten habe ergeben, dass die Unterhaltung in diesem Bereich immer wichtiger werde. „Wo gibt es heute noch Kommentare, Analysen und Hintergrundberichterstattung?“ fragte Hackforth. dir

## **Osteuropa für Redaktionen ein schweres Thema Lesern fehlen Hintergründe – Vor allem Balkan betroffen**

Hamburg (epd). Themen aus Osteuropa schaffen es nur schwer in deutsche Medien. Bei einer Diskussionsrunde auf der Jahrestagung der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche bemängelten Korrespondenten mangelndes Hintergrundwissen bei Konsumenten bei und Redakteuren einen „Einheitsbrei in der Berichterstattung“. „Wir haben ein Begriffsproblem: 18 Jahre nach der Wende sehen wir die ganze Region noch immer als eine einzige Region. Das ist aber angesichts der unterschiedlichen Entwicklungen nicht mehr der Fall“, sagte Nils Kreimeier von der „Financial Times Deutschland“. Er forderte deshalb eine stärkere Differenzierung in der Berichterstattung. Denn wenn die einzelnen Länder

aus dem Fokus der Berichterstattung rutschten, sei man „völlig überrascht“, wenn ein Land plötzlich zum Thema würde. Dieses Phänomen betreffe insbesondere den Balkan. „Erst wenn es ein Massaker oder einen Bürgerkrieg gibt, zieht der Medientross da hin“, bemängelte Kreimeier. Zsolt Bogar vom ungarischen Wochenmagazin „Magyar Narancs“ kritisierte dieses Phänomen ebenfalls. So sei sein Land von ausländischen Medien „überrollt“ worden, als es anlässlich des 50. Jahrestags des Ungarn-Aufstands erneut Straßenkrawallen gab. „Der 50. Jahrestag selbst und die Probleme damals wurden aber kaum aufgegriffen“, sagte Bogar. Der freie Balkan-Korrespondent Norbert Rüttsche bemängelte vor allem das fehlende Interesse bei den Konsumenten. So müsse er etwa „bei jedem Text über Bosnien-Herzegowina“ erklären, was das eigentlich für ein Land sei, was dort für Menschen leben und welches politische System das Land eigentlich hat. „Ich habe mich damit abgefunden, dass die Region für die Leute so kompliziert ist, dass man jedes Mal von Null beginnen muss“, sagte Rüttsche. Gut ein Drittel seiner Texte müsse er deshalb allein für die simpelsten Hintergründe „verschenken“. Allerdings waren sich die Podiumsteilnehmer einig, dass die mangelnde Berichterstattung nicht allein Osteuropa betreffe. „Ich lese auch nur zwei Mal im Jahr Geschichten aus Norwegen und Dänemark“, sagte Rüttsche. Und der Geschäftsführer des Journalistennetzwerks n-ost, Andreas Metz, sagte: „Auch das Mega-Thema Europa kommt kaum vor.“ dan

## **Recherche-Pools haben in den Sendern einen schweren Stand Kampf mit Fachredaktionen – Teamarbeit noch Mangelware**

Hamburg (epd). Das noch junge Instrument der Recherche-Pools etabliert sich nur mühsam in den Sendern. Die Redaktionen, die keiner Fachredaktion angeschlossen sind und deshalb je nach Themenlage in den unterschiedlichsten Feldern arbeiten, müssen nach Ansicht verschiedener Journalisten teils noch gegen „misstrauische klassische“ Fachredaktionen arbeiten. Wie eine Diskussionsrunde zum Thema auf der Jahrestagung der Journalistenvereinigung „Netzwerk Recherche“ am 16. Juni in Hamburg zeigte, ist auch die viel beschworene Teamarbeit noch häufig Mangelware. „Natürlich gibt es in den Redaktionen die Frage, was eigentlich noch für sie übrig bleibt“, berichtete der Hörfunkchefredakteur des Norddeutschen Rundfunks (NDR), Joachim Knuth. Sein Haus hat vor zwei Jahren einen Recherche-Pool aufgebaut und beschäftigt dort inzwischen fünf feste Redakteure sowie zehn freie Mitarbeiter, die sich drei Stellen teilen. Immer

wieder sei unklar, welche Redaktion eigentlich für ein Thema verantwortlich sei, sagte Knuth. Obwohl die Redaktion bereits seit zwei Jahren existiert, räumte er „Reibungsverluste“ ein. Auch die Redaktion „Reportage und Recherche“ des Hörfunks im Südwestrundfunk (SWR) muss gegen Widerstände der Fachredaktionen ankämpfen. „Gerade die Landespolitik macht uns die größten Probleme“, sagte Redaktionsleiter Erwin Georg Kohla. Seine Redaktion wurde allerdings erst vor sieben Monaten gegründet, umfasst aber bereits ebenfalls acht Redakteure. Mit den Ergebnissen der Recherchen sollen möglichst alle Wellen mit angepassten Produkten beliefert werden – die Pop-Welle SWR3 etwa mit „einer schnellen Faktenfolge“ und der hintergründige Sender SWR2 mit „längeren Stücken“. Anders als etwa beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) beschränken sich die Recherche-Pools von NDR und SWR noch auf den Hörfunk. Um Geschichten breit zu streuen, würden jedoch beide Pools mit den Fernsehredaktionen zusammenarbeiten, hieß es. Das Ziel in beiden Häusern sei es, Recherchen als Produkt eines Hauses und nicht mehr wie bisher als Produkt einer Fachredaktion zu präsentieren. „Es darf nicht heißen, SWR2 hat eine tolle Geschichte gemacht, sondern der SWR in Summe“, erklärte SWR-Redaktionsleiter Kohla. NDR-Hörfunkchef Knuth räumte indes ein: „Dieses Verständnis ist bei unseren Medien nicht so ausgeprägt, wie bei Zeitungen oder Magazinen.“ Und auch wenn das Ziel der Recherche-Pools sei, möglichst häufig Recherche-Teams zu bilden, funktioniere das noch nicht so wie gewünscht. „Die Team-Recherche ist noch die Ausnahme“, sagte Knuth. Nur etwa ein Viertel aller Themen des NDR-Pools wurde bisher in Team-Arbeit recherchiert. dan

## Migranten fordern mehr Präsenz in den Medien „Cosmo TV“-Chef will stattdessen bessere „Gesamtanmutung“

Hamburg (epd). In der Diskussion, wie Medien besser Menschen mit Einwanderungsgeschichte erreichen können, haben sich jetzt Migranten ausdrücklich eine deutlichere Präsenz ihrer Gesellschaftsgruppe vor den Kameras gewünscht. Auf der Jahrestagung des Netzwerk Recherche sprachen sich Senderverantwortliche hingegen weiter für einen Wandel vor allem hinter den Kulissen aus. „Es geht auch einfach um die schiere Präsenz und nicht nur um die Kompetenz“, sagte die Publizistin Hilal Sezgin am 16. Juni in Hamburg. Sie wird am 6. Juli ihr erstes „Islamisches Wort“ des Südwestrundfunks sprechen. „Es tut ja genauso gut, Anne Will in den ‚Tagesthemen‘ und Angela Merkel als Bundeskanzlerin zu

sehen“, sagte Sezgin weiter. Die Initiatorin der Internetseite [www.muslimische-stimme.de](http://www.muslimische-stimme.de), Clémence Delmas, forderte zudem mehr Sensibilität bei der Wahl von Moderatoren mit Migrationshintergrund. „Man spricht oft von Migranten, wenn es eigentlich um Muslime geht“, sagte sie. Sezgin bemängelte wiederum mangelndes Engagement bei der Besetzung von offensichtlich ausländischen Rollen. So sei eine der Darstellerinnen in der ARD-Vorabendserie „Türkisch für Anfänger“ keine Türkin gewesen. „Da fragt man sich: Was macht denn die Araberin in der Sendung?“, sagte Sezgin. Türken sei das sofort aufgefallen – etwa weil die Aussprache türkischer Begriffe mangelhaft war. Sezgin mahnte, solche Fehler würden nicht helfen, Migranten für die betroffenen Programme zu gewinnen. Der Leiter des WDR-Formats für Migrations- und Integrationsthemen „Cosmo TV“, Arnd Henze, will jedoch weiter vor allem auf eine auf die Bedürfnisse von Migranten angepasste „Gesamtanmutung“ der Sender hinarbeiten. Dabei sei vor allem das Personal in den Redaktionen und der Planung wichtig. „Die Frage, ob wir mehr Migranten in den Redaktionen brauchen, ist nicht die Frage, ob wir mehr Menschen mit unaussprechlichen Namen vor den Kameras brauchen“, sagte Henze. dan

## **Russischer Präsident Putin erhält „Verschlossene Auster“ „Lupenreiner Gegner der Pressefreiheit“ – Negativpreis für Informationsblockierer**

Hamburg (epd). Der russische Präsident Wladimir Putin erhält in diesem Jahr wegen Behinderung der Pressefreiheit den Negativpreis „Verschlossene Auster“. Das teilte die Journalistenorganisation Netzwerk Recherche, die den Preis seit 2002 jährlich vergibt, am 16. Juni in Hamburg mit. Putin sei ein „lupenreiner Gegner der Presse- und Meinungsfreiheit“, sagte Vereinsvorsitzender Thomas Leif. Er spielte damit auf den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) an, der Putin als „lupenreinen Demokraten“ bezeichnet hatte. Pressefreiheit in Russland sei die Freiheit, so zu schreiben, wie Putin es möge, sagte Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“ in seiner Laudatio. Die Meinungsfreiheit in Russland sei die Freiheit, Putin zu lieben – die meisten Russen machten Gebrauch davon. Der seit 2002 vergebene Negativpreis für „Auskunftsverweigerer in Politik und Wirtschaft“ soll bei den Empfängern einen offeneren Umgang mit den Medien bewirken. Die schriftliche Einladung an den russischen Botschafter, den Preis stellvertretend für Putin entgegenzunehmen, sei unbeantwortet geblieben, so

das Netzwerk Recherche. Seit Amtsantritt Putins im Jahr 2000 seien 14 Journalisten ermordet worden. In Russland sei so ein Klima entstanden, in dem nicht das freie Wort, sondern Selbstzensur herrsche. Unbequeme Wahrheiten lasse Putin rigoros unterdrücken, sagte Leif. Als „mahnendes Symbol“ für mangelnde Offenheit gegenüber den Medien bekommen die Preisträger eine Granit-Skulptur des Marburger Künstlers Ulrich Behner in Form einer Auster. In den vergangenen Jahren erhielten sie der damalige Bundesinnenminister Otto Schily, die Aldi-Gruppe, die Hypo-Vereinsbank stellvertretend für alle Dax-Unternehmen, der damalige DFB-Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder und Bahn-Chef Hartmut Mehdorn. hen

## **Journalisten kritisieren mangelnde Pressefreiheit in Russland Jahrestreffen des Netzwerk Recherche – Auch Auslandskorrespondenten betroffen**

Hamburg (epd). In Russland nehmen Übergriffe auf Journalisten offenbar zu. Betroffen seien nicht nur einheimische Berichtersteller, sondern vermehrt auch Auslandskorrespondenten, sagte Stephan Stuchlik, ARD-Korrespondent in Moskau, am 15. Juni beim Jahrestreffen des Netzwerk Recherche in Hamburg. Offenbar gebe es eine neue Marschrichtung, bei der Übergriffe auf ausländische Journalisten entweder billigend in Kauf genommen oder als Einschüchterungsmaßnahme gezielt geplant würden. Der russische Journalist und Medienwissenschaftler Oleg Panfilov erklärte, in Russland gebe es weder Presse- noch Meinungsfreiheit. Er verwies darauf, dass die Mehrheit der Russen auf Informationen aus dem Fernsehen angewiesen sei. Dieses werde aber ausnahmslos von der Regierung kontrolliert. Verschiedene deutsche und russische Journalisten berichteten in Hamburg von Übergriffen. Der Moskau-Korrespondent des Magazins „Focus“, Boris Reitschuster, berichtete, er sei bei Recherchen mehrfach bedroht worden. Noch stärker seien jedoch russische Journalisten betroffen, auf die massiv Einfluss genommen werde. So erschienen etwa in der „Novaja Gazeta“, bei der auch die 2006 ermordete Anna Politkowskaja (epd 80/06) gearbeitet hatte, längst nicht mehr alle kreml-kritischen Artikel. Stuchlik berichtete, über verschiedene Themen werde in den russischen Medien nicht berichtet, daher kämen sie auch in der Berichterstattung im Ausland kaum vor. Als Beispiel nannte er eine massenhafte Deportation von Georgiern, die sich in Moskau ereignet habe. Die russische Journalistin Olga Kitova berichtete, sie habe über die Korruption eines russischen Provinzgouverneurs recherchiert. Infolge dessen sei sie

brutal zusammengeschlagen und verhaftet worden. Mit Hilfe befreundeter deutscher Journalisten haben sie nach Moskau fliehen können. hen

## **Investigativer Journalismus kommt in Osteuropa kaum an Journalisten beklagen vor allem mangelndes Interesse der Konsumenten**

Hamburg (epd). Investigativer Journalismus hat in Osteuropa einen schweren Stand. Auf dem Jahrestreffen der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche am 15. und 16. Juni in Hamburg bemängelten Vertreter aus verschiedenen Ländern allerdings nur teilweise eine Behinderung oder Gefährdung ihrer Arbeit. Vielmehr hätten die Leser und Zuschauer häufig gar kein Interesse an neuen Enthüllungen. „Die Leute sehen jeden Tag selbst, wie viel Geld ihnen gestohlen wird. Da sind sie nicht an unseren Enthüllungen interessiert“, sagte etwa der ungarische Fernsehmoderator György Baló. Er habe „keine Hoffnung“, dass sich diese Situation und damit die Nachfrage nach aufwändigen Recherchen in absehbarer Zeit bessere. Dieses Phänomen gelte aus seiner Sicht sogar für ganz Osteuropa. „In all diesen Ländern gibt es Gesellschaften, die sich betrogen fühlen.“ Vor allem in den neuen EU-Mitgliedsstaaten sind die Arbeitsbedingungen offenbar kaum ein Problem. „Es gibt keine Information, die man in Rumänien nicht öffentlich machen dürfte“, sagte dazu etwa Stefan Candea vom rumänischen Zentrum für investigativen Journalismus (CIJ). Unabhängig vom mangelnden Interesse der Bevölkerung seien er und seine Kollegen jedoch auch frustriert, dass auf ihre Enthüllungen keine Konsequenzen folgten. „Wir mögen nicht mehr, dass wir etwas aufschreiben, aber nichts passiert“, sagte Candea. Mit den Bürgern hätten laut Baló schließlich auch die Medienunternehmen kaum ein Interesse an einem investigativen Journalismus. „Die Menschen haben in den vergangenen 40 Jahren einen Hunger auf Pop- und Massenunterhaltung entwickelt, den sie jetzt ausleben wollen“, erklärte er. Erschwerend komme hinzu, dass viele Medien in Osteuropa inzwischen ausländischen Konzernen gehörten, die auf eher Profit denn teure Inhalte setzten. dan

### 3. Medien – Internet, TV, Radio

#### **Zapp-Medienmagazin NDR**

Schwierige Balance –

Das Verhältnis von Journalisten zu Politikern

Wieviel Nähe darf sein zwischen den Medien und den Mächtigen? Mit dieser Frage quälen sich Journalisten mehr oder weniger seit Generationen. Und fast ebenso lange galt der berühmte Satz von Hanns-Joachim Friedrichs als Maß aller Dinge: „Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten Sache.“ Längst aber lässt sich dieser Satz nicht mehr einhalten. Einige Journalisten halten ihnen sogar aus voller Überzeugung nicht ein, wenn es ihnen darum geht, die vermeintlich Schwachen zu stärken. Andere sind sich einer Grenzüberschreitung wiederum gar nicht bewusst. Scheinbar geht es ihnen zwar um Informationen – meist aber treibt sie die Sehnsucht, zu den Mächtigen dazu zugehören. Zapp über die schwierige Balance der Journalisten zwischen Nähe und Distanz.

#### **Anmoderation**

„Sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten.“ Was für das Verhältnis von Journalisten zur Pharmaindustrie gilt, gilt natürlich auch das zur Politik. Doch auch hier verschwimmen die Grenzen. Statt Distanz zu wahren, suchen Journalisten Nähe. „Kontakte pflegen“ ist der schöne Ausdruck dafür. Streben nach Anerkennung und Macht, einfach dazu gehören wollen – die weniger ehrenhafte Analyse. Neu ist dieses gegenseitige Umgarnen von denen, die Macht haben und denen, die sie kontrollieren sollen, nicht. Die Versuchung besteht seit den Anfängen des Journalismus. Neu aber ist, dass die Journalisten selbst kritischer mit sich selbst werden. So auch vergangenes Wochenende, als sich die Elite des investigativen Journalismus zur Jahreskonferenz des „netzwerk recherche“ in Hamburg traf. Jessica Möller über einen schwierigen Balanceakt zwischen zu viel Nähe und zu wenig Distanz.

#### **Beitragstext:**

Hier im Bundestag schlägt das Herz der Politik – eigentlich. Doch manchmal ohne die Politiker und ohne die Journalisten. Denn das wahre Leben tobt hier – wenn das offizielle Tageswerk vorüber ist. Journalisten leben von ihren Kontakten:

Smalltalk, Hintergrund-Häppchen – man kennt und schätzt sich, zuweilen duzt man sich. Thomas Roth, ehem. Leiter ARD-Hauptstadtstudio: „Nähe ist von jeder journalistischen Arbeit eine Voraussetzung, ob sie in Berlin arbeiten, in Afrika, im Iran oder in irgendeinem anderen Land. Die Frage ist natürlich nur: Wozu diese Nähe? Und was fängt man mit ihr an?“ Günter Wallraff, Publizist: „Das ist eine große Versuchung. Gerade auch für junge Journalisten, wenn sie merken, sie kommen an die Futtertröge ran, und das Leben ist dort angenehmer und sie fühlen sich als was Besonderes, die Verführung ist groß.“ Nikolaus Breder, ZDF-Chefredakteur: „Nähe ist etwas, um etwas kennen zu lernen, aus etwas zu schöpfen, Erfahrungen zu sammeln, aber dann muss auch immer gleich wieder die Distanz kommen. Es ist die Entwicklung zwischen Nähe und Distanz, die die Perspektive eines guten Journalisten ausmacht.“

### **Mehr Mut**

Aber wie kann man heute ein guter Journalist sein? Wer wagt es, auf das zu verzichten, was alle anderen haben? Kaum einer kann es sich leisten, gegen den Strom der gleichen Bilder und Nachrichten anzuschwimmen. Widerstand gegen den Mainstream – in den Redaktionen häufig unerwünscht. Tissy Bruns, Politikredakteurin „Der Tagesspiegel“: „Heute ist es ja leichter, dass ein Journalist eine Kanzlerin kurz und klein schreibt oder sagt, der Minister X ist doof, als dem eigenen Chefredakteur wirklich was abzurufen. Dazu braucht man als Journalist heutzutage fast mehr Mut. Und für diesen Mut plädiere ich.“ Tom Schimmeck, freier Journalist: „Ich sage ihnen ehrlich, seitdem ich hin und wieder mal deutlich sage, was Sache ist, werde ich zwar von allen auf den Schultern getätschelt, aber in den deutschen Medien nur noch selten gedruckt.“

### **Jagd nach Aufmerksamkeit**

Die deutsche Medienlandschaft war früher überschaubar. Einmal am Tag gab es Nachrichten, viel Zeit und Raum für Recherchen. Heute jagt eine vermeintliche Schlagzeile die nächste. Tempo zählt, nicht Exklusivität und Hintergrund. Thomas Roth: „Technisch ist in wenigen Sekunden alles möglich, nur wenn wir dann auf dem Sender sind, dann ist eigentlich der entscheidende Augenblick: Haben wir wirklich was zu sagen? Und wenn ja, was?“ Thomas Steg, stellv. Sprecher der Bundesregierung: „Das Interesse erschöpft sich bei sehr vielen, eine gute Schlagzeile zu haben, die schnellste Nachricht und der erste zu sein, der seine Nachricht über die Agenturen, über den sogenannten Ticker, gibt.“ Tissy Bruns: „Das ist einfach der Mechanismus, dass jeder auf der Jagd nach Aufmerk-

samkeit, die ja das höchste Gut im elektronischen Wettlauf ist, versucht den Takt des anderen noch zu übertreffen. Ich glaube eigentlich, das die größte Aufmerksamkeit würde heute erregen, wer einfach mal langsam macht, wer ganz ruhig macht und wer diesem ganzen schrillen, schnellen Rauschen sich einfach ein bisschen entzieht.“ Tom Schimmeck: „Das geht nur bedingt, weil natürlich die meisten Journalisten auch selber wiederum, so kritisch und distanziert und toll sie sind, in Abhängigkeitsverhältnissen leben, und nur sehr bedingt, salopp gesagt, auf die Kacke hauen können.“

### **„Sie fühlen sich als was Besonderes“**

Auf die Kacke zu hauen ist ohnehin nicht angesagt. Anpassung sichert Akzeptanz und Zugehörigkeit. Das politische Berlin hat elitäre Seiten – in der großen Stadt haben sich Politiker und Journalisten ihre kleinen Zirkel geschaffen – eine Welt für sich. Tissy Bruns: „Die Journalisten und die Politik in Berlin Mitte sind zu einem viel abgehobeneren Raumschiff geworden als es Bonn jemals war. Wir hatten ja alle die Hoffnung, da kommt jetzt frischer Wind. Aber tatsächlich hocken wir wie die Glucken aufeinander, eingekastelt in einem kleinen Carre und führen unaufhörlich so etwas wie ein Selbstgespräch der politisch-publizistischen Kaste.“ Günter Wallraff: „Wenn sie sich mit den, in Anführungszeichen, jeweils „Mächtigen“ gemein machen, denen nach dem Mund reden, Vorteile von denen annehmen und letztlich in deren Kreisen absorbiert werden, wie viele Journalisten, dann wird es irgendwann zur Hof-Journaille, und sie werden quasi abgespeist, im doppelten Sinne des Begriffs, mit Festessen, mit Reisen. Sie werden verwöhnt, sie fühlen sich als was Besonderes.“ Tom Schimmeck: „Ich glaube, die meiste Nähe zu Politikern entsteht nicht aus der Sehnsucht heraus, an Informationen heranzukommen, sondern aus der Sehnsucht heraus, mit im Scheinwerferlicht zu stehen, mit diese Bedeutung zu spüren. Ich glaube überhaupt nicht, dass man Nähe braucht, um an Infos ranzukommen.“ Denn nur Distanz sichert Respekt, nicht erst seit heute. Aber im Massenbetrieb und Konkurrenzkampf ist es noch schwieriger geworden, diese Distanz auch zu wahren.



## **Readers Edition, 16. Juni 2007**

Klassische Medien 2.0

*von Alexander Günther*

Der zweite Tag der Jahrestagung netzwerkrecherche stand unter dem Motto „Nutzwert-Journalismus für die Demokratie“. Eine Vielzahl an prominenten Gästen hatte ihr Kommen angekündigt. So bereicherten unter anderem Christian Wulff (Analyse des Wechselverhältnisses von Politikern und Journalisten), Günter Wallraff (Journalismus zwischen sinnvollem Engagement und verordneter Distanz) und Ulrich Wickert (Professionelle Fragetechniken als Schutz vor Manipulation) die Veranstaltung.

Außerdem wurde als Höhepunkt des Tages der Preis „Die Verschlussene Auster“ für die, dem freien Wort feindlichste Gesamteinstellung, verliehen. Dieses Jahr wurde Wladimir Putin aufgrund seiner „anhaltenden Behinderung der freien Presse in Russland“ gewürdigt.

In den heute anstehenden Foren sollte auch das Phänomen des Bürgerjournalismus behandelt werden. Unter dem Titel „Journalismus 2.0 – Mythos Bürgerjournalismus“ hatten sich Lars Langenau (sueddeutsche.de), Katharina Borchert (West Eins), Thorsten Schilling (Bundeszentrale für politische Bildung) und Christian Hallerberg (IW Mediendienst) zusammengefunden um den üblichen Fragen nachzuspüren.

Verliert die Kontrollfunktion des Journalismus als „vierte Gewalt“ durch Bürgerjournalismus an Kraft? Werden nur noch Geschichten geschrieben, die interessieren? Was wird im Journalismus 2.0 aus dem angelsächsischen Objektivitätsideal? Wie arbeiten Journalisten in zehn Jahren?

Fragen, die nicht oft genug ausdiskutiert und abgewogen werden können. Dennoch nagte im Vorfeld ein leichter Zweifel an mir, ob eine Versammlung, auf dessen google-workshops die Zauberkraft von Führungszeichen bestaunt wurde und der einzige Internetarbeitsplatz (bei 600 akkreditierten Journalisten!) selten besetzt war, wirklich Neues zu diesem Diskurs beitragen könne.

Dementsprechend spärlich gefüllt war der Saal dann auch, als die Veranstaltung begann. Der Beginn des Gesprächs hielt sich zunächst bei der Erläuterung des,

seit langer Zeit erwarteten Projekts „West Eins“ auf. Katharina Borchert räumte ein, dass das Online-Angebot der WAZ-Gruppe (90 Lokalredaktionen sollen hierbei online gebündelt werden) vermutlich dann doch erst im Spätsommer zu erwarten wäre.

Schließlich fand die Diskussion dann doch noch zum Thema Bürgerjournalismus. Borchert meinte hierzu, dass ihr der Begriff Bürgerjournalismus noch nie so recht gefallen hätte, da er ihr zu sehr nach Journalismus zweiter Klasse klänge. Langenau wirft ein, dass er sich frage, wozu er eine Ausbildung als Journalist absolviert habe, wenn das jetzt „jeder machen könne“. Eine gewisse Arroganz müsse man sich als Journalist einfach bewahren. Das, auf den ersten Blick genial erscheinende Konzept, Beiträge von Bürgerjournalisten abzuschöpfen, einfach ein paar Anzeigen daneben zu setzen und fertig wäre die Zeitung, würde aus verschiedenen Gründen, so Borchert, nicht funktionieren. Zum einen müssten diese Beiträge auch fachlich betreut werden, zum anderen würde viele Anzeigenkunden das Unberechenbare an Beiträgen aus Communities auch abschrecken.

Nach dieser kurzen Phase der inhaltlichen Diskussion wendete man sich dann für längere Zeit eher praktischeren Fragen zu und erörterte Verwertungsmechanismen, Klicktendenzen und Arbeitsroutinen von Onlineablegern wie sueddeutsche.de und spiegel-online.de.

### **Wird das Potential an fähigen Bürgerjournalisten überhaupt gesehen?**

Eine Frage aus dem Publikum versucht die Position von Bürgerjournalisten zu stärken. Ist nicht Bürgerjournalismus auch die Chance, Themen abseits des „Mainstreams“ Gehör zu verschaffen? Kann es nicht auch sein, dass Menschen, die den klassischen Medien nicht mehr trauen, bzw. sich dort nicht repräsentiert sehen, sich mittels bürgerjournalistischer Projekte informieren? Die Frage wird nicht beantwortet. Dennoch kommt die Diskussion auf eine erneute Zuschauerfrage wieder zum Bürgerjournalismus zurück. Es wird nachgefragt, ob die Disputanten das Potential an fähigen Bürgerjournalisten in Deutschland überhaupt sehen würden.

Langenau wie Borchert zitieren nun das Beispiel READERS EDITION heran. War der Hype vor einem Jahr noch sehr groß, hätte das Niveau der RE offenbart, dass in diesem Rahmen anscheinend keine ausreichend qualifizierten Bürgerjournalisten existieren würden, bzw. dass sie nicht genügend angeleitet oder aktiviert

worden sind. Borchert wies jedoch darauf hin, dass sie speziell in der lokalen Sphäre durchaus die Möglichkeit sehe, qualitativ hochwertigen Bürgerjournalismus aufzubauen und dies mit „West Eins“ auch demnächst versuchen werde.

Abschließend kann gesagt werden, dass die Diskussion eher eine Diskussion über die Möglichkeiten, den klassischen Journalismus onlinekompatibel zu machen, war, als ein Gespräch über Wege und Chancen des Bürgerjournalismus in Zeiten des Web 2.0.

## **Readers Edition, 15. Juni 2007**

### **Zuhörn, Zuhörn, nochmals zuhörn!**

*von Alexander Günther*

Ein Bericht vom Forum II der Jahrestagung netzwerk recherche: „Journalisten als Kämpfer für die Demokratie“

Eine der ersten Podiumsdiskussionen der Tagung will sich mit der Frage beschäftigen, inwieweit Journalisten als Demokratieförderer zu verstehen sind. Zu diesem Zweck ist das Panel hochkarätig besetzt. Sechs Persönlichkeiten schildern aus der eigenen Erfahrung ihre Sicht, was dazu führt, dass es sich im eigentlichen Sinne weniger um eine Diskussion als vielmehr um eine Reihe von Kurzreferaten handelt. Nichtsdestotrotz kommen hierbei interessante Meinungen zu Wort.

Den Anfang macht Tamerlan Aliev (Tschetschenskoje Oschestwo, Grozny). Unaufgeregt schildert er die Situation journalistischer Arbeit in Tschetschenien: Vielfach wäre freie, journalistische Arbeit mit Einzelkämpfertum zu vergleichen. Keinesfalls kann jedoch behauptet werden, dass das Wort in Tschetschenien völlig unfrei wäre. Es gäbe zahlreiche Publikationen, die durchaus kritisch und relativ unabhängig über die Lage im Land und darüber hinaus berichten würden. Natürlich ist die Situation noch nicht ideal, dennoch sehe er die Lage als nicht mehr so schwarz wie noch vor einigen Jahren.

Anschließend geht Irina Scherbakowa (Memorial, Moskau) auf die Probleme der journalistischen Qualität in Russland ein. Zum einen sei hierbei auf die erschreckende Unwissenheit und mangelhafte Bildung der nachwachsenden Journalistengeneration und zum anderen auf das Nachwirken der Tradition der

Selbstzensur in der Sowjetunion sozialisierter Journalisten verwiesen. Auf die Frage, was Russlands Journalismus am dringendsten bräuchte, antwortet sie so sarkastisch wie hoffnungsvoll, dass zwei Dinge wichtig wären: Es handelt sich um eine utopische Forderung und eine weniger utopische Forderung. Einerseits wäre es schön, wenn die Menschen in Russland Sinn und Nutzen von Pressefreiheit für sich als erstrebenswert entdecken würden. Zum anderen fände sie es wünschenswert, wenn westliche Journalisten in ihrer Recherche in Russland weniger opportunistisch wären.

### **Die bekannten Probleme: Zeit und Geld**

Brigitte Alfter, in Südosteuropa tätig für das Farm-Subsidy-Team, verweist sachlich darauf, dass die Situation auf dem Balkan keinesfalls mit der in Russland vergleichbar wäre. Die Probleme südosteuropäischer Journalisten glichen in vielerlei Hinsicht denen hiesiger Journalisten: Zeit! Zeit für Recherchen. Geld für Auslandsreisen. Daher kann man hier mit kleinen Summen und mit Mikroförderung unglaublich viel erreichen. Doch zu Beginn muss zugehört werden. Man hätte hier oftmals äußerst fähige Leute, denen es lediglich an den Möglichkeiten zur Entfaltung derselben mangelt. Blinde finanzielle Unterstützung, wie sie zu Beginn der Transformationsperiode praktiziert wurde, ist häufig nicht so wirkungsvoll wie ein gezieltes Eingehen auf die Bedürfnisse der einheimischen Journalisten.

Eine weitere, interessante Perspektive kommt durch Bronislaw Wildstein (Rzeczpospolita, Warschau) hinzu. Er beschreibt das gegenwärtige Polen als ein Land, welches in zwei unversöhnliche Lager geteilt ist. Das Problem ist nun, dass auch Journalisten sich diesen „Blöcken“ zuordnen. Dieses Verhalten von Journalisten aber ist Gift für die Demokratie. Es läge auch daran, wie Wildstein hinzufügt, dass man es in Polen allgemein noch nicht gewöhnt ist, eine ‚normale‘ politische Debatte zu führen.

Das abschließende Statement kommt von der Verlegerseite. Bodo Hombach, welcher nach seiner politischen Karriere seit einigen Jahren als Geschäftsführer der WAZ in Bulgarien und Rumänien aktiv ist. Auf die Ausgangsfrage, ob er aus Geschäftsinteresse oder Idealismus in Osteuropa Zeitungen verlegen würde, entgegnet er, dass hierfür natürlich ökonomische Motive im Vordergrund stehen würden. Darauf folgend gibt Hombach seiner Überzeugung Ausdruck, dass Journalismus und Demokratie in seinen Augen unbedingt zusammen gehören. Hier-

für zieht er noch kurz Kant hinzu: „Was ist, wenn es alle machen?“ verwandelt er kurzerhand in das, in seinen Augen weitaus wirkungsmächtigere „Was ist, wenn es rauskommt?“. Diese Frage wäre die einzige Frage, die beispielsweise Politiker in ihrem Handeln begrenzen würde. Da einzig Journalisten in der Lage wären, die Sorge vor dieser Frage am Leben zu erhalten, käme ihnen unzweifelhaft eine hohe Bedeutung bei Aufbau wie Erhalt der Demokratie zu.

## **Readers Edition, 14. Juni 2007**

**Ohne Pressefreiheit keine Demokratieentwicklung**

**Interview mit Dr. Thomas Leif**

*von Felix Kubach*

Wie wird in Deutschland über das Thema „Medienfreiheit in Osteuropa“ diskutiert? Unter welchen Bedingungen arbeiten osteuropäische Journalisten im Vergleich zu den hiesigen? Was bedeutet UNS Pressefreiheit? Wie sehen Lösungsansätze aus, um Journalisten zu helfen, die unter Repressionen in ihren Ländern zu leiden haben? Wie ist die Qualität westlicher Berichterstattung über Osteuropa einzuschätzen...?

Diese und andere Fragen werden sicherlich Gegenstand der vierten Jahrestagung des Vereins Netzwerk Recherche sein, die sich in diesem Jahr ganz besonders dem Thema Pressefreiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa widmet. Thomas Leif, Vorsitzender von netzwerk recherche e. V., gibt in einem vorbereitenden Gespräch gegenüber der Readers Edition schon einmal einen Vorgeschmack, um was es bei der Jahrestagung am Wochenende (15./16. Juni) in Hamburg konkret gehen soll.

**Interview abrufbar unter:**

<http://www.readers-edition.de/2007/06/14/interview-ohne-pressefreiheit-keine-demokratieentwicklung/>

## **Readers Edition, 13. Juni 2007**

### Medien in Osteuropa

#### Interview mit Simone Schindwein

von *Felix Kubach*

... Zwischen Propaganda und Kommerz. An diesem Wochenende, am 15./16. Juni 2007, findet in Hamburg die Jahrestagung des Vereins Netzwerk Recherche statt. Ein ganzer Tag (15.) soll dabei dem Thema der „Gefährdung der Medienfreiheit und dem Recherche-Journalismus in Mittel- und Osteuropa“ gewidmet werden. Auch von der Readers Edition wird ein Moderator bei der Veranstaltung zugegen sein. Unser Spezialist in Osteuropa-Fragen, Alexander Günther, wird für uns die Stimmung in Hamburg ausloten.

Eine wichtige, der Veranstaltung zugrundeliegende Studie mit dem Titel: „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost und Südeuropa“ von Simone Schindwein (118 Seiten) kann man sich auf [netzwerkrecherche.de](http://netzwerkrecherche.de) kostenlos downloaden. Die Readers Edition hat vorab mit Simone Schindwein gesprochen.

#### **Interview abrufbar unter:**

<http://www.readers-edition.de/2007/06/13/interview-medien-in-osteuropa>

## **Media Culture, 15. Juni 2007**

### Bedrohte Pressefreiheit in Osteuropa

Hamburg – Die Gefährdung der Pressefreiheit in Osteuropa war am Freitag das beherrschende Thema auf der diesjährigen Konferenz der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche. Zahlreiche Medienvertreter und Wissenschaftler aus Russland, Tschetschenien oder Polen berichteten in Hamburg über Einschränkungen ihrer Arbeitsmöglichkeiten und die Rolle der Medienfreiheit für die Demokratieentwicklung in ihrer Heimat. So diskutierten russische Journalisten gemeinsam mit in Moskau tätigen deutschen Korrespondenten darüber, «was gegen Ende der Ära Putin von der Medienfreiheit in Russland noch übrig ist».

«Ich wurde verfolgt, mehrmals auf unwürdige Weise festgenommen und zu zwei Jahren Bewährungsstrafe verurteilt», berichtete etwa eine kritische Wirtschafts-

redakteurin aus der russischen Provinz. «Natürlich habe ich Angst», sagte die Russin, aber das halte sie nicht davon ab, ihren Beruf weiter auszuüben. Immer wieder würden Kollegen bedroht und eingeschüchert, sagte auch eine Redakteurin der oppositionellen Zeitung «Nowaja Gaseta», zu deren Redaktion auch die ermordete Journalistin Anna Politkowskaja gehörte. Gleichzeitig distanzierte sie sich aber von der kritischen Tschetschenien-Berichterstattung ihrer im Oktober vergangenen Jahres erschossenen Kollegin.

### **Freie Meinungsäußerung nur im Internet**

Die klassischen Printmedien und die elektronischen Medien würden größtenteils staatlich kontrolliert, am meisten Freiheit herrsche noch im Internet, sagte der Moskauer ARD-Korrespondent Stephan Stuchlik. «Wirklich freie Meinungsäußerung existiert höchstens in kleinen Inseln im Medienmeer.» Seit der Machtübernahme von Präsident Wladimir Putin im Jahr 2000 habe sich die Situation enorm verändert, berichtet der langjährige Moskauer «Focus»-Korrespondent Boris Reitschuster. «Unter Boris Jelzin musste man keine Angst haben.» Vielleicht habe es keine Pressefreiheit im westlichen Sinne gegeben, «aber es existierte ein gewisser Pluralismus». In die Zukunft setzten die Medienvertreter wenig Hoffnung: Die Frage, ob sich die Situation nach der Ära Putin wieder verbessern werde, beantworteten alle mit einem klaren Nein.

In weiteren Foren debattierten beispielsweise Journalisten aus Ungarn und Tschetschenien mit deutschen Kollegen über die Chancen und Grenzen des investigativen Journalismus in Osteuropa. Die Präsidentin der Viadrina Universität in Frankfurt (Oder), Gesine Schwan, diskutierte mit polnischen Medienvertretern über die mitunter schwierigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen.

Insgesamt nehmen mehr als 600 Journalisten an der zweitägigen Veranstaltung teil, bei der am Samstag traditionell die «Verschlossene Auster» vergeben werden soll. Der Preis geht an Institutionen und Menschen, die Journalisten – besonders zu heiklen Themen – nicht informieren wollen. Der Verein Netzwerk Recherche will nach eigenen Angaben eine Lobby für den in Deutschland vernachlässigten investigativen Journalismus sein. Vorsitzender ist Thomas Leif, Chefreporter des Südwestrundfunks in Mainz. (dpa)





## **www.PageTuner.info**

### **Journalismus und die Einschränkung der Pressefreiheit in der Mitte und dem Osten Europas**

Die nr-Pressemitteilung und eine Studie, die bereits in den Überschriften ein erstes „mangelhaft“ zu den geografischen Gegebenheiten Europas verdient. Wo ist denn die (geografische) Mitte Europas?

Warum nutzen Journalisten heute noch den, eine (von uns bestimmte) Richtung vorgebenden Begriff, der „Transformationsländern“? Obwohl wir inzwischen spüren, dass wir es sind, die mit der „Transformation“ in ein neues Europa, die größten Anlaufschwierigkeiten haben?

Ich wünschte mir wirklich, wir würden diesen Begriff „Osteuropa“ aus der Zeit des Kalten Kriegs aufgeben, wenn wir unseres 'östlichen Nachbarn meinen und anerkennen, dass es ein Europa gibt und wenn wir es geografisch aufteilen wollen, dann in ein West-, Mittel- und Osteuropa (und gerne auch Nord- und Südeuropa in allen Kombinationen). Auch die in der Studie verwendete Bezeichnung „Mittelost“ (statt Mitteleuropa) ist eine Reflexion aus einer westeuropäischen Sicht (der 80er Jahre).

#### **Doch nun zur Studie**

Die 118-seitige Studie, für die Simone Schindwein verantwortlich zeichnet, soll „nach Einschätzung der Herausgeber“ eine grundlegende Reflexion der westeuropäischen Sichtweise auf Osteuropa fördern – (und gängige Klischees abbauen helfen). Im Hauptteil (nach Seiten) beleuchtet detailliert die Situation der Medien in zehn wichtigen Transformationsländern, unter besonderer Berücksichtigung von Russland und Polen und geht dann mit Empfehlungen für Politik und Medien zu Ende.

Die Studie „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost und Südeuropa“ ist kostenlos auf [netzwerkrecherche.de](http://netzwerkrecherche.de) abrufbar.

Diese Studie dient (auch) der inhaltlichen Vorbereitung für die nr- Jahreskonferenz 15. - 16. Juni in Hamburg und wird die Diskussion unter den Teilnehmern sicher fördern.

## **Die WELT Online, 11. Juni 2007**

Medien Kompakt

*Von Jana Gerlach*

Die Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche startet am Freitag ihren jährlichen Kongress im Hamburger NDR-Konferenzzentrum. Das Thema ist für einen bundesweiten Kongress ein Novum und wurde in Kooperation mit dem Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung n-ost e.V. erarbeitet: „Pressefreiheit unter Druck – wie gefährdet ist die Pressefreiheit in Osteuropa?“

## **PR-Journal, 18. Juni 2007**

nr-Studie: Pressefreiheit läßt sich nicht allein in Zahlen fassen

Seit der Ermordung der russischen Journalistin Anna Politkowskaja am 7. Oktober 2006 in Moskau ist das Thema Unterdrückung der Medienfreiheit in Osteuropa öffentlich präsenter. Doch ein präzises Lagebild zur Gefährdung der Medienfreiheit bei unseren östlichen Nachbarn liegt bislang nicht vor. Dieses Analyse-Defizit will nun eine Studie ausgleichen, die systematisch die Medienlandschaften in zehn Ländern des östlichen Europas untersucht. Sie trägt den Titel „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa“ und wird von der Journalistenvereinigung netzwerk recherche (nr) herausgegeben. Zusammengestellt hat die Analyse ein Autorenteam des Netzwerks für Osteuropa-Berichterstattung n-ost e.V. auf der Grundlage zahlreicher Expertisen.

## **Radiobeiträge**

### **RBB- Radio Eins**

<http://download.radioeins.de/mp3/medienmagazin/mm20070616.mp3>

### **Deutschlandfunk**

[http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2007/06/16/df\\_200706161706.mp3](http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2007/06/16/df_200706161706.mp3)

## **Bayerischer Rundfunk online/ B5-aktuell**

<http://www.br-online.de/download-podcast/mp3-download/b5aktuell/mp3-download-podcast-medienmagazin.xml>

## **4. Medien Ausland**

### **Der Standard (Österreich), 16. Juni 2007**

Putin erhält „Verschlossene Auster“

Netzwerk Recherche verleiht Kritikpreis an russischen Präsidenten – „Lupenreiner Gegner der Pressefreiheit“

Hamburg – Der russische Präsident Wladimir Putin bekommt in diesem Jahr den Kritikpreis „Verschlossene Auster“ für den „Informationsblockierer des Jahres“. Wie die Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche am Samstag in Hamburg mitteilte, erhält Putin den Preis wegen der anhaltenden Behinderung der freien Presse in Russland. „Putin ist ein lupenreiner Gegner der Presse- und Meinungsfreiheit“, sagte der Vorsitzende des Netzwerks Recherche, Thomas Leif. Der russische Präsident lasse unbequeme Wahrheiten rigoros unterdrücken.

Der Innenpolitik-Chef der „Süddeutschen Zeitung“, Heribert Prantl, sagte laut Mitteilung in seiner Preisrede: „Die Meinungsfreiheit in Russland ist die Freiheit, Putin zu lieben – die meisten Russen machen davon Gebrauch.“ Und die Pressefreiheit dort sei die Freiheit, „so zu schreiben, wie Putin es mag – die meisten Medien machen davon Gebrauch“. Medienvielfalt gebe es in Russland nur auf dem Papier. Prantl kritisierte zudem eine Unterwerfung der für die Meinungsbildung relevanten Medien unter die Kontrolle der Staatsmacht.

### **14 Journalisten getötet**

Das Netzwerk wies auch darauf hin, dass seit 2000 in Russland 14 Journalisten, die kritisch über Staat und Regierung recherchierten, ermordet worden oder auf mysteriöse Weise ums Leben gekommen seien. Die Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja im Oktober vergangenen Jahres habe die Aufmerksamkeit auf die zunehmende Unterdrückung der Pressefreiheit gelenkt. Anfang des Jahres habe Putin zwar auf einer Pressekonferenz die Bedeutung der Pressefrei-

heit unterstrichen. Er lasse seinen Worten aber keine Taten folgen. „Ohne freie Medien wird es in Russland keine Demokratie-Entwicklung geben“, betonte Leif. Das Netzwerk Recherche, das die „Verschlossene Auster“ zum sechsten Mal verlieh, wählte auf seiner Jahrestagung in Hamburg auch einen neuen Vorstand: An der Spitze werden auch in den kommenden beiden Jahren Leif (SWR) und Hans Leyendecker („Süddeutsche Zeitung“) stehen.  
(APA/AP)

## **Moskauer Deutsche Zeitung (Russland), 22. Juni 2007**

Die vierte Macht

**Pressefreiheit in Osteuropa kann kein westeuropäisches Importgut sein**  
*von Martin Groppe*

Auch wenn die Meinungsvielfalt in der russischen Presselandschaft oftmals größer ist, als der Westen dies wahrhaben will: Von einer wirklich unabhängigen Berichterstattung sind Russland und die Länder der ehemaligen Sowjetunion weit entfernt. Eine Studie des „Netzwerks Recherche“ zeigt: Pressefreiheit lässt sich nicht von außen hereintragen, sie muss von innen eingefordert werden.

In Deutschland hätte diese Schlagzeile wohl nur das Sommerloch gefüllt: Sohn des Präsidenten braust vermutlich auf Staatskosten im unangemeldeten deutschen Sportwagen durch die Hauptstadt, hat dabei ein Handy aus Platin am Ohr und verprasst anschließend Hunderte Euro im Nachtclub „Dekadenz“. In der Ukraine des Sommers 2005 jedoch war es genau dieser Skandal um den Präsidentensohn Andrej Juschtschenko, der bewies: Die Lage der ukrainischen Medien hatte sich nach der orangenen Revolution verändert. „Alle Journalisten haben darüber berichtet“, schilderte damals Sergej Leschtschenko, Redakteur der Internet-Zeitung Ukrainska Prawda. „Und keiner ist deswegen ermordet worden.“

So makaber diese Einschätzung angesichts der Präsidentensohn-Posse wirkt, so sehr spiegelt sie aber einen Teil des journalistischen Alltags in der ehemaligen Sowjetunion wider: In Russland, Weißrussland, aber selbst in den Ländern der „bunten Revolutionen“, Ukraine und Georgien, mangelt es immer noch an Medienfreiheit. Unabhängige Journalisten werden bedroht und müssen sogar um ihr Leben fürchten – wie der Mord an der russischen Journalistin Anna Politkowskaja im vergangenen Jahr gezeigt hat.

Zu dieser Einschätzung kommt zwar auch die gerade erschienene Studie „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa“, doch will sich das herausgebende „Netzwerk Recherche“ mit seiner Publikation bewusst von den herkömmlichen Ranglisten zur Pressefreiheit absetzen. So lautet ein Fazit der Studie: Medienfreiheit lässt sich gerade nicht in Rankings abbilden, da dort länderspezifische Aspekte zugunsten der Vereinfachung geopfert werden. „Freiheitsrankings analysieren häufig an der Sache vorbei“, sagt Mitherausgeber Christian Mihr vom Korrespondentennetzwerk n-ost. Dazu käme, dass solche Ranglisten oft nur feststellten, dass es in Osteuropa Rückschritte im Bereich der Pressefreiheit gebe, so Mihr weiter. „Aber Rückschritte ist der falsche Begriff, da auch nach dem Ende der Sowjetunion in vielen Ländern Medienfreiheit nie existiert hat.“

Auch die in der Studie zitierte russische Medienwissenschaftlerin Olessja Kolzowa sieht das ähnlich: So sei die Berichterstattung der privaten Fernsehsender in den Jelzin-Jahren zwar regierungskritischer gewesen. Allerdings waren diese Sender deshalb nicht unabhängig, sondern selbst Instrument der großen Medienholdings und der dahinter stehenden Oligarchen.

Aus diesen Gründen beschreitet Simone Schlindwein, die Autorin der Studie, einen anderen Weg: Sie untersucht die Länder einzeln und greift dabei unter anderem auf Berichte von direkt Betroffenen zurück, nämlich von einheimischen Journalisten. Für jedes Land analysiert Schlindwein das Mediensystem, -gesetzgebung und -landschaft sowie die Journalistenausbildung. Zusätzlich werden länderspezifische Besonderheiten thematisiert: So kommt die Studie für Russland zu dem Schluss, dass es das „Geburtsland des medienorientierten Terrorismus“ sei. Schon die Attentate auf Zar Alexander II. im 19. Jahrhundert seien in erster Linie an die Medien adressiert gewesen, um Aufsehen zu erregen – ebenso wie heutige Anschläge im Zusammenhang mit dem Tschetschenien-Krieg.

Weiterhin bewiesen die strukturellen Veränderungen im russischen Mediensystem, in dem sich der staatliche Gasprom-Konzern langsam zum Monopolisten entwickelt, dass die medienpolitische und wirtschaftliche Oligarchie in Russland zur Autokratie umgebaut werde. Aufgrund rigider Gesetze würden kritische Journalisten als vermeintliche Extremisten oder wegen Landesverrats angeklagt. So verweist die Studie auf ein Gesetz aus dem letzten Jahr, das die Auslegung von Kritik an Staatsbeamten und der Regierung als „extremistische“ und damit straf-

bare Aktivität erlaubt. Dies erzeuge ebenso eine Selbstzensur, wie die Tatsache, dass missliebige Journalisten einfach gekündigt werden können, heißt es in der Studie. So behalte letztendlich das russische Sprichwort Recht: „Ein freier Journalist ist ein arbeitsloser Journalist.“ Derzeit böten noch einige Printmedien wie etwa das Wochenmagazin „Profil“, die russische „Newsweek“ oder die „Nowaja Gaseta“ einen Rückzugsraum für kritischen Journalismus.

Für Weißrussland zeichnet die Studie ein noch düsteres Bild: Die weißrussischen Medien seien seit dem Amtsantritt des Präsidenten Lukaschenko reine Propagandamaschinen, die „das Regime mit am Leben erhalten“. In Georgien und der Ukraine hatten die „bunten“ Revolutionen die Medienfreiheit als eines ihrer Ziele ausgerufen. Während sich in der Ukraine die Lage der Journalisten danach tatsächlich verbessert habe, droht nun mit der Verfassungskrise dieses Frühjahrs ein schleichender Auflösungsprozess hin zum „Staatsverfall“, der auch die Unabhängigkeit der Medien gefährde. In Georgien seien die Medien vor der „Rosenrevolution“ im Jahre 2004 sogar unabhängiger gewesen, da sich georgische Journalisten heute als politische Akteure verstünden, wird aus einem Bericht einer georgischen Menschenrechtsorganisation zitiert.

Bei aller Kritik verdeutlicht die Studie aber ebenfalls: Medienfreiheit kann nicht von außen in die Länder getragen werden. „Ein Interesse an freien Medien müssten die Bürger eines Landes selbst entwickeln und einfordern“, heißt es im Fazit.

Dass viele der untersuchten Länder von der dort eingeforderten „Bewegung von unten“ noch weit entfernt sind, verdeutlicht eine Befragung von Amnesty International in Russland im Jahre 2004: Vor dem Hintergrund des „Kampfes gegen den Terrorismus“ wünschten sich drei Viertel der russischen Bevölkerung die Wiedereinführung der Zensur, unter den russischen Journalisten war es jeder zweite.

## **Kommersant (Russland), Ausgabe 103, 18. Juni 2007** Wladimir Putin wurde die „Verschlossene Auster“ verliehen *von Andrej Kosenko und Marina Tschistjakowa*

Präsident Wladimir Putin wurde Träger des internationalen Preises „Verschlossene Auster“. Diese Anti-Auszeichnung erhielt er auf der kürzlich stattgefundenen alljährlichen internationalen Konferenz von Vertretern der Massenmedien in Hamburg, bei der sich die Journalisten mit der Recherche befassten, mit der Formulierung „für die Beseitigung der unabhängigen Journalistik“. Putin ist das erste ausländische Staatsoberhaupt, das mit solch einer Bezeichnung gewürdigt wurde.

Die siebte jährliche Konferenz „Pressefreiheit unter Druck“ endete mit der Verleihung der Anti-Auszeichnung „Verschlossene Auster“ an den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Der Preis, gestiftet von der deutschen Journalistenvereinigung „Netzwerk Recherche“, wurde Putin für das „schlechte Verhältnis zum Journalismus“, „die Behinderung des Wachstums der unabhängigen Massenmedien“ und die mangelnden Ergebnisse der Untersuchung des Mordes an der Journalistin Anna Politkowskaja von der *Novaja Gazeta* ausgehändigt. „Wladimir Putin ist ein lupenreiner Gegner der Freiheit des Wortes und der Presse“, erklärte der Leiter von Netzwerk Recherche, Thomas Leif, sich offensichtlich auf eine Formulierung des deutschen Ex-Kanzlers Gerhard Schröder beziehend, der Putin als „lupenreinen Demokraten“ bezeichnet hatte. – „Wenn die Rede von der Verteidigung und Garantierung der Meinungsfreiheit ist, erweist sich Putin als näher zu den Mechanismen einer Diktatur, als zu denen einer Demokratie. Während seiner Regierungszeit sind 14 Journalisten gestorben, die sich dem Regime gegenüber kritisch verhalten hatten“, so Thomas Leif, ergänzend, dass die schriftliche Einladung der Konferenz-Organisatoren für die Preisverleihung von Putin unbeantwortet blieb.

Putin ist das erste ausländische Staatsoberhaupt, dem die „verschlossene Auster“ verliehen wurde. Dieser jährliche Antipreis wurde bisher nur deutschen Bürokraten verliehen, so zum Beispiel im Jahr 2002 dem damaligen deutschen Innenminister Otto Schily wegen seiner Verweigerung im Umgang mit der Presse. 2006 erhielt den Preis Hartmut Mehdorn, Vorstandsvorsitzender der „Deutschen Bahn „für das Verweigern von Antworten auf unbequeme Fragen“.

Wie der russische Konferenz-Vertreter Oleg Panfilov, Leiter des „Zentrums für

Journalisten in extremen Situationen“ (in Moskau) erzählte, ist die Verleihung an Putin damit zu erklären, dass auf der Konferenz zum ersten Mal Journalisten aus mehr als 20 Ländern teilnahmen, im Wesentlichen aus Osteuropa und vom Balkan, aber auch aus Ländern der ehemaligen UdSSR.

Es ist daran zu erinnern, dass Putin schon einmal zum „Feind der Pressefreiheit“ erklärt wurde. Diese Bezeichnung verlieh ihm die einflussreiche internationale Organisation „Reporter ohne Grenzen“, die die russische Staatsoberhaupt in eine Reihe mit den Oberhäuptern von Belarus, Turkmenistan, Kuba und Nordkorea stellte. Schon mehrere internationale Organisationen stellten die jährliche Verschlechterung der Meinungsfreiheit in Russland fest. So nimmt Russland im Ranking der „Reporter ohne Grenzen“ den 147sten von 168, und im Ranking der Bürgerrechtler von „Freedom House“ den 164sten von 195 Plätzen ein. Beide diese Plätze erscheinen für Russland rekordverdächtig gering.

„Wir begrüßen Kritik und sind bereit, sich mit ihr zu beschäftigen, wenn sie objektiv ist, auf den Wunsch einer Veränderung der Situation zur Verbesserung abzielt und sich auf zuverlässige Informationen stützt“ – kommentierte die Preis-Verleihung der stellvertretende Pressesprecher des Präsidenten, Dmitri Peskow – „aber in letzter Zeit hören wir diese sich immer wiederholenden Kritiken und rechnen sie einem Kreis von Kritiken zu, der einer gewissen Mode unterworfen ist.“

„Die ganzen Jahre, die Wladimir Putin bisher den Posten des Präsidenten innehatte, waren absolut auf die Tätigkeiten der Behinderung der freien Meinungsäußerung ausgerichtet. Das ist seine prinzipielle Position“, entgegnete der Generalsekretär der Journalistenvereinigung der Russischen Föderation, Juri Jakowenko. „Den Gesuchen des Westens schenkt er schon lange keine Beachtung mehr – es kommt hinzu, dass die öffentliche Meinung ein Phantom ist. Ich glaube nicht, dass sich diese Situation bis zum Ende der Regierung Putins ändern wird.“

Freie Übersetzung (von Peter Burdack, n-ost) aus

<http://www.kommersant.ru/doc.html?DocID=775100&Issued=36307>

## **„20 min“ (Schweiz), 16. Juni 2007** Putin erhält «Verschlossene Auster»

Der russische Präsident Wladimir Putin bekommt in diesem Jahr den Kritikpreis «Verschlossene Auster» für den «Informationsblockierer des Jahres».

Wie die Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche am Samstag mitteilte, erhält Putin den Preis wegen der anhaltenden Behinderung der freien Presse in Russland. «Putin ist ein lupenreiner Gegner der Presse- und Meinungsfreiheit», sagte der Vorsitzende des Netzwerks Recherche, Thomas Leif. Der russische Präsident lasse unbequeme Wahrheiten rigoros unterdrücken.

Der Innenpolitik-Chef der «Süddeutschen Zeitung», Heribert Prantl, sagte laut Mitteilung in seiner Preisrede: «Die Meinungsfreiheit in Russland ist die Freiheit, Putin zu lieben – die meisten Russen machen davon Gebrauch.» Und die Pressefreiheit dort sei die Freiheit, «so zu schreiben, wie Putin es mag – die meisten Medien machen davon Gebrauch». Medienvielfalt gebe es in Russland nur auf dem Papier. Prantl kritisierte zudem eine Unterwerfung der für die Meinungsbildung relevanten Medien unter die Kontrolle der Staatsmacht.

Das Netzwerk wies auch darauf hin, dass seit 2000 in Russland 14 Journalisten, die kritisch über Staat und Regierung recherchierten, ermordet worden oder auf mysteriöse Weise ums Leben gekommen seien. Die Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja im Oktober vergangenen Jahres habe die Aufmerksamkeit auf die zunehmende Unterdrückung der Pressefreiheit gelenkt. Anfang des Jahres habe Putin zwar auf einer Pressekonferenz die Bedeutung der Pressefreiheit unterstrichen. Er lasse seinen Worten aber keine Taten folgen. «Ohne freie Medien wird es in Russland keine Demokratie-Entwicklung geben», betonte Leif.

Das Netzwerk Recherche, das die «Verschlossene Auster» zum sechsten Mal verlieh, wählte auf seiner Jahrestagung in Hamburg auch einen neuen Vorstand: An der Spitze werden auch in den kommenden beiden Jahren Leif (SWR) und Hans Leyendecker («Süddeutsche Zeitung») stehen.

### **e-masa (Ungarn), 20. Juni 2007**

„Politikai és gazdasági nyomás a sajtóban Hamburgi médiakonferencia magyar résztvevő\_kkel“

*von Esther Lausek*

Abrufbar unter: <http://www.emasa.hu/cikk.php?page=radio&id=2738>

### **Novaya Gazeta (Russland), 21. Juni 2007**

*von Mainat Abdulaeva*

Ausschnitt: „Wenn Vladimir Putin einstimmig als Antiheld der Journalisten bezeichnet wurde, war die Heldin die Berichterstatteerin der Novaya Gazeta Anna Politkowskaya. Ihr wurde sogar ein wesentlicher Teil der in der Studie „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Osteuropa“ gewidmet, die im Vorfeld der zweitägigen Konferenz publiziert wurde. Simone Schindwein, Autorin der Studie und Mitglied des Vereins n-ost, der sich für die Berichterstattung über Osteuropa spezialisiert hat, meinte dazu, dass Anna Politkowskaja zur bekanntesten und am meisten geschätzten russischen Journalistin nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa wurde.“

Abrufbar unter: <http://www.novayagazeta.ru/data/2007/45/02.html>

### **Deutsche Welle (Bosnien-Herzegowina), 8. Juni 2007**

„Evropa danas“

zur Studie „Zwischen Propaganda und Kommerz“

*von Mehmed Smajić*

Abrufbar unter: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2580509,00.html>

### **Deutsche Welle (Belarus), 6. Juni 2007**

zur Studie „Zwischen Propaganda und Kommerz“

*von Marina Nikić*

Abrufbar unter: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2578863,00.html>

Auf den Seiten der belarussischen Journalistenakademie:  
<http://www.baj.by/media/?id=1383>

**Deutsche Welle (Russland), 6. Juni 2007**  
zur Studie „Zwischen Propaganda und Kommerz“  
von *Andrej Brenner*

Abrufbar unter: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2578799,00.html>

**Newsru.com, 18. Juni 2007**

Abrufbar unter: <http://newsru.com/russia/18jun2007/auster.html>

**The Moscow Times, 19. Juni 2007**  
German Reporters Chide Putin

Ausschnitt: German journalists have awarded President Vladimir Putin with their Closed Oyster prize for „continued obstruction of the free press in Russia.“  
„Putin is a flawless opponent of press freedom and relentlessly suppresses uncomfortable truths,“ said Thomas Leif of Netzwerk Recherche, the German journalists association that confers the annual prize to highlight impediments to the work of investigative reporters.

Abrufbar unter: <http://www.moscowtimes.ru/stories/2007/06/19/013.html>

**Fontanka.ru (Russland), 18. Juni 2007**

Abrufbar unter: <http://www.fontanka.ru/2007/06/18/036/>

## **Russian America (USA), 18. Juni 2007**

Abrufbar unter:

[http://russianamerica.com/common/arc/story.php?id\\_cat=2810&id=354868](http://russianamerica.com/common/arc/story.php?id_cat=2810&id=354868)

## **URA-Inform (Ukraine), 18. Juni 2007**

Abrufbar unter: <http://ura-inform.com/society/2007/06/18/ustritsa>

# **5. Agenturmeldungen**

**dpa**

**15.06.07, 15:32**

Journalisten debattieren über bedrohte Pressefreiheit in Osteuropa

Hamburg (dpa) – Die Gefährdung der Pressefreiheit in Osteuropa war am Freitag das beherrschende Thema auf der diesjährigen Konferenz der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche. Zahlreiche Medienvertreter und Wissenschaftler aus Russland, Tschetschenien oder Polen berichteten in Hamburg über die Einschränkung ihrer Arbeitsmöglichkeiten und die Rolle der Medienfreiheit für die Demokratieentwicklung in ihrer Heimat. Insgesamt nehmen mehr als 600 Journalisten an der zweitägigen Veranstaltung teil, bei der am Samstag die «Verschlossene Auster» verliehen wird. Sie geht an Institutionen oder Menschen, die Medien nicht informieren wollen.

**15.06.07, 16:22**

Journalisten debattieren über bedrohte Pressefreiheit in Osteuropa

Hamburg (dpa) – Die Gefährdung der Pressefreiheit in Osteuropa war am Freitag das beherrschende Thema auf der diesjährigen Konferenz der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche. Zahlreiche Medienvertreter und Wissenschaftler

aus Russland, Tschetschenien oder Polen berichteten in Hamburg über Einschränkungen ihrer Arbeitsmöglichkeiten und die Rolle der Medienfreiheit für die Demokratieentwicklung in ihrer Heimat. So diskutierten russische Journalisten gemeinsam mit in Moskau tätigen deutschen Korrespondenten darüber, «was gegen Ende der Ära Putin von der Medienfreiheit in Russland noch übrig ist».

«Ich wurde verfolgt, mehrmals auf unwürdige Weise festgenommen und zu zwei Jahren Bewährungsstrafe verurteilt», berichtete etwa eine kritische Wirtschaftsredakteurin aus der russischen Provinz. «Natürlich habe ich Angst», sagte die Russin, aber das halte sie nicht davon ab, ihren Beruf weiter auszuüben. Immer wieder würden Kollegen bedroht und eingeschüchtert, sagte auch eine Redakteurin der oppositionellen Zeitung «Nowaja Gaseta», zu deren Redaktion auch die ermordete Journalistin Anna Politkowskaja gehörte. Gleichzeitig distanzierte sie sich aber von der kritischen Tschetschenien-Berichterstattung ihrer im Oktober vergangenen Jahres erschossenen Kollegin.

Die klassischen Printmedien und die elektronischen Medien würden größtenteils staatlich kontrolliert, am meisten Freiheit herrsche noch im Internet, sagte der Moskauer ARD-Korrespondent Stephan Stuchlik. «Wirklich freie Meinungsäußerung existiert höchstens in kleinen Inseln im Medienmeer.» Seit der Machtübernahme von Präsident Wladimir Putin im Jahr 2000 habe sich die Situation enorm verändert, berichtet der langjährige Moskauer Focus-Korrespondent Boris Reitschuster. «Unter Boris Jelzin musste man keine Angst haben.»

Vielleicht habe es keine Pressefreiheit im westlichen Sinne gegeben, «Aber es existierte ein gewisser Pluralismus». In die Zukunft setzten die Medienvertreter wenig Hoffnung: Die Frage, ob sich die Situation nach der Ära Putin wieder verbessern werde, beantworteten alle mit einem klaren Nein.

In weiteren Foren debattierten beispielsweise Journalisten aus Ungarn und Tschetschenien mit deutschen Kollegen über die Chancen und Grenzen des investigativen Journalismus in Osteuropa. Die Präsidentin der Viadrina Universität in Frankfurt (Oder), Gesine Schwan, diskutierte mit polnischen Medienvertretern über die mitunter schwierigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen. Insgesamt nehmen mehr als 600 Journalisten an der zweitägigen Veranstaltung teil, bei der am Samstag traditionell die «Verschlossene Auster» vergeben werden soll. Der Preis geht an Institutionen und Menschen, die Journalisten – besonders zu heiklen Themen – nicht informieren wollen. Der Verein Netzwerk Recherche will nach eigenen Angaben eine Lobby für den in Deutschland vernachlässigten investigativen Journalismus sein. Vorsitzender ist Thomas Leif, Chefreporter des Südwestrundfunks in Mainz.

**16.06.07, 14:30**

### Journalisten widmen Putin «Verschlossene Auster»

Hamburg (dpa) – Die Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche hat dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ihren Kritik-Preis «Verschlossene Auster» gewidmet. Putin erhalte den Preis wegen der anhaltenden Behinderung der freien Presse in Russland, sagte der Vorsitzende des Netzwerks, Thomas Leif, am Samstag bei der Jahrestagung in Hamburg. «Wenn es um Schutz und Garantie der Pressefreiheit geht, steht Putin den Mechanismen der Diktatur näher als den Prinzipien der Demokratie.» Seit Putins Amtsantritt im Jahr 2000 seien in Russland 14 Journalisten, die kritisch über Staat und Regierung recherchierten, ermordet worden oder unter mysteriösen Umständen gestorben.

**16.06.07, 15:08**

### Wulff kritisiert banale Medienberichte – Kritik-Preis an Putin

Hamburg (dpa) – Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) hat beim Journalistentreffen des Netzwerks Recherche (nr) die zunehmende Oberflächlichkeit in der politischen Berichterstattung kritisiert. «Es fehlt an Geld und Hingabe, spannende Geschichten zu machen», sagte Wulff am Samstag in Hamburg. Zu Lebzeiten von Publizisten wie Henri Nannen («Stern»). Gerd Bucerius und Marion Gräfin Dönhoff («Die Zeit») sowie Rudolf Augstein («der Spiegel») sei politisch noch eindeutig Position bezogen worden. «Positionen, an denen wir uns gerieben haben. Heute fehlt der Stachel», ergänzte Wulff. An der zweitägigen nr-Jahrestagung nahmen rund 600 Journalisten teil.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Verleihung des kritischen Medienpreises «Verschlossene Auster» für den «Informationsblockierer des Jahres». Die Auszeichnung ging an den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Er erhalte den Preis wegen der anhaltenden Behinderung der freien Presse in Russland, sagte der Vorsitzende des Netzwerks, Thomas Leif. «Wenn es um Schutz und Garantie der Pressefreiheit geht, steht Putin den Mechanismen der Diktatur näher als den Prinzipien der Demokratie.» Seit Putins Amtsantritt im Jahr 2000 seien in Russland 14 Journalisten, die kritisch über Staat und Regierung recherchierten, ermordet worden oder auf mysteriöse Weise gestorben. Am Freitag hatten Journalisten und Experten aus osteuropäischen Ländern über die Einschränkungen ihrer Arbeitsmöglichkeiten und von dem auf sie lastenden Druck berichtet.

Den deutschen Journalisten schrieb Ministerpräsident Wulff eine Mittlerrolle zwischen Politik und Bürgern zu. Derzeit habe er aber den Eindruck, dass Politik eher als Streit zwischen den Agierenden dargestellt werde, statt als Ringen um tragfähige politische Konzepte. Wulff räumte gleichzeitig ein, dass politische Debatten früher mit einem Holger Börner (SPD), Heiner Geißler (CDU) oder Willy Brandt (SPD) «auf höherem Niveau» stattgefunden hätten. Wenn Politik in den Medien zu einer «Ansammlung von Ganoven» gemacht werde, «wird es traurig in unserem Land». Dann hätte kaum noch jemand Lust, diese Tätigkeit auszuüben. Der CDU-Politiker bedauerte, dass politischen Berichterstattern in den Medienhäusern kaum noch Zeit und Geld für intensive Recherchen gegeben werde. «Es gibt keinen Journalisten, der mich jüngst länger als einen Tag begleitet hat.» Wulff fragte, wie authentisch folglich über einen Politiker oder ein Bundesland berichtet werden könne «Kaum ein Medium leistet sich noch einen Korrespondenten in Hannover – der zentralsten Stadt Deutschlands.» Journalisten seien durch ihre Kontakte verführbar, meinte der Enthüllungsjournalist Gunter Wallraff. Er mahnte seine Kollegen, „aus geschlossenen Gesellschaftskreisen“ wie beispielsweise „Frühstückskartellen“ auszubrechen. Der Autor schlug vor, dass unabhängige Stiftungen Recherchekosten für Journalisten übernehmen könnten, damit diese – losgelöst vom Verlag – brisante Themen mit genügend Zeit verfolgen könnten.

**epd**

**6.6.07, 14:22**

**Austausch zwischen west- und osteuropäischen Journalisten gefordert**

Berlin (epd). Der Vorsitzende des Netzwerks für Osteuropa-Berichterstattung (n-ost), Christian Mihr, hat gefordert, den Austausch zwischen west- und osteuropäischen Journalisten zu intensivieren. Journalisten und Bürgern aus osteuropäischen Ländern müssten unbürokratisch Einreisegenehmigungen erteilt werden, sagte Mihr am Mittwoch bei der Vorstellung der Studie «Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa» in Berlin. Die Studie analysiert die Ursachen für die unterentwickelte Medienfreiheit in vielen Ländern Osteuropas. Die Kontrolle der Medien laufe heute nicht mehr über Anweisungen durch die Regierung, sondern über das Scheckbuch, so ein

Ergebnis der Studie, die n-ost im Auftrag der Journalistenorganisation Netzwerk Recherche erstellt wurde.

Der Vorsitzende von Netzwerk Recherche, Thomas Leif, warnte vor der «fahrlässigen Simplifizierung» des Themas Pressefreiheit durch so genannte Rankings zum Stand der Medienfreiheit. Diese hätten nur einen fragwürdigen Erkenntniswert. Leif betonte die Notwendigkeit für einen Dialog «jenseits von Oder und Donau». Netzwerk Recherche und n-ost fordern, die «Visa-Mauer an der Ostgrenze» für Journalisten einzureißen.

Die russische Journalistin Mainat Abdulajeva sagte, in Russland seien in den vergangenen sieben Jahren 300 Journalisten getötet worden. Nur fünf der Morde seien aufgeklärt worden.

### **15.06.07, 14.38**

## **Journalisten kritisieren mangelnde Pressefreiheit in Russland**

Hamburg (epd). In Russland nehmen Übergriffe auf Journalisten offenbar zu. Betroffen seien nicht nur einheimische Berichtersteller, sondern vermehrt auch Auslandskorrespondenten, sagte Stephan Stuchlik, ARD-Korrespondent in Moskau, am Freitag beim Jahrestreffen des Netzwerk Recherche in Hamburg. Offenbar gebe es eine neue Marschrichtung, bei der Übergriffe auf ausländische Journalisten entweder billigend in Kauf genommen oder als Einschüchterungsmaßnahme gezielt geplant wurden.

Der russische Journalist und Medienwissenschaftler Oleg Panfilov erklärte, in Russland gebe es weder Presse- noch Meinungsfreiheit. Er verwies darauf, dass die Mehrheit der Russen auf Informationen aus dem Fernsehen angewiesen sei. Dieses werde aber ausnahmslos von der Regierung kontrolliert.

Verschiedene deutsche und russische Journalisten berichteten in Hamburg von Übergriffen. Der Moskau-Korrespondent des Magazins «Focus», Boris Reitschuster, berichtete, er sei bei Recherchen mehrfach bedroht worden. Noch stärker seien jedoch russische Journalisten betroffen, auf die massiv Einfluss genommen werde. Stuchlik berichtete, über verschiedene Themen werde in den russischen Medien nicht berichtet, daher kämen sie auch in der Berichterstattung im Ausland kaum vor. Als Beispiel nannte er eine massenhafte Deportation von Georgiern, die sich in Moskau ereignet habe.

Die russische Journalistin Olga Kitova berichtete, sie habe über die Korruption eines russischen Provinzgouverneurs recherchiert. In Folge dessen sei sie brutal

zusammengeschlagen und verhaftet worden. Mit Hilfe befreundeter deutscher Journalisten haben sie nach Moskau fliehen können.

Das zweitägige Jahrestreffen von Netzwerk Recherche geht an diesem Samstag zu Ende. Rund 400 Teilnehmer diskutieren die Themen «Pressefreiheit unter Druck» und «Nutzwert-Journalismus für die Demokratie».

### **17.06.07 10:54**

## **Wulff beklagt gestörtes Vertrauensverhältnis zwischen Medien und Politik – Tagung des «Netzwerks Recherche» – (Wochenendzusammenfassung)**

Hamburg(epd). Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) hat ein gestörtes Vertrauensverhältnis zwischen Politikern und Journalisten beklagt. Es würden kaum noch Hintergrundgespräche geführt, weil Journalisten Informationen aus vertraulichen Runden entgegen den Absprachen verbreiteten, sagte Wulff am Samstag beim Jahrestreffen des «Netzwerks Recherche».

Auch darin sei auch seine «Zurückhaltung nach Berlin zu gehen» begründet, sagte Wulff. Bis heute sei keine Information aus inzwischen 180 Kabinettsitzungen der niedersächsischen Landesregierung nach außen gedrungen. Er habe als Ministerpräsident die Möglichkeit, Debatten zu führen und dann die Ergebnisse zu verkünden. In Berlin hingegen lande jeder Zwischenstand einer Debatte in den Medien und müsse von den Politikern kommentiert werden. Wulff forderte eine gute finanzielle Ausstattung der Medien, um Qualitätsjournalismus zu sichern. Der Chefredakteur des ZDF, Nikolaus Brender, verlangte von Journalisten vor allem Unabhängigkeit. Wichtig seien außerdem Fairness, Sorgfalt, die Einordnung der Geschehnisse in einen größeren Zusammenhang und Ehrlichkeit auch über sich selbst, sagte Brender. Journalisten müssten auch selbstkritisch sein, Es gebe keinen Bericht, der frei von Fehlern sei. Daher sei müsse in Redaktionen diskutiert werden.

Die Sportberichterstattung sei jahrelang zu unkritisch gewesen, räumte der ZDF-Chefredakteur ein. Da habe man auch versäumt, «den Kollegen auf die Finger zu sehen». Alle hätten gewusst, das gedopt, werde, aber niemand habe kritisch darüber berichtet. Jetzt müsse gründlich recherchiert werden, forderte der ZDF-Chefredakteur.

Der Doping-Experte der ARD, Hajo Seppelt, bezeichnete den Radsport als «chronisch krank». Bei der Tour de France werde auch in diesem Jahr überwiegend

Betrug übertragen, sagte Seppelt, Die Geständnisse einiger Radsportler hätten nachhaltige Wirkung auch für den Sportjournalismus, so Seppelt, Dieser habe das systematische Doping durch die Heroisierung der Sportler, unterstützt. Der Sport sollte in der Berichterstattung nicht überhöht werden, empfahl er. Wenn das Fernsehen Ereignisse wie die Tour de France nicht mehr übertrüge, könnten sich die Sponsoren auch nicht mehr präsentieren.

Dem russischen Ministerpräsident Wladimir Putin wurde wegen Behinderung der Pressefreiheit der Negativpreis die «Verschlossene Auster» zugesprochen. Putin sei ein «lupenreiner Gegner der Presse- und Meinungsfreiheit», sagte Vereinsvorsitzender Thomas Leif. Er spielte damit auf die Äußerung von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) an. Putin sei ein «lupenreiner Demokrat». Der seit 2002 vergebene Negativpreis für «Auskunftsverweigerer in Politik und Wirtschaft» soll bei den Empfängern einen offeneren Umgang mit den Medien bewirken.

**15.06.07, 14:46**

**Gesine Schwan fordert Journalisten zu Selbstkritik auf**

Hamburg (epd). Die Politologin Gesine Schwan hat die Journalisten zu größerer Selbstkritik aufgefordert. Oft kritisierten Journalisten Politiker, seien aber umgekehrt zu wenig selbstkritisch und untereinander solidarisch, wenn die Politiker «mit selber Münze» zurückschlagen würden, sagte Schwan am Freitag beim Jahrestreffen des Netzwerk Recherche in Hamburg, Es brauche medieninterne Jurys, die Missbrauch verfolgten und sanktionierten.

Verführbarkeit sei kein Privileg der Politiker, sagte Schwan. Auch im Journalismus gebe es keine Interessenneutralität, dies müsse durch größtmögliche Transparenz ausgeglichen werden, Die Versuchung, Nachrichten zu skandalisieren, um im Wettbewerb aufzufallen, sei groß. Dies könne zu Verzerrungen führen. Dagegen helfe nur gegenseitige Korrektur und Kritikfähigkeit der Journalisten.

Schwan ist Präsidentin der Viadrina Universität in Frankfurt an der Oder. Zudem ist sie Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen.

**16.06.07, 12:26****Hombach: Wirtschaftliche Interessen fördern  
Qualitätsjournalismus**

Hamburg(epd). Die Ausrichtung von Verlagen nach ökonomischen Interessen fördert nach Ansicht des Geschäftsführers der WAZ-Mediengruppe. Bodo Hombach, Qualitätsjournalismus und Medienvielfalt. Reine Nachrichten seien heute nichts mehr wert, da sie von vielen Anbietern etwa im Internet kostenlos zur Verfügung gestellt würden, sagte Hombach am Freitagabend beim Jahrestreffen des «Netzwerk Recherche». Als Verleger habe er daher ein Interesse an Qualitätsjournalismus, weil nur dieser sich verkaufen lasse.

Auch an Medienvielfalt habe er ein wirtschaftliches Interesse, sagte Hombach. In seiner Heimatstadt Mülheim an der Ruhr etwa sei sein Verlag mit zwei Zeitungen am Markt. Es wäre wirtschaftlich unsinnig diese politisch gleich auszurichten, weil die Marktabdeckung dann geringer wäre, sagte Hombach.

Auch bei den Beteiligungen der WAZ in Osteuropa Sorge der Verlag eher für Qualitätsjournalismus und Medienvielfalt. Ohne die WAZ hätten dort schon einige Titel eingestellt werden müssen, sagte Hombach. Er könne sich zudem keine anderen sinnvollen Motive außer ökonomische vorstellen, einen Verlag zu führen. «Welche außer politischen oder religiösen sollten es sonst sein?», fragte Hombach. Er verwies auf das Beispiel Albanien. Dort brachten Bauunternehmer ihre eigenen Zeitungen heraus, um eigene Interessen durchzusetzen.

Zuvor hatte der russische Medienwissenschaftler Oleg Panfilov darauf hingewiesen, es existierten in Russland kaum unabhängige Zeitungen. Verlage seien oft im Besitz von Oligarchen, die im Öl- oder Gasgeschäft tätig und daher vom Kreml abhängig seien. Regierungskritische Berichterstattung sei damit so gut wie ausgeschlossen.

## AP

**17.06.07 14:26**

Putin erhält «Verschlossene Auster»

Wochenendzusammenfassung

**Utl: Netzwerk Recherche verleiht Kritikpreis an russischen Präsidenten –  
«Lupenreiner Gegner der Presse- und Meinungsfreiheit»**

Hamburg (AP) Der russische Präsident Wladimir Putin bekommt als «Informationsblockierer des Jahres» den Kritikpreis «Verschlossene Auster». Putin erhalte den Preis wegen der anhaltenden Behinderung der freien Presse in Russland, teilte die Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche am Samstag mit. «Putin ist ein lupenreiner Gegner der Presse- und Meinungsfreiheit», sagte der Vorsitzende des Netzwerks, Thomas Leif. Der russische Präsident lasse unbequeme Wahrheiten rigoros unterdrücken.

Der Innenpolitik-Chef der «Süddeutschen Zeitung», Heribert Prantl, sagte laut Mitteilung in seiner Preisrede: «Die Meinungsfreiheit in Russland ist die Freiheit, Putin zu lieben – die meisten Russen machen davon Gebrauch.» Und die Pressefreiheit dort sei die Freiheit, «so zu schreiben, wie Putin es mag – die meisten Medien machen davon Gebrauch». Medienvielfalt gebe es in Russland nur auf dem Papier. Prantl kritisierte zudem eine Unterwerfung der für die Meinungsbildung relevanten Medien unter die Kontrolle der Staatsmacht.

Das Netzwerk wies auch darauf hin, dass seit 2000 in Russland 14 Journalisten, die kritisch über Staat und Regierung recherchierten, ermordet worden oder auf mysteriöse Weise ums Leben gekommen seien. Die Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja im Oktober vergangenen Jahres habe die Aufmerksamkeit auf die zunehmende Unterdrückung der Pressefreiheit gelenkt. Anfang des Jahres habe Putin zwar auf einer Pressekonferenz die Bedeutung der Pressefreiheit unterstrichen. Er lasse seinen Worten aber keine Taten folgen. «Ohne freie Medien wird es in Russland keine Demokratie-Entwicklung geben», betonte Leif. Das Netzwerk Recherche, das die «Verschlossene Auster» zum sechsten Mal verlieh, wählte auf seiner Jahrestagung in Hamburg auch einen neuen Vorstand: An der Spitze werden auch in den kommenden beiden Jahren Leif (SWR) und Hans Leyendecker (»Süddeutsche Zeitung») stehen.

<http://www.netzwerk-recherche.de>

## **KNA**

**16.06.07, 15:03**

**Leif und Leyendecker führen weiter das Netzwerk Recherche**

Hamburg (KNA) Thomas Leif (47), Chefreporter des SWR-Fernsehens, und Hans Leyendecker (58), Leitender Redakteur der «Süddeutschen Zeitung», stehen weiterhin an der Spitze des Netzwerks Recherche. Die Mitgliederversammlung der 2001 gegründeten Journalistenvereinigung bestätigte sie am Freitagabend in Hamburg im Amt.

Die Mitgliederversammlung verabschiedete nach Angaben des Netzwerks «Leitlinien für einen wirksamen Recherche-Journalismus». Darin fordert sie die Verantwortlichen in Medien-Unternehmen auf, die für den Journalismus grundlegende Recherche zu ermöglichen, institutionell abzusichern und auszubauen. Auch in den Köpfen der Journalisten müsse die Recherche wieder stärker verankert werden. Der Kritik-Preis des Netzwerks Recherche, die «Verschlossene Auster», ging in diesem Jahr an den russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen anhaltender Behinderung der freien Presse in Russland.

## **Pressemitteilung zur Studie „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa“**

### **Presseinformation des Netzwerks Recherche und des Netzwerks für Osteuropa-Berichterstattung e.V.**

**6. Juni.2007**

**Pressefreiheit lässt sich nicht allein in Zahlen fassen  
Neue Studie analysiert Journalismus und die Einschränkung der  
Pressefreiheit im östlichen Europa**

Seit der Ermordung der russischen Journalistin Anna Politkowskaja am 7. Oktober 2006 in Moskau ist das Thema Unterdrückung der Medienfreiheit in Osteuropa öffentlich präsenter. Doch ein präzises Lagebild zur Gefährdung der Medienfreiheit bei unseren östlichen Nachbarn liegt bislang nicht vor. Dieses Analyse-

Defizit will nun eine Studie ausgleichen, die systematisch die Medienlandschaften in zehn Ländern des östlichen Europas untersucht. Sie trägt den Titel „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa“ und wird von der Journalistenvereinigung netzwerk recherche (nr) herausgegeben. Zusammengestellt hat die Analyse ein Autorenteam des Netzwerks für Osteuropa-Berichterstattung n-ost e. V. auf Grundlage zahlreicher Expertisen.

Die Untersuchung dient unter anderem als inhaltliche Grundlage für die nr-Jahreskonferenz Mitte Juni im NDR-Konferenzzentrum Hamburg. Mehr als 130 Journalistinnen und Journalisten aus Osteuropa werden zusammen mit 400 Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland über das Thema „Pressefreiheit unter Druck“ diskutieren.

Nach Einschätzung der Herausgeber soll die Studie, die am 6. Juni im ARD-Hauptstadtstudio Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, eine grundlegende Reflexion der westeuropäischen Sichtweise auf Osteuropa fördern und gängige Klischees abbauen helfen. „Sobald sich der Reporter-Blick nach Osten wendet, werden gern alle Vorurteilsregister gezogen und aus Kartoffeln, Krisen, Kriege, Korruption und Kriminalität Schlagzeilen gemacht“, sagte Simone Schindwein vom n-ost e.V., die die Studie zusammengestellt hat.

Orientierungshilfen und verlässliche Informationsquellen für Journalisten sind im Themenfeld „Osteuropa“ immer noch rar. „Statt auf solide Hintergrundinformationen setzen viele Medienmacher beim Thema Osteuropa gerne auf die fahrlässige Simplifizierung mit so genannten „Rankings“ zum Stand der Presse- und Meinungsfreiheit“, kritisierte Dr. Thomas Leif, der Vorsitzende von netzwerk recherche, bei der Vorlage der Studie. Medienfreiheits-Ranglisten westlicher Nichtregierungsorganisationen haben nach den Analysen der Autoren aber nur einen geringen und zudem fragwürdigen Erkenntniswert. Die zu Grunde gelegten Kategorien werden oft willkürlich gesetzt, die Datenbasis ist dünn und die notwendige Differenzierung länderspezifischer Aspekte wird der Vereinfachung geopfert. Pressefreiheit lässt sich nicht in grobe „Medienfreiheitsrankings“ fassen, lautet ein Resultat der Studie.

Die Studie analysiert zudem die Ursachen für die unterentwickelte Medienfreiheit in vielen Ländern Osteuropas. Die alten Abhängigkeitsverhältnisse, die noch aus der Zeit des Kommunismus stammen und die neuen Zwänge, die die





Einführung der Marktwirtschaft für Medien in vielen Ländern verursacht, werden untersucht. Oft hat sich die alte politische Elite in den postkommunistischen Ländern zur neuen Wirtschaftselite gewandelt. Die Kontrolle der Medien läuft heute nicht mehr über Direktiven, sondern über das Scheckbuch. Der Grad zwischen Propaganda und Kommerz ist schmal, so ein wesentlicher Befund aller in der Studie versammelten Länderanalysen.

Viele Länder haben sich zwar neue Mediengesetze nach westlichem Vorbild gegeben, von Kroatien und Georgien bis hin zu Russland und sogar Belarus. Doch liberale Mediengesetze sind oft nicht mehr als bloße Fassade. In den meisten Ländern wird die Unabhängigkeit der Journalisten durch drakonische Strafgesetze und nationale Sicherheitsgesetze ausgehebelt. Einflussreiche Journalisten-Verbände gibt es kaum. Sie sind aber dringend nötig, um Forderungen an die Politik zu stellen und eine Debatte über journalistische Ethik in Gang zu setzen. Weil es keine starken Journalistenorganisationen gibt, neigen viele Regierungen dazu, einzelne Journalisten und Redaktionen zu kontrollieren, so ein weiteres Ergebnis der Studie.

Eine wesentliche Forderung, die aus der Studie abgeleitet wird, zielt auf den Ausbau des europäischen Austauschs von Journalisten. „Der Austausch zwischen west- und osteuropäischen Journalisten muss künftig noch intensiviert werden“, so die Forderung von Christian Mihr, Vorstandsmitglied des n-ost e.V. Anstatt eine Visa-Mauer an der EU-Ostgrenze zu errichten, die es einigen östlichen Ländern erlaubt, eine im Ton aggressive Abschottungspolitik zu pflegen, wären unbürokratische und vor allem erschwingliche Visa für Normalbürger der erfolgreichste Hebel, den Deutschland und die EU in dieser Frage haben. Die Einbindung von Kollegen aus Transformationsländern in internationale Journalistenvereinigungen, Tandem- und Austausch-Programme, Konferenzen, Dialoge, Diskurse – das sind aus westlicher Perspektive praktikable Ansätze, die Journalisten in Südost-, Mittelost- und Osteuropa zu unterstützen.

Druck durch Verleger, Aufweichung von rechtlichen Standards im Zuge des angeblichen Kampfes gegen den Terror, die Boulevardisierung der Medien auch durch deutsche Verlage im Osten, das Vordringen von PR-Journalismus, fehlende innere Unabhängigkeit – sind weitere Befunde des Autorenteam. „Viele der in der Studie für Osteuropa aufgezeigten Missstände sind bei näherer Betrachtung deutschen Journalisten gar nicht so unbekannt. Es lohnt sich, darüber mit den

Kollegen einen Dialog jenseits von Oder und Donau zu beginnen“, so die Bewertung von Dr. Thomas Leif, Vorsitzender des netzwerk recherche bei Vorlage der Studie. Und n-ost-Vorstandsmitglied Christian Mihr resümiert: „Medienfreiheit muss gelebt und verteidigt werden, sonst verkümmert sie. Das ist die Botschaft, die der Westen vom Osten lernen kann, und das ist das Erbe von Anna Politkowskaja“.

Die 100 Seiten starke Studie beginnt mit einem einführenden Kapitel zur Transformationsdynamik und der Problematik einer Berichterstattung über „Osteuropa. In einem zweiten Teil beleuchtet sie konkret die Situation der Medien in zehn wichtigen Transformationsländern, unter besonderer Berücksichtigung von Russland und Polen. Ein Fazit mit Empfehlungen für Politik und Medien schließt die Analyse ab.

Die Studie „Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost und Südeuropa“ wird kostenlos gegen einen frankierten und adressierten DIN 4- Rückumschlag (1,45 Euro) jedem Interessierten zugesandt und ist auf [www.netzwerkrecherche.de](http://www.netzwerkrecherche.de) und [www.n-ost.de](http://www.n-ost.de) auch online abrufbar.

## **Hamburger Signal zur Presse- und Meinungsfreiheit im östlichen Europa**

Das Signal wurde im Rahmen der Hamburger Netzwerk Recherche-Konferenz am 15./16. Juni von allen Teilnehmern verabschiedet.

**Freiheit heißt auch Verantwortung –**

**Verantwortung sich gegen Beschränkungen der Freiheit einzumischen**

### **1. Medienfreiheit lässt sich nicht in Zahlen fassen**

Jeder Mord an einem Journalisten oder einer Journalistin ist eine Schande für die Demokratie. Dennoch: Die Abhängigkeit der Medien vom Staat ist in der Denkweise der meisten östlichen Gesellschaften tief verankert – auch wenn die Fassaden liberaler Mediengesetze oftmals eine andere Wirklichkeit vortäuschen. Dabei sind alte Abhängigkeitsverhältnisse, die aus der Zeit des Kommunismus stammen, durch neue Zwänge ersetzt worden, die die Einführung der Marktwirtschaft für Medien in vielen Ländern bewirkte. Freiheits-Rankings westlicher Nicht-Regierungs-Organisationen helfen nicht dabei, verschiedene historische

Traditionen zwischen Ost- und Westeuropa zu verstehen. Sie zeichnen oft ein verzerrtes Bild durch allzu grobe Vereinfachungen. Fragwürdige Kategorien ebnen tatsächliche Unterschiede ein. Wir müssen Wissen über Hintergründe und Bedingungen von Medienfreiheit erwerben und engagieren uns für eine differenzierte Berichterstattung aus dem östlichen Europa, die die Probleme unserer Kolleginnen und Kollegen wirklich ernst nimmt.

## **2. Journalismus als Lernwerkstätte der Demokratie fördern**

Unabhängiger und kritischer Journalismus ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Demokratieentwicklung. In Ländern wie Russland sind die Erwartungen der Bevölkerung an die Medien gering, weil nach dem Ende des Kommunismus die Diktaturerfahrungen tief sitzen und Demokratiepraxis nicht ausreichend eingeübt ist. Wir fördern deshalb eine demokratische Kultur, die kritischen und recherchestarken Journalismus als unverzichtbares Gut versteht und die Demokratie nicht mit Chaos, Unruhe und Unsicherheit gleichsetzt. Wir fördern deshalb Projekte zur Medienpraxis. Wir fördern unabhängigen Journalismus als Lernwerkstätte der Demokratie, der von den Bevölkerungen nicht als Nestbeschmutzung, sondern als Sauerstoff für die Demokratie verstanden und nachgefragt wird.

## **3. Ethisches Vakuum füllen, journalistisches Selbstbewusstsein stärken**

Viele Menschen im östlichen Europa misstrauen den Journalistinnen und Journalisten: Früher verbreiteten diese staatliche Propaganda. Heute fragt sich die Bevölkerung, ob Medienschaffende für ihre Beiträge bezahlt werden. Unabhängige Journalistinnen und Journalisten müssen sich in vielen Gesellschaften des östlichen Europas ihren Platz in den Gesellschaften selbst erkämpfen, weil starke Berufsverbände, verbindliche Ethikkodizes sowie Regeln zur inneren Pressefreiheit nicht existieren. Wenn Journalistinnen und Journalisten nicht in der Lage sind, Leitlinien für ihre eigene Arbeit zu formulieren und durchzusetzen, fühlen sich Regierungen dazu eingeladen, Kontrolle und Restriktionen auszuüben. Auf diese Weise ist ein ethisches Vakuum entstanden. Wir unterstützen Journalistinnen und Journalisten beim Aufbau starker Verbände und Netzwerke und ermutigen sie, Forderungen an die Politik zu stellen, Debatten über journalistische Ethik und journalistische Selbstregulierung in Gang zu setzen. Wir wollen das journalistische Selbstbewusstsein unserer östlichen Kolleginnen und Kollegen stärken und selbst umfassender über den Alltag und die Probleme von Journalistinnen und Journalisten in Osteuropa berichten.

#### **4. Austausch fördern – Visa-Mauer einreißen**

Wenn Osteuropäer problemlos zu uns reisen könnten, würde dies mehr bringen als viele Milliarden Euro Wirtschaftshilfe. Seit der Visa-Affäre in der Ukraine erfolgt die Vergabe von Einreiseerlaubnissen an Normalbürgerinnen und -bürger sehr rigide und ist von Misstrauen geprägt. Wir begrüßen es, dass festangestellte Journalistinnen und Journalisten aus dem östlichen Europa bei der Visavergabe im Rahmen ihrer Berichterstattungspflicht und im Rahmen internationaler Begegnungen vom Auswärtigen Amt und den deutschen Botschaften bevorzugt werden können. Doch freie Journalistinnen und Journalisten aus dem östlichen Europa dürfen nicht ausgeschlossen werden – ebenso wenig wie die Mediennutzerinnen und -nutzer. Wenn die gesamte Gesellschaft leichter reisen könnte, ist das die beste Demokratisierungshilfe, damit sich ein tiefgreifendes Verständnis für Meinungsfreiheit entfalten kann. Anstatt eine Visa-Mauer an der EU-Ostgrenze zu errichten, die es einigen östlichen Ländern erlaubt, eine im Ton aggressive Abschottungspolitik zu pflegen, sind unbürokratische und vor allem erschwingliche Visa für Normalbürgerinnen und -bürger der erfolgreichste Hebel, den Deutschland und die EU in dieser Frage haben. Die weitere Einbindung von Kolleginnen und Kollegen aus Transformationsländern in internationale Medienvereinigungen, Tandem- und Austausch-Programme, Konferenzen, Dialoge, Diskurse – das sind aus unserer Perspektive machbare Ansätze, die Journalistinnen und Journalisten in Südost-, Mittelost- und Osteuropa zu unterstützen und um eine Begegnung auf Augenhöhe zu ermöglichen. Mit bestehenden Initiativen suchen wir den Dialog und unterstützen deren Anliegen.

#### **5. Gut gemeinte Appelle an Regierungen bewirken zu wenig**

Meinungs- und Pressefreiheit ist ein grundlegendes und unteilbares Menschenrecht. In vielen Ländern des östlichen Europas war und ist dieses Menschenrecht bedroht. Gut gemeinte Appelle westlicher Organisationen an Regierungen, die Pressefreiheit zu achten, können jedoch das Gegenteil der gut gemeinten Forderungen bewirken: Regierungen fühlen sich dadurch oft noch mehr bestätigt, unabhängige Journalistinnen und Journalisten als Sprachrohre der Opposition zu bedrohen und einzuschüchtern. Derartige Appelle diskreditieren sich, wenn deutsche Journalistinnen und Journalisten sich nicht auch hierzulande gegen Einschränkungen der Pressefreiheit zur Wehr setzen. Sei es gegen die Vorratsdatenspeicherung oder gegen die schleichende Aushöhlung des Redaktionsgeheimnisses durch Abhöraktionen oder Durchsuchungen von Redaktionen. Westliches Engagement darf sich deshalb nicht in schnell formulierten Appellen an

Regierungen erschöpfen, die nur das westliche Gewissen beruhigen. Freiheit heißt auch Verantwortung – Verantwortung sich gegen Beschränkungen der Freiheit einzumischen.

Englische Fassung:

## **The Hamburg Signal on Freedom of the Press and Freedom of Thought in Eastern Europe**

**Freedom carries with it responsibilities – including the responsibility to intervene if freedom is under threat.**

### **1. The freedom of the media is not simply a matter of numbers**

Our democracy is shamed every time a journalist is murdered. The subservience of the media to the state is deeply anchored in the mindset of most eastern European societies – even where the illusion of liberal media regulation might suggest otherwise. The old patterns of media control that obtained in the communist period were replaced by a new set of pressures, associated in many countries with the introduction of a market economy for the media. League tables of the level of freedom enjoyed in different countries, as published by western NGOs, simply don't help us properly understand the very different historical traditions of western and eastern Europe. They often give a distorted picture full of coarse generalisations. Questionable categorisations gloss over real differences.

We must acquire a real understanding of the background issues and of the present state of media freedom in eastern Europe. And we must commit to a more discriminating reporting of eastern Europe, one that really takes seriously the problems of our media colleagues working in that region.

### **2. Support journalism as seedcorn for democracy**

An independent and critical journalistic tradition is an indispensable prerequisite for the development of democracy. In countries like Russia, people have low expectations of their media, because following the end of communism the experience of dictatorship remains deeply engrained and democratic practice is insufficiently developed. So we must support a democratic culture – one that recognises that critical and well researched journalistic enquiry is an indispensable

asset to any democracy. And we must support a culture that does not equate democracy with chaos, unrest and uncertainty.

We therefore support practical media projects. We support independent journalism as a training ground for democracy - one that should never be judged by citizens as besmirching the reputation of their own communities, but rather one which is cherished as the very oxygen that sustains democracy.

### **3. Fill the ethical vacuum and increase the self confidence of journalists**

Many people in eastern Europe mistrust journalists. In the past it was those same journalists who pedalled government propaganda. Today citizens are asking themselves if there are the paymasters behind these journalists. Independent journalists must struggle to assert their role in society in many eastern European countries. There are no strong professional associations to support them, nor is there any code of press ethics.

When journalists are not in a position to formulate and implement guidelines to regulate their work, governments surely step in with their own controls and restrictions. In this way, an ethical vacuum has been created. We support journalists in their efforts to create professional associations and networks. We encourage journalists to demand that their governments support discussion about ethics and self regulation in journalism. We want to strengthen the self confidence of our journalist colleagues in eastern Europe. And we ourselves want to report extensively on the day to day situation and on problems encountered by journalists working in eastern Europe.

### **4. Support exchanges and tear down the maze of visa regulations**

If east Europeans could easily travel to us, this would benefit them much more than the West granting billions of euros in economic aid. Following the Ukraine visa affair, the issuing of entry permits to ordinary citizens wishing to travel to Germany has become very rigid. It is a process surrounded by suspicion. We are happy that the German Ministry of Foreign Affairs and the German embassies can, in the context of supporting international communication, give preference to visa applications from permanently employed journalists from eastern Europe who want to visit Germany in connection with their work as a reporter. But freelance journalists from eastern Europe should not be excluded – nor indeed should media consumers. If the entire society could travel easier, it would act as

the best possible spur to democracy. It would promote the development of a more deep seated understanding of what freedom of opinion means. Instead of surrounding the eastern boundaries of the European Union by a maze of visa regulations that permit certain eastern European countries to cultivate aggressively the politics of exclusion, non-bureaucratic and affordable visas for ordinary citizens are the most successful lever that Germany and the European Union have available.

The further engagement of colleagues from the transition economies of eastern Europe in international media organisations, in tandem and exchange programmes, in conferences, debates and discussions seems from our perspective to be a feasible starting point for supporting journalists from eastern Europe and southeast Europe. Then we can really generate contact as equals. We seek to promote dialogue with existing initiatives and support their agenda.

#### **5. Well intended appeals to governments too rarely achieve anything**

Freedom of thought and freedom of the media are a fundamental and non-negotiable human right. In many countries of eastern Europe this right has been, and still is, threatened. The well intended appeals of western organisations to governments to heed the importance of press freedom might lead to the exact opposite outcome of that intended by the originators of the appeal. It often confirms the resolve of those governments to threaten and intimidate those independent journalists who are perceived as the voices of the opposition. Such appeals are undermined if German journalists do not defend themselves against encroachments against the freedom of the press at home. Examples of such encroachments include speculative data collection or the creeping infringements against editorial privacy by phone tapping and raids.

Western commitment must therefore not be dissipated in quickly formulated appeals to governments; such appeals serve only to salve the western conscience. Freedom carries with it responsibilities – including the responsibility to intervene if freedom is under threat.

English translation from the German original by Nicky Gardner and Susanne Kries  
of hidden europe magazine  
([www.hiddeneurope.co.uk](http://www.hiddeneurope.co.uk))

# Гамбургский сигнал о свободе прессы и слова в Восточной Европе

*Свобода означает ответственность*

*Ответственность выступать против ограничений свободы.*

## **1. Свободу прессы нельзя выразить цифрами.**

Каждое убийство журналиста – это позор для демократии. Те не менее:

Зависимость средств массовой информации от государства глубоко укоренена в сознании народов большинства стран Восточной Европы – даже если фасады либеральных законов о СМИ часто имитируют другую реальность. Но при этом старые рычаги контроля времен коммунизма были заменены новыми ограничениями, которые сложились под влиянием введения рыночной экономики.

Рейтинги стран по свободе слова, которые составляют западные неправительственные организации, не могут помочь в понимании различных исторических традиций в Западной и Восточной Европе. Часто они дают искаженную картину реальности за счет излишнего упрощения ситуации. При этом спорная классификация уводит из поля зрения действительные различия. Мы должны добывать более глубокую информацию о причинно-следственных связях и условиях свободы СМИ, должны выступать за дифференцированное освещение стран Восточной Европы в СМИ, которое бы всерьез затрагивало проблемы наших коллег в этих странах.

## **2. Поддерживать журналистику как учебную мастерскую демократии.**

Независимая и критическая журналистика – это неперемное условие развития демократии. В таких странах, как Россия, мало кто много ожидает от СМИ, поскольку, несмотря на конец коммунистического режима, в сознании людей глубоко укоренен

опыт жизни при диктатуре, а практика демократии недостаточно внедрена. Поэтому мы выступаем за настоящую демократическую культуру, при которой критическая, расследовательская журналистика понимается как неотъемлемое благо, а демократия не означает хаос, беспорядки и неопределенность. Поэтому мы поддерживаем проекты, связанные с практической журналистикой. Мы хотим поддерживать независимую журналистику как учебную мастерскую демократии, которая бы воспринималась не как вынос сора из избы, но как кислород для демократии и была бы востребована населением.

### **3. Заполнить этический вакуум, повысить уровень самосознания журналистов.**

Многие люди в Восточной Европе не доверяют журналистам: раньше они распространяли государственную пропаганду. Сегодня население задается вопросом, не являются ли журналистские материалы проплаченными. Независимые журналисты во многих странах Восточной Европы вынуждены сами бороться за свое положение в обществе, поскольку не существует сильных профсоюзных организаций, обязательных для исполнения этических кодексов, а также правил свободы прессы внутри медиапредприятий. Когда журналисты сами не в состоянии сформулировать и воплотить в жизнь правила своей работы, они создают повод правительству осуществлять контроль и вводить ограничения. Таким образом образовался этический вакуум. Мы поддерживаем журналистов в их стремлении создавать сильные профсоюзы и социальные сети и призываем их предъявлять свои требования политикам, а также начать дебаты о журналистской этике и самоорганизации журналистов. Мы хотим повысить уровень самосознания наших восточных коллег, а также сами более интенсивно и полно освещать жизнь и проблемы журналистов Восточной Европы.

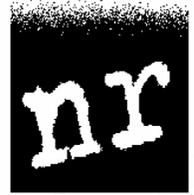
#### **4. Поддерживать обмен опытом – убрать визовую стену.**

Если бы граждане стран Восточной Европы могли без проблем приезжать к нам, это бы принесло больше, чем многие миллиарды евро финансовой помощи. После скандала с визами в Украине процедура по выдаче виз усложнилась, она проникнута недоверием. Мы приветствуем тот факт, что профессиональные журналисты из Восточной Европы, исполняющие свой профессиональный долг или путешествующие в рамках международных встреч, могут получать привилегии со стороны МИДа Германии и немецких посольств при выдаче виз. Однако нельзя при этом забывать и о свободных журналистах из Восточной Европы, а также и о пользователях СМИ. Если бы все представители общества могли путешествовать без проблем, это стало бы лучшим вкладом в демократизацию этого общества, что помогло бы углубить понимание необходимости свободы слова. Вместо того чтобы возводить визовую стену на восточной границе ЕС, которая позволяет некоторым восточным странам проводить агрессивную по тону политику изоляции, нужно осознать, что небюрократические и, прежде всего, общедоступные визы для обычных граждан – это самый эффективный рычаг, который имеется у Германии и ЕС в данном вопросе. Включение коллег из стран переходного периода в международные движения журналистов, их участие в программах обмена и сотрудничества, конференциях, диалогах, дискурсах – это, по нашему мнению, осуществимые меры, которые позволят поддержать журналистов из Юго-Восточной, Центрально-Восточной и Восточной Европы и сделать возможным диалог на равных. Своими уже существующими инициативами мы пытаемся наладить этот диалог, а также поддерживаем образование новых проектов.

**Sie liegt schon lange in der Schublade oder sie schimmert durch eine aktuelle Meldung hindurch – die Geschichte – aber:**

**„Ohne Geld und Zeit werden viele Themen nie recherchiert“**

**Das „netzwerk recherche“ bietet dazu eine Alternative: **netzwerk  
recherche****



### **Die Idee**

Das „netzwerk recherche“ sucht Journalisten, die mit Hartnäckigkeit, Fleiß und Ausdauer eine aufwendige Geschichte recherchieren möchten.

Das „recherche stipendium“- wird ausgeschrieben für Journalisten, die ein spannendes Thema in der Planung haben, dieses aber bislang nicht verwirklichen können. Aus einem Fördertopf werden je nach Aufwand der Recherche 2.500 bis 3.500 Euro gezahlt – Ziel dieses Recherche-Stipendiums ist es, kompetente und kritische Berichterstattung auf der Basis gründlicher Recherche zu fördern, ganz gleich in welchem Medium.

### **Die Themen -Es gibt drei Typen von Stipendien-**

„Umwelt-Stipendien“, „Wirtschafts-Stipendien“ und „Stipendien Ost“, mit denen ausschliesslich Themen aus den neuen Bundesländern gefördert werden.

Unterstützt werden die Stipendien von Greenpeace, WWF und BUND, der Allianz-Group, sowie der „Otto Brenner Stiftung“.

Eine unabhängige Jury des „netzwerk recherche“ wählt aus den eingereichten Recherchevorschlägen die förderungswürdigen Themen aus.

### **Wie bewerbe ich mich?**

In einem Expose soll die journalistische Relevanz des Themenvorschlages dokumentiert werden. Eine Kurzbiografie und Arbeitsproben sind notwendig. Dazu muß ein Zeit- und Kostenplan erstellt werden. Das „netzwerk recherche“ unterstützt die Autoren nach Beendigung der Arbeit bei der Veröffentlichung des Themas.

### **Bewerbungen an:**

Dr. Thomas Leif „netzwerk recherche“  
Marcobrunnerstr 6 • 65197 Wiesbaden

**Mehr Infos unter [www.netzwerkrecherche.de](http://www.netzwerkrecherche.de)**

## **5. Благонамеренные призывы к правительствам мало на что влияют.**

Свобода слова и прессы – это основополагающее и неделимое право человека. Во многих странах Восточной Европы это человеческое право было и продолжает находиться под угрозой.

Благонамеренные призывы западных организаций к правительствам уважать свободу прессы, могут, однако, обернуться противоположностью хороших намерений: таким образом правительства укрепляются в уверенности, что необходимо контролировать и запугивать независимых журналистов как рупоров оппозиции.

Подобные призывы дискредитируют себя, если немецкие журналисты и здесь, в своей стране не встанут на защиту свободы прессы. Речь идет о сборе личных данных людей в целях безопасности, о постепенном подтачивании принципа редакционной тайны операциями по прослушиванию или обысками в редакциях. Поэтому активность Запада в данном вопросе не должна заканчиваться сформулированными на скорую руку призывами к правительствам, которые служат лишь успокоением совести Запада. Свобода означает ответственность – ответственность выступить против ограничений свободы.

(Übersetzung der deutschen Fassung von Anna Litvinenko, St. Petersburg)





## PROGRAMMÜBERSICHT Jahreskonferenz netzwerk recherche 2007

**Freitag, 15. Juni 2007**

### **PRESSEFREIHEIT UNTER DRUCK**

---

#### **Begrüßung**

Eröffnungsrede

**Die Gefährdung der Pressefreiheit in Osteuropa** Oleg Panfilov

Diskussion: \*\*\*

**Wie gefährdet ist die Pressefreiheit in Russland?** Olga Kitova, Natalia Rostova, Grigori Pasko, Stephan Stuchlik, Boris Reitschuster, Julia Urakcheeva, Moderation: Arnim Stauth

Rede:

**Medienfreiheit als Voraussetzung für Demokratieentwicklung?**

Prof. Dr. Gesine Schwan

Rede:

**Keine Pressefreiheit ohne Menschenrechte** Barbara Lochbihler

---

14.00 bis 20.00 Uhr:

### **FOREN I-VI, ZAPP-ERZÄHLCAFÉ, WORKSHOP ZU CAR**

(Computer Assisted Reporting)

---

**Lesung für Anna Politkowskaja (†)**

mit Iris Berben, Dirk Sager, Sonia Mikich (Moderation), CM Fröhder (Regie) u. a.

**Samstag, 16. Juni 2007**

### **ANSTOSS RECHERCHE: NUTZWERT-JOURNALISMUS FÜR DIE DEMOKRATIE**

---

#### **Begrüßung und Eröffnung**

Grundsatzrede:

**Medienalarm – Bericht zur Lage des Journalismus,** Tom Schimmeck

Rede und Diskussion:

**Spitzenpolitiker und die Medien**

Christian Wulff, Moderation: Tissy Bruns

Diskussion:

**„Du sollst dich nicht gemein machen – auch nicht mit einer guten Sache“**

**Journalismus zwischen sinnvollem Engagement und verordneter Distanz**

Günter Wallraff, Nikolaus Brender, Dr. Carolin Emcke, Thomas Roth, Hermann Schreiber, Moderation: Maybrit Illner

Diskussion:

**News to amuse – \*\*\*  
die neuen Nachrichtenfaktoren**

Prof. Dr. Georg Ruhrmann und Roland Göbbel, Dr. Kai Gniffke, Moderation: Martin Bialecki

---

#### **Forum I**

**Lobbyismus und Medien –  
Die 5. Gewalt ohne Kontrolle**

#### **Forum II**

**Journalismus 2.0 –  
Mythos Bürgerjournalismus**

#### **Forum III**

**Werttreiber Recherche-Pools –  
Was bringt die koordinierte Recherche  
in eigenen Teams?**

#### **Forum IV**

**„Gefühlter Journalismus“ –  
Wer ist heute Journalist?**

#### **Forum V**

**Journalistische Lektionen und Reflektionen**

**Forum VI \*\*\***

**Wirtschaftsjournalismus: Aussperren und Einspannen**

**Forum VII**

**Zukunft der ARD-Magazine – Leitmarken des investigativen Journalismus?**

**Forum VIII**

**Medien – Versager bei der Integration?**

**Abschluss-Diskussion**

**Gedopter Sport – Medien als Teil der Dopingmaschine**

**Forum IX**

**Ist noch Wetter oder schon Klima? Umwelt- und Wissenschaftsjournalismus**

**Forum X**

**Was hat das Informationsfreiheitsgesetz gebracht?**

---

12 Uhr bis 18 Uhr:

**LESSONS to be learned**

Format: 30 Minuten konzentrierter Vortrag - 30 Minuten konzentrierte Fragen

---

12 Uhr: **PD. Dr. H. H. Dubben**, Physiker und Autor

14 Uhr: **Prof. Dr. Uwe Pörksen**, Germanist

15 Uhr: **Prof. Dr. Dieter Roth**, Forschungsgruppe Wahlen

16 Uhr: **Dr. Thomas Steg**, Stv. Sprecher der Bundesregierung

17 Uhr: **Prof. Dr. Klaus Kocks**, Kommunikationsberatung CATO

18 Uhr: **Ulrich Wickert**, TV-Moderator und Autor

---

von 10 bis 18 Uhr:

**ZAPP-ERZÄHLCAFÉ**

Format: 15 Minuten Vortrag nach Leitfragen – 45 Minuten intensiv moderierte Diskussion

---

10 Uhr: **Johannes K. Soyener**, Buchautor

11 Uhr: **John Goetz**, Recherche: Murat Kurnaz

12 Uhr: **Hans Leyendecker, SZ / David Crawford**, Wall Street Journal

14 Uhr: **Hans-Martin Tillack**, Stern

15 Uhr: **Günther Wallraff**, Journalist

16 Uhr: **Stefan Willeke**, DIE ZEIT

17 Uhr: **Marion Girke/Christian Denso**, Hamburger Abendblatt

18 Uhr: **Jürgen Roth**, Autor

---

11 bis 18 Uhr:

**RECHERCHE-ONLINE**

Format: Rechercheworkshop mit online-Experten aus Theorie und Praxis

---

11 Uhr: **Thomas Reutter**

12 Uhr: **Jan Michael Ihl**

13 Uhr: **Albrecht Ude**

14 Uhr: **Matthias Spielkamp/ Jürgen Sell**

15 Uhr: **Johannes Endres**

16 Uhr: **Marcus Lindemann**

17 Uhr: **Sebastian Möricke-Kreutz**

18 Uhr: **Thomas Schnedler**

---

10 bis 17 Uhr

**WUNDERTÜTE**

Format: Offline-Workshop mit Diskussion

---

10 Uhr: **Theo Heyen / Jörg Hilbert / Marcus Lindemann**

11 Uhr: **Michael Fricke**

12 Uhr: **Joachim Weidemann**

15 Uhr: **Dr. Manfred Redelfs**

16 Uhr: **Frank Brendel**

17 Uhr: **Jürgen Sell**

\*\*\* zu diesen Foren können unter [www.netzwerkrecherche.de](http://www.netzwerkrecherche.de) aktuelle nr-Studien heruntergeladen werden.

## Berichte aus den Panels und Workshops

### Wie viel Westen?

Freitag Forum IV:

„Wildwest-Journalismus – Journalistische Standards und Selbstverständnis in Osteuropa“

*Von Alexandra Wrann*

Einschränkung, Zensur, Repression: So schildert der Westen – nicht erst seit dem Mord an der Journalistin Anna Politkowskaja- die Mediensituation in Osteuropa. Umso überraschender muss es für viele im Plenum gewesen sein, dass Yuri Shirocky aus Weißrussland relativ zufrieden ist mit der derzeitigen Situation: „Die Journalisten können über alles schreiben“, erklärte der Mitarbeiter von BelaPan – Weißrusslands einziger unabhängiger Nachrichtenagentur.: „Sie üben einfach seltener Kritik am Präsidenten, aber das heißt ja nicht, dass sie sich verkaufen.“

Ein kontroverses Statement. Doch seine Kollegen aus Georgien, Russland und Bulgarien waren sich einig: Es habe sich viel getan im ehemaligen Ostblock, die Situation vieler Journalisten habe sich verbessert – allerdings sei noch ein weiter Weg zu gehen: „Ein langwieriger Prozess, der Generationen überdauert, bis sowohl die Journalisten als auch die ganze Gesellschaft begriffen haben, was Pressefreiheit bedeutet“, urteilte Vessela Vladkova, Redakteurin beim Bulgarischen Nationalen Rundfunk.

Meinungs- und Pressefreiheit sind ein hohes Gut, das es zu erreichen gilt – auch dahingehend herrschte Einigkeit. Und doch ging es in der Diskussion nicht in erster Linie um die Meinungsfreiheit als solche – oder zumindest nicht unmittelbar: Schlechte Bezahlung, schlechtes Image, fehlende Netzwerke. Das, so wurde schnell deutlich, sind die Probleme, mit denen Osteuropas Journalisten zu kämpfen haben. Unabhängigkeit und kritische Berichterstattung sind ein Luxus, den sich nur die Wenigsten leisten können. Wer eine Familie ernähren muss, überlegt offenbar nicht lange, wenn er vor der Wahl steht: Wenig Geld für kritisches Arbeiten – oder ein verhältnismäßig gut bezahlter Job in einem staatlichen Unternehmen, das die Kritik an Bürgermeister, Provinz-Gouverneur oder Staatspräsident verbietet. Darunter leidet auch die Solidarität unter den Journalisten: „Jeder sucht sich sein Plätzchen, der eine ein trockenes, der andere ein feuchtes“, brachte es Johannes Voswinkel, Korrespondent der ZEIT in Moskau, auf den Punkt.

Sind also alle Journalisten in Osteuropa Einzelkämpfer, wenn auch aus existentieller Not heraus? Ganz so weit wollte zwar keiner der Teilnehmer gehen. Doch offensichtlich mangelt es dem Berufsstand bereits seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion an Gemeinschaft: Berufsverbände gibt es nicht oder nicht mehr, Netzwerke entstehen nur selten. Den Grund dafür sieht Vladkova auch darin, dass vielen Journalisten noch nicht bewusst sei, wie wichtig ihre Aufgabe für die Öffentlichkeit ist, und sie die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit noch nicht erkannt hätten. Doch auch wenn es zu Zusammenschlüssen komme, ändere sich wenig – es bleibe beim Kampf David gegen Goliath: „Vor zwei Jahren wurde ein Journalist brutal verprügelt. Mehrere Journalisten haben sich danach zusammengesetzt und von der Regierung Aufklärung gefordert. Die hat so getan, als würde sie es ernst nehmen, aber dann nur abgewartet bis der Vorfall wieder vergessen war“, berichtete David Paitchadze, Direktor des Journalistischen Instituts Tiflis in Georgien.

Das Ansehen der osteuropäischen Journalisten sinkt stetig, weite Teile der Bevölkerung bringen dem Journalismus nur noch sehr wenig Vertrauen entgegen. Karriere, Geld, Ruhm und Ehre – all das bekommt man als Journalist in Osteuropa nicht. Viele junge Leute schrecken das ab, gerade junge Männer hätten eher pragmatische Ziele und zögen den Staatsdienst vor, so Voswinkel. Und dennoch: Über zu wenig Bewerber könnten sich die journalistischen Institute und Fakultäten nicht beklagen, sagten sowohl Paitchadze als auch seine russische Kollegin Alla Bespalova vom Institut für Publizistik in Rostow am Don.

Der Nachwuchs ist also da – auch wenn es oftmals nicht die hehren Ideale sind, die die Jung-Journalisten antreiben: „Wenn ich die jungen Menschen am Institut frage, was sie an dem Beruf reizt, bekomme ich eine klare Antwort: ‚Ich will für eine Glamour-Zeitung arbeiten und viel Geld verdienen‘“, so Bespalova. Diese Motivation haben aber längst nicht alle: „Viele antworten auch, dass sie soziale Verantwortung übernehmen und dazu beitragen wollen, dass es den Menschen in Russland besser geht.“

Wie nun aber aus diesen jungen Menschen gut ausgebildete Journalisten werden sollen, darüber waren die Diskutanten uneins. Wie viel Tradition, wie viel westlichen Einfluss soll man zulassen? Einerseits soll der althergebrachte russische Ausbildungsansatz praktiziert werden, der eine humanistisch orientierte Lehre, die Vermittlung eines umfassenden Wissens über Geschichte und Kultur des Landes vorsieht. Andererseits sollen auch handwerkliche Standards, wie sie in westlichen Demokratien unterrichtet werden, nicht zu kurz kommen.

Einstimmigkeit herrschte dagegen, als es um einen wesentlichen Kritikpunkt der Journalistenausbildung in Osteuropa ging: den fehlenden Praxisbezug. Ein Volontariat nach deutschem Vorbild könne, so Bespalova vom Institut für Publizistik, die Lücke zwischen theoretischer Ausbildung und praktischem Berufseinstieg schließen.

Doch ganz egal, welche Art von Lehre die jungen Journalisten Osteuropas genießen – wichtig sei, dass sie zu professionellen Rechercheuren, reflektierten Berichterstattern ausgebildet werden: „Was sie brauchen, ist die Fähigkeit gut zu schreiben, einen eigenen Stil zu entwickeln, kritische Anspielungen einzubauen, aber auch neutral berichten zu können“, so Paitchadze vom georgischen Journalismus-Institut. Kritik und freie Meinung bleiben also trotz aller Widrigkeiten das zentrale Kriterium. Und doch, so scheint es, wünschen sich die Kollegen aus Osteuropa, dass es sich in der Diskussion auch und vor allem im Westen nicht immer nur um diese einzige Frage dreht, wie Verlagsleiterin Irina Samokhina zum Abschluss der Diskussion deutlich machte: „Natürlich ist die tiefgründige journalistische Recherche sehr wichtig; aber Kritik sollte nicht nur um der Kritik willen ausgeübt werden.“

## **„Dutzendfach leichter“**

**Freitag: Workshop**

**„Investigative Reporting in USA“**

*Von Stephan Isernhagen*

„Zu teuer und aufwändig, kein Geld und keine Zeit!“ Investigativer Journalismus hat's in Deutschland nach wie vor schwer und ist oft das Privileg besonders großer, wohlhabender und einflussreicher Redaktionen. Das ist in den USA schon lange anders: Seit der Watergate Affäre 1972 um Richard M. Nixon und Bob Woodward entwickelte sich dort „investigative reporting“ zu einer journalistisch und politisch anerkannten „social practice“. Investigativer Journalismus gehört heute zum alltäglichen Erwartungshorizont vieler amerikanischer Leser und Zeitungsmacher und wird in der öffentlichen Diskussion und Wahrnehmung als etwas Selbstverständliches beschrieben und diskutiert – auch auf lokalem Niveau. In „Investigative Reporting in USA“ präsentierte der Student Lars-Marten Nagel die empirischen Ergebnisse seiner Diplomarbeit. Sie beschäftigt sich mit kulturellen, juristischen und redaktionellen Gesichtspunkten investigativen journalistischen Arbeitens in Nordamerika. Nagel argumentierte, dass dort Journalisten

im Vergleich zu Deutschland „strukturell im Vorteil“ seien, da US-Redaktionen auf Teams für investigative Recherche zurück greifen könnten, höhere Recherche-Budgets verteilen und besser ausgebildete Rechercheure beschäftigen. Für seine Feldstudie interviewte Nagel amerikanische Journalisten und analysierte systematisch drei US-Zeitungen aus St. Louis, Kansas City und Washington. Seine Arbeit beleuchtet, wie selbstverständlich langfristig geplante und organisierte Recherche in amerikanischen Zeitungsredaktionen abläuft.

Das Bedürfnis vieler amerikanischer Leser und Journalisten nach investigativem Journalismus sei kulturell verwurzelt und erkläre sich aus einem tiefen Misstrauen heraus, dass viele Amerikaner und Journalisten gegenüber Politikern hegten. „Einige Kollegen denken ernsthaft, dass Politiker immer lügen und die Öffentlichkeit ständig versuchen zu täuschen.“ So ist es auch keine Überraschung, dass der Begriff des „investigative reporters“ zum alltäglichen Wortschatz vieler Amerikaner gehört und Leser sich in Verlagshäusern direkt mit den „investigative reporters“ verbinden lassen können, die dort ein fester und bekannter Begriff seien.

In vielen amerikanischen Redaktionen arbeiten recherche-erfahrene Journalisten in Teams, die immer wieder für mehrere Monate zwecks intensiver Recherche-tätigkeiten freigestellt werden und nicht tagesaktuell schreiben. Einmal im Jahr publizieren Redaktionen dann besonders spannende Rechercheergebnisse in wöchentlichen Sonderbeilagen. Nagel beschrieb einige dieser Beilagen und stellte einzelne Rechercheserien vor, bei denen interessante Ergebnisse entstanden. Die „investigative reporter“-Teams seien aber, so Nagel, oft intern isoliert und würden aufgrund ihres attraktiven Tätigkeitsfelds misstrauisch und neidvoll von Kollegen beäugt. Nach monatelanger intensiver Recherche mit Fokus auf einem bestimmten Thema seien viele Kollegen blockiert und hätten Schwierigkeiten, neue investigative Themen anzurecherchieren oder sich auf den routinierten tagesaktuellen Betrieb wieder einzulassen.

Investigative Recherche wird in den USA durch datenschutzrechtliche Bestimmungen gefördert und erleichtert. So gibt es bei vielen amerikanischen Behörden einen „freedom of information officer“, der offizielle Dokumente an Journalisten herausgibt und sich gezielt mit solchen Anfragen beschäftigt. Redaktionen bereiten ihre Volontäre darauf vor, mit diesen Angestellten zu verhandeln und um Dokumente zu feilschen. Nagel erläuterte, dass es kein Problem sei, Lizenzlisten von zugelassenen Ärzten oder Busfahrern anzufordern oder Tabellen aus Behörden einzuholen, die den Wohnort, Namen und Alter erfasster Straftäter zeigen. In vielen Redaktionen finden sich längst geschulte Informatiker, die bestimme

Datenbanken „parallel setzen“ und systematisch nach beliebigen Kategorien auswerten und abfragen. Durch Verknüpfungen und Querverweise zwischen den Datenbanken lassen sich Zusammenhänge nachweisen, die dann journalistisch aufbereitet werden. Das „gehe in die Richtung von Rasterfahndung“. Wer in den USA Journalist werden will und Informatiker sei, so Nagel, „bekommt heute schnell einen Job und hat wunderbare Berufsaussichten.“

## **„Den Deutschen fehlt ein Gefühl für Polen“**

Freitag: Erzählcafé „Polen“

*Von Julian Klose*

Warschau will von Berlin als gleichwertiger Partner angesehen werden. Da ist es nicht verwunderlich, dass beim Erzählcafé zur Situation der Presse in Polen mit Moderator Andreas Metz, Geschäftsführer von n-ost, und den drei Warschauer Journalisten Justyna Golinska, Cezary Gmyz und Bronislaw Wildstein gerade der Vergleich zu Deutschland immer wieder Gegenstand der Diskussion wurde.

Den Einstieg in die Erzählrunde bildete Bronislaw Wildstein, oder, wie Metz ihn nannte, der „Mann, vor dem ganz Polen Angst hat“. Er schilderte die Ereignisse um die so genannte „Wildstein-Liste“ aus seiner Sicht. Als Ende Januar 2005 die polnische Zeitung Gazeta Wyborcza eine Liste mit 240.000 Namen veröffentlichte, fachte sie damit in der polnischen Öffentlichkeit eine alte Debatte an: Es ging wieder einmal um die Frage, wie Polen mit seiner kommunistischen Vergangenheit umgehen soll. Der laut Metz „konservative Patriot“ Wildstein tritt für eine rigorose Abrechnung mit den kommunistischen Strukturen ein. Er fordert vor allem eine „Durchleuchtung“ von Personen aus dem öffentlichen Leben, die vor der „Wende“ in Kontakt zum damaligen Sicherheitsdienst SB standen. Im Institut für Nationales Gedenken (IPN), die der deutschen Birthler-Behörde entspricht, existierte eine entsprechende Liste mit Namen dieser Personen. Wildstein habe sich seit Jahren energisch dafür eingesetzt, diese Daten bekannt zu machen: „Mein Handeln war halb bürgerlich, halb journalistisch. Ich wollte die Liste vor der Vernichtung bewahren.“ Seitdem ist die Liste eng mit seinem Namen verbunden. Wildstein wies auch auf die politischen Fragen hin, die vor der Veröffentlichung der Daten aufkamen: „Soll die polnische Gesellschaft das Recht haben, die Liste einzusehen? Hat sie nicht ein Recht auf die eigene Vergangenheit? Wer entscheidet darüber, was öffentlich wird und was nicht? Sollen wir das deutsche Modell anwenden?“

Die Liste sei „als Quelle sogar vollständig“, sagte Wildstein: „Sie ist die beste Wissensquelle über diese Zeit. Das liegt am kommunistischen Polizeisystem: Information war das Hauptwerkzeug.“ Gleichzeitig sei er immer der Ansicht gewesen, die Daten müssten kritisch betrachtet werden. Zu leicht seien Verwechslungen der Namen möglich, so Wildstein. Die Liste sei daher nur für Journalisten zu gebrauchen. Wie sie schließlich den Weg ins Internet gefunden haben soll, kann sich Wildstein nicht erklären. Er jedenfalls sei es nicht gewesen. Weshalb er daraufhin vom damaligen Chefredakteur der Rzeczpospolita entlassen wurde, verstehe er daher bis heute nicht. Sicher ist sich Wildstein aber in der Bedeutung der Liste für Polen: „Die Liste hat zu einer neuen Phase der Debatte um Polens Vergangenheit geführt. Die Angelegenheit um die Durchleuchtung ist bis heute nicht geklärt. Sie rollt bis heute. Das ist wichtig für Polen.“

In der zweiten Hälfte kam die Diskussionsrunde auf die allgemeine Lage der Presse in Polen zu sprechen. Auf die Frage von Metz, ob die Gesprächsteilnehmer politischen Druck bei ihrer Arbeit zu spüren bekämen, antwortete Cezary Gmyz von einer Warschauer Tageszeitung selbstbewusst: „Ich fühle mich als Journalist nicht unter speziellem Druck.“ Er war zwar auch der Ansicht, die beiden Brüder Kaczynski fühlten sich „manchmal von den Medien beleidigt“. Zumindest auf die privaten Medien hätten sie aber überhaupt keinen Einfluss, so Gmyz. Wenn er den Nachrichtensender TVN24, ein Pendant zu N24 oder CNN, betrachte, falle ihm auf, „der Einfluss der Medien auf die Politik“ sei „größer als andersrum“. Außerdem sprach Metz die Kartoffelaffäre der taz an und fragte, ob man in Polen richtig reagiert habe. Gmyz: „Also ich bin kein Kaczynski-Berater, aber wenn ich es wäre, würde ich sagen, sie sollten auf solche Sachen nie so reagieren. Die Reaktion war zu groß. Bis dahin wusste niemand, was die taz ist. Jetzt haben einige Polen den Eindruck, die taz sei die wichtigste deutsche Zeitung. Nein, sie hätten lieber keinen Kommentar abgeben sollen. Das war Quatsch.“

In dieser Phase des Erzählcafés kamen auch vermehrt Fragen aus dem Publikum. Zeitweise erhitzte sich das Gespräch zu einer kontroversen Debatte, so z.B. bei der Frage einer polnischen ZuhörerIn, die auf einen Bericht der polnischen Zeitung Gazeta Wyborcza Bezug nahm. Ob die drei Journalisten es für möglich hielten, dass im staatlichen Fernsehen Zensoren beschäftigt seien, fragte sie. Wildstein entgegnete daraufhin mit einem Seitenhieb auf das gegnerische journalistische Lager: „Wenn ich in der Gazeta Wyborcza lese, weckt das sofort Zweifel in mir. In diesem Fall aber fürchte ich, ist es wahr.“ Das sei zwar immer noch nicht gut, aber früher sei die staatliche Kontrolle noch „viel schlimmer“ gewesen.

Genauso viel aufzuholen gibt es im alltäglichen deutsch-polnischen Dialog: Justyna Golinska, Stellvertretende Chefredakteurin von „Zeitdialog“, bietet Stipendien an, um Deutschen das „Polen zu zeigen, wie es wirklich ist“. Dabei bemängelte sie das geringe Wissen, das die Teilnehmer hätten: „Wenn viele Deutsche Polnisch hören, meinen sie, es sei Russisch. Und es gibt Vorurteile. Wie das, dass Polen klauen. Ich gebe zu, das kommt nicht von ungefähr. Das ist problematisch für uns.“ Insbesondere seien Reaktionen aus Polen für ihre deutschen Stipendiaten schwer zu verstehen, sagte Golinska: „Sie fühlen das nicht. Nicht, dass sie nicht verstehen wollten. Es ist eine Sache des Gefühls für das Denken der Polen.“ Am Beispiel der Stipendiaten demonstrierte damit Golinska, dass die Deutschen erst einmal ihre Nachbarn verstehen lernen sollten, bevor sie über deren Land urteilten. Nur so könnten sich Deutsche und Polen langfristig näher kommen.

## **Politik, Print und Pannen**

**Samstag, Forum I:**

**Lobbyismus und Medien. Die 5. Gewalt im Staat ohne Kontrolle?**

*Von Anna Katharina Lenz*

Mehr als Hundert Journalisten waren eingeladen – und jeder stand vor der Frage: „Kann ich da hingehen?“ Der Tabakkonzern Reemtsma hatte im vorigen März zur ersten Preisverleihung des „Liberty Award“ für Pressefreiheit und investigativen Journalismus geladen. Ein medialer Pflichttermin? Oder einfach geschicktes Lobbying?

Nils Klawitter vom Spiegel vertrat im Forum I am Samstag die Meinung, wer zehnmal zu Veranstaltungen wie dem Liberty Award gegangen sei, werde sich beim nächsten Mal gut überlegen, wie er in der aktuellen Diskussion zum Nichtraucher-schutz berichte. Wilhelm Klümper, stellvertretender WAZ-Chefredakteur, sprach sich in diesem Sinne dafür aus, vor allem die Qualität von Journalisten zu stärken: „Was wir brauchen, sind starke und unabhängige Journalisten.“ Moderator Gottlob Schober bemängelte, dass vor allem kritische Journalisten nicht zum Liberty Award eingeladen worden seien und dass Fernsehteams vor der Tür bleiben mussten. Doch Reemtsma-Sprecher Lars Großkurth verteidigte sein Unternehmen: „Wir hatten weder den Platz noch das Budget, um Filmteams auf der Veranstaltung unterzubringen. Die Printjournalisten, die da waren, hätten ja alles schreiben können.“

Achtzig Briefe wurden von Reemtsma an Bundestags-Abgeordnete versandt, in denen ein Vergleich zwischen der Gesundheitsschädigung durch Zigaretten und Handys hergestellt wurde. Darin hieß es, dass es schlimmer sei, vor seinem Kind mit dem Handy zu telefonieren, als in seiner Gegenwart eine Zigarette zu rauchen. „Wie gehen Sie mit wissenschaftlichen Studien aus Interessengemeinschaften vor?“, wollte Gottlob Schober daraufhin wissen. Wilhelm Klümper erläuterte: „Erstmal werden alle Informationen berücksichtigt. Der Einfluss der Lobbyisten auf den Journalismus erfolgt sehr schleichend. Was wir üben, ist Nähe und Distanz.“ Nils Klawitter betonte, dass es die Aufgabe der Journalisten sei, zu schauen, wer die Studie erstellt habe. Buchautor Johann-Günther König („Finanzkriminalität“) sagte hierzu: „Die Frage ist, wo Lobbyismus für Journalisten ein Problem wird.“ Das Problem sei, dass man sich in einem ausgeweiteten System befinde, in dem nicht mehr unterschieden werden könne, ob es sich um einen Wissenschaftler oder Lobbyisten handle.

Nils Klawitter zeigte sich überzeugt, dass viel mehr Lobbyismus im Verborgenen passiere. Er kritisierte: „Wir haben ein gutes Ministerialsystem mit mehreren tausend Beamten – und trotzdem lässt man sich von Außen immer mehr unter die Arme greifen.“ Lars Großkurth verteidigte seine Profession: „Wir haben ein Produkt, was komplett durchreguliert ist. Mit denen, die regulieren, müssen wir einfach im Gespräch bleiben.“ Dagegen hatte Wilhelm Klümper grundsätzlich nichts einzuwenden: „Lobbyismus ist erst einmal ok!“ Das Problem entstehe dort, wo die Politik möglicherweise auf die Lobby hereinfalle. Hier stelle sich die Frage, wie Politik gemacht sei, dass das passieren könne. Als Beispiel wurde das Nichtraucherschutz-Gesetz genannt, das im letzten Herbst von der Tabaklobby an 60 ausgewählte Abgeordnete versandt wurde und die Grundlage für die Diskussion in der Fraktionssitzung bildete. Als Erklärung für dieses Verhalten wurde die Komplexität in der Politik angeführt. Während Lars Großkurth an dieser Stelle sagte, dass für ihn am Ende nur zähle, ob eine Idee gut sei oder nicht, meinte der Berliner Journalist Dietmar Jasbinzek schlicht: „Das war eine Panne.“ Doch nicht alleine die Tabaklobby nimmt Einfluss auf die Politik. Nils Klawitter betonte: „In den letzten Jahren gab es auch ein deutliches Auftreten von Nichtregierungsorganisationen.“ Er sei generell für eine strikte Regulierung der Lobbyarbeit. Die Prozesse und Einflussnahmen müssten so transparent wie möglich gemacht werden. Hier könne auch die USA ein Vorbild sein, deren Lobbyarbeit klaren Regulationen unterliege. Die Journalisten der Runde schienen sich am Ende einig zu sein, dass man der Macht des Lobbyismus am besten mit Journalisten begegnet, die auf Qualität setzen und unabhängig bleiben.

## **Mehr Schnüffelnasen, bitte!**

**Samstag Forum III:**

**„Werttreiber Recherche-Pools“**

*Von Carla Neuhaus*

Wir brauchen im Journalismus wieder mehr „Schnüffelnasen“, wie Erwin Kohla vom SWR sie nennt. Schnüffelnasen, die wieder mehr investigative Recherche betreiben. Aber auch Schnüffelnasen, die von Seiten der Redaktionen überhaupt die Zeit für investigative Recherche bekommen. Und Schnüffelnasen, die hierfür in Teams zusammenarbeiten anstatt als Einzelkämpfer voranzupreschen. Dies ist die gemeinsame Forderung von Holger Stark (Der Spiegel), Joachim Knuth (NDR) und Erwin Kohla (SWR) in Forum III am Samstag. Alle drei wünschen sich für den Journalismus in Deutschland mehr sogenannter Recherche-pools. Das heißt eigene Recherche-Redaktionen, in denen sich Redakteure fernab von Terminjournalismus um das kümmern, was im Redaktionsalltag oft aufgrund von Zeitmangel auf der Strecke bleibt: die Exklusivität.

Während in den USA Recherche-pools in Redaktionen bereits heute nicht wegzudenken sind, sieht dies in Deutschland noch ganz anders aus: Investigative Recherche im Team sei wichtig, werde in deutschen Redaktionen bislang jedoch nur viel zu selten praktiziert, skizziert Hans Leyendecker von der Süddeutschen Zeitung die aktuelle Situation.

Für den Spiegel seien sowohl investigative Recherche als auch Teamarbeit unverzichtbar, so Holger Stark. Das wöchentlich erscheinende Magazin habe jedoch auch die geeigneten Ressourcen, um dies tagtäglich umzusetzen: genug Zeit, Geld und Mitarbeiter. Bei jedem Thema, das der Spiegel bearbeitet, werde im Vorhinein genau festgelegt: Wer befasst sich damit? Wer recherchiert was? Und wer schreibt am Ende den Artikel? Dabei werde das Team für jedes Thema neu zusammengesetzt: „So können immer genau die Leute für ein Thema herausgepickt werden, die sich auf dem entsprechenden Gebiet besonders auskennen“, erklärt Holger Stark.

Diese Vorgehensweise unterscheidet sich stark von der Arbeit in den sogenannten Recherche- oder Reporter-pools, die zunehmend von Hörfunkanstalten ins Leben gerufen werden. Dort sitzen stets dieselben Redakteure in einem Team zusammen. Diese (zumeist festangestellten) Journalisten, befassen sich mit aufwändigen Recherchearbeiten, die im Redaktionsalltag sonst fast immer aus Zeitgründen unter den Tisch fallen würden. Wer genau in diesen Recherche-

pools sitzt, ist ganz unterschiedlich. Beim SWR, der erst vor sieben Monaten einen solchen Pool gegründet hat, recherchiert der gelernte Maschinenbauer gemeinsam mit dem studierten Rechtsanwalt oder dem Philosophen. Jeder von ihnen bringt andere Qualifikationen und Lebenserfahrungen mit. Doch eins vereint sie: die Lust an der investigativen Recherche.

Wichtig sei vor allem, die Eitelkeit abzulegen, unter dem Endprodukt unbedingt den eigenen Namen sehen zu wollen, betont Erwin Kohla vom SWR. Ein Punkt, der auch seinem Kollegen Joachim Knuth vom NDR wichtig ist: „Wir müssen erkennen: Am Ende zählt nur das fertige Ergebnis und nicht, was welche einzelne Person oder Redaktion dazu beigetragen hat“. Daher müsse zusätzlich zur Arbeit im Rechercheteam auch eine engere Zusammenarbeit der einzelnen Redaktionen und auch der einzelnen Sender eines Funkhauses angestrebt werden. Meist liefen die Fäden schließlich in der Recherchedredaktion zusammen.

Das Ziel ist also: „Wir müssen alle Wellen auf einen gemeinsamen Kurs bringen“, so Joachim Knuth. Eine Idee, die nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Der NDR hat sich zum Beispiel zwei Monate Zeit genommen, um das Rechercheteam personell zu besetzen. Und auch die Finanzierung eines solchen Teams muss erst einmal geregelt werden. So gibt Joachim Knuth ganz offen zu: „Damit unsere Reporterpool eingerichtet werden konnte, mussten an anderen Stellen auch Gelder gekürzt werden.“ Doch mehr auf Recherche im Team zu setzen, zahle sich am Ende aus. Knuth sieht den Mehrwert in „Respekt, Reputation und Unterscheidbarkeit von anderen Funkhäusern“. Hinzu kommt: Viele Beiträge werden durch die Arbeit des Rechercheteams überhaupt erst möglich. Erwin Kohla berichtet beispielsweise von einer Untersuchung des SWR, der zu Folge 90 Prozent der Beiträge, an denen das Rechercheteam beteiligt war, ohne dieses nicht zustande gekommen wäre.

Die Idee, ein solches Rechercheteam zu gründen, entsteht meistens im Zuge einer Qualitätsdebatte. Die Redaktionen fragen sich: Machen wir vielleicht zuviel Terminjournalismus und zu wenig Exklusivität? Am Ende einer solchen Debatte stehen Feststellungen wie diese von Joachim Knuth vom NDR: „Wir müssen das Medium Hörfunk wieder mehr kultivieren“. Erwin Kohla vom SWR sieht dies ähnlich: „Wir müssen bei den Hörern wieder Neugierde wecken. Sie müssen das Gefühl haben: ‚Wenn ich diesen Sender einstelle, bekomme ich etwas Spannendes zu hören.‘“

Auch bei den Lokalzeitungen sieht Holger Stark Handlungsbedarf. Denn: „Auch für Lokalzeitungen werden Recherche und die Bündelung von Kompetenzen immer wichtiger. Sie machen sich sonst irgendwann überflüssig.“

## Behandlung beim Spin Doctor

Samstag Forum VI:

„Wirtschaftsjournalismus: Aussperren und Einspannen“

*Von Andreas Sattler*

„Aber ich für mich will doch rein sein“. Für einen zwar kurzen, aber irgendwie doch zu lang erscheinenden Moment wird es ganz still im Raum K3. Ein seltsam unkonkreter und abstrakt anmutender Satz steht im Raum. Seltsam vielleicht auch deshalb, weil er bezogen ist auf einen journalistischem Bereich, der stark in Verruf geraten ist: die Wirtschaftsberichterstattung.

Gesagt hat diesen Satz der freie Journalist Meinrad Heck, der für seine siebenjährige Recherche über den Flow-Tex-Skandal den „Wächter-Preis“ verliehen bekam. Heck arbeitet als Korrespondent für verschiedene Regionalzeitungen. Als einziger auf dem Podium im Forum „Wirtschaftsjournalismus: Aussperren und Einspannen“ ist Heck nicht auf Wirtschaftsberichterstattung spezialisiert. Er ist nicht einverstanden mit dem Bild, das seine Kollegen zeichnen. Wenn ein Pressesprecher ihn einmal belüge, so Heck, dann habe er kein Vertrauen mehr und könne zukünftig nicht mehr mit dieser Person zusammenarbeiten.

Sowohl Lutz Frühbrodt (Die Welt) als auch Hubert Seipel (ARD) sehen den Umgang mit PR-Mitarbeitern von Unternehmen nicht so kritisch. Eher wie ein strategisches Spiel erleben sie die Auseinandersetzung mit den Kommunikationsprofis finanzstarker Unternehmen. Ohne Tricks ginge es darum, den längeren Atem zu behalten, sich auf die Gegenseite einzulassen und soweit wie möglich ihre Logik zu verstehen. „Natürlich muss man dabei aufpassen, dass man seine eigene Rolle nicht verliert“, betont Seipel seine Grundregel. Seipel hat für die ARD eine Dokumentation über den Einstieg eines Finanzinvestors beim Traditionsunternehmen „Grohe“ produziert. Dass der Vorstand des Armaturenherstellers ihn hin und wieder zum Essen eingeladen hat, stellt für Seipel jedoch keinen wirklichen Interessenkonflikt dar. Im Gegenteil. Seipel glaubt, dass eine kategorische Ablehnung der Einladung eine schlechtere Kooperation der Unternehmensführung bedeutet hätte. Wichtige Bilder und Interviews wären wahrscheinlich gar nicht erst entstanden.

Das schwierige Umfeld in dem sich insbesondere Wirtschaftsjournalisten bewegen, verdeutlicht die Publikation „Kritischer Wirtschaftsjournalismus“ des Netzwerks Recherche. Gemäß einer hierin zitierten Schätzung der Verbände belieferten 2006 zwischen 30.000 und 50.000 PR-Mitarbeiter rund 48.000 hauptberufliche Journalisten.

Frühbrodt glaubt, zwei Gründe gefunden zu haben, die insbesondere im Wirtschaftsjournalismus zu undurchsichtigen Verquickungen von PR und Journalismus geführt haben. Erstens seien Wirtschaftsjournalisten mehr der PR ausgesetzt als andere Journalisten. Und zweitens biete der zunehmend geforderte Servicecharakter der Wirtschaftsseiten ein Einfallstor für die PR-Manager. Frühbrodt geht davon aus, dass 80 bis 90 Prozent der tagtäglich veröffentlichten „Exklusivgeschichten“ von den Spin Doctors der Wirtschaftsunternehmen direkt lanciert werden. Dabei würden Journalisten von diesen PR-Fachleuten geradezu bedrängt. „Es gibt eine regelrechte Kakophonie“, bestätigt Ursula Schwarzer (Manager Magazin). Während der Siemens-Affäre hätten die PR-Spezialisten des Vorstandsvorsitzenden Klaus Kleinfeld gegen die Berater von Heinrich von Pierer intrigiert. Hinzu kamen die Interessen der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder von Siemens. „Wir wissen, dass uns die Pressesprecher anlügen.“ Mangelnde Recherche und der Zeitdruck führten dann letztlich zu peinlichen Fehlermeldungen, die im Interesse der unterschiedlichen Akteure waren.

Besonders gravierend scheint die Entwicklung für Regionalzeitungen zu verlaufen. Ursula Schwarzer erinnerte sich, dass ihr ein ehemaliger Chefredakteur bestätigt hat, dass über große Anzeigenkunden wie Lidl und Media Markt grundsätzlich nicht negativ berichtet würde. Anzeigeninteressen der Verlage und wirtschaftlichen Druck wollten das Publikum des Forums VI allerdings nicht als alleinige Begründung gelten lassen. Vielmehr hätte die eigene Bequemlichkeit der Journalisten den PR-Fachleuten und Spin Doctors die Türen geöffnet. Die Geister, die man einst gerufen habe, werde man nun nicht mehr los. Moderatorin Henrike Thomson, die als freie Kulturjournalistin arbeitet, erinnerte sich an ihre eigene Zeit als PR-Frau. Damals fand sie ihre Pressemitteilungen regelmäßig bei dpa wieder. „Unredigiert, ohne Konjunktiv und ohne, dass jemals nachgefragt wurde.“

## **Windrosen-Wochen**

**Samstag Forum VII: „Zukunft der ARD-Magazine –  
Leitmarken des investigativen Journalismus?“**

*Von Ann-Christin Müller*

Die Politmagazine der ARD stehen vor einer Grundsatzentscheidung, wie es in den nächsten Jahren weitergehen wird. Rainer Braun, freier Medienkritiker, Dr. Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung, Stephan Wels, Panorama (NDR) und





Mathias Werth von Monitor (WDR) diskutierten unter Leitung von Dieter Anschlag (Funkkorrespondenz) über die Zukunft der einzelnen Titel, allerdings ohne Ergebnis.

Ein Problem der sechs Politmagazine der ARD sei, dass sie kein klares Profil haben, sagte Heribert Prantl. Im Vorfeld der Tagung habe er sein Redaktionsteam beauftragt herauszufinden, welche Sendung zu welchem Zeitpunkt laufe. Nach einer halben Stunde habe er Ergebnisse erhalten, die allerdings Fehler aufwiesen. „Es braucht einen guten Archivar, um festzustellen, welche Sendung an welchem Wochentag sendet“, so Prantl. Auch Wels stimmte ihm zu: „Das Publikum sieht nicht den Unterschied der sechs ARD-Magazine. Die Profile sind den Menschen draußen nicht vermittelbar“.

Prantl bemängelte zudem, dass die Moderatoren Dinge behaupten, die er ihnen nicht abnehmen könne. Die Moderatoren sollten seiner Meinung nach nicht nur präsentieren, sondern auch nah an Redaktionen sein. Nur so könnten sie Beiträge glaubwürdig vertreten, nur so hätten die Sendungen ein klares Profil. „Ich würde mir wünschen, mit großer Neugier und Spannung einzuschalten – und das tue ich nicht mehr.“ Seiner Meinung nach könne man Qualität auch daran messen, wo man beim Zappen stehen bleibt. Dies sei heute nicht bei den Politmagazinen, sondern bei den politischen Diskussionsrunden. Er bejahte Anschlags Frage, ob Politmagazine in Konkurrenz zu politischen Diskussionsrunden stehen. Es sei jedoch nicht wichtig, wo Politiker im Fernsehen zu sehen seien, sondern die Frage, was nach ein paar Tagen hängen geblieben ist und in den Redaktionen diskutiert werde.

Braun kritisierte vor allem die Themenauswahl der Magazine. „Heute ist nicht immer Politik drin, wo Politmagazin drauf steht“, erklärte er. Sie würden ihr Profil aufgeben und seien reine Ratgeberformate. Zudem bräuchten die öffentlich-rechtlichen Sender zu lange, um ein aktuelles Thema zu behandeln. Er führte dafür das Beispiel Doping im Radsport an. Allerdings verwies Werth hier direkt darauf, dass man nicht aus einer einzelnen Sendungskritik eine Verallgemeinerung für alle Magazine machen könne. „Mir ist die Sendungskritik von Fakt vor 14 Tagen Wurscht“, sagte Werth. Auch Wels sagte, er wolle sich nicht über einzelne Sendungskritiken unterhalten, sondern über die Zukunft der Politmagazine. Diese ist seiner Meinung nach in der Reduzierung der Marken und Vereinheitlichung der Moderatoren zu finden. Allerdings, so gab er zu, sei diese Diskussion

in der ARD von schrecklichen Ängsten geprägt. Die Lösung des Problems der Unordnung sei im Windrosenmodell, also der Reduzierung von sechs auf vier Magazine, oder im Einheitsmagazin zu finden.

Auf die Frage Anschlags, ob er auf Panorama verzichten würde, sagte er: „Wenn aus sechs Magazinen nun vier gemacht und dabei geographische Gesichtspunkte berücksichtigt würden, also Norden, Osten, Süden und Westen, dann würde es den NDR gar nicht treffen“. Es müssten aber zuerst Kriterien entwickelt werden und dann solle jeder bereit sein, sich auch selbst zur Disposition zu stellen. Auch Werth äußerte Sympathie für das Windrosenmodell. Die Diskussion sei aber unrealistisch, so, „als ob man mit Rasenmähern Unkraut jäten würde“.

Werth betonte zudem: „Die Magazine krebsten nicht am Untergang“. Einige seien über 40 Jahre alt, hätten über drei Millionen Zuschauer, böten zum größten Teil ernsthafte, relevante Themen, und Tageszeitungen träumten nur von diesen Möglichkeiten.

Ein weiterer Diskussionspunkt der Teilnehmer war die Kürzung der Politmagazine um 15 Minuten auf eine 30-minütige Sendung. Durch die Kürzung der Sendungen werden somit ein bis zwei Beiträge weniger gesendet. Man könne sich nicht so ausdrücken wie sonst, weil man immer nur überlege, welches Thema rausgeschmissen werde, sagte Werth. Außerdem seien die Themen nicht weniger geworden. Prantl erklärte, die Kürzung sei erfolgt, weil die Programmdirektion die Tagesthemen auf 22:15 Uhr festsetzen wollte. Dies sei eine „Missbilligung des Formats“, kritisierte er. Allerdings habe es auch keinen Protest der Zuschauer gegeben. Der Grund: Das Image des Journalismus sei zu schlecht. „Das ist das, was wir selbst gemacht haben“.

Für Wels geht es in nächster Zeit um die Rückgewinnung einer Sendung von 45 Minuten Länge. Jedoch sei innerhalb der ARD die Situation festgefahren, denn solange keine Personalveränderungen stattfinden würden, solange werde sich nichts bewegen. Für Werth hat die Verkürzung der Sendung eine besonders gravierende Bedeutung: Viele investigative Kollegen haben keine Möglichkeit, ihre Arbeiten zu veröffentlichen. „Damit geht die Kultur kaputt“, sagt Werth, „nämlich der recherchierende Journalismus in Deutschland“.

## **Achtung, Attrappe!**

**Samstag: Lesson**

**„Die sieben Typen der Sprachverführung“ mit Prof. Dr. Uwe Pörksen**

*Von Benjamin Baum*

Kennen Sie eigentlich den Begriff „Plastik-Wort“? Nein? Nun, müssen Sie auch nicht. Schließlich lesen, hören und schreiben wir alle täglich Dutzende Plastik-Wörter. Auch ohne diesen Ausdruck je gehört zu haben.

„Nullwachstum“, „Verschlankung“, „Kollateralschaden“ – das sind in der Familie der Plastik-Wörter derzeit die vielleicht berühmtesten Exemplare. „Innovation“, „Reform“ und „Fortschritt“ sind weitere Erscheinungsformen, der Ausdruck „Biomasse“ das jüngste Angebot auf dem von Politik, Wirtschaft und Werbung dominierten Markt der wohlklingenden Sinnentleertheit. Fest steht: Plastik-Wörter scheinen derzeit schwer „im Trend“. Und irgendwie sind sie wohl auch gefährlich.

Wie mit Worten aus welchem Grund Manipulation betrieben wird und von wem, warum Journalisten immer häufiger darauf reinfallen und wie man sich erfolgreich dem verbalen Nonsens entgegen stellt, darüber sollte die NR-Samstags-Lesson unter dem Slogan „Die sieben Mittel der Sprach und Bildmanipulation“ Aufschluss geben.

Uwe Pörksen war bis 2000 Professor für Sprache und Ältere Literatur an der Universität Freiburg. Vor drei Jahren hat er mit seinem Aufsatz „Plastikwörter: Die Sprache einer internationalen Diktatur“ für Aufsehen gesorgt. Ähnlich wie plastische Attrappen, die mit dem Gehalt des Nachgeahmten bestenfalls die Form gemein haben, stellten Produzenten von Plastik-Wörtern deren Klang über die Bedeutung. „Plastikwörter sind Elementarbausteine künstlich erzeugter Wirklichkeit“, sagt Pörksen.

Die Gefahr für den Journalismus ist offensichtlich. Obwohl Plastik-Wörter zur öffentlichen Kommunikation etwa denselben Beitrag leisten wie Zierobst zur Beseitigung des Hungers in Namibia, rückt das bedeutungsschwangere Gerede von „Modulen“ und „Entwicklungspotenzialen“ immer stärker ins Zentrum eines auf breiter Front geführten Pseudo-Diskurses.

Dass Wirtschaft, Politik und Werbung dergestalt für ihre Sicht der Dinge werben, ist laut Pörksen weder neu noch sonderlich beunruhigend. Gefährlich dagegen

wird es, wenn Journalisten unter Zeitdruck hohle Worte (nach-)drucken, wo die Suche nach verdeckter und chiffrierter Wahrheit ihr eigentlicher Auftrag wäre. Während des Vortrags meldet sich eine Teilnehmerin zu Wort, aus deren Redaktion heraus kürzlich eine junge Kollegin im Anschluss an eine städtische Pressekonferenz ihre Leserschaft mit der Ankündigung einer „Überquerungshilfe“ offenbar als hinreichend informiert ansah. Die Frage, ob es sich bei dem Vorhaben nun um eine Ampel, einen Zebrastreifen oder eine ominöse Weiterentwicklung von Gehhilfen für Senioren handle, schien die Journalistin der Fantasie des Endverbrauchers überlassen zu wollen. Das Beispiel zeigt: Begriffs-Konfusionen gehören nicht nur zum journalistischen Alltag: Unter Zeit- und Produktionsdruck werden sie leider immer häufiger entweder übergangen oder gar nicht erst wahrgenommen. Auf Kosten des Lesers.

Von „intelligenten Waffensystemen“ über „Total Quality Management“ bis hin zum politischen „Durchbruch“: Windigen Hirnen schnittiger Spin-Doktoren oder Aktenstaub muffiger Amtsstuben entstiegen, bahnen sich Plastik-Wörter, einem Virus ähnlich, über unkritisch redigierte Presse-Mitteilungen via Zeitung, Funk und Fernsehen ihren Weg an die Öffentlichkeit. Weil niemand sie so recht versteht, werden sie ungeprüft umhergereicht – in der stillen Hoffnung, irgendetwas werde sich in derlei dynamisch oder wissend klingenden Schallwellen schon „hineindenken“ lassen. Nicht nur im Umgang mit Politikern, Wirtschaftsbossen und Pressesprechern sei demnach Vorsicht vor Wort-Attrappen geboten, warnt Pörksen. Wie aber erkennt ein Journalist im Zweifel, bei welchen Begriffen zusätzliches Nachfragen oder Recherchieren angezeigt ist?

Prof. Pörksen unterscheidet insgesamt fünf Formen der Sprach- und zwei der Bild-Manipulation. Grob gesagt: Gefährlich wird es immer dann, wenn Worte sich entweder zu weit vom Konkreten entfernen („Begrünnungsvorhaben“ statt „Birken am Straßenrand“) oder durch einseitigen Gebrauch mit Konnotationen belegt werden, die den Begriff zusehends „verderben“. Derart, so Pörksen, habe sich der „Islamist“ inzwischen längst vom (potenziellen) Islam-„Forscher“ zum glasklaren „Terroristen“ entwickelt.

Ähnlich assoziativ arbeiten Personifizierungen und schablonenhafte Vergleiche. Derart etwa sei der beispiellose Hitler zum medialen „Mädchen für alles“ erklärt worden, so zahlreich werde der Erz-Diktator zur begrifflichen Referenz unliebsamer Staatsoberhäupter herangezogen – zumeist begleitet von einer „metaphysischen Überhöhung“, bei der, so Pörksen, „auch Gott und Teufel zum Hilfspersonal degradiert werden.“

Als weiteres Mittel zur Sprachmanipulation nennt Pörksen den inflationären und zunehmend zweckfremden Gebrauch von Fachjargon. Hinter einer „kritischen Gesamtwasserlage“ mit „deutlichen Gefährdungspotenzialen“, hinter Begriffsmonstern also, welche den informellen Diskurs unter Fachleuten auf formaler Ebene imitieren, verbergen sich allzu häufig Banalitäten. In diesem Fall die simple Information, dass ein Fluss übers Ufer getreten ist. Die Gefahr: „Falsche Fachsprache wird oft als Machtinstrument eingesetzt“, sagt Pörksen. Einerseits wiege sie den Hörer in Sicherheit, schließlich wähnt man die Angelegenheit „in guten Händen“, andererseits schneide sie ihn von der eigentlichen Information ab. Nicht nur im Umgang mit Pressetexten und PR-Agenturen gilt daher: Vorsicht vor Attrappen! Allerdings: Verdächtig abstrakte Begriffe durch Beispiele oder Reformulierung zu „erden“ reiche für guten Journalismus allein nicht aus. Die Journalisten stecken in einem Dilemma, denn der Leser erwartet letztlich beides: Konkretisierung und Abstraktion. Er verlangt anschauliche, unterhaltende Information und will zugleich auf die ordnende Hand selektierender, gewichtender und mitunter wertender Journalisten nicht verzichten.

Wie also sich wehren gegen Phrasen, Plattitüden, Plastik-Abstraktionen? „Das erfolgreichste Mittel gegen jede Form von Sprachmanipulation“, so Pörksen: „Im selben Augenblick konkret und abstrakt zu sein.“ Solides Journalisten-Handwerk also, das genügt. Jedes gute Feature schließlich lebt von dieser Spannung. Und als Sprachpfleger haben sich gute Journalisten ohnehin seit jeher verstanden. Im Falle von „Durchbrüche“ und „Nullwachstümern“ bedeutet das den Auftrag: Plastik-Wörter aufspüren, aussortieren, die Fakten abseits der Sprache neu gruppieren und endlich, wenn jedes Wort auf sauberem Grund der Wirklichkeit zu stehen scheint, von Neuem abstrahieren. In eigener Regie, versteht sich, und: ohne Kunststoff, bitte.

## **Antworten sind wichtiger als Fragen**

**Samstag Lesson:**

**„Professionelle Fragetechniken als Schutz vor Manipulation“  
mit Ulrich Wickert**

*Von Anna Kuhn-Osius*

Bei den Tagesthemen kann der Zuschauer nicht unter den Tisch des Moderators gucken. Schade eigentlich. Ulrich Wickert kommt in weißen Turnschuhen – zur einstündigen Anekdotenrunde und journalistischen Basiserziehung. Geschätzte

Schuhgröße: 46. Das Thema: Professionelle Fragetechniken als Schutz vor Manipulation. Der NDR-Kantinen-Flur platzt aus allen Nähten.

Schutz vor Manipulation? „Ich bin kein Theoretiker, ich habe keine Theorie“, sagt Wickert. Doch Manipulationsversuche sind Alltag, auch bei den Tagesthemen. Wickert: „Um 20.16 Uhr klingelt das Telefon. Ein Politiker ist dran: ‚Das, was gerade in der Tagesschau gesagt wurde, sollten Sie in den Tagesthemen noch einmal aufgreifen. Ich kann das gut erklären.‘“ Wickert lächelt: „Bei so einem ist klar: Der will einfach nur ins Fernsehen.“

Manipulationsversuche können aber auch viel subtiler ablaufen, in Details, Bildhintergründen, bei den täglichen Schalten mit Politikern und Wirtschaftsbossen. Das Beispiel von Wickert: Ein Interview mit Dieter Zetsche von DaimlerChrysler aus 2005. Eine halbe Stunde vor der Sendung schaltete Wickert damals das „Heute Journal“ ein – und ärgerte sich: Zetsche war keineswegs exklusiv bei den Tagesthemen, sondern lächelte gerade zunächst im Zweiten den Moderator an. Das Interview, was dort folgte, wirkte wie eine Werbesendung. Die Fragen als direkte Steilvorlagen für Zetsche, um strahlend die „Genialität der neuen S-Klasse“, den „hoffnungsvollen Fortschritt des Smarts“ und die motorengleiche „Zugkraft des Konzerns“ zu verkünden.

Klar, beim alten ARD-Mann Wickert kommt das Negativ-Beispiel von der Konkurrenz.

„Das hat mich genervt“, sagt Wickert heute. „Ich habe mich – Entschuldigung – verarscht gefühlt und mir gesagt: ‚Junge, so leicht kommst du bei mir nicht davon.‘“ Wickert grinst. „Nachher hat mich Zetsche gefragt: ‚Herr Wickert, warum haben Sie mich damals so auflaufen lassen?‘ Er war nach meinem Interview etwas verschreckt – vielleicht.“

Wickerts erster Punkt: Allzu freudig-inhaltslosen Rednern gnadenlos ins Wort fallen. Auch wenn das bei Zuschauern durchaus negative Reaktionen hervorruft: „Das tut man doch nicht, Herr Wickert.“

Und einmal, „da habe auch ich kläglich versagt“, erzählt er. „Bei Regine Hildebrandt. Ich habe ihr eine Frage gestellt und sie hat sechs Minuten am Stück geredet. Das war das Interview.“

Heute sei Angela Merkel die Königin darin, Fragen nicht zu beantworten. Und Wickert ist wichtig, auch das klar zu sagen. „Sie haben meine Frage nicht beantwortet, Frau Merkel.“ Aber ohne genervt zu sein, ohne Aggression in der Stimme. „Ich stelle auch die kritischsten Fragen immer mit einem freundlichen Gesichtsausdruck“. Die kürzeste Frage, die Wickert einem Politiker je gestellt hat, war einfach nur „Warum?“ „Und das ist eine der schwierigsten Fragen.“

Wichtig ist ihm, die Fragen kurz zu stellen und nicht so zu formulieren, dass sich ein Politiker die Antwort aussuchen kann. Daher: Der beste Schutz vor Manipulation sei die optimale Vorbereitung auf das Interview. Wickert ruft dazu gerne schon mal den politischen Gegner des Interviewpartners an – um sich briefen zu lassen. Vor dem Tagesthemengespräch mit dem Präsident der Zigarettenindustrie klingelte daher beim Präsidenten vom Nichtraucherverband das Telefon. Am Apparat Ulrich Wickert: „Welche Fragen würden Sie stellen?“

Für Wickert gilt: „Die Antwort ist immer wichtiger als die Frage“ – und um die richtige Antwort zu bekommen, muss die Frage strategisch genau überlegt werden. Dennoch schreibt sich Wickert nur die erste seiner Fragen auf. „Danach muss ich zuhören“, sagt er.

Worthülsen versucht er, wann immer möglich, zu vermeiden: „Ich benutze politische Begriffe bewusst nicht“, sagt er. Er sucht Begriffe, die stärker sind. „Politiker machen aus dem Waldsterben einen Waldzustand, aus der Krankheit eine vitale Schwäche, sprechen besonders gern vom negativem Wachstum. Das müssen wir Journalisten enttarnen.“

Statt Holocaust spricht Wickert von Judenvernichtung, einfach um die Metapher zu vermeiden, die viele benutzen, aber nur wenige wirklich verstehen. Und das Wort „Ehrenmord“ sollte laut Wickert niemand benutzen, selbst in Anführungszeichen nicht. „Es darf keine Verschönerung des Mordens geben.“

Auf Vorgespräche mit Politikern hat Wickert immer verzichtet, sehr bewusst: „Ich will auf keinen Fall persönlichen Kontakt mit Politikern aufnehmen.“ Wichtig: Fragen nie abzusprechen und im Vorgespräch bloß nicht über das Interviewthema zu reden. Auch der Überraschungseffekt sei ein gutes Mittel, Manipulationen zu vermeiden.

Und wie geht Wickert mit genervten Interviewpartnern um, die patzige Gegenfragen stellen?

„Das ist schwierig“, sagt er. „So eine Reaktion zeigt die Schwäche vom Gegenüber. Was Sie dann sagen, kommt immer darauf an, wie gut Sie grad drauf sind und wie schnell Sie im Kopf sind in dem Moment.“

Aber auch bei Ulrich Wickert gab es Interviews, die er nun wirklich lieber nicht vorzeigen möchte, Interviews, wo es keine Zeit zur Vorbereitung gab.

Am 11. September 2001, direkt nach den Anschlägen, lief auf der ARD ein Tierfilm. Und Tierfilme dürfen nicht unterbrochen werden, so urteilte die ARD-Zentrale in München an diesem Tag. Bis der Hamburger CvD sagte: „Komm, Uli, du gehst ins

Studio, ich in die Regie und wir senden einfach“. Ulrich Wickert moderierte live, immer wieder stürzten Menschen mit neuen Agenturmeldungen ins Studio – und irgendwann wurde jemand auf den Stuhl neben den Moderator gesetzt. Ulrich Wickert kannte den Menschen nicht. Es war sein nächster Interviewpartner, in wenigen Minuten. „Ich habe dann während der Live-Moderation nur noch schnell einen Zettel geschrieben und rüber geschoben: ‚Wie heißen Sie?‘ und ‚Was können Sie erzählen?‘ Dann waren wir live drauf. So können Interviews auch aussehen.“

## **Wie enttarnt man einen CIA-Kidnapper?**

**Samstag: Erzählcafé**

**mit John Goetz über den Fall Khaled el Masri**

*Von Christina Stefanescu*

Zwischenstopp Palma de Mallorca. Es gab viele solcher Zwischenstopps. Mallorca – Mazedonien – Afghanistan. Zimmerrechnungen, Kosten für Getränke, Massagen, Kreditkartennummern. Und immer wohnten die Kidnapper im Fünf-Sterne-Hotel. Die CIA hat auf der Baleareninsel Spuren hinterlassen. Unterlagen der Guardia Civil belegen das. Alles online einsehbar, für alle, sagt John Goetz. Die Guardia Civil habe unter dem Druck der Öffentlichkeit Untersuchungen anstellen müssen. CIA-Flüge über Europa, Landungen in Spanien. 6000, 7000 Seiten Material, voll von Decknamen, die Goetz und seinen britischen Kollegen Stephen Grey nach monatelanger, mühsamer Recherche im Sommer vergangenen Jahres auf die Spur der Entführer von Khaled el Masri brachten. Der Deutsch-Libanese El Masri war im Januar 2004 von Entführern aus den Reihen der CIA in ein Geheimgefängnis nach Afghanistan verschleppt, im Mai 2004 wieder freigelassen worden.

John Goetz berichtet im ZAPP-Erzählcafé über seine Recherchen – und alles klingt so simpel. Das Internet macht's möglich. Ein Klick hier, eine Datenbank-Recherche da. Goetz erzählt mit Unterstützung einer Power-Point-Präsentation voller eingescannter Dokumente, Schaubilder und Filmausschnitte des Beitrags, den er für das ARD-Magazin „Panorama“ drehte. Besuch bei vier CIA-Agenten in den USA. Goetz kennt ihre Namen, ihre Adressen, ihre Gesichter, nach Monaten der Recherche. Und doch war alles viel komplizierter. Nur mit viel Hintergrundwissen kommt man wohl so weit. John Goetz springt von einem Rechercheansatz

zum nächsten und auch wieder zurück. Gebannt schauen die Zuhörer auf die Leinwand, lauschen Goetz' Worten.

Irgendwann mussten auch die Entführer des Deutschen Khaled el Masri in Mallorca gelandet sein. So viel sei klar gewesen, sagt Goetz. Aber mit welchem Flug? Goetz und Grey durchforsteten die Flugdaten des Entführungstages, öffentlich zugängliche Unterlagen der europäischen Luftfahrtkontrolle Eurocontrol; die Crewlisten aus den Unterlagen der Guardia Civil. Immer wieder stießen die Rechercheure auf ähnliche Crews, bestehend aus Medizinern, Piloten. Hinter den Namen auf den Crewlisten standen Sozialversicherungsnummern, die bei vielen nicht stimmen konnten, weil ihre Laufnummern nicht dem Alter der Agenten entsprachen. „Es war sehr unwahrscheinlich, dass einer dieser Leute bis zum 25. Lebensjahr im Koma gelegen und erst nach dem Aufwachen eine Sozialversicherungsnummer bekommen hatte“, sagt Goetz. Die Namen mussten Decknamen sein, einer davon James Richard Fairing.

Mit Wissen wie diesem ging die Suche nach den Männern und Frauen hinter den Decknamen weiter: Alle Piloten, die ihren Flugschein in den USA machen, sind in einer öffentlich zugänglichen Datenbank der amerikanischen Luftfahrtbehörde FAA registriert, mit Heimatadresse, besonderen Kennzeichen- „Brillenträger“ etwa – dem Tag der Prüfung und dem der medizinischen Eingangsuntersuchung, den Flugzeugtypen, die geflogen werden dürfen. Öffentlich zugänglich ist diese Datenbank, aber erst nach einer Registrierung. Mit dem richtigen Namen? Mit der Anschrift der Redaktion? Er habe bei der Pressestelle angerufen und gefragt, wie er sich registrieren könne. Ganz einfach. Er müsse nur irgendwas eingeben, sagt man Goetz dort. Die anonyme Recherche ist gesichert.

James Richard Fairing also. Nur einer der Namen im Netz, das Grey mit den gesammelten Informationen in einem Programmfenster seines Computers entwarf. Bei Fairings Registrierung bei der FAA fehlte die Adresse. Ein weiterer Hinweis, dass es sich um einen Decknamen handeln musste. Aber: Wer steckte hinter Fairing? Goetz und Grey durchsuchten die Datenbank, luden große Datenpakete auf den Computer einer Mitarbeiterin, ordneten Excel-Tabellen neu, nach Piloten etwa, die in North Carolina registriert sind, weil dort die Firma sitzt, die für die CIA die Flüge nach Afghanistan durchführt. Sortierten die Namen weiter nach Flugzeugtypen, weil die CIA-Flüge mit ungewöhnlichen Flugzeugen stattfanden. Planespotter spielten bei dieser Erkenntnis eine Rolle, die Registrierungen

von Flugzeugen fotografieren und immer auf der Jagd sind nach ungewöhnlichen Motiven. Es gab Informanten. Viele wahrscheinlich, die Tipps gaben wie diese: Die echten Vornamen würden bei den Decknamen der CIA-Mitarbeiter oft beibehalten, die Zahlen bei Geburtsdatum oder Eingangsuntersuchung verdreht. Goetz und Grey verglichen die Details der in der FAA-Datenbank registrierten Piloten, stießen immer wieder auf Übereinstimmungen. Nur selten dürften die so zahlreich gewesen sein wie bei James Richard Fairing und James Kovalesky. Treffer.

Auf Eric Hume, der bei der CIA wohl Eric Fain hieß, stieß Goetz mit einer Suche im amerikanischen Telefonbuch. Whitepages.com. Weil Fain aus dem Hotel auf Mallorca eine Nummer in den USA angerufen hatte. Zwei Tage hatten die CIA-Leute damals auf der Insel im Mittelmeer festgesessen. Wegen eines Schneesturms. Hume, ein Glückstreffer. Goetz, Grey und ihre Mitarbeiter hätten mittlerweile 50 weitere CIA-Mitarbeiter enttarnt, sagt Goetz. Und passiert ist: Nichts. Zwar hat die Staatsanwaltschaft München 13 Haftbefehle erlassen, 12 davon gegen Tarnnamen. Tarnnamen oder Klarnamen, eigentlich mache das keinen Unterschied, sagt Goetz. Keiner der Kidnapper wurde bisher festgenommen, die USA würden wohl auch keinen ausliefern. Und: Der, der mit Klarnamen in den Unterlagen der Guardia Civil auftauche, sagt Goetz in der Diskussion vorsichtig, lande wohl regelmäßig in Ramstein. „Ramstein“, sagt Goetz, „ist scheinbar ein rechtsfreier Raum, selbst für Interpol-Haftbefehle. Praktisch endet die deutsche Justiz in Ramstein.“ Er könne das nicht beweisen, aber es sei nicht unwahrscheinlich, dass der CIA-Mitarbeiter in Ramstein umsteige.

Viel Glück hätten er, John Goetz, und Volker Steinhoff beim Dreh in den USA gehabt. „Wären die CIA-Leute nicht weggelaufen, hätten sich klug verhalten – die Geschichte wäre tot gewesen“, sagt Goetz. Ob die CIA versucht hätte, seine Recherchen zu behindern? Er habe einmal einen Anruf bekommen, im Hotel, von einem Mr. Getts, der sich erkundigt habe, was er mache. Und im Nachhinein? Hat die CIA Konsequenzen gezogen? Goetz: „Ich war noch einmal in den USA, bin zu den Kidnappern gefahren: Sie hatten Pappe vor den Fenstern.“

## Wallraff saudreckig

Samstag: Erzählcafé

„Neue Rollenrecherchen“ mit Günter Wallraff

*Von Greta Taubert*

Das „Schweinesystem“ ist wieder zurück im deutschen Journalismus, genau wie „Ausbeuter“, „Psychofaschisten“ und „flächendeckende Seuchen“. Es sind die Vokabeln des Günter Wallraff, die er aus einer anderen Zeit mitgebracht hat und die heute wieder zu passen scheinen. Der Rollenspieler hat wieder neue Rollen. Für „Zeit Leben“ taucht Wallraff wieder ab – diesmal in die „Schöne Neue Arbeitswelt“, wie er die zehnteilige Reportageserie überschreibt. In deren erster Folge durchlebte er als Michael G. den Alltag eines Callcenter-Agenten, der mit betrügerischen Methoden Lotterielose oder Jugendschutzverordnungen an „arme Schweine“ verklingeln sollte. Mit gewohnter Parteilichkeit und angereicherten Hintergrundinformationen breitete Günter Wallraff seine neue Undercover-Recherche auf acht Seiten im Leben-Magazin aus. Weil das eigentlich viel zu wenig sei („Den Ackermann-Text hätte man kürzen können“), hatte er im Erzählcafé noch einiges hinzuzufügen.

Zum Beispiel seine Vorbereitung: Als er die Zeitungen durchblätterte, suchte er sich die aggressivsten Stellengesuche heraus. Die großen Bunten, in denen als Firmenadressen die nobelsten Gegenden standen und die wenig vom Bewerber verlangten, ihm aber dafür vieles versprochen. Dann setzte er seine blonde Perücke auf, rasierte sich den markanten Schnauzer ab, zog ein Karohemd an und machte als 49-jähriger Spießler eine Entdeckung: Die Ausbeutung hat heute ein anderes Gesicht. Es ist nicht von körperlich zerstörender Arbeit geprägt, nicht von menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen. Es lacht in hellen Großraumbüros in Spiegel, die neben den Telefonen angebracht sind. „Die Ausbeuter lassen sich nicht mehr als solche ausmachen, es sind eher Typen, mit denen man mal gern Tennis spielen möchte.“

Günter Wallraff ist bei solchen Beobachtungen unserer Arbeitswirklichkeit wieder ganz da. Die Ärmel hochgekrempt, dreht er den Oberkörper unruhig von einer Seite des Publikums zur anderen. Mehr als die Hälfte der Zuschauer steht dicht gedrängt, um seine launigen Anekdoten und moralischen Weisheiten zu hören. „Ich mache mich gemein“, sagt er. „Denn wer so ein Unrecht erlebt, muss sich gemein machen.“ Das sind keine Neuigkeiten: Das sagte er nach seinen

Industriereportagen in den sechziger Jahren, das sagte er als Hans Esser bei der Bild-Zeitung, als Ali bei Mc Donald's – und das sagte er auch als Podiumsgast bei einem weiteren Panel der Jahrestagung des Netzwerk Recherche. Dort folgten die Kollegen Hanni Hüsch, Nikolas Brender, Thomas Roth und Hermann Schreiber dem berühmten Zitat von Hanns-Joachim Friedrichs: „Du sollst dich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten“. Mit der Ablehnung dieses journalistischen Imperativs ist Wallraff in die Lehrbücher eingegangen. Mit Sätzen wie „Wer sich immer als objektiv deklariert, weiß nur nicht, wie parteiisch er ist“ oder „Es ist ein Unterschied, ob man zu Schutzlosen abtaucht oder zu Mächtigen“ ringt er selbst den Podiumskollegen noch immer Respekt ab.

Wie groß seine Wirkung auf die Öffentlichkeit als Enthüllungsjournalist ist, spürt er endlich wieder. Hunderte hätten sich nach seiner Reportage bei ihm gemeldet. Manager von Callcentern, Angestellte und Angerufene. Eigentlich Stoff für ein ganzes Buch. Das wird es diesmal nicht – aber zumindest ein weiterer Text soll erscheinen. Auch die Politik habe versprochen, sich etwas gegen die dubiosen Callcenter auszudenken. Und ein Film soll auch entstehen. Wallraff gibt sich ob dieser Reaktionen überrascht: „Das Thema ist ja eigentlich jedem bekannt gewesen, mich brauchte es dafür eigentlich nicht.“ Scheinbar doch. Als nächstes will er wieder in den richtigen Dreck. Als Billiglohnarbeiter in einer Fabrik. Er will sich die Hände lieber richtig schmutzig machen und sie wieder abwaschen können. Denn der unsichtbare Schmutz seiner ersten Rolle ging nicht so leicht wieder ab. „Das waren dort arme Schweine in einem Schweinesystem, in dem ich mich saudreckig gefühlt habe.“

## **Endlich Ruhe nach dem Sturm?**

**Samstag: Erzählcafé**

**„Die letzte Reise der Pamir“ mit Johannes K. Soyener**

*Von Julika Meinert*

Fast 50 Jahre ist das Unglück nun her – und noch immer sind die genauen Umstände der Katastrophe nicht endgültig geklärt. Doch Johannes K. Soyener hat nun einen großen Schritt getan: Seinem Tatsachenroman „Sturmlegende. Die letzte Fahrt der Pamir“ (bei Lübbe am 12. Juni erschienen) legt der Autor die Ergebnisse seiner intensiven Recherche über den Untergang des Segelschiffes zu Grunde. Bei der Jahrestagung des Netzwerk Recherche sprach er über seine Arbeit an dem Fall.

Die Fakten: Im Juni 1957 verließ der Viermastsegler „Pamir“ den Hamburger Hafen, um Gerste aus Buenos Aires in die Hansestadt zu holen. Auf dem Rückweg von Südamerika geriet der Großsegler, der 1905 bei Blohm+Voss vom Stapel gelaufen war, in Seenot. Das Schiff konnte dem Hurrikan „Carrie“ nicht standhalten und sank. Von den 86 Besatzungsmitgliedern, darunter etliche jugendliche Kadetten, überlebten nur sechs. Ob und wie der Untergang hätte verhindert werden können, ist bis heute umstritten.

Die Ursache für die Katastrophe sieht das zuständige Seeamt in Lübeck in seinem Bericht von 1958 in der falschen Lagerung der Ladung: Die 3.780 Tonnen Gerste waren fast vollständig lose im Lagerraum. Wegen seiner hohen Fließgeschwindigkeit muss das Getreide eigentlich in Säcken transportiert werden, da die Ladung sonst zu schnell verrutschen kann. Damit läge die Schuld bei dem verantwortlichen Kapitän Johannes Diebitsch. Doch nach Schuldigen hat das Seeamt nicht gesucht. Die Anwälte der „Stiftung Pamir und Passat“ wollten den Grund für den Untergang in „höherer Gewalt“ erkennen, machten den Hurrikan für das Unglück verantwortlich.

Aber warum ist das Schiff dem Hurrikan nicht ausgewichen? Wusste das Personal an Bord nicht über die Wetterlage Bescheid? „Der Funker hat keine Wetterdaten gehabt“, schließt Johannes K. Soyener. Noch 24 Stunden vor dem Untergang, als der Hurrikan längst in der Nähe des Seglers war, habe die Besatzung gefunkt, dass sie in 14 Tagen zu Hause sein werde. Als der Hurrikan das Schiff erreichte, waren die Aufbauten nicht verschlossen und alle Segel gehisst. „Die Mannschaft war in Freizeitkleidung an Deck“, sagt Soyener. Warum wurde die Gerste lose gebunkert, warum standen noch so viele Segel und wie war die Qualifikation der Besatzung? Auf diese Fragen suchte Johannes K. Soyener Antworten. Und er sollte fündig werden. Der Chemotechniker und leidenschaftliche Segler recherchierte den Fall über mehrere Jahre und stieß auf 23 Aktenordner des Seerechtsanwaltes Dr. Horst Willner, der die Reederei des Schiffes und die „Stiftung Pamir und Passat“ bei den Untersuchungen vertreten hatte. „Willner wollte nicht, dass diese Ordner die Kanzlei jemals verlassen“, sagt Soyener. Er hatte bereits vor Jahren vergeblich versucht, die Akten mit Vorstandsprotokollen und Finanzunterlagen zu bekommen. Nach dem Tod Willners bot dessen Sekretärin die 23 Ordner dem Staatsarchiv Bremen an. Im vergangenen Jahr fragte Soyener erneut im Archiv an – und bekam die überraschende Auskunft: Das für den Fall hochinteressante Material war seit 1999 zugänglich. Nun konnte der freie Schriftsteller die Korrespondenzen und Unterlagen der Stiftung auf Grundlage seiner

vorherigen Recherche prüfen – und zu aufschlussreichen Ergebnissen kommen. „Das war sicher kein Zufall. Das war Hartnäckigkeit“, kommentiert Soyener seinen Fund. Die Durchsicht der Akten brachte Aufschluss über die Umstände, unter denen das Segelschulschiff gefahren ist.

Als die Pamir 1957 den Hamburger Hafen verließ, hatte die „Stiftung Pamir und Passat“ nach Soyeners Recherche bereits massive finanzielle Probleme. So hatte das Bundesland Bremen, neben Hamburg, Schleswig-Holstein und dem Bundesministerium für Verkehr vierte Geldquelle der Stiftung, seinen Zuschuss gestrichen. Zehn der insgesamt 41 Stiftungsreeder kündigten wegen der Defizite ihre Mitgliedschaft. Aus etlichen Briefen der Stiftung wird die finanzielle Situation deutlich. „Sie war praktisch zahlungsunfähig“, sagt Johannes Soyener. Wohl um die Rendite zu erhöhen, war dann auch der Tieftank, der eigentlich der Stabilisierung dient, mit Getreide gefüllt worden. Weil am Tag der Beladung die Hafentarbeiter in Buenos Aires streikten, hatten die unerfahrenen Kadetten das Schiff beladen. Im Sturm verrutschte die Ladung der Pamir, der Großsegler bekam Schlagseite, Wasser lief durch die undichten Aufbauten in das Schiff, und eine Stabilisierung war nicht mehr möglich.

„Das Schiff hätte so nie auslaufen dürfen“, beurteilt Johannes Soyener nach der Durchsicht aller Dokumente den maroden Zustand der Pamir. Im Februar 1957 schrieb der vorherige Kapitän Eggers aus Montevideo einen Brief an die Stiftung, in dem er darauf hinweist, dass die Laderäume des Viermasters entrostet und konserviert werden müssten. „Das ist reine Werftarbeit, damit haben Kadetten nichts zu tun“, so Soyener. In Briefen hatten junge Besatzungsmitglieder ihre beschwerliche Arbeit auf der Fahrt beschrieben: Rostklopfen. „Wichtige Arbeiten wurden wegen hoher Kosten nicht gemacht“, meint Soyener. Aus den Akten des Dr. Willner geht hervor, dass die Stiftung schriftlich darüber informiert wurde, dass das Deck bereits beim Verlassen des Hamburger Hafens undicht war. Soyener: „Mit Wissen des Vorstandes der Stiftung ist das marode Schiff auf Reisen gegangen.“

Ein weiteres großes Problem des Segelschulschiffes: Es mangelte an fähigem Personal. „Die Jungen kommen voller Erwartungen an Bord, haben in den weitaus meisten Fällen den besten Willen, nun alles herzugeben, um ein in jeder Beziehung guter Seemann zu werden – und wir geben sie in die Hand von Kapitänen und Offizieren, von denen nur einem sehr geringen Teil die Qualifikation zum Erzieher und Ausbilder zugesprochen werden kann. Die meisten unserer Herren

bedürfen selbst noch der Erziehung!“, heißt es in einem Brief an den Vorstand der Stiftung vom August 1957. Doch nicht nur die Ausbilder, sondern auch der Kapitän der letzten Fahrt der Pamir, der für den aus Altersgründen ausscheidenden Eggers kam, war fragwürdiges Personal: „Diebitsch hatte nie ein Segelschiff dieser Größe befehligt“, weiß Johannes Soyener. „Das ist so, als wenn Sie jemanden von einem VW auf einen 40-Tonner mit gefährlicher Ladung setzen.“

„Pamir: Ihr Untergang und die Irrtümer des Seeamtes“ – so der Titel des Buches von Reederei-Anwalt Dr. Willner, das 1991 erschien. Doch was er wirklich über diesen Fall wusste, verschweigt Willner in seinem Buch. Er stellt laut Soyener Fakten trotz besseren Wissen falsch dar. Dass das Seeamt mit den Akten, die er in seiner Kanzlei der Öffentlichkeit vorenthielt, etlichen Irrtümern entgangen wäre, lässt den Titel fast höhnisch klingen. Noch sind nicht alle Fragen zu dem Untergang der Pamir und dem Tod von 80 Seemännern endgültig geklärt. „Man muss sich ein vernetztes Denken aufbauen und den Sachen nachgehen“, meint Buchautor Johannes K. Soyener. Und er nennt seinen Leitgedanken bei der Arbeit an den Fragen, die ihn nicht losgelassen haben: „Gewissheit muss sich durch Recherche objektiv darstellen lassen.“

## **Gegen die vorherrschende Ängstlichkeit**

**Samstag: Wundertüte**

**„Einsatz der versteckten Kamera in der Praxis“  
mit Marcus Lindemann und Jörg Hilbert**

*Von Kim Selle*

Sie stecken in Umhängetaschen, Blumentöpfen und Konservendosen, sind hinter verspiegelten Schaufenstern oder Heckscheiben von geparkten Autos installiert – versteckte Kameras werden immer häufiger als Hilfsmittel bei der verdeckten Recherche eingesetzt.

Wie weit darf ein Journalist gehen? Wann ist eine versteckte Kamera erlaubt, und wann verstoße ich gegen geltende Gesetze? In den meisten Redaktionen herrscht Ratlosigkeit über die genauen gesetzlichen Regelungen. „Da sind die wildesten Gerüchte und viele falsche Vorstellungen im Umlauf“, hat Marcus Lindemann vom Autorenwerk beobachtet. Gemeinsam mit dem freien Journalisten Jörg Hilbert räumte er mit Vorurteilen auf, gab Tipps für den Einsatz der versteckten Kamera und weckte die Lust auf mehr verdeckte Recherche.

Generell ist verdeckte Recherche in Deutschland zulässig. Der Nutzwert, den der Journalist aus verdeckt erlangten Informationen erlangt, muss allerdings gegenüber den Nachteilen überwiegen, die durch einen möglichen Rechtsbruch entstehen könnten. „Selbst diese Grundregel kennen viele Journalisten nicht“, bedauerte Lindemann. Eingeschränkt ist die Verbreitung und Veröffentlichung von Video-Aufnahmen durch das Persönlichkeitsrecht. Wer mit verdeckten Videoaufnahmen die Intimsphäre einer Person verletzt, macht sich strafbar. „Keiner darf ein Bild von mir machen und es gegen meinen Willen verbreiten“, fasste Lindemann die zentrale Aussage des Kunsturhebergesetzes (§ 22) zusammen.

Was viele Journalisten überraschen dürfte: Das verdeckte Mitschneiden von Tonaufnahmen ist nach § 201 StGB verboten. „Oft habe ich dann also zwar einen Bildbeleg, aber keinen Tonbeleg“, erläuterte Lindemann. Eine gängige Lösung sei das Gedächtnisprotokoll: „Wenn es irgendwie möglich ist, sollte ich mir bei einer Recherche mit verdeckter Kamera einen Zeugen dazu holen.“ Der Stenographiere dann im Idealfall das Gespräch mit. Wenn das nicht möglich ist – etwa beim Arzt oder beim Vorstellungsgespräch – empfiehlt Lindemann einen einfachen Trick: „Meist findet sich ein Aussteiger oder ein Opfer, das von seinen Erfahrungen berichtet.“ Mit den Aufzeichnungen der versteckten Kamera als zweite Quelle könnten dann oft die Aussagen bestätigt werden. Ein gewisses Kalkül spielt hier allerdings immer eine Rolle: „Azubis werden schon nicht ZDF gucken“, mutmaßte Lindemann. „Und die wissen auch nicht, dass sie klagen können.“ Wo kein Kläger, da kein Richter. In den meisten Redaktionen Sorge diese Denkweise für enorme Unsicherheit.

Unsicherheit gebe es zudem bei der Frage nach der Definition einer versteckten Kamera. Neben der „eindeutigen“ versteckten Kamera, die etwa in Taschen installiert wird, können auch Touristenkameras als versteckte Kamera gelten. Auch Kameras, die nicht eindeutig gekennzeichnet sind – etwa mit einem „ZDF-Popschutz“ auf dem Mikro – sind per Definition eine „versteckte Kamera“. Jede Profikamera wird außerdem sofort zur versteckten Kamera, sobald keine Drehgenehmigung vorliegt.

Für Jörg Hilbert steht fest: „Eine versteckte Kamera ist immer ein Vertrauensmissbrauch.“ Man sollte als Reporter daher unbedingt jeden Einsatz der versteckten Kamera genau abwägen. Dabei spielen nicht nur die juristischen Hintergründe, sondern vor allem ethische Fragen eine große Rolle. Im Fall eines Beitrags aus

dem Jahr 2003 sieht Hilbert den Einsatz der versteckten Kamera heute kritisch: Hilberts Ziel war es damals, über Autodiebstähle auf deutschen Rastplätzen und die fiesen Tricks der Täter zu berichten, die ihre Opfer meist mit dem „Pannentrick“ ablenkten. Die Kriminalpolizei ermittelte zu der Zeit bereits in mehreren Fällen. Die Täter gingen immer ähnlich vor: Während einer den Autofahrer auf einen angeblichen Reifenschaden aufmerksam machte und in ein Gespräch verwickelte, „bediente“ sich der zweite am unverschlossenen Auto. Jörg Hilbert ließ die Tricks der Diebe von Kollegen nachstellen und filmte mit versteckter Kamera die Reaktionen der von den „falschen Dieben“ getäuschten Autobesitzer. „Heute würde ich mir zweimal überlegen, ob ich so was noch mal mache“, gibt Hilbert zu. „Die versteckte Kamera diene ganz klar als dramaturgisches Mittel. Wir hätten genauso gut Nachstell-Szenen nehmen können.“ Das Beispiel sieht er daher als klaren Grenzfall: „Quote darf beim Einsatz der versteckten Kamera nicht ausschlaggebend sein.“

Hilbert zeigte aber auch Beispiele für den „klassischen Einsatz“ von versteckten Kameras. In einem Fall habe er die hinterlistigen Verkaufstricks einer Wintergartenfirma aufdecken wollen. „Da hatten wir ganz klar das Bedürfnis, mit der verdeckten Kamera neue Erkenntnisse zu gewinnen.“ Zeugen hatten berichtet, mit falschen Versprechungen über verlockende Ermäßigungen und Sonder-Konditionen zum Kauf eines Wintergartens überredet worden zu sein. Hilbert und sein Team mieteten ein Haus, luden den Wintergarten-Vertreter ein und filmten das Beratungsgespräch mit versteckter Kamera. „Der Erkenntnisgewinn war klar: Die Masche lief genau so, wie uns vorher berichtet wurde.“

Mithilfe eines Gedächtnisprotokolls konnten die rechtswidrigen Strategien des Vertreters aufgedeckt werden. Für Hilbert ein Fall, in dem der Einsatz einer versteckten Kamera unverzichtbar und zudem rechtlich einwandfrei war: „Das war ein absoluter Idealfall.“

Wichtig sei bei jedem Einsatz von versteckten Kameras, dass die betroffenen Personen ausreichend unkenntlich gemacht würden. „Ein schwarzer Balken reicht oft nicht aus“, so Lindemann. „Ich würde immer eher etwas stärker verpixeln.“

Ganz ernst genommen würden die rechtlichen Grundlagen jedoch nicht immer, verriet Lindemann: „In der Praxis ist es meistens doch so, dass der Ton mitgeschnitten wird.“ Um ein halbstündiges Gedächtnisprotokoll im Nachhinein nicht verdächtig erscheinen zu lassen, hat er einen einfachen Tipp: Wer mit der

versteckten Kamera hin und wieder den stenographierenden Kollegen im Hintergrund einfrage, sei hinterher immer auf der sicheren Seite.

Von oft schwammig und unklar formulierten Rechtsgrundlagen sollten Journalisten sich nicht abschrecken lassen. „Ich hatte in den letzten zehn Jahren nicht ein Verfahren wegen einer versteckten Kamera“, ermutigte Jörg Hilbert. Und auch Marcus Lindemann kann eine motivierende Statistik vorweisen: „Vor kurzem lief die 95. WISO-Folge, fast jedes zweite Mal wird eine versteckte Kamera eingesetzt. Und gerade haben wir zum ersten Mal ein Verfahren gehabt.“

„Ich bin gegen die vorherrschende Ängstlichkeit gegenüber versteckten Kameras“, betonte Lindemann. In vielen Redaktionen werde die versteckte Kamera leider immer noch unbenutzt im Giftschränk eingelagert.

## **Neue Chancen für die Recherche**

**Samstag: Wundertüte**

**„Auskunftsrechte effektiv nutzen“ mit Dr. Manfred Redelfs**

*Von Kata Kottra*

In den letzten Jahren sind neue Möglichkeiten der Recherche bei Behörden und Verwaltungen entstanden. Neue Gesetze haben das überlieferte Prinzip der „Amtsverschwiegenheit“ umgedreht und Verwaltungsakte für Bürger prinzipiell öffentlich gemacht. Obwohl sich dadurch neue Chance für die Recherche eröffnen, machen bis jetzt nur wenige Journalisten von ihren neuen Rechten Gebrauch – sei es aus Unkenntnis oder Unsicherheit.

Dr. Manfred Redelfs leitet die Recherche-Abteilung von Greenpeace und ist assoziiertes Gründungsmitglied im Netzwerk Recherche. Er war als Experte an den Bundestagsberatungen über das Anfang 2006 in Kraft getretene Informationsfreiheitsgesetz (IFG) beteiligt und erläuterte Chancen und Möglichkeiten des „Umwelteinformationsgesetzes“ (UIG) und des IFG.

### **Überblick für den praktischen Gebrauch:**

Worauf beruhen die Auskunftsrechte für Journalisten bis zum Inkrafttreten des Umwelteinformationsgesetzes und der Informationsfreiheitsgesetze?

Sie beruhen vor allem auf den Landespressegesetzen. Beispiel Hamburger Pressegesetz, „§ 4 Informationsrecht. (1) Die Behörden sind verpflichtet, den Vertretern

der Presse und des Rundfunks die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Auskünfte zu erteilen.“

### **Was hat sich in den letzten Jahren geändert?**

#### **1. Umweltinformationsgesetz (UIG)**

Das UIG geht auf eine Richtlinie der EU von 1990 zurück, die 1994 in deutsches Recht umgesetzt wurde. Das Gesetz besagt, dass alle umweltrelevanten Vorgänge in öffentlichen Behörden und Ämtern auf Antrag offengelegt werden müssen. Diese Vorgabe bezieht sich auf Informationen über „den Zustand von Umweltbestandteilen wie Luft und Atmosphäre, Wasser, Boden, Landschaft und natürliche Lebensräume einschließlich Feuchtgebiete, Küsten- und Meeresgebiete, die Artenvielfalt und ihre Bestandteile, einschließlich gentechnisch veränderter Organismen, sowie die Wechselwirkungen zwischen diesen Bestandteilen“ oder „Faktoren wie Stoffe, Energie, Lärm und Strahlung, Abfälle aller Art sowie Emissionen, Ableitungen und sonstige Freisetzungen von Stoffen in die Umwelt“.

#### **Wer ist nach dem UIG zur Auskunft verpflichtet?**

Verpflichtet sind alle öffentlichen Stellen auf allen Verwaltungsebenen, d.h. von der Kommunal- über die Landes- bis zur Bundesebene. Das bezieht sich nicht nur auf die Umweltbehörden, sondern beispielsweise auch auf Bauämter.

#### **Wer kann nach dem UIG Auskunft verlangen?**

Dies können alle Bürger – im Gegensatz zu den Landespressegesetzen (es ist ein sog. „Jedermannsrecht“). So fand eine Bürgerinitiative durch Akteneinsicht auf Grundlage des UIG heraus, dass der Bau einer konventionellen Giftmüllverbrennungsanlage bei Hannover mit zwei Millionen Euro aus dem Landesökofonds gefördert worden war – ohne erkennbare ökologische Förderungswürdigkeit.

#### **Welche neuen Auskunftsrechte gibt es noch?**

Anfang 2006 trat auf Bundesebene das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in Kraft, für das sich auch das Netzwerk Recherche unter Federführung von Dr. Manfred Redelfs eingesetzt hatte. Das Gesetz schreibt vor, dass Verwaltungsdaten und -akten prinzipiell öffentlich sind. Jeder Bürger (und Journalist) hat das Recht, nach Auskünften, Daten und Akten zu Vorgängen der öffentlichen Verwaltung zu verlangen.

In manchen Ländern bestehen Informationsfreiheitsgesetze schon seit mehreren Jahren, inzwischen sind IFGs in acht Bundesländern in Kraft (Brandenburg,

Berlin, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen, Saarland).

### **Was sind Vorteile und Nachteil des IFG?**

Ein Vorteil ist sicher der neue Anspruch auf Akteneinsicht, das heißt ein unmittelbarer Zugang zu gesuchten Informationen. Außerdem kann der Antragssteller entscheiden, in welcher Form er die Informationen beziehen möchte – mündlich, schriftlich oder auf elektronischen Datenträgern. Mögliche Nachteile sind eine längere Bearbeitungszeit und Bearbeitungskosten, die von den Ämtern erhoben werden können (15 bis 500 Euro).

### **Von welchen Einrichtungen kann man Auskünfte verlangen?**

1. Von allen Bundesämtern und Behörden, aber beispielsweise auch von Privatfirmen, die im öffentlichen Auftrag tätig sind (TÜV etc.).
2. Von allen Landesämtern- und Behörden in den Bundesländern mit IFG – in vielen Bundesländern besteht dieses Auskunftsrecht also (noch) nicht. Ämter und Behörden sind verpflichtet, auf ihren Homepages Organigramme und Aktenpläne zur Verfügung zu stellen, bei den Aktenplänen gibt es aber noch große Lücken.

### **Wann kann die Auskunft verwehrt werden?**

Es gibt leider zahlreiche Ausnahmen, auf die sich Beamte berufen können, wenn sie Akten nicht herausgeben wollen. Die Herausgabe von Informationen kann unter anderem verweigert werden, wenn besondere öffentliche Belange (beispielsweise Belange der inneren oder äußeren Sicherheit) betroffen sind, wenn es um den Schutz persönlicher Daten, um ein schwebendes Verfahren oder um den Schutz von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geht. Aber: Es ist die Behörde, die nachweisen muss, dass die negativen Folgen der Datenherausgabe schwerer wiegen als das öffentliche Interesse an den Daten.

### **Wie stellt man einen Antrag?**

Man kann erst einmal formlos anfragen – schriftlich oder mündlich. Die Anfrage muss sich an diejenige Behörde richten, die über die Daten verfügt, und muss relativ präzise eingegrenzt sein (Nicht: „Haben Sie denn etwas zu Giftmüll?“, sondern: „Ich möchte die Akten anfordern, die sich auf die Ausschreibung für die Giftmüllverbrennungsanlage beziehen“).

### **Und wenn der Antrag abgelehnt wird?**

Der Antrag wird leider in den meisten Fällen erst einmal abgelehnt, unter Berufung auf einen der oben angegebenen Gründe. In diesem Fall: Widerspruch einlegen, damit die Entscheidung erst einmal intern überprüft wird. Falls auch dieser Versuch erfolglos bleibt, ist eine Klage vor dem Verwaltungsgericht angeraten. Weil die IFGs erst seit wenigen Jahren in Kraft sind, werden ihre Grenzen erst ausgelotet, und die Praxis der Anwendung ist weitgehend durch Urteile von Verwaltungsgerichten bestimmt. Neben Niederlagen gibt es auch Erfolge in den Auseinandersetzungen um die Freigabe von Daten zu verzeichnen: So muss der Vertrag zwischen dem Bund und Toll Collect wohl teilweise offengelegt werden, obwohl sich der Bund bislang auf den Schutz von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen berufen hatte.

### **Wo gibt es weitere Informationen zum praktischen Vorgehen?**

Vom Netzwerk Recherche gibt es ausführliche Informationen zum praktischen Einsatz der neuen Auskunftsrechte.

- Informationen und Hintergründe findet man auf der Homepage [www.netzwerkrecherche.de](http://www.netzwerkrecherche.de) unter „Projekte“ @ „Informationsfreiheitsgesetz Einstieg“
- Eine allgemeinverständlich und detailliert juristische Erläuterung findet man in der NR-Publikation „Informationsgesetz. Gesetzestexte. Kommentierungen. Fallbeispiele. Erläuterungen“ von Dr. W Mecklenburg/ B.H. Pöppelmann
- Gute Aufsätze zum Thema gibt es auch in dem NR-Band „Presserecht in der Praxis“ von der Jahrestagung 2005

### **Wind of change oder laues Lüftchen?**

**Abschluss-Diskussion:**

**„Gedopter Sport – Medien als Teil der Dopingmaschine“**

*Von Johannes Aumüller*

So schnell kann ein Thema ganz an die Spitze der Agenda rutschen: Noch vor wenigen Wochen war als Abschlussdiskussion der „Netzwerk Recherche-Tagung“ das Thema „Zwischen Fiktion und Fakten – wie der Quoten-Kapitalismus den Journalismus verändert“ geplant. Stattdessen stand nun aber eine Kontroverse zum Thema „Gedopter Sport – Medien als Teil der Dopingmaschine“ an. Mit dabei: Der ARD-Dopingexperte Hajo Seppelt, dem im vergangenen

Jahr beim RBB die Schwimm-Berichterstattung entzogen wurde, weil er die nachlässige Dopingberichterstattung der ARD kritisierte; die ehemalige BDR-Präsidentin Silvia Schenk, die 2004 wegen Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung eines vertuschten überhöhten Hämatokritwertes zurücktrat; oder der Wissenschaftler Josef Hackforth – sie alle sparen nicht an (Selbst)Kritik bezüglich der Sportberichterstattung in der Vergangenheit.

In diese Grundtendenz stimmen auch die beiden anderen Podiumsteilnehmer, ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender und WDR-Sportchef Steffen Simon, mit ein. „Nichts hat mich in den vergangenen Wochen mehr geschockt als erstens das Verhalten von Journalisten bei der Pressekonferenz von Erik Zabel und Rolf Aldag und als zweitens der große Jubel für Erik Zabel bei der Bayernrundfahrt“, sagt Simon. Solche Zitate klingen gut, aber mit ein wenig Rückbesinnung auf die jüngere sportjournalistische Vergangenheit der Sender ein bisschen weniger authentisch als ein solches Zitat von Seppelt oder Schenk.

Weil Brender und Simon doch genau Programm(mit)verantwortliche der beiden Sender sind, die in der Vergangenheit kritische Sportformate wie den „Sportspiegel“ oder „Sport unter der Lupe“ eingestellt haben. Weil Brender Chefredakteur genau des Senders ist, dessen Sportchef Wolf-Dieter Poschmann vor nicht all zu langer Zeit kritische Passagen über Fahrer des Team Gerolsteiners aus einer Reportage strich und gleichzeitig als Moderator bei Veranstaltung des Rennstalls tätig war. Weil Simon federführender Sportredakteur in dem Sender ist, dessen Sponsorenlogo auf den Trikots von Telekom prangte, vor dessen Radsportübertragungen t-mobile-Spots liefen und dessen Experte lange Jahre der zu aktiven Zeiten wegen Dopings gesperrte Rudi Altig war. Weil Simon früher über den einstigen ARD-Sportkoordinator Hagen Boßdorf urteilte: „Kein ARD-Sportkoordinator hat die Sportberichterstattung im Ersten so voran gebracht“ – besagter Hagen Boßdorf aber erstens mal erklärte „Sagt die Telekom, es gibt keinen Dopingfall, dann gibt es auch keinen Dopingfall für die ARD“, zweitens als Co-Autor von Jan Ullrich wirkte und drittens hauptsächlich daran beteiligt war, den schon angesprochenen ARD-Dopingexperten Hajo Seppelt als Schwimm-Reporter abzusetzen. Und weil, weil, weil,...

Das alles aber soll also Vergangenheit sein, und deswegen gibt sich das öffentlich-rechtliche Duo als neue Speerspitze gegen den Dopingsumpf. Glaubt man ihnen, sieht das so aus: Aus keinem Land kommt von den Fernsehanstalten so viel Druck auf die Radsport-Funktionäre wie aus Deutschland, keiner hat so für die Ergänzung des Lizenzvertrages um die Doping-Klausel gestritten wie sie und keiner hat mitgeholfen, solche Kontrollmechanismen einzuführen, wie sie es nun

bald geben soll, aber die Brender auch auf mehrfache Nachfrage hin nicht einmal ansatzweise konkretisieren will – und das alles, obwohl Radsport und die Tour de France eigentlich keine Quote mehr bringen würde. Was ein bisschen stört: Erstens will Brender kein mögliches Ausstiegsszenario beschreiben, obwohl er immer wieder betont, es sei noch gar nicht klar, ob und wie sein Sender überhaupt übertragen werde. Zweitens zeigen die beiden all zu oft mit dem Finger auf die anderen. Simon auf die „immer unterschätzten Kontakte der Sponsoren zu den Printmedien“ und Brender auf den Spartensender „Eurosport“, der ja bei einem theoretischen Ausstieg seines Senders immer noch die Tour übertragen würde und bei dem man ja vor kurzem während der Giro-Übertragungen überhaupt keine kritischen Worte zum Thema Doping gehört habe.

Nun geht es nicht nur um die Vergangenheit, sondern auch um die generelle Frage, wie Sportjournalisten auf diese Krise reagieren. Seppelt hofft auf einen „Wind of change“, auf eine nachhaltige Wirkung auf die Sportjournalisten und auf einen vermehrten Rückgriff auf handwerkliche Kriterien, wenngleich manche herkömmlichen Sportjournalisten aufgrund der vielen neuen Anforderungen im medizinischen, ökonomischen oder juristischen Bereich schlicht überfordert seien. Hackforth und Schenk befürchten, dass der „Wind of change“ vielleicht nur ein laues Lüftchen bleibt. Hackforth macht das an seinen wissenschaftlichen Umfragen fest, nach denen für Sportjournalisten das Unterhaltungselement immer wichtiger werde, und an seinem „traurigen Befund“ im Rahmen der Sportjournalisten-Ausbildung, nach dem junge Absolventen nach dem Diplom das Gelernte sofort wieder vergessen würden. Gemeinsam sind sie es aber, die sich dafür aussprechen, zu hohen Druck auf Sportler auszuüben und den Sport in seiner Dramatik nicht zu überhöhen.

Simon und Brender diskutieren derweil, wo sie kritischen Sportjournalismus im Programm unterbringen können. Simon plädiert für und verspricht ein Magazin ähnlich wie früher „Sport unter der Lupe“, das damals „unter dem kommerziellen Druck der Privaten“ eingestellt wurde, weil es nur ein „qualitatives Minderheitenprogramm“ war, was sich nun anscheinend geändert hat, denn mittlerweile reicht es ihm auch aus, wenn eine solche Sendung „ein kleines Publikum erreicht“. Brender hält es hingegen für sinnvoller, kritische Beiträge in unmittelbarer Umgebung der Live-Berichterstattung zu bringen, weil man so nicht nur die Zuschauer treffen würde, die sie sich ohnehin ansehen würden.

Wie ernst es den Verantwortlichen von ARD und ZDF aber tatsächlich ist, lässt sich vielleicht errahnen mit einem Blick auf das, was am Wochenende in der Welt des Sports so passierte. Stern.de meldet, dass ARD und ZDF für die neue Rekord-

summe von 122 Millionen Euro die Rechte an der Fußball-EM 2008 gekauft haben. Und am späten Abend läuft am Ende der Woche, in der sich die Doping-Vorwürfe gegenüber Fußballern mehren, zu diesem brisanten Thema zwar ein Stück im ZDF-Sportstudio – aber leider erst kurz vor Mitternacht. Die vom Sender promotete und mehr als eine Stunde dauernde Übertragung um den Titel im WBO-Halbschwergewicht zwischen Zsolt Erdei und George Blades war den Senderverantwortlichen wichtiger.

Die Berichte aus den Foren, Panels und Workshops wurden von Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung verfasst

# Dokumentationen



Die Dokumentationen

**nr-Werkstatt:  
Dunkelfeld Korruption**

und

**nr-Werkstatt:  
Kritischer Wirtschaftsjournalismus**

können kostenfrei gegen einen adressierten  
und ausreichend frankierten Rückumschlag  
(DIN C5, 1,50 Euro) beim netzwerk recherche  
bezogen werden.

**Bezugsadresse :**

**Netzwerk Recherche**

**Marcobrunnerstr. 6**

**65197 Wiesbaden**

[www.netzwerkrecherche.de](http://www.netzwerkrecherche.de)

[info@netzwerkrecherche.de](mailto:info@netzwerkrecherche.de)



## netzwerk recherche e. V.

Adresse: Marcobrunnerstr. 6, 65197 Wiesbaden; Mail: info@netzwerkrecherche.de  
Internet: www.netzwerkrecherche.de; Telefon: 0171/9321891, Fax: 0611-495152

### Qualitäts-Katalysator Recherche: Leitlinien für einen wirksamen Recherche-Journalismus

#### 1. Recherche als Lebenselixier des Journalismus begreifen

„Die Recherche ist die Kür des Journalismus: Nur so erfahren die Menschen von Ereignissen, die ohne die Mühe des Journalisten niemals ans Licht gekommen wären. Keine journalistische Aufgabe ist schwieriger, aber auch so abhängig von Zufällen, vom Glück – und von einer detektivischen Kleinarbeit. Nur der Fleißige und Couragierte nimmt sie auf sich.“

Wolf Schneider und Paul-Josef Raue bringen in ihrem Standardwerk „Handbuch des Journalismus“ unfreiwillig das Dilemma auf den Punkt: Nach wie vor wird bei vielen Sendern, Verlagen und in den Köpfen vieler Journalisten die Recherche als Kür und nicht als journalistische Pflicht begriffen. Dabei ist Recherche unabdingbar mit seriösem Journalismus verbunden, sie ist seine Grundlage, sein Lebenselixier. Ohne Recherche würde der Journalismus zum Transmissionsriemen der PR verkommen, seine Sorgfaltspflicht nicht erfüllen und seine Glaubwürdigkeit verlieren. Journalismus muss sich von PR und Werbung abgrenzen, um seine Existenzberechtigung zu garantieren.

**Die Konsequenz:** Recherche muss für Journalisten, Verlage und Sender wieder selbstverständlich sein und in den Arbeitsalltag sinnvoll integriert werden: „So wie ein Fliesenleger Fliesen legt, muss ein Journalist recherchieren“ sagt ein erfahrener Rechercheur, für den Recherche klassisches Handwerk ist.

#### 2. Recherche in den Köpfen der Journalisten verankern

Die Recherche setzt immer eine aktive Rolle des Journalisten voraus, er ist mehr als nur ein passiver Informationsempfänger. Viele Journalisten geben sich jedoch – wenn überhaupt – mit der täglichen „Ergänzungs-Recherche“ zufrieden. Immer mehr sehen im Journalismus einen technischen Beruf, der angeliefertes Material zielgruppengerecht für das jeweilige Medium verpackt. Studien zufolge sind viele Journalisten in Deutschland an Recherche und auch an Recherche-Ausbil-

dung nicht interessiert. Wenn überhaupt, dann wollen viele nur Tricks und Tipps, wie der Job schneller und besser erledigt werden kann. Recherche ja – aber bitte in Form des Zaubertricks, des Vademecums für Faule. Recherche-Defizite werden selten eingestanden („Recherche kann man doch“). Der Journalist, der aus eigener Kenntnis, Anschauung und Sachverhaltsklärung auf der Grundlage *eigener* Recherchen seine journalistischen Aufgaben bewältigt, wird zunehmend abgelöst von schnellen, technisch versierten Nachrichten- und Materialverwertern. **Die Konsequenz:** Die Recherche muss wieder intensiver in den Köpfen der Journalisten verankert werden. Die Aufgabe des Journalisten liegt nicht im passivem Empfang und der Weitergabe von Informationen, sondern in aktivem und verantwortlichem Handeln, das eine kritische Überprüfung von Informationen und Quellen voraussetzt.

### 3. Sender und Verlage in die Recherche-Pflicht nehmen

Die Verantwortung für einen seriösen Journalismus, der nicht nur informiert und Meinung bildet, sondern auch kritisiert und kontrolliert, liegt nicht nur bei den einzelnen Journalisten, sondern insbesondere auch bei den Verantwortlichen in Verlagen und Sendern. Sie stehen in der Pflicht, die für den Journalismus konstitutive Recherche zu ermöglichen, zu stützen und auszubauen.

Erfolgreiche Rechercheure sind – so die Befunde einer aktuellen Studie mit dem Titel „Die Deutschland-Ermittler“ – in der Regel Individualisten, Einzelkämpfer, auf sich allein gestellt. Es gibt kaum institutionalisierte Unterstützung der Recherche in den Redaktionen. Rechercheleistung wird, wenn überhaupt, oft nur unzureichend honoriert. Hier liegt mittel und langfristig das größte Defizit bei der Verankerung der Recherche.

**Die Konsequenz:** Die Verantwortlichen in den Medienunternehmen müssen in die Recherche-Pflicht genommen, die institutionelle Absicherung der Recherche muss gefördert werden – durch Bereitstellung von Archiven, Schulungen, Research-Abteilungen, materielle, ideelle und juristische Unterstützung.

### 4. Recherche im redaktionellen Alltag verankern

Die Anforderungen an die Recherche-Leistungen wachsen und müssten eigentlich zu einer Renaissance der Recherche führen. In Zukunft wird der Bedarf an Einordnung von vorhandenem Wissen und Informationen noch zunehmen:

Stimmt die Information der Agenturen, woher kommt der Spin' der jeweiligen News, welche werblichen Botschaften sind in der Nachricht verpackt? Sind die Ansprüche an Vollständigkeit und Relevanz erfüllt? Die künftig noch wichtigeren Validitäts-Prüfungen benötigen verbesserte Recherche-Ressourcen.

**Konsequenz:** Insbesondere die verlässliche Alltags-Recherche wird immer wichtiger und muss gefördert werden. Auf diese Anforderung müssen sich die Redaktionen einlassen und entsprechende Investitionen in die human resources vornehmen. Die Recherche-Ausbildung und die Entwicklung von innovativen Mentoren-Programmen und Trainings müssen vorangetrieben werden. Es muss eine Renaissance der Weiterbildung in den Redaktionen geben. Eine ausführliche Erläuterung von produktiven Recherche-Ausbildungsformen stehen in einem separaten Papier, das Bestandteil dieses Strategie-Entwurfs ist (vgl. Anlage Papier – Recherche-Trainings).

## 5. Neue Recherche-Berufe und Recherche-Teams etablieren

Eine neue Validitäts-Kultur ist nötig. Zwar gibt es das berühmte SPIEGEL-Archiv, große Dokumentar-Abteilungen und vereinzelt Recherche-Teams bei Verlagen und Sendern. Aber dies sind nur kleine Inseln des Controllings. Künftig sollte das System der Faktenkontrolle ergänzt werden durch den Aufbau neuer Recherche-Berufe. Mit der Zuarbeit von etablierten Rechercheuren in die Redaktionspraxis könnte ein Funke auf den „alltäglichen“ Journalismus überspringen.

**Die Konsequenz:** Neue Modelle der Faktenkontrolle sollten erprobt, neue Recherche-Berufe und Recherche-Teams etabliert werden. Die fehlende Arbeitsteilung und Spezialisierung in deutschen Redaktionen, die den Journalist zum überforderten Allrounder macht, muss überdacht werden. Themenspezialisierung und Teamgeist müssen intensiver erprobt und redaktionell verankert werden.

## 6. Ökonomische Chancen von Recherche vermitteln, Marketing-Versprechen überprüfen

Recherche lohnt sich – das muss vermittelt werden. Nicht nur für eine funktionierende Demokratie, sondern auch wirtschaftlich, für Verlage und Sender. Recherche wird von journalistischen Entscheidern jedoch nicht gezielt gefördert, weil diese kein konkretes Bild der Erfolgseffekte haben und die Operationalisierung dieser Führungsaufgabe scheuen. Dabei liegen die Erfolgseffekte auf der

Hand: Exklusiv-Recherchen schaffen Nachrichten, und Nachrichten bedeuten Aufmerksamkeit und Imagegewinn für ein Medienunternehmen. Mehr Recherche fördert zudem die Team-Arbeit in den Unternehmen und die Synergie zwischen den Ressorts. Und: Erfolgreiche Recherchen motivieren und stiften Identität unter Autoren und Redakteuren. Im Zeitalter der Digitalisierung und Differenzierung im Medienbereich wird Recherche zum zentralen Unterscheidungsmerkmal und zum Werttreiber für Medienunternehmen. Für Sender, Verlage und Medienakteure ist Recherche jedoch oft nur Marketing-Instrument, ein Aushängeschild, mit dem man werben kann. Aber der wie eine Monstranz getragene Anspruch hat in der beruflichen Praxis oft keine Folgen.

**Die Konsequenz:** Dieser Widerspruch muss immer wieder klar gemacht, die Marketing-Versprechen an der Realität gemessen werden. Die Verantwortlichen in Verlagen und Sendern müssen von den Erfolgseffekten der Recherche überzeugt werden, damit Recherche mehr als nur Aushängeschild ist.

## 7. Selbstreflexion einfordern, Medienkritik fördern, Ethik-Vakuum erkennen

Die Selbstbespiegelung im Journalismus hat heute oft Vorrang vor der vernünftigen und angemessenen Selbstreflexion. Die selbstkritische Besichtigung der Branche, die Musterung von Macht und Ohnmacht, das Nachdenken über handwerkliche Fehler, die Korrektur von Pseudo-Skandalen, Fehleinschätzungen und Kumpanei, die Definition von Berufsstandards und seiner Herausforderungen haben keine Konjunktur. Journalistische Selbstverständnis-Debatten auf einem hohen Niveau, die nach neuen Leitbilder suchen, haben Ausnahmecharakter.

Zwei Beispiele: Die zentrale Debatte über die Rolle der Medien bei der vergangenen Bundestagswahl, die Rolle der Demoskopie als „inneres Geländer“ des Journalismus, wurde bis heute nicht gründlich diskutiert. Bei der BND-Affäre betrieben Journalisten Stichflammen-Journalismus auch in eigener Sache. Die BND-Debatte über die Instrumentalisierung der Medien blieb bis heute unausgegoren. Es wurde nicht ausreichend thematisiert, wie die Nachrichten- und die Sicherheitsdienste Medien im Alltag vor ihren Karren spannen, wie Austauschbeziehungen und Manipulationen wirklich verlaufen.

Manche Skandale werden heute gezielt mit den Mitteln des negative campaignings gesetzt; Recherche-Journalismus sollte sich diesem Trend widersetzen und deutlich zwischen echten Skandalen und gemachter Skandalisierung unterscheiden.

**Die Konsequenz:** Journalisten sind oft blind in eigener Sache, sie kritisieren Gott

und die Welt, machen aber in der Regel vor dem eigenen Berufsstand Halt. Alle Aktivitäten, die ein höheres Reflexionsniveau im Journalismus befördern könnten, sind daher zu fördern. Räume für hintergründige und kontroverse Debatten müssen geschaffen und Journalisten zur Selbstkritik – und falls nötig zu Korrekturen – ermutigt werden. Auch die Qualität der Medienkritik muss intensiver gepflegt und gefördert werden.

## 8. Wissenschaft mit der Medien-Realität konfrontieren

Die Kommunikationswissenschaften stehen bei der kritischen Reflexion der aktuellen Medienprozesse mit in der Verantwortung, kommen dieser jedoch oft nur mangelhaft nach. Bis auf wenige Leuchttürme der Forschung bleibt die Erkenntnisdichte über wichtige Prozesse dünn. Empirische Arbeiten speisen sich überwiegend aus bekannten Informationen. Starke Kommunikationswissenschaften könnten wirksam zur Korrektur von Fehlentwicklungen beitragen und die Verankerung von Recherche im Journalismus fördern. Kommunikationswissenschaftler müssen sich stärker den relevanten Forschungsthemen widmen und ihre Forschungsergebnisse jenseits ihres eigenen Bereichs vermitteln.

**Die Konsequenz:** Die Empirie in den Kommunikationswissenschaften muss gefördert, die Wissenschaft stärker mit der beruflichen Realität konfrontiert werden. Dissertationen, Diplom- und Magisterarbeiten sollten vermehrt relevante Fragestellungen im Journalismus aufgreifen.

## 9. Recherche-Abstinenz beseitigen – verdrängte Themen auf die Agenda setzen

Die Recherche-Abstinenz im Journalismus führt zu erheblichen „weißen Flecken“ und Defiziten in der Berichterstattung. Einige Beispiele:

- Der deutsche Wirtschaftsjournalismus ignoriert zahlreiche, kritische Themen. In den elektronischen Medien geht Service vor Analyse. Die engen Verbindungen vieler Berichterstatter zu den Pressestellen und PR-Abteilungen machen oft blind für Fehlentwicklungen, Widersprüche, kritikwürdige Tendenzen. Selbst in der Politik- und in der Kulturberichterstattung gibt es einen größeren intellektuellen Freiraum und eine größere Pluralität (vgl. PR-Einfluss im Wirtschafts-Journalismus, manager magazin Nr. 05/07).
- Der gesamte Bereich der weitgehend intransparenten EU-Politik und der



**Wir danken für die Unterstützung bei der Durchführung der nr-Jahreskonferenz 2007:**



**Friedrich Ebert-Stiftung**  
**Konrad Adenauer-Stiftung**

gleichzeitige Kompetenzverlust der Landespolitik werden in der Berichterstattung nur unzureichend analysiert. Selbst die Kritik des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog (Wams, 1/07) verhalte im publizistischen Nichts.

- Das Gleiche gilt für den etablierten Hauptstadt-Journalismus. Wie hoch ist der Exklusivitäts-Anteil der großen Studios? Was wird zum Thema und wann? Wie halten die Berichtersteller die Balance zwischen Nähe und Distanz? Wie ist es um die Interview-Qualität bestellt? Auch auf der Berliner „Pfaueninsel“ ist mehr Recherche und weniger Chronisten-Begleitung gefordert.
- In der Doping-Berichterstattung waren die Defizite besonders sinnfällig. Auch hier zeigen sich die verheerenden Ergebnisse, wenn Sportfunktionäre, Sponsoren, Medienunternehmen und Politik eine Symbiose eingehen. Eigentlich wäre dies die Stunde des Journalismus.

**Die Konsequenz:** Durch mehr Recherche müssen Defizite in der Berichterstattung behoben werden. *Mehr* Recherche wäre ein Dienst an der Demokratie, weil wichtige Informationen, schwer zugängliche und kaum verständliche Themenfelder für das interessierte Publikum klarer würden und durch Kritik und Kontrolle der Handlungsdruck erhöht würde.

## 10. Recherche als Antwort auf die Herausforderungen erkennen

Der etablierte Journalismus steht vor gravierenden Herausforderungen. Viele Kunden melden sich ab, lesen keine Zeitung mehr, flüchten in den kommerziellen Medienkonsum und suchen Zerstreuung in zahllosen Entertainment-Angeboten. Parallel entwickelt sich eine nicht-journalistische Blogger-Szene, die das Tagebuch in neuer Weise kultiviert. Pod- und V-casting könnten den Radio- und Fernsehkonsum revolutionieren und die Strukturen auf den Kopf stellen. Erste Pflänzchen von Citizen-journalism wachsen, auch als Protest gegen das „gesendete Nichts“, das viele Themen nicht mehr aufgreift. Die Misere des von Verdrängung und Pressekonzentration gebeutelten und örtlich betäubten Lokaljournalismus verstärkt diese Entwicklung. Unterhaltungs-dominiertes Sicherheitsfernsehen und Formatradio – mit publizistischen Programmen an den Randzonen oder in Spartenkanälen – treiben Zuschauer und Zuhörer zu kommerziellen Anbietern.

Die Erkennbarkeit des seriösen Journalismus in einer immer unübersichtlicher werdenden digitalen Medienwelt ist in Gefahr, die Auffindbarkeit wird zwischen User Generated Content, Werbeanzeigen und Informationsmüll zum Problem. Der Kampf um die Aufmerksamkeit des Publikums wird härter. Gleichzeitig bieten die neuen technischen Entwicklungen neue Formen des Publizierens und neue Möglichkeiten und Quellen zur Recherche. Online-Recherche kann andere Methoden der Recherche – insbesondere die Recherche vor Ort – zwar nicht ersetzen, aber in einzelnen Themenfeldern bereichern.

**Die Konsequenz:** Für gut recherchierte Informationen, für Hintergrundberichte, für das Aufdecken von Zusammenhängen und das Aufzeigen von Missständen wird es auch in Zukunft ein großes Publikum geben – egal, wo publiziert wird. Recherche ist somit eine zentrale Antwort auf die Herausforderungen und auch die Bedrohungen des Journalismus. Recherche ist *der* Qualitäts-Katalysator für die Medien und sollte deshalb intensiv gefördert werden.

**Der Einsatz für Recherche ist damit wichtiger denn je. Mit sinnvollen Instrumenten und überschaubaren Mitteln könnte viel erreicht werden.**

# 12. Mainzer MedienDisput

Seit nunmehr zwölf Jahren bemüht sich der MainzerMedienDisput, die Trends zur Inszenierung von Politik, zur Umkehr von wichtigen und unwichtigen Themen, zur Ausdehnung des Boulevards und zur gnadenlosen Personalisierung aufzuspüren. In bewährter Konstanz und Regelmäßigkeit wurden immer wieder Einzelfacetten der europäischen Medienpolitik beleuchtet. Doch 2007 wollen wir den Focus auf die Medienarena Europa ausschließlich konzentrieren. „Europa braucht Öffentlichkeit“ – dazu gehört vor allem auch medienpolitische Aufklärung. Das klingt zwar altmodisch, ist in europäischer Dimension aber notwendiger denn je. Der 12. MainzerMedienDisput macht den Versuch: mit klaren Konzepten, guten Reden, der Kraft der Argumente und Experten, die diesen Namen auch verdienen. Vor allem aber mit einem engagierten Publikum, das sich nicht mit Worthülsen, Andeutungen und Optionen abspeisen lässt.

## Projektgruppe MainzerMedienDisput

Gerhard Kraus · Dr. Thomas Leif · Thomas Meyer  
Uli Röhm · Bertold Runge

**Auftaktveranstaltung im SWR-Landesfunkhaus · 21. November 2007**

## BRÜSSEL: ELDORADO DER INTERESSENVERTRETER

<b>18.30 Uhr</b>	Waldemar Martynel	Musikalischer Auftakt, Klavier-Soli
<b>19.00 Uhr</b>	Dr. Simone Sanftenberg Dr. Karl-Heinz Klär	Landessenderdirektorin SWR, Landesfunkhaus Mainz Staatssekretär Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin
<b>19.20 Uhr</b>	<b>Diskussion</b> Wolfgang Hainer Jürgen Hogrefe Rolf-Dieter Krause Martin Schulz Dr. Ulf Böge Hans-Martin Tillack Dr. Peter Zudeick	Hauptgeschäftsführer VdC – Verband der Cigarettenindustrie Generalbevollmächtigter EnBW – Energie Baden-Württemberg Leiter ARD-Studio Brüssel Europaabgeordneter der SPD, Vorsitzender der SPE-Fraktion im europäischen Parlament Präsident des Bundeskartellamtes a.D. Stern-Büro Berlin Freier Journalist, Moderation
<b>ca. 21.00 Uhr</b>	Waldemar Martynel	Piano-Finale

Die Dokumentationen der letzten sechs Jahre von 2000 bis 2005 erhalten Sie als PDF-Download unter [www.mediendisput.de](http://www.mediendisput.de).

# MEDIENKONZERN EUROPA: VERKÜMMERTE ÖFFENTLIC

ab 9.00 Uhr *Kaffee & Kommunikation*

9.20 Uhr **Musikalischer Auftakt**

9.30 Uhr **Einstieg und Begrüßung:  
Europa als Chance?**

Kurt Beck

Ministerpräsident,

Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder

**(Keine) Angst vor Europa?**

Markus Schächter

Intendant des ZDF

9.45 Uhr **Eröffnungsrede „Europa eine Seele geben“**

Joschka Fischer

Außenminister a.D.

10.30 Uhr **anschl. Podiumsdiskussion**

Niels Kadritzke

Le Monde diplomatique

Tim Weber

BBC-online

Dr. Gottfried Langenstein

Arte-Präsident,

ZDF-Direktor für europ. Satellitenprogramme

11.10 Uhr **Filmeinspieler zum Forum „Europa eine Seele geben“**

11.20 Uhr **Diskussion**

Viviane Reding

EU-Kommissarin für

Informationsgesellschaft und Medien

Kurt Beck

Ministerpräsident

Klaus Prömpers

ZDF, Moderation

12.30 Uhr **Mittagspause – Gedankenaustausch –**

13.45 Uhr **Musikalischer Auftakt**

14.00 Uhr **Parallel-Panels in 3 Konferenzräumen**

**Panel 1 Sumpf und Reibach - Klischees und Kolportagen**

**Wer bestimmt die Medien-Agenda?**

Martin Romanczyk

Leiter dpa-Büro Brüssel

Rolf-Dieter Krause

Leiter ARD-Studio Brüssel

Dr. Tobias Schmid

Leiter Medienpolitik RTL

Petra Pinzler

Die Zeit – Europakorrespondentin (angefragt)

Claudia Deeg

SWR-Studio Paris, Moderation

# ÖFFENTLICHKEIT · STEIGENDE KURSE · BLÜHENDE BÜROKRATIE

14.00 Uhr  
Panel 2

**Zwischen Greenwashing und Avantgarde –  
Wegmarken zur europäischen Öffentlichkeit**

Prof. Dr. Norbert Schneider	Direktor der LfM NRW, Konsortium Klicksafe
Dr. Christoph Hauser	Programmdirektor Arte
N.N.	cafébabel.com – Die Europazeitung
Martin Stadelmaier	Staatssekretär, CdS Rheinland-Pfalz
Daniel Cohn-Bendit	MdEP, Vorsitzender Fraktion der Grünen/ Freie europ. Allianz im EU-Parlament

Stephanie Lachnit                      Freie Journalistin, Moderation

14.00 Uhr  
Panel 3

**Zeilenschinder und Langweiler – auf dem Strich der europäischen Medienarena**

Brigitte Alfter	Brüssel-Korrespondentin Dänische Tageszeitung Information
Niels Kadritzke	Le Monde diplomatique
Alois Berger	Freier Journalist in Brüssel
Elena Tregubova	Journalistin/Autorin, Russland (angefragt)
Michael Grabner	Medienmanager

Angela Fitsch                      HR, Moderation

15.30 Uhr     **Kaffeepause**

16.00 Uhr     **Korrespondentenberichte aus den Panels**

16.15 Uhr     **Mainzer Appell „Europa braucht Öffentlichkeit“**

16.30 Uhr     **Preisverleihung „Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen“  
von netzwerk recherche und MainzerMedienDisput**



16.45 Uhr     **Filmeinspieler zum Schlussforum**

16.50 Uhr     **Heuschreckenalarm für Europa – Rendite als Programm**

Manfred Helmes	Direktor der LMK RLP
Marc Jan Eumann	Stv. Fraktionsvorsitzender SPD NRW, Vorsitzender der SPD-Medienkommission
Thomas Kleist	Staatssekretär a.D., Institut für Europäisches Medienrecht (EMR) e.V.
Thomas Kausch	Moderator, Sat1-Nachrichtenchef a.D.

Prof. Dr.  
Hansjürgen Rosenbauer                      Moderation

# MEDIENKONZERN EUROPA

VERKÜMMERTE ÖFFENTLICHKEIT · STEIGENDE KURSE · BLÜHENDE BÜROKRATIE

■ Die Politik der Europäischen Union leidet „in Besorgnis erregender Weise unter einem Demokratiedefizit und einer faktischen Aufhebung der Gewaltenteilung. Der Bundestag ist in die für Deutschland relevante Gesetzgebung nicht so eingebunden, wie es das Grundgesetz für das deutsche Parlament verlangt. Diese Analyse gipfelt in der Kernanalyse: *„Es stellt sich die Frage, ob man die Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch uneingeschränkt als parlamentarische Demokratie bezeichnen kann.“* (Welt am Sonntag, 14.1.07). Diese schonungslose Betrachtung der europäischen Realität stammt nicht von politischen Außenseitern oder Randständigen: hier bilanziert der frühere Bundespräsident und konservative Verfassungsjurist Roman Herzog seine politische Sicht 50 Jahre nach der Unterzeichnung der römischen Verträge.

■ Wer genau hinhört, kann die gleichlautende Kritik auch von den führenden Mitgliedern der „Europa-Ausschüsse“ in den Landtagen, erfahrenen Bundestagsabgeordneten oder engagierten Kommunalpolitikern wahrnehmen. Was verbindet die Kritik mit offenem Visier des ehemaligen „Ruck-Präsidenten“ mit dem „stillen Konsens“ eines großen Teils der politischen Klasse? Es ist das Tabu, die Dinge beim Namen zu nennen, die Angst, dass diese Wahrheit von dumpfen Europa-Gegnern instrumentalisiert werden könnte, die Sorge, dass die unbestreitbaren Verdienste um Frieden und Freiheit von der schmutzigen Sachpolitik überlagert würden. Doch an einem genauen, ungeschönten Blick auf nationale Egoismen, administrative Verwirrung und lobbyistische Macht führt kein Weg vorbei, wenn die Europawahlen in zwei Jahren auf der längst überfälligen Grundlage einer gemeinsamen Verfassung durchgeführt werden sollen. Die Medien in Europa spielen in diesem Zusammenhang eine janusköpfige Rolle: einerseits beteiligen sie sich am gängigen Europa-Pathos und stimmen ein in den Chor der Europa-Folklore; andererseits schüren sie den Verdross durch das Aufbauschen von vermeintlichen Skandalen beispielsweise um die vorgeschriebene Größe von Bananen und die Liebes-affären des führenden Personals. Fest steht: die dürftige Ausstattung der Redaktionen in Brüssel steht im umgekehrten Verhältnis zur Machtfülle und der damit verbundenen Relevanz der EU. Klar ist auch, in den nationalen Redaktionen gehört Europa – in Sendeminuten und Seitenzahlen gemessen – zur lästigen Pflicht und nicht zur nützlichen, selbstverständlichen Kür.

■ Zum Tag der Pressefreiheit hat die OSZE massive Mängel bei der Informationsfreiheit in vielen Ländern Europas aufgelistet. Journalisten und Privatleute stießen häufig auf Schwierigkeiten, wenn sie nach Informationen bei Behörden nachfragten. Zudem seien Beschränkungen bereits in die Gesetze zur Unterrichtung der Öffentlichkeit eingebaut, monierte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in einer aktuellen Studie. Eine lupenreine Demokratie, das Lebenselixier in Europa, kann jedoch nur entstehen, wenn der allseits akzeptierte Leitwert der Transparenz 50 Jahre nach der EU-Gründung endlich alle europäischen Institutionen beseelt. Die Medien, aber auch die Politik, stehen hier in der Verantwortung und können sich auch angesichts der Demokratie- und Wahlmüdigkeit nicht länger vor den Herausforderungen der Zukunft verschanzen. Die Zeit des Konsultierens, Deklarierens und Parlierens ist ausgereizt. Nur konkrete Schritte zu mehr Mitwirkung, wirksamer parlamentarischer Kontrolle und Transparenz können neue Legitimation stiften.

■ Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel will die Öffentlichkeit angesichts der bekannten Akzeptanzprobleme stärker in die Debatte über die EU-Verfassung einbeziehen. Das EU-Parlament solle eine Anhörung der „Zivilgesellschaft“ organisieren. Der Philosoph Jürgen Habermas geht viel weiter: Er fordert bei der nächsten Europawahl ein Referendum der Bevölkerung zur angestrebten Verfassung, damit Europa die notwendige Legitimationsbasis erhalte. Die Entscheidungs-Alternativen sind klar: mehr Demokratie wagen oder weiter so mit dem bekannten „window dressing“.

Mit diesen Fragen beschäftigt sich der diesjährige Mainzer-MedienDisput in Rede und Gegenrede, mit offenem Visier und dem Ziel eines gepflegten Diskurses. Bislang ist die Aufgabe und Verantwortung der europäischen Öffentlichkeit aus den Debatten weitgehend ausgeblendet worden. Am 22. November soll die Rolle der Medien deshalb erstmals ins Zentrum gerückt werden. Denn Demokratieentwicklung ist ohne unabhängige Medien nicht denkbar. In Mainz stehen ehrliche Analysen und ermutigende Projektbeispiele auf dem Programm. Es heißt immer – Europa habe keinen Sexappeal. Gleichzeitig wird behauptet „Macht macht sexy“. Was stimmt nun? Während des 12. MainzerMedienDisputs wollen wir den Wirkungskreis europäischer Öffentlichkeiten neu bemessen und freuen uns auf eine rege Beteiligung.

---

Projektgruppe:

Gerhard Kraus  
Dr. Thomas Leif  
Thomas Meyer  
Uli Röhm  
Bertold Runge

Gesellschafter und Mitveranstalter:

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz  
FES – Friedrich-Ebert-Stiftung  
LMK – Landeszentrale für Medien  
und Kommunikation  
Rheinland-Pfalz

Beirat:

Dr. Rudolf Büllesbach  
Manfred Helmes  
Dr. Joachim Kind  
Carla Schulte-Reckert  
Walter Schumacher  
Reinhard Weil

---

Organisation:

MGs Marketing GmbH  
Marketing-Services  
Günter Schreiber

Kontakt:

Tel.: 0 26 34/96 88-12/13/14  
Fax: 0 26 34/96 88-19  
info@mediendisput.de

Anschrift:

Haus Forst  
Mittelstraße 5  
56579 Hardert

**Medienpartner des MainzerMedienDisputs:**



**Unsere Sponsoren und Wirtschaftspartner:**



DiBa

T Systems

Deutsche Post  World Net  
MAIL EXPRESS LOGISTICS FINANCE



LRP  
Ein Unternehmen der LBBW-Gruppe

BASF  
The Chemical Company

RAILION  
DB Logistics

## Impressum

### Herausgeber

netzwerk recherche e. V.  
Marcobrunnerstr. 6, 65197 Wiesbaden  
Fax 0611.49 51 52 (für Aufnahmeanträge)  
[www.netzwerkrecherche.de](http://www.netzwerkrecherche.de)

### Konzeption

Dr. Thomas Leif (verantw.)  
[info@netzwerkrecherche.de](mailto:info@netzwerkrecherche.de)

### Red. Mitarbeit

David Schraven  
Peter Burdack (n-ost)  
Christian Mihr (n-ost)  
Jochen Markt und Team

### Gestaltungskonzept & Artwork

Nina Faber de.sign, Wiesbaden  
André Bartholomäi (N. Faber de.sign), Wiesbaden  
ColorDruck Leimen

### Fotografie

### Druck

© 2007

Spendenkonto: Sparkasse Köln, Konto-Nr. 69863, BLZ 37050299  
netzwerk recherche e. V. ist vom Finanzamt Wiesbaden als gemeinnützig anerkannt.



Foto: Thomas Koehler | photomix.net

**NDR**

# Journalismus braucht Recherche.

Und Sendeplätze. Die haben wir.

# Helmut Schmidt-Journalistenpreis 2008



*„Wir brauchen Journalisten, die Hintergründe transparent machen und zugleich für jeden verständlich formulieren können.“*

*Die Zielsetzung des Journalistenpreises, den die ING-DiBa einmal im Jahr vergibt, entspricht meiner Vorstellung von einem Wirtschaftsjournalismus, der dem Bürger Urteilskraft über ökonomische Themen verschafft.“*

*Helmut Schmidt*

**Die ING-DiBa fördert verbraucherfreundliche Berichterstattung über Banken und Finanzdienstleistungen. Überzeugen Sie unsere Jury und der Helmut Schmidt-Journalistenpreis für das Jahr 2008 gehört Ihnen.**

Schicken Sie Ihren Beitrag bis 15. Juli 2008 an:

ING-DiBa AG  
Dr. Ulrich Ott  
Theodor-Heuss-Allee 106  
60486 Frankfurt am Main

Tel. 069 / 27 222 66233  
Fax 069 / 27 222 66116  
E-Mail: [u.ott@ing-diba.de](mailto:u.ott@ing-diba.de)  
oder bewerben Sie sich  
online:  
[www.ing-diba.de/presse](http://www.ing-diba.de/presse)

- 1. Preis: 15.000 Euro**
- 2. Preis: 10.000 Euro**
- 3. Preis: 5.000 Euro**

Die Jury berücksichtigt Presseartikel, Online-Konzepte sowie Hörfunk- und Fernsehbeiträge, die zwischen dem 16. Juli 2007 und dem 15. Juli 2008 im deutschsprachigen Raum erschienen sind und sich kritisch mit Entwicklungen im Finanzdienstleistungssektor auseinandersetzen. Autoren können sich mit maximal 2 Beiträgen selbst bewerben. Vorschlagsberechtigt sind auch Ressortleiter, Chefredakteure, Verleger und Leser.

**ING**  **DiBa**